

Sozialberichterstattung Schweiz

Wohlstand und Wohlbefinden

Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz



Office fédéral de la statistique
Bundesamt für Statistik
Ufficio federale di statistica
Uffizi federal da statistica

Neuchâtel, 2002

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz» gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 0 | Statistische Grundlagen und Übersichten | 11 | Verkehr und Nachrichtenwesen |
| 1 | Bevölkerung | 12 | Geld, Banken, Versicherungen |
| 2 | Raum und Umwelt | 13 | Soziale Sicherheit |
| 3 | Arbeit und Erwerb | 14 | Gesundheit |
| 4 | Volkswirtschaft | 15 | Bildung und Wissenschaft |
| 5 | Preise | 16 | Kultur, Medien, Zeitverwendung |
| 6 | Industrie und Dienstleistungen | 17 | Politik |
| 7 | Land- und Forstwirtschaft | 18 | Öffentliche Verwaltung und Finanzen |
| 8 | Energie | 19 | Rechtspflege |
| 9 | Bau- und Wohnungswesen | 20 | Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung |
| 10 | Tourismus | 21 | Nachhaltige Entwicklung und regionale Disparitäten |
-

Wohlstand und Wohlbefinden

Lebensstandard und soziale Benachteiligung in der Schweiz

Katja Branger
Pascale Gazareth
Caterina Modetta
Paul Röthlisberger
Beat Schmid
Jacqueline Schön-Bühlmann
Robin Tillmann
Bundesamt für Statistik

Herausgeber

Bundesamt für Statistik

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: Beat Schmid, BFS, Tel. 032 713 62 95
Caterina Modetta, BFS, Tel. 032 713 64 30
Vertrieb: Bundesamt für Statistik
CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61
Bestellnummer: 525-0200
Preis: Fr. 15.–
Reihe: Statistik der Schweiz / Sozialberichterstattung Schweiz
Fachbereich: 20 Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung
Originaltext: Deutsch / Französisch
Übersetzung: Sprachdienste BFS
Titelgrafik: Roland Hirter, Bern
Copyright: BFS, Neuchâtel 2002
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet.
ISBN: 3-303-20001-7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5	9 Persönliche Sicherheit	64
Das Wichtigste in Kürze	6	9.1 Sicherheitsgefühl	64
Einleitung	8	9.2 Schutz vor Kriminalität	66
0.1 Wirtschaftliches und soziales Umfeld	8	10 Allgemeine Lebenssituation	68
0.2 Untersuchungsgegenstand und Aufbau des Berichts	8	10.1 Subjektives Wohlbefinden	68
0.3 Aussagekraft der Daten	9		
0.4 Einkommenslagen: Definitionen und Begriffe ...	10	Analytischer Teil	
0.5 Soziodemografische Struktur der Einkommensgruppen	12	Einleitung	72
		11 Problemlagen	72
Deskriptiver Teil		11.1 Objektive Problemlagen und Identifikation der Problemgruppen	75
1 Materielle Ressourcen, Lebensstandard	16	11.2 Subjektive Problemlagen und Identifikation der Problemgruppen	82
1.1 Verteilung der Einkommenslagen	16	11.3 Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen	88
1.2 Subjektive Bewertung der finanziellen Situation .	18	11.4 Schlussfolgerungen	92
1.3 Konsumausgaben	20	12 Berufliche Integration: nähere Ausführungen .	94
1.4 Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern	22	12.1 Einleitung	94
1.5 Finanzielle Probleme	24	12.2 Methode	94
2 Berufsleben	26	12.3 Unterschiede zwischen einigen Bevölkerungsgruppen	95
2.1 Arbeitsbedingungen	26	12.4 Zusammenhang mit der sozialen Integration ...	97
2.2 Berufliche Zufriedenheit	28	12.5 Schlussfolgerungen	99
2.3 Verhältnis zur Arbeitsstelle	30		
2.4 Berufliche Integration	32	Anhang	
3 Soziale Sicherheit	34	Anhang A: Erhebung und Stichprobe	103
3.1 Einnahmen und Ausgaben	34	Anhang B: Validierung der Datengrundlage	106
3.2 Sozialleistungen und Versicherungen	36	Anhang C: Problemlagen	108
3.3 Subjektive Aspekte	38	Literaturauswahl	112
4 Haushalt und Familie	40		
4.1 Familien	40		
4.2 Kinder	42		
4.3 Belastung	44		
4.4 Rollenteilung	46		
4.5 Familienexterne Kinderbetreuung	48		
5 Wohnen	50		
5.1 Eigentumsverhältnisse und Wohnraum	50		
5.2 Wohnkosten, Ausstattung und Wohnlage	52		
5.3 Subjektive Wohnaspekte	54		
6 Gesundheit	56		
6.1 Gesundheitsbefinden	56		
7 Freizeit	58		
7.1 Freizeitverhalten objektiv	58		
7.2 Freizeitverhalten subjektiv	60		
8 Partizipation	62		
8.1 Soziale und politische Partizipation	62		

Vorwort

In der Schweiz – wie in praktisch allen westlichen Ländern – gibt es trotz des beträchtlichen nationalen Wohlstandes weiterhin grosse soziale Ungleichheiten. So ist in den letzten 10 Jahren die Einkommensungleichheit trotz einer Erhöhung des durchschnittlichen Haushalteinkommens grösser geworden. Mit anderen Worten: Der Einkommensanteil der Reichsten ist gewachsen, während derjenige der Ärmsten weiter geschrumpft ist. Sofern keine gezielten Interventionen (namentlich auf politischer Ebene) erfolgen, droht diese Schere in den kommenden Jahren weiter auseinander zu gehen.

Die Auseinandersetzung mit den Themen Armut, Einkommensschwäche, Niedriglöhne oder auch Bedürftigkeit ist eine Möglichkeit, das Problem der Ungleichheiten im Allgemeinen und der Einkommensverteilung zwischen Haushalten und Personen im Besonderen anzugehen. Seit gut zwanzig Jahren wird die Situation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der Schweiz in zahlreichen Studien erforscht, welche sehr verschieden angelegt sind und unterschiedliche Quellen verwenden: Es gibt deskriptive Studien, die sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen konzentrieren (Rentner, Erwerbslose usw.), qualitative Studien, Analysen der Einkommensverteilung und schliesslich Studien, die sich mit den Lebensbedingungen der armen Bevölkerung befassen (wobei sich die Definition der Armut immer auf das Einkommen abstützt).

Heute erscheinen in immer kürzerer Folge Untersuchungen zu benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Dies ist nicht zuletzt der wirtschaftlichen Krise der 90er-Jahre zuzuschreiben und dem Bedürfnis, deren Auswirkungen durch öffentliche

Massnahmen zu bewältigen. Insbesondere auf Forschungsebene haben Statistiker, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen verschiedene Methoden zur Definition und Eingrenzung der armen Bevölkerung entwickelt. Jede von ihnen ist mit Vor- und Nachteilen verbunden. Die relative Methode – die die Armut in Bezug auf ein «mittleres» Einkommen definiert – ist weiterhin am gebräuchlichsten, obschon auch andere Untersuchungsansätze anzutreffen sind, z.B. subjektive Armutsdefinitionen oder so genannte Deprivationsindizes. Auch der vorliegende Bericht stützt sich auf die relative Methode ab. Sie passt gut zu dessen Ziel: dem systematischen Vergleich der Lebensbedingungen der verschiedenen Einkommensgruppen, vor allem der niedrigsten und der höchsten. Dieser Untersuchungsansatz stellt im Übrigen die Originalität dieser Arbeit dar.

Konkret umfasst die Analyse nach Einkommensgruppen verschiedene Bereiche wie Lebensstandard, Beschäftigung, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Freizeit, Partizipation oder auch das subjektive Wohlbefinden. So entsteht ein nuanciertes Bild der Folgen und Auswirkungen von finanzieller Benachteiligung.

Diese Arbeit ist Teil eines grösseren Projektes zur kontinuierlichen Beobachtung des sozialen Wandels. Darüber hinaus möchte sie einen Beitrag leisten zu aktuellen Fragestellungen der Politik und zur Deckung des Informationsbedarfs, der jeglichem Handeln in diesem Bereich zu Grunde liegt.

H. Gilomen
Vizedirektor

Das Wichtigste in Kürze



Materielle Ressourcen, Lebensstandard

Tiefe Einkommen sind nicht allein ein Randgruppenproblem. Betroffen sind in erster Linie Personen in kinderreichen Familien, Alleinerziehende, Erwerbslose, Selbständigerwerbende ohne Angestellte, bildungsferne Bevölkerungsschichten sowie ältere Menschen. Auch regional sind Einkommensschwäche und Wohlstand ungleich verteilt. Einkommensschwache Haushalte müssen mit halb so grossem Budget über die Runden kommen; allein die Nahrungsmittel- und Wohnkosten machen die Hälfte ihrer gesamten Konsumausgaben aus. Die stärksten Einschränkungen im Bereich dauerhafte Konsumgüter betreffen PCs und Geschirrspüler. Einkommensschwäche führt verhältnismässig oft zu Zahlungsschwierigkeiten. 1998 mussten 11% der Einkommensschwachen auf eine Zahnbehandlung verzichten. Die finanzielle Zufriedenheit hängt jedoch nicht nur vom verfügbaren Einkommen ab.

☞ Kapitel 1



Berufsleben

Ein geringes Einkommen ist nicht systematisch mit schlechten Arbeitsbedingungen und auch nicht automatisch mit Unzufriedenheit am Arbeitsplatz verbunden. Einzig die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Verdienst variiert systematisch nach Einkommensgruppen: Auf einer Skala von maximal 10 Punkten beträgt sie im Mittel 6,7 für die Einkommensschwachen, 7,2 Punkte für die Personen mittleren Einkommens und 7,6 für die Wohlhabenden. 25% der Einkommensschwachen befürchten, ihre Stelle in den nächsten Jahren zu verlieren, gegenüber 13% der Personen mit hohem Einkommen. Unter den Einkommensschwachen gibt es im Verhältnis weniger Personen, die dem Idealtypus der gesicherten beruflichen Integration nahe kommen.

☞ Kapitel 2



Soziale Sicherheit

Einnahmen aus Sozialversicherungen und -leistungen machen bei einkommensschwachen Haushalten 35% des Einkommens aus. Die Ausgaben für soziale Sicherheit belaufen sich in denselben Haushalten auf durchschnittlich 1000 Franken im Monat, d.h. ein Viertel des Haushaltseinkommens. Über die gesetzliche Grundversorgung hinaus sind Einkommensschwache deutlich weniger gut versichert als finanziell besser gestellte Personen: Nur 37% haben Zusatzversicherungen zur Krankenkasse, und 25% verfügen über eine Lebensversicherung (Wohlhabende: 62% bzw. 45%). Die Verschlechterung

des Lebensstandards nach der Pensionierung betrifft vor allem einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner. Finanziell schlechter gestellte Personen sind dementsprechend auch weniger zufrieden mit dem System der sozialen Sicherheit.

☞ Kapitel 3



Haushalt und Familie

Kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind besonders von Einkommensschwäche betroffen: beinahe die Hälfte dieser beiden Gruppen gehören zu den unteren Einkommenslagen. Aus der Sicht der Kinder bedeutet dies: 35% aller Kinder leben in Haushalten mit niedrigem Einkommen und nur 6% in wohlhabenden. Wohlhabende sind tendenziell etwas weniger zufrieden mit ihrem Familienleben als Einkommensschwache.

In ärmeren Haushalten wird zwar mehr Zeit investiert für Haus- und Familienarbeiten; Wohlhabende empfinden aber die Belastung deutlich stärker. Der Anteil, den Partner an Haus- und Familienarbeit übernehmen, liegt in allen Familiensituationen deutlich unter 40%; derjenige der Partnerinnen deutlich über 60%. Wohlhabende profitieren mehr als doppelt so häufig von einer externen Haushaltshilfe wie Einkommensschwache. Familienexterne Kinderbetreuung wird auch doppelt so häufig von Wohlhabenden beansprucht. Sie bevorzugen institutionalisierte Betreuungsmodelle wie Tagesmutter oder Kinderhort, während Einkommensschwache öfter (kostengünstigere) Lösungen innerhalb der Verwandtschaft oder Bekanntschaft suchen.

☞ Kapitel 4



Wohnen

Einkommensschwache haben kleinere Wohnungen und seltener eine Eigentumswohnung oder Ferienwohnung. Die Ausstattung deckt bei allen die Grundbedürfnisse, aber die Wohnkosten stellen für Einkommensschwache eine hohe Belastung dar. Stärkere Beeinträchtigung durch Umweltprobleme und höhere Unzufriedenheit mit den Wohnverhältnissen sind bei Einkommensschwachen häufiger anzutreffen.

☞ Kapitel 5



Gesundheit

Einkommensschwache fühlen sich weniger gesund. Kommen weitere ungünstige Faktoren hinzu, ergeben sich teilweise bedenklich hohe Anteile von weniger Gesunden. Zu diesen Gruppen gehören die einkommensschwachen jüngeren und alle älteren Rentner und Rentnerinnen sowie je die Einkommensschwachen unter den Personen mit geringer Schulbildung, den Frauen, den Ausländerinnen und Ausländern sowie den Singles.

☞ Kapitel 6



Freizeit

Wohlhabende weisen eine diversifizierte Freizeitgestaltung auf als Einkommensschwache. Die Rangordnung der Freizeitaktivitäten nach Häufigkeit bleibt jedoch in allen drei Einkommensgruppen in etwa dieselbe. Für den Freizeitbereich würden alle Einkommensgruppen gerne mehr Zeit einsetzen: mangelnde verfügbare Zeit ist der wichtigste Grund für Unzufriedenheit in diesem Bereich, in welchem die Zufriedenheit generell hoch ist.

☞ Kapitel 7



Partizipation

Niedrige Einkommen scheinen – unabhängig von der betrachteten Dimension (Politik, soziale Kontakte, Vereinsleben) – zu einer gewissen gesellschaftlichen Abkapselung zu führen. Während beispielsweise 48% der Wohlhabenden aktiv bei einem Verein mitmachen, beläuft sich dieser Anteil bei den Einkommensschwachen lediglich auf 39%.

☞ Kapitel 8



Persönliche Sicherheit

In der Nacht alleine in den eigenen vier Wänden zu sein scheint nur in 6% der Bevölkerung ein Unsicherheitsgefühl auszulösen, unabhängig von der Einkommenslage. Einkommensschwache Personen fühlen sich jedoch nachts und alleine in der eigenen Wohngegend unsicherer als Wohlhabende. Folglich sind Einkommensschwache mit ihrem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt weniger zufrieden als Wohlhabende. Unabhängig von der Einkommenslage sind vier von zehn unsicheren Personen unzufrieden mit diesem Schutz.

☞ Kapitel 9



Allgemeine Lebenssituation

Die Lebenszufriedenheit in der Schweiz ist hoch. Im Durchschnitt sind einkommensschwache Personen ähnlich zufrieden mit ihrem Leben wie reichere. Hinter der durchschnittlich hohen Zufriedenheit verbirgt sich jedoch eine nicht zu vernachlässigende Zahl von teilweise unzufriedenen Menschen, die gehäuft der niedrigsten Einkommensgruppe angehören.

☞ Kapitel 10



Problemlagen

11% der Bevölkerung sehen sich auf objektiver (Situation weniger günstig als bei der Mehrheit der Bevölkerung), 5,8% auf subjektiver (weniger zufrieden) Ebene einer Reihe von Schwierigkeiten ausgesetzt. Und für 5,2% trifft beides zu. Alleinerziehende, Ausländerinnen und Ausländer, Einkommensschwache sowie Angestellte in Verkaufs- oder Dienstleistungsberufen sind am häufigsten betroffen. Ihre Probleme schlagen sich in ihrer Lebenszufriedenheit an sich nieder, die weit unterdurchschnittlich ist.

☞ Kapitel 11



Berufliche Integration

Unter Einkommensschwachen finden sich prozentual gesehen weniger Personen mit einer guten beruflichen Integration. Dasselbe Bild zeigt sich auch nach gewissen soziodemografischen Merkmalen: Insbesondere Ausländerinnen und Ausländer kennen seltener eine gesicherte Integration als die Bevölkerung schweizerischer Nationalität. Entsprechende Integrationsunterschiede finden sich grundsätzlich auf allen Einkommensstufen, jedoch sind sie bei Einkommensschwachen ausgeprägter. Eine gute berufliche Integration geht in der Regel mit einer guten sozialen Integration einher, wobei in diesem Fall der Zusammenhang bei den Wohlhabenden stärker ist.

☞ Kapitel 12

Einleitung

0.1 Wirtschaftliches und soziales Umfeld

Der vorliegende Bericht beschreibt die Situation von Personen aus verschiedenen Einkommensgruppen in Bezug auf die Gesamtheit der Bereiche, welche die Lebensbedingungen der Bevölkerung ausmachen. Diese verschiedenen Situationen ordnen sich selbstverständlich in einen breiteren wirtschaftlichen und sozialen Kontext ein, der sie mehr oder weniger stark prägt. Dieses Umfeld soll im Folgenden kurz umrissen werden.

Die 90er-Jahre waren von wirtschaftlicher Stagnation und strukturellem Wandel gekennzeichnet. Im Gefolge der zunehmenden Globalisierung der wirtschaftlichen Tätigkeiten wurden zahlreiche Unternehmen restrukturiert, was unter anderem eine starke Verunsicherung der Arbeitnehmenden sowie der Konsumentinnen und Konsumenten zur Folge hatte. Die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Einkommenslage der Haushalte. So hat das Haushalteinkommen der Arbeitnehmenden zwischen 1990 und 1998 laut Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz 2001 real um lediglich 3% zugenommen. Zudem haben sich die Einkommensungleichheiten seit 1990 verschärft. Damals erzielte das reichste Viertel der Bevölkerung 40% des Gesamteinkommens und das ärmste Viertel 12%. Acht Jahre später betragen die entsprechenden Anteile 42% und 11%. Die Verschärfung der Ungleichheiten ist nicht auf eine zunehmende Öffnung der Lohnschere zurückzuführen (die Lohnungleichheit ist im Laufe der 90er-Jahre nicht gestiegen), sondern auf eine starke Zunahme der Vermögenseinkünfte, deren Anteil am Haushalteinkommen umso grösser ist, je höher dieses ist.

Die Entwicklung der Sozialleistungen deutet ebenfalls auf eine Verschlechterung der Lage gewisser Bevölkerungskategorien hin. 1990 wurden nahezu 50% der Sozialleistungen in Form von Altersrenten und 25% in Form von Leistungen bei Krankheit und Unfall ausgerichtet. Während der Rezession der 90er-Jahre verringerte sich der Anteil dieser Bereiche etwas, während die Funktionen «Invalidität», «soziale Ausgrenzung» und vor allem «Erwerbslosigkeit» mehr Bedeutung gewannen. Zudem hat eine Schätzung gezeigt, dass sich die Zahl der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler von 1990-1998 mehr als verdoppelte. Diese Entwicklungstrends lassen die zunehmende Marginalisierung eines Teils der Bevölkerung deutlich zu Tage treten.

In Anbetracht des strukturellen (und fortdauernden) Einflusses der Arbeitswelt auf die Gesamtheit der Lebensbedingungen der Haushalte und der Menschen muss der derzeitige Umbruch in diesem Bereich – wenn auch nur kurz – angesprochen werden. Die Globalisierungspolitik und der technische Wandel bewirken eine zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft. Verbunden mit einer zunehmenden Flexibilität und einer freieren Arbeitszeitgestaltung eröffnet dies Phänomen den Arbeitnehmenden – vor allem den Frauen – durchaus neue Möglichkeiten. Es birgt aber auch Risiken, indem namentlich die Situation der weniger qualifizierten Erwerbstätigen und

der in der Schweiz niedergelassenen Ausländer unsicherer wird. Dieser letztgenannte Punkt wird im Rahmen dieses Berichts noch etwas ausführlicher erörtert. Von der steigenden Arbeitslosigkeit ab 1991 blieb zwar keine Erwerbstätigenkategorie vollständig verschont, am meisten betroffen waren aber die wenig qualifizierten und ausländischen Erwerbspersonen. Mit der zunehmenden Erwerbslosigkeit stieg zudem auch deren durchschnittliche Dauer. Langzeiterwerbslose finden aber selten wieder eine Stelle, selbst wenn sich die konjunkturelle Lage wieder gebessert hat.

Frauen arbeiten bekanntlich häufiger als Männer in atypischen Arbeitsverhältnissen. Dazu zählen beispielsweise die Arbeit auf Abruf oder an Sonntagen. Laut den Ergebnissen einer neuen Studie nahm die Zahl der Working Poor in den 90er-Jahren deutlich zu (Streuli/Bauer, 2001). Bis 1995 lag die Quote bei 5%, 1996 stieg sie auf rund 7%. 1999 zählten 7,5% der Erwerbstätigen zu dieser Kategorie, d.h. 250'000 Personen waren trotz Erwerbstätigkeit arm. Am meisten gefährdet sind Alleinerziehende und wenig qualifizierte Personen. Eine mangelhafte berufliche Integration scheint übrigens ganz generell ungünstige Auswirkungen zu haben, nicht nur auf die Gesundheit, sondern vor allem auch auf die familialen und sozialen Beziehungen sowie auf die Beteiligung am politischen Leben.

Der vorliegende Bericht sucht zu ergründen, welche spürbaren Auswirkungen diese laufenden Entwicklungen, und insbesondere die Einkommensungleichheiten, auf die Gesamtheit der Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Schweiz haben.

0.2 Untersuchungsgegenstand und Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht basiert auf Daten, die 1998 im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchserhebung (EVE) erhoben wurden (vgl. Anhang A: Erhebung und Stichprobe). Auch wenn die wirtschaftliche Stagnation seit dieser Zeit allmählich überwunden worden ist, hat die Problematik des Wohlstandsgefälles und der damit einhergehenden sozialen Benachteiligungen nichts von ihrer Aktualität eingebüsst.

Konkret liegen dem Bericht folgende Fragestellungen zugrunde:

- Inwieweit führt Einkommensschwäche zu Beeinträchtigungen materieller Lebensbedingungen wie Lebensstandard, Konsumverhalten oder Wohnverhältnisse?
- Welche Zusammenhänge existieren zwischen der Einkommenslage und immateriellen Lebensbedingungen wie Gesundheitszustand, Freizeitverhalten oder soziale Partizipation?
- Inwieweit überschneiden sich die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden? Empfinden jene, die objektiv schlechter dastehen, dies subjektiv auch so?

- Welche Faktoren haben, neben der Einkommenslage, den stärksten Einfluss auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden und wie hängen sie gegenseitig zusammen?
- Lassen sich Problemgruppen ausmachen, die in verschiedenen Lebensbereichen Defizite kumulieren?
- Wie gut sind verschiedene Bevölkerungsgruppen beruflich integriert? Welches sind die Zusammenhänge zwischen beruflicher und sozialer Integration?

Die Beantwortung erfolgt mit Hilfe einer Auswahl von Sozialindikatoren zu den Lebensbedingungen in verschiedenen Lebensbereichen. Zielgrösse ist die Lebensqualität der betrachteten Gruppen, wobei das Hauptaugenmerk auf der Erkennung von Problem- und Mangellagen liegt. Die Indikatoren bilden Chancenungleichheiten ab und weisen auf prekäre Lebensumstände hin. Wir gehen davon aus, dass Problemlagen für Personen mit sehr geringen finanziellen Ressourcen tendenziell besonders schwierig zu verbessern sind. Dies lässt die konsequente Gruppierung nach Einkommensgruppen sinnvoll erscheinen.

Der den Analysen zugrundeliegende Lebensqualitätsansatz ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- **Multidimensionalität:** Die Lebensqualität ist nicht direkt beobachtbar, sondern wird als Resultat der Lebensbedingungen in unterschiedlichen Lebensbereichen aufgefasst. Lebensbedingungen sind die beobachtbaren, «messbaren» Lebensumstände in verschiedenen Lebensbereichen wie Erwerbssituation, Arbeitsbedingungen, Wohnsituation, Familienformen, soziale Beziehungen, Gesundheit, Freizeitverhalten usw.
- Neben den objektiven, äusseren Lebensbedingungen wird auch das subjektive Wohlbefinden berücksichtigt. Dieses bezieht sich auf die subjektive Einschätzung der Lebensbedingungen in einzelnen Lebensbereichen und die allgemeine Lebenszufriedenheit.
- Die Messung der Lebensbedingungen erfolgt über rang- oder intervallskalierte Indikatoren. Zur Unterscheidung zwischen guten und schlechten Lebensbedingungen müssen sogenannte Schwellenwerte definiert werden. Diese entspringen entweder gesellschaftlichen Normen (z.B. Mindeststandards einer Grundversorgung) oder orientieren sich an der prozentualen Verteilung der untersuchten Variablen in der Bevölkerung. Da nur in seltenen Fällen ein inhaltlich begründeter Konsens vorhanden ist, werden in der vorliegenden Untersuchung die Schwellenwerte zumeist nach rein empirischen Gesichtspunkten festgelegt. Da der Fokus auf den Problemlagen liegt, werden die Grenzen zwischen guten und schlechten Lebensbedingungen nicht in der Mitte, sondern im untern Skalenbereich gezogen (unteres Quintil).
- Die ausgewählten Indikatoren sollen für die Gesamtbevölkerung oder die wichtigsten Teilgruppen relevant sein und die als zentral geltenden Lebensbereiche angemessen abde-

cken. Auf eine Gewichtung der Indikatoren wird hingegen angesichts der gegenwärtig kaum lösbaren konzeptionellen und methodischen Schwierigkeiten verzichtet.

Inhaltlich und methodisch beruht der Bericht auf Erkenntnissen der neueren Sozialberichterstattung, zu deren Kernaufgaben die bereichsübergreifende Darstellung der Lebensbedingungen gehört. Einen Schwerpunkt bildet dabei der Vergleich zwischen Bevölkerungsgruppen und die Identifikation von Problemlagen. International hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Aktivitäten der Unit «Living Conditions» von Eurostat sowie die konzeptuellen Grundlagen und Erfahrungen der Sozialberichterstattung in einzelnen europäischen Ländern.¹ Für die Schweiz liefert die nationale Armutsstudie von Leu et al. (1997) wichtige Anknüpfungspunkte, indem neben der Ressourcenausstattung auch die Lebenslagen der betroffenen Bevölkerung eingehend untersucht werden.

Der Bericht ist in zwei Hauptteile gegliedert:

Im deskriptiven Teil werden die ausgewählten Indikatoren einzeln auf je einer Doppelseite präsentiert. Die Ergebnisse werden jeweils für die Gesamtbevölkerung und nach Einkommenslage getrennt ausgewiesen. Zusätzliche Unterscheidungsmerkmale werden fallweise definiert.

Im analytischen zweiten Teil des Berichts stehen die Zusammenhänge zwischen den Indikatoren und Lebensbereichen im Vordergrund. Gleichrangig neben der Einkommenslage werden auch andere Faktoren wie Bildungsstand, Alter oder Familiensituation in die Analysen einbezogen. Ein erster Schwerpunkt gilt der Frage, bei wem und wie sich einzelne Defizite zu Deprivationslagen kumulieren. Der zweite Schwerpunkt bezieht sich auf die erwerbstätige Bevölkerung und stellt die berufliche Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen vertiefend dar.

0.3 Aussagekraft der Daten

Die in dieser Untersuchung behandelten Themen sind komplex und weitläufig. Oft können sie nur summarisch behandelt werden. Für das Verständnis bei der Lektüre besonders wichtig sind folgende Einschränkungen:

- Die Analysen beziehen sich auf die ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren und deren Haushalte (Grundgesamtheit der EVE). Einige im sozialpolitischen Kontext viel diskutierte Gruppen bleiben somit von der Untersuchung ausgeschlossen: z.B. Asylbewerber/innen, Saisonniers oder Grenzgänger/innen, aber auch in Kollektivhaushalten lebende Menschen.
- Auf Basis der EVE lassen sich keine persönlichen Einkommen ausweisen. Als einkommensschwach werden Personen angesehen, die in Haushalten mit niedrigen Einkommen leben. Finanzielle Ungleichheiten innerhalb der Haushalte bleiben folglich ausgeblendet (vgl. Kap. 0.4).

¹ Aus Schweizer Sicht besonders einflussreich ist das deutsche Konzept. Roland Habich und Heinz-Herbert Noll haben Mitte der Neunzigerjahre im Auftrag des BFS einen Expertenbericht mit Empfehlungen für die Schweiz verfasst (vgl. Habich/Noll 1994).

- Extreme Formen von Armut und Reichtum können über allgemeine Bevölkerungsumfragen kaum adäquat erfasst werden. Man bezeichnet dieses Phänomen auch als Mittelstandsverzerrung. Wer an der EVE teilnimmt, muss ein Dach über dem Kopf haben, über einen Telefonanschluss verfügen und ausreichende Kenntnisse in einer Landessprache haben. Hinzu kommt ein zeitaufwändiges Erhebungsprozedere, zu dem längst nicht alle kontaktierten Haushalte bereit sind (vgl. Anhang A: Erhebung und Stichprobe). Die EVE weist denn auch eine wesentlich höhere Verweigerungsrate auf als weniger aufwändige Umfragen. Für die Unterrepräsentierung des reichsten Bevölkerungssegments dürfte zusätzlich eine Rolle spielen, dass die materiellen Verhältnisse das zentrale Thema der EVE sind. Diese für die Repräsentativität kritischen Faktoren waren Anlass für eine Validierung mittels einiger Schlüsselmerkmale. Diese hat keinen Anhaltspunkt ergeben, der darauf schliessen liesse, dass die EVE eine wesentlich stärkere Mittelstandsverzerrung aufweist als andere gesamtschweizerische Haushaltsbefragungen (vgl. Anhang B: Validierung der Datenbasis).
- Die Datengrundlage weist in einigen Bereichen Lücken auf, die teilweise mit Hilfe von sekundären Datenquellen geschlossen werden könnten. Da die Verknüpfbarkeit der Indikatoren auf individueller Ebene jedoch eine Grundvoraussetzung für die Zusammenhangsanalysen im analytischen Teil des Berichts darstellt, haben wir generell auf den Beizug zusätzlicher Datenquellen verzichtet. Die Lücken betreffen hauptsächlich den Gesundheitsbereich (z.B. keine Angaben zum psychischen Wohlbefinden) sowie das soziale Netzwerk und die Kontakte.
- Die knappe Stichprobengrösse (vgl. Anhang A) schränkt die Analysemöglichkeiten ein. Insbesondere bei kleinen, aber wichtigen Teilgruppen wie den Alleinerziehenden können die Ergebnisse nicht mit der wünschbaren Genauigkeit ausgewiesen werden. Weitere Differenzierungen innerhalb solcher Gruppen sind kaum möglich.
- Die Analysen vermitteln eine Momentaufnahme im Zeitraum zwischen Dezember 1997 und April 1999. Aussagen über die Dynamik und den zeitlichen Verlauf der untersuchten Problemlagen sind somit nicht möglich.

0.4 Einkommenslagen: Definitionen und Begriffe

Im Zentrum des vorliegenden Berichts stehen Personen mit niedrigem Einkommen. Als solche gelten hier neben der von Armut betroffenen Bevölkerung auch jene Individuen, deren Einkommen etwas über den üblicherweise

verwendeten Armutsgrenzen liegt.² Diese vergleichsweise breite Definition ergibt sich aus unserem Analyseschwerpunkt. Das Augenmerk gilt weniger dem Risiko, unter ein bestimmtes Existenzminimum zu fallen, als vielmehr den Lebensbedingungen und dem Wohlbefinden von materiell benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Im Zusammenhang mit solchen Fragestellungen sind relative Armutsmasse üblich, die vom mittleren Wohlstandsniveau einer Gesellschaft abhängen und somit in erster Linie soziale Ungleichheiten widerspiegeln. Demnach gilt als arm, wer vom geltenden Lebensstandard ausgeschlossen ist. Dahinter steht die Auffassung, dass zu einem menschenwürdigen Dasein mehr als nur die Deckung des Grundbedarfs gehört. Eurostat beispielsweise verwendet in seinen Statistiken zu den Lebensbedingungen und der sozialen Ausgrenzung in den EU-Ländern als Armutsgrenze in der Regel 60% des jeweiligen nationalen Medianeinkommens.³ Alternativ werden auch die 50- und 70-Prozentgrenzen herangezogen. Im vorliegenden Bericht haben wir uns für die 70-Prozentgrenze entschieden. Zum einen haben eigene empirische Abklärungen ergeben, dass zwischen den Lebensbedingungen von unter und knapp über der 60-Prozentgrenze lebenden Individuen keine wesentlichen Unterschiede bestehen.⁴ Zum andern ist aus der Armutsforschung bekannt, dass über einen längeren Zeitraum betrachtet verhältnismässig viele Menschen einmal knapp unter, ein andermal knapp über der Armutsgrenze leben. Von daher würde eine allzu restriktive Auslegung des Niedrigeinkommensbereichs der sozialen Realität der betroffenen Menschen kaum gerecht. Hinzu kommen statistische Überlegungen: Die 60-Prozentgrenze würde wegen der knappen Stichprobengrösse eine differenzierte Auswertung der von Einkommensschwäche betroffenen Bevölkerungsgruppen erschweren.

Als Vergleichsgruppen dienen neben der Gesamtbevölkerung die Angehörigen der mittleren und höheren Einkommensklassen. Zu den Letzteren zählen wir jene Personen, deren Einkommen 150% des Medianeinkommens übersteigt. Dieses Mass zur Bestimmung der finanziell privilegierten Bevölkerungsschichten hat sich in der Reichtumsberichterstattung in Anlehnung an die relativen Armutskonzepte eingebürgert.

Um uns terminologisch deutlich von Armutsstudien im engeren Sinn abzugrenzen, sprechen wir in der weiteren Folge des Berichts hauptsächlich von «Einkommensschwäche». Die Angehörigen der höchsten Einkommensklasse bezeichnen wir in der Regel als «Wohlhabende». Für die Personen dazwischen verwenden wir «mittlere Einkommenslage» oder «Mittelstand».

² Grundsätzlich kommen verschiedene Definitionen für diese Zielgruppe in Frage. Es existiert kein einzelnes Mass, welches allgemeine Gültigkeit beanspruchen könnte. In der schweizerischen Armutsbereichterstattung (Leu et al. 1997, Streuli/Bauer 2002) orientiert man sich meist am Existenzminimum der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)

³ Das Medianeinkommen teilt die Population in zwei gleich grosse Hälften: 50% der Einkommen sind tiefer, 50% höher als das Medianeinkommen.

⁴ Vgl. auch Leu et al. 1997, 302.

In Übereinstimmung mit andern einschlägigen Untersuchungen zum Thema⁵ stellen wir zur Bestimmung der individuellen Ressourcenlage auf das verfügbare Einkommen des Haushalts ab. Dies ist insofern sinnvoll, als auch in der heutigen Zeit die grosse Mehrheit der Haushalte eine wirtschaftliche Einheit bilden. Dennoch ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen, dass dadurch die ökonomischen Ungleichheiten innerhalb der Haushalte verwischt werden.⁶ Zu beachten ist ferner, dass das Vermögen nur in Form der Zinserträge einbezogen wird. Diese Einschränkung führt vor allem im Falle des älteren Bevölkerungsteils zu einer gewissen Unterschätzung der tatsächlich vorhandenen finanziellen Möglichkeiten.

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist gegeben durch das Brutto-Einkommen abzüglich Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankenkassenprämien für die Grundversicherung und andere Zwangsausgaben. Um die finanzielle Situation unterschiedlich grosser und verschieden zusammengesetzter Haushalte vergleichbar zu machen, werden die Einkommensangaben mit Hilfe von sogenannten Äquivalenzskalen bedarfsgewichtet. Die «neuere OECD-Skala», für die wir uns in dieser Untersuchung entschieden haben, ordnet der ersten Person im Haushalt das Gewicht 1 und jedem weiteren Haushaltsmitglied 0.5 (mindestens 15-Jährige) bzw. 0.3 (unter 15-Jährige) zu. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen resultiert aus der Division des verfügbaren Haushaltseinkommens durch die Summe der Personengewichte.

Die folgende Tabelle zeigt für verschiedene Schwellenwerte, wieviele Personen in einkommensschwachen bzw. wohlhabenden Haushalten leben. Die im Weiteren verwendeten Grenzen sind grau markiert.

Das Median-Äquivalenzeinkommen («mittleres», bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) beträgt 3500 Franken. Mit weniger als der Hälfte davon (1750 Franken) auskommen müssen 8,3% der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren. Setzt man den Grenzbetrag 350 Franken höher (< 60% des Medians), so steigt der Anteil Betroffener auf 14,6%. Bei einer Heraufsetzung der Grenze um weitere 350 Franken sind bereits 23,9% der Bevölkerung von Armut (oder treffender: Einkommensschwäche) betroffen. Dieses starke Ansteigen der Armutsquote bei kleinen Verschiebungen des Schwellenwertes nach oben ist ein Indiz dafür, dass die Einkommenskurve im kritischen Bereich der Niedrigeinkommen einen steilen Verlauf aufweist. Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, dass jeder festen Armutsgrenze immer auch etwas Willkürliches anhaftet. Die 70-Prozent-Grenze definiert eine Population, in welcher auch jene Personen stark vertreten sind, die knapp über strenger definierten Armutsgrenzen leben.

In Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von mehr als 5250 Franken leben 18% der Bevölkerung (>150% des Medians). Sie bilden die Gruppe der «Wohlhabenden», deren Lebensbedingungen in diesem Bericht häufig mit jenen der einkommensschwachen Personen verglichen werden. Über 7000 Franken (> 200% des Medians) verfügen noch 6,7% der Bevölkerung. Dieses reichste Segment innerhalb der Gruppe der Wohlhabenden wird in den folgenden Analysen nicht separat behandelt.

Relative Armuts- und Wohlstandsquoten nach verschiedenen Schwellenwerten

0.1* Definition	Verfügbares Äquivalenzeinkommen: Grenzbetrag in Franken pro Monat	Relative Armuts- bzw. Wohlstandsquoten (Anteil an ständiger Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren)
< 50% des Median-Äquivalenzeinkommens	1 750	8,3
< 60% des Median-Äquivalenzeinkommens	2 100	14,6
< 70% des Median-Äquivalenzeinkommens	2 450	23,9
> 150% des Median-Äquivalenzeinkommens	5 250	18,0
> 200% des Median-Äquivalenzeinkommens	7 000	6,7

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

⁵ So etwa auf nationaler Ebene die Armutsstudie von Leu et al. (1997) oder die Working-Poor-Untersuchung von Bauer/Streuli (2002), international Eurostat (2000).

⁶ Ausgeklammert bleiben aus diesem Grund insbesondere die sozioökonomischen Folgen der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Leider lassen die EVE-Daten im Moment keine Analysen zur Verteilung der Ressourcen innerhalb der Haushalte zu.

Relative Armutsquoten im europäischen Vergleich (Personen ab 16 Jahren)

0.2*	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	UK	CH
Anteil am Median-Äquivalenzeinkommen														
< 50%	11	7	11	14	12	9	8	13	6	7	7	15	12	8
< 60%	17	12	16	21	18	16	18	19	12	12	13	22	19	15
< 70%	25	19	23	28	25	25	28	26	21	21	21	30	28	24

Datenquellen: ECHP 1996 (EU-Länder, zitiert nach Eurostat 2000: 68) und EVE 1998 (Schweiz)

Wie sind diese Armutsquoten im internationalen Vergleich einzuordnen?

Zunächst sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass sich die verschiedenen Armutsquoten nicht auf eine gemeinsame Referenz, sondern auf das jeweilige nationale Median-Äquivalenzeinkommen beziehen. Anders ausgedrückt erlauben die Vergleiche gewisse Rückschlüsse auf das Ausmass der Einkommensungleichheiten in den verschiedenen Ländern, nicht jedoch auf das absolute Wohlstandsniveau. Als Extrembeispiele denkbar sind grosse Ungleichheiten auf hohem Wohlstandsniveau oder umgekehrt eine ausgeglichene Einkommensverteilung bei tiefem Lebensstandard.

Die relativen Armutsquoten der Schweiz fallen nicht aus dem Rahmen und liegen zwischen jenen der Nachbarländer Österreich und Frankreich. In Italien hingegen ist ein deutlich grösserer Bevölkerungsanteil von strenger Armut betroffen, und auch in Deutschland müssen 11% mit weniger als der Hälfte des Median-Einkommens auskommen. Etwas besser als die Schweiz steht vor allem Dänemark da. Auffallend ist vor allem, dass im Verhältnis weniger Menschen knapp über der 50-Prozent- bzw. 60-Prozentgrenze leben als in der Schweiz. Insgesamt ist die Schweiz im europäischen Vergleich im vorderen Mittelfeld einzuordnen, deutlich vor Grossbritannien und den südlichen EU-Staaten, in denen wesentlich mehr Menschen vom mittleren Lebensstandard ausgeschlossen sind.

Obwohl die hier aufgeführten Armutsquoten der EU-Länder und der Schweiz auf einheitlichen Definitionen basieren, empfiehlt sich bei der Interpretation eine Beschränkung auf die groben Unterschiede. Was die genaue Position der Schweiz betrifft, stellt sich zum Beispiel das Problem der unterschiedlichen Datenbasis. Während die EU-Zahlen aus dem «European Community Household Panel» (ECHP) stammen, basieren die Ergebnisse der Schweiz auf der Einkommens- und Verbrauchserhebung. Wie der Validierung im Anhang zu entnehmen ist, unterscheiden sich die relativen Armuts- und Wohlstandsquoten der EVE nur geringfügig von jenen, welche aus den Daten des Schweizerischen Haushaltspanels 1999 (SHP) hervorgehen. Das SHP ist eine Erhebung mit ähnlicher Untersuchungsanlage wie das «European Community Household Panel».

0.5 Soziodemografische Struktur der Einkommensgruppen

Aufgrund der einleitend erwähnten Begriffe und Definitionen gibt der folgende Abschnitt einen Überblick über die soziodemografische Struktur der verschiedenen Einkommensgruppen. Zusammenfassend sind unterschiedliche Verteilungen zwischen den Gruppen besonders stark bezüglich des Bildungsstands und der Familiensituation festzustellen.

Tabelle 0.3 zeigt die detaillierte Aufteilung der drei Einkommensgruppen sowie der Gesamtbevölkerung nach soziodemografischen Merkmalen. Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass die EVE eine Ausweisung der persönlichen Einkommen nicht ermöglicht. Wie oben erwähnt, gelten jene Personen als einkommensschwach, welche in Haushalten mit niedrigem Einkommen leben. Folgende Tendenzen sind festzustellen:

Alter: Verglichen mit der Verteilung der Altersgruppen in der Gesamtbevölkerung sind die unterste (15 – 24 Jahre) und obersten Altersgruppen (ab 62 / 65 Jahren) in der einkommensschwachen Bevölkerung leicht stärker vertreten, während unter den Wohlhabenden die mittleren Altersgruppen ein wenig stärker präsent sind.

Geschlecht: Die Aufteilung der Geschlechter hält sich in allen Einkommensgruppen in etwa die Waage. Der Anteil der in einkommensschwachen Haushalten lebenden Frauen ist leicht höher als jener der Männer und analog in den wohlhabenden Haushalten leicht niedriger als in der Gesamtbevölkerung, der Unterschied ist aber minim.

Staatsangehörigkeit: Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger steigt mit sinkendem Einkommen: In der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppe ist er deutlich höher, in der wohlhabenden tiefer als in der Gesamtbevölkerung.

Haupttätigkeit: Die Analyse der Bevölkerungsstruktur nach Haupttätigkeit ergibt folgendes Bild: In den einkommensschwachen Haushalten sind Personen im Rentenalter, auf Arbeitssuche oder in Ausbildung proportional zahlreicher als in der Gesamtbevölkerung. Umgekehrt sind sie in der in wohlhabenden Haushalten lebenden Bevölkerung weniger

Einkommensgruppen nach soziodemographischen Merkmalen

0.3*	Prozentanteile			
	Einkommensschwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend	Gesamtbevölkerung
Familiensituation				
Alleinlebende	19,6	18,9	18,0	18,9
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten	24,5	30,8	53,2	33,3
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	24,2	26,0	12,6	23,1
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	10,6	4,6	1,6	5,5
Alleinerziehende	3,7	1,7		2,0
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	9,6	8,6	(5,1)	8,2
Andere Situation	7,9	9,4	8,6	8,9
Geschlecht				
Männer	47,4	48,1	49,6	48,2
Frauen	52,6	51,9	50,4	51,8
Alter				
15 – 24	15,1	14,0	7,9	13,2
25 – 39	30,4	33,0	34,8	32,7
40 – 54	20,4	22,9	26,2	22,9
55 – 61/64	8,6	10,7	14,4	10,9
62/65 – 74	18,0	14,4	14,0	15,2
75 oder älter	7,5	5,1	(2,6)	5,2
Staatsangehörigkeit				
Schweizer/innen	76,6	81,7	85,7	81,2
Ausländer/innen	23,4	18,3	14,3	18,8
Hauptaktivität				
Berufstätig ¹	40,0	54,4	65,7	53,0
Auf Arbeitssuche	5,2	1,3		2,1
In Ausbildung	10,5	8,1	4,7	8,0
Haus- und Familienarbeit	14,6	13,9	9,8	13,3
Rentenalter ²	25,6	19,4	16,6	20,4
Anderes	4,1	3,0	(2,3)	3,1
Bildungsstand				
Obligatorische Schule	37,5	24,8	9,2	25,0
Sekundarstufe II	50,1	58,5	52,7	55,5
Tertiärstufe	12,4	16,7	38,0	19,5

¹ Die Berufstätigkeit gilt dann als Hauptaktivität, wenn eine Person entweder mind. 50% erwerbstätig ist oder mit einem Teilzeitpensum von unter 50% arbeitet, ohne gleichzeitig eine Ausbildung zu absolvieren oder einen Mehrpersonenhaushalt zu führen.

² Alle Personen im Rentenalter (unabhängig von allfälligen Aktivitäten im Erwerbs- oder Bildungsbereich)

100% = Total der jeweiligen Einkommensgruppe bzw. der Gesamtbevölkerung (vertikale Prozentanteile)

Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

stark vertreten. Der Anteil Berufstätiger ist dafür um so höher: Er beläuft sich auf fast zwei Drittel der Wohlhabenden, jedoch bloss auf zwei Fünftel der Einkommensschwachen (Gesamtbevölkerung: 53% Berufstätige).

Bildungsstand: Im Bildungsbereich weicht die Struktur der drei Einkommensklassen ziemlich stark von jener der Gesamtbevölkerung ab. Es erstaunt kaum, dass in der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppe der Anteil Personen, welche über einen höheren Abschluss auf Tertiärstufe (Universitäten, Fachhochschulen und andere gleichwertige

Ausbildungen) verfügen, bedeutend niedriger ist als in der Gesamtbevölkerung. Er beträgt in letzterer einen Fünftel, in der einkommensschwachen Bevölkerung einen Achtel. Bei den Wohlhabenden steigt dieser Anteil gar auf 38%.

Umgekehrt ist der Anteil Personen, welche nach der obligatorischen Schulzeit keine weitere Ausbildung abgeschlossen haben, unter den Wohlhabenden besonders gering (9%), während er sich bei den Einkommensschwachen auf 38% beläuft. In der gesamten schweizerischen Bevölkerung macht er einen Viertel aus.

Familiensituation: Der prozentuale Anteil der Alleinlebenden variiert nicht stark von einer Einkommensgruppe zur anderen (je um die 19%), während Partner und Partnerinnen in kinderlosen Haushalten unter den Wohlhabenden besonders stark vertreten sind: Über die Hälfte der Wohlhabenden leben in solchen Zweipersonenhaushalten. Unter den Einkommensschwachen beläuft sich der entsprechende Anteil auf ein Viertel, in der Gesamtbevölkerung auf ein Drittel.

Umgekehrt sind in Familienhaushalten (Paarhaushalte mit Kindern) lebende stärker in der einkommensschwachen Bevölkerung vertreten. Über ein Drittel dieser Bevölkerungs-

gruppe lebt in solchen Haushalten; bei den Wohlhabenden sind es noch 14%. Der Anteil Personen aus kinderreichen Haushalten (3 oder mehr Kinder) beträgt gar nur 1,6% der finanziell besser Gestellten.

Auch Alleinerziehende trifft man entschieden seltener unter den Wohlhabenden. Sie machen weniger als ein Prozent dieser Bevölkerungsgruppe aus, jedoch 3,7% der Einkommensschwachen. Bei der Interpretation dieser Resultate ist allerdings Vorsicht geboten, da die Anzahl Alleinerziehender in der Stichprobe allgemein gering ist.

Deskriptiver Teil

Tiefe Einkommen sind nicht allein ein Randgruppenproblem

Von Einkommensschwäche betroffen sind in erster Linie Personen in kinderreichen Familien, Alleinerziehende, Erwerbslose, Selbständigerwerbende ohne Angestellte, bildungsferne Bevölkerungsschichten sowie ältere Menschen. Auch regional sind Einkommensschwäche und Wohlstand teilweise ungleich verteilt. So leben im Tessin im Vergleich zum Kanton Zürich anteilmässig doppelt so viele Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Umgekehrt ist die Konzentration von hohem Einkommen in keiner anderen Grossregion so ausgeprägt wie im Kanton Zürich.

Die nachfolgenden Quoten sind nicht als Indikatoren für das genaue Ausmass von Armut und Reichtum in der Schweiz gedacht. Vielmehr sollen sie das Wohlstandsgefälle zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen beleuchten. Auch wenn dabei eine weniger restriktive Definition zur Anwendung gelangt als in eigentlichen Armuts- und Reichtumsstudien (vgl. Einleitung), stehen weitgehend dieselben Gruppen im Vordergrund.

Das Risiko, zur Gruppe der Einkommensschwachen zu gehören, steigt mit wachsender Kinderzahl an. Während kinderlose Paare gehäuft in wohlhabenden Verhältnissen leben, sind 25 von 100 Paaren mit bis zu zwei Kindern und sogar 46 von 100 Paaren mit mindestens drei Kindern von Einkommensschwäche betroffen. In finanziell ähnlich prekären Verhältnissen wie kinderreiche Familien leben auch Alleinerziehende. Die Gründe für diese Schlechterstellung sind hinlänglich bekannt. In Familienhaushalten findet typischerweise eine strenge Arbeitsteilung zwischen erwerbstätigen Männern und nichterwerbstätigen Familienfrauen statt. Doch oft reicht ein einfaches Erwerbseinkommen kaum aus, um die hohen (Kinder-)Kosten zu decken. Alleinerziehende sind oft Frauen, die bei einem tiefen Lohn teilzeiterwerbstätig sind (vgl. Kap. 4). Demgegenüber verdienen kinderlose Paare häufig doppelt und haben einen überdurchschnittlich hohen Lebensstandard.

Der Bildungsgrad übt nach wie vor einen entscheidenden Einfluss auf die Einkommensverteilung aus. Personen ohne nachobligatorischen Abschluss leben in 36% der Fälle in einem einkommensschwachen Haushalt. Auf der andern

Seite leben 35% der Akademiker in wohlhabenden Verhältnissen. Diese Kluft ist vor allem bedingt durch die je nach Bildungsstufe unterschiedliche Zugänglichkeit der lukrativeren Berufspositionen.

Auch zwischen den Grossregionen besteht ein deutliches Wohlstandsgefälle. Während im «Espace Mittelland» 28% und im Tessin sogar 37% der Bevölkerung mit einem niedrigen Einkommen auskommen müssen, gilt dasselbe nur für 17% der Zürcherinnen und Zürcher. Umgekehrt wohnen im Kanton Zürich 29% in wohlhabenden Haushalten. Im Tessin sind es lediglich 11% und im «Espace Mittelland» 14%. Vergleichsweise wohlhabend ist auch die Bevölkerung der Nordwestschweiz. Diese Ungleichgewichte hängen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Konzentrationen und Lohnstrukturen zusammen. Sie werden insofern etwas gemildert, als in Regionen mit hohem Lohnniveau auch das Preisniveau und damit die Lebenshaltungskosten höher sind. Grob gerechnet geben einkommensschwache Haushalte im Tessin 12% weniger für den Konsum aus als im Kanton Zürich. Nicht ausser Acht gelassen werden sollte die grobstrige Grundlage der hier angestellten Vergleiche. Bei einer feineren Untergliederung kämen auch innerhalb der Grossregionen markante Differenzen zum Vorschein.

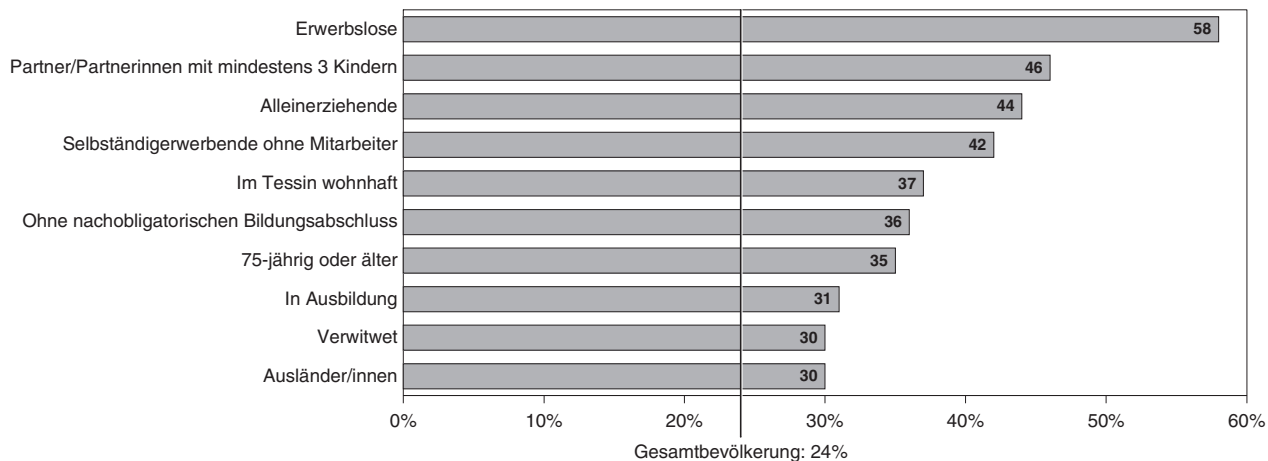
Den direktesten Einfluss auf die Einkommenslage hat die berufliche Situation. Beinahe 60% der Erwerbslosen und 42% der Selbständigerwerbenden ohne Angestellte sind mit Einkommensschwäche konfrontiert. Letztere müssen infolge unsicherer Auftragslage oft massive Einkommensschwankungen in Kauf nehmen.

Definitionen

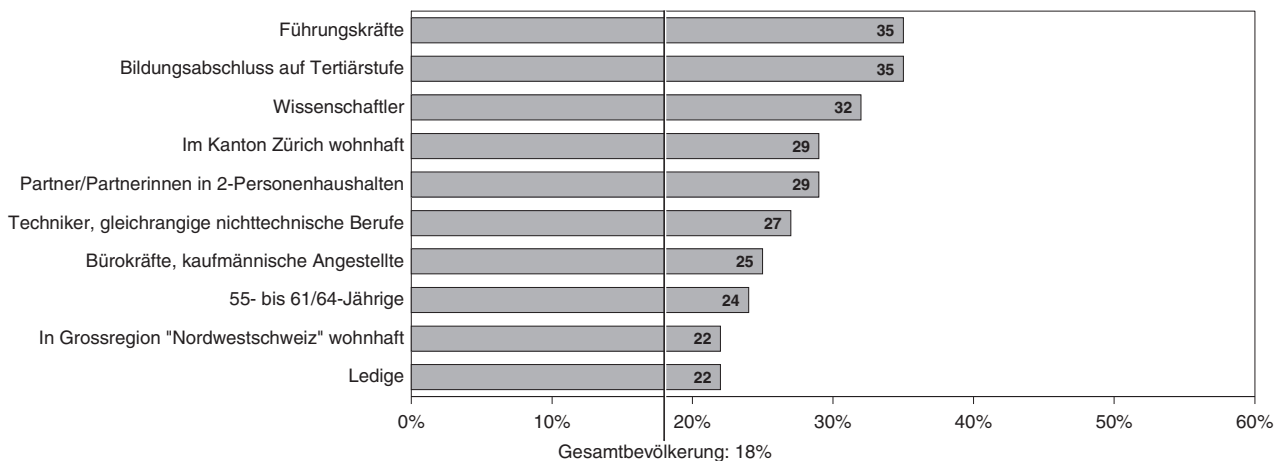
Die Individuen werden auf Grund der wirtschaftlichen Situation ihrer Haushalte einer von drei Einkommensgruppen zugeteilt: einkommensschwache Personen leben in einem Haushalt, der über weniger als 70% des Median-Aequivalenzeinkommens verfügt. Als wohlhabend werden Personen bezeichnet, deren Haushalt über mehr als 150% des Median-Aequivalenzeinkommens verfügt. Alle übrigen Personen gehören der mittleren Einkommensgruppe an (Details siehe 0.4).

1.1 Verteilung der Einkommenslagen

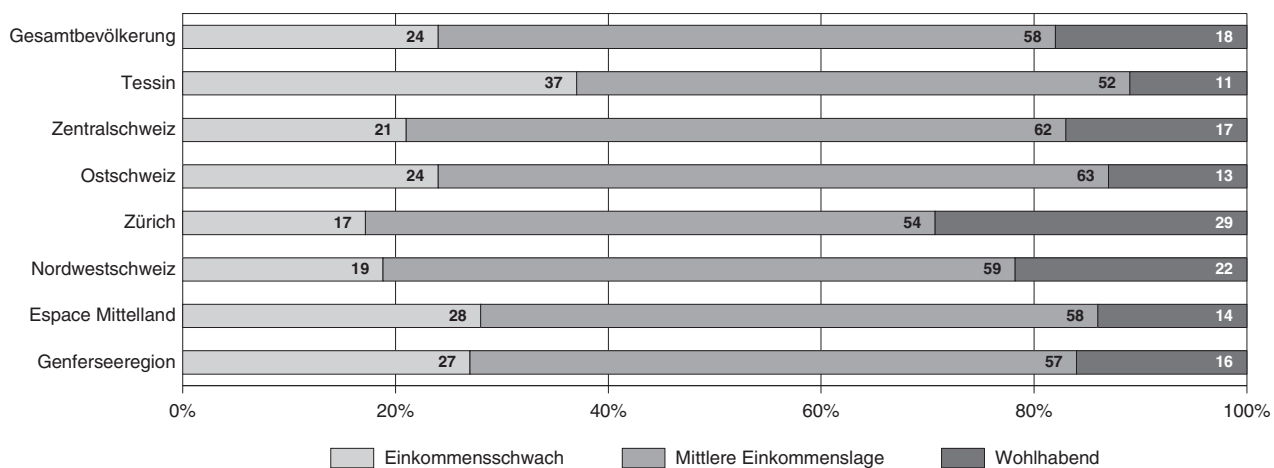
Die 10 Gruppen mit den höchsten Anteilen an Personen aus einkommensschwachen Haushalten



Die 10 Gruppen mit den höchsten Anteilen an Personen aus wohlhabenden Haushalten



Verteilung der Einkommenslagen in den 7 Grossregionen



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die finanzielle Zufriedenheit hängt nicht nur vom verfügbaren Einkommen ab

Trotz des gesamthaft gesehen hohen Wohlstandsniveaus in der Schweiz sind nicht alle Bevölkerungsteile im selben Ausmass zufrieden mit ihrer finanziellen Situation. Materiell besonders schlecht gestellt fühlen sich Erwerbslose und Alleinerziehende, aber auch viele Ausländerinnen und Ausländer.

Auch wenn Geld in modernen Gesellschaften eine der zentralsten Ressourcen darstellt und die individuelle Wohlfahrt massgeblich beeinflusst, hängt die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der materiellen Bedingungen auch mit nicht-monetären Faktoren zusammen. Erwartungen und Ansprüche können genauso eine Rolle spielen wie das soziale Beziehungsnetz, die Familiensituation oder der Lebensstil. Eine allein erziehende Mutter etwa wird von Einkommensschwäche im Allgemeinen härter getroffen als ein Hochschulabsolvent, auch wenn beide zu einem bestimmten Zeitpunkt objektiv gesehen über dasselbe Einkommen verfügen. Direkte Rückschlüsse von der subjektiven Befindlichkeit auf den tatsächlich vorhandenen Deprivationsgrad sind allerdings problematisch. Es gibt Personen, die trotz relativer Armut mit ihrer materiellen Lage zufrieden sind. Das Gegenstück bilden die unzufriedenen Reichen. Dennoch liefert die subjektive Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation wertvolle Anhaltspunkte zur individuellen Betroffenheit und sozialen Ausgrenzung gewisser Bevölkerungsgruppen.

Zwischen der objektiven Einkommenslage und der materiellen Zufriedenheit besteht ein enger Zusammenhang. 3 von 10 einkommensschwachen Personen sind eher unzufrieden mit ihrer finanziellen Situation. Der Anteil der Unzufriedenen ist damit zweimal so hoch wie bei der mittleren Einkommensgruppe und sogar fünfmal so hoch wie bei den Wohlhabenden. Diese sind in 37% der Fälle sehr zufrieden. Dasselbe gilt für immerhin 19% der einkommensschwachen Bevölkerung.

Das Zufriedenheitsprofil ist also bis zu einem gewissen Grad ein Abbild des Wohlstandsgefälles. Doch auch innerhalb der Einkommensgruppen existieren beachtliche Differenzen. Im Vergleich zu anderen einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen sind Erwerbslose, Alleinerziehende und Ausländer

besonders unzufrieden. Dieser Befund dürfte darauf zurückzuführen sein, dass bei diesen drei Gruppen die finanziellen Einschränkungen häufig mit prekären sozialen Bedingungen einhergehen. In der höchsten Einkommensklasse variiert die durchschnittliche Zufriedenheit der wichtigsten Teilgruppen nur geringfügig. Auf allen drei Einkommensstufen sind ältere Menschen und Nichterwerbstätige überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Finanzlage. Bedingt durch die Distanz zum Erwerbsleben legen diese beiden Gruppen bei der Bewertung wohl andere Massstäbe an als berufstätige Personen.

Rückblickend denken 44% der einkommensschwachen Haushalte, dass sich ihre finanzielle Situation in den vorangehenden 5 Jahren (d.h. zwischen 1993 und 1998) verschlechtert hat. Für 33% hat sich nichts verändert. Anders sehen es wohlhabende Haushalte. Über die Hälfte empfindet ihre gegenwärtige Finanzlage als Verbesserung, nur 18% sehen eine Verschlechterung. Während die Bewertung der finanziellen Entwicklung im Rückblick wesentlich von der gegenwärtigen Einkommenslage geprägt ist, hat diese kaum einen Einfluss auf die Prognose für die nächsten 5 Jahre. Auf allen drei Einkommensstufen erwartet etwa ein Drittel eine Verbesserung, knapp die Hälfte gleich bleibende Verhältnisse und nicht ganz ein Fünftel eine Verschlechterung.

Unter den ärmeren Bevölkerungsteilen heben sich wiederum Alleinerziehende und Erwerbslose durch eine besonders negative Beurteilung ab. Je über 60% stellen rückblickend eine Verschlechterung ihrer Finanzlage fest. Trotzdem oder gerade deshalb rechnet gut die Hälfte mit einer Verbesserung im Lauf der folgenden 5 Jahre. Im Gegensatz dazu bewerten einkommensschwache Ausländer ihre finanzielle Entwicklung nicht signifikant anders als die Gesamtheit der Haushalte mit niedrigen Einkommen.

Fragestellungen

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer gegenwärtigen finanziellen Situation? (Skala von 0 für «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 für «sehr zufrieden»). Zusammenfassungen: 0-5 = nicht zufrieden, 6-7 = ziemlich zufrieden, 8-9 = zufrieden, 10 = sehr zufrieden.

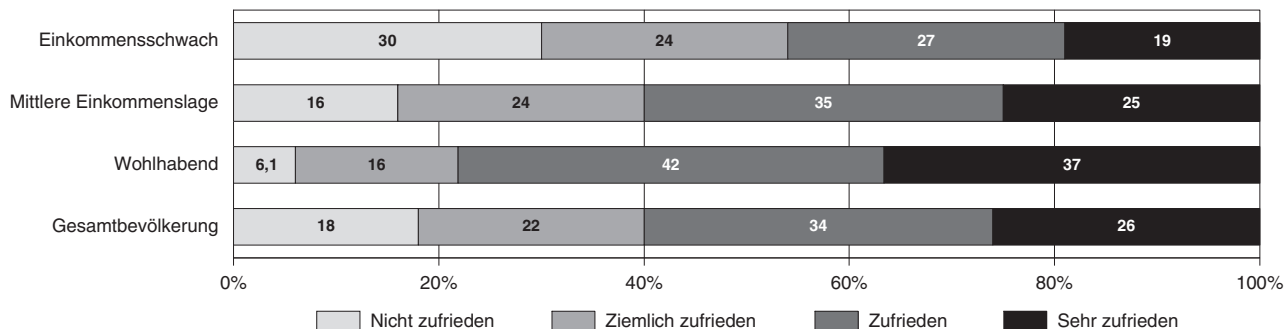
Wenn Sie an die Entwicklung Ihrer persönlichen finanziellen Situation in den letzten (vergangenen) 5 Jahren denken, würden Sie sagen, dass sich die in den letzten 5 Jahren stark verbessert hat, ein wenig verbessert hat, gleich geblieben ist, ein wenig verschlechtert hat, stark verschlechtert hat? Zusammenfassungen: stark und ein wenig verbessert = verbessert, ein wenig und stark verschlechtert = verschlechtert.

Und wenn Sie an die nächsten 5 Jahre denken, glauben Sie, dass sich Ihre persönliche finanzielle Situation verbessern wird, gleich bleiben wird oder verschlechtern wird?

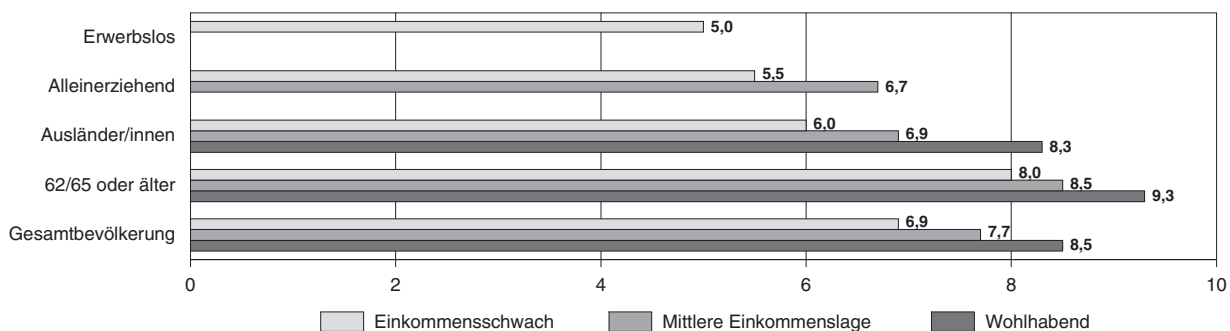
Die Zufriedenheitsfrage wurde der «Zielperson», die Fragen nach der finanziellen Entwicklung der «Kontaktperson» (vgl. Anhang A) gestellt.

1.2 Subjektive Bewertung der finanziellen Situation

Zufriedenheit mit finanzieller Situation

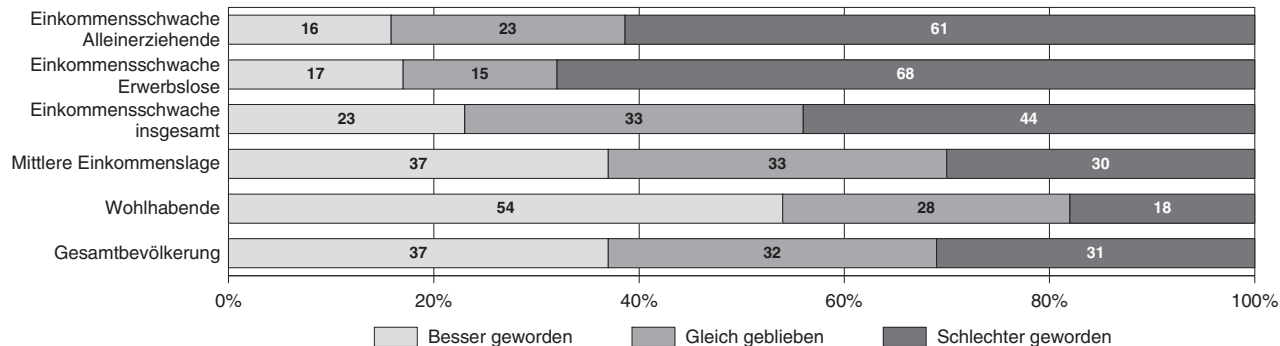


Durchschnittliche Zufriedenheit mit finanzieller Situation nach Einkommenslage (Skala 0-10)

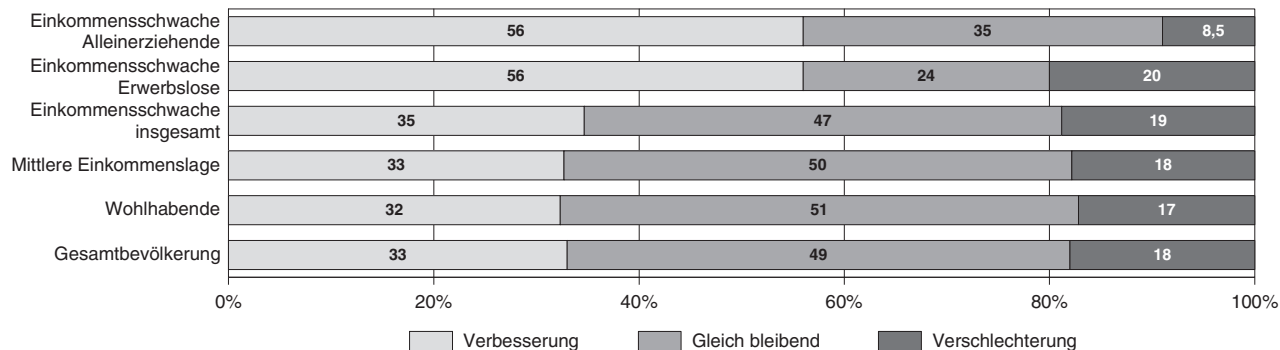


Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

Bewertung der finanziellen Entwicklung in den letzten 5 Jahren (1993/94 - 1998)



Bewertung der finanziellen Entwicklung in den kommenden 5 Jahren (1998 - 2002/03)



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwache Haushalte müssen mit halb so grossem Budget über die Runden kommen

Haushalte mit niedrigem Einkommen geben im Vergleich zu wohlhabenden Haushalten durchschnittlich halb so viel Geld für den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen aus. Allein die Nahrungsmittel- und Wohnkosten machen die Hälfte ihrer gesamten Konsumausgaben aus.

Das Volumen und die Struktur der Konsumausgaben sind gute Masse für den Lebensstandard der Bevölkerung. Je knapper das Haushaltsbudget, desto weniger Geld bleibt für die Deckung von Bedürfnissen, welche über die materielle Grundsicherung hinausgehen. Ein Vergleich des Konsumverhaltens verschiedener Einkommensgruppen liefert somit wichtige Hinweise über das Ausmass des Wohlstandsgefälles zwischen ärmeren und reicheren Teilen der Bevölkerung.

Weil der Konsumbedarf je nach Haushaltszusammensetzung sehr unterschiedlich ist, drängt sich eine nach Haushaltstypen getrennte Betrachtung des Ausgabenvolumens auf. Einkommensschwache Einpersonenhaushalte geben durchschnittlich 2317 Franken pro Monat für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen aus, wohlhabende annähernd den doppelten Betrag. Vierköpfige Familienhaushalte mit zwei unter 15-jährigen Kindern geben zwischen 4115 (Einkommensschwache) und 8520 Franken (Wohlhabende) aus. Das Verhältnis zwischen den Konsumausgaben der tiefsten und höchsten Einkommensklasse liegt bei allen vier hier betrachteten Haushaltstypen in der Grössenordnung 1:2. Dieses Ungleichgewicht geht auch aus der Tatsache hervor, dass wohlhabende Einpersonenhaushalte im Durchschnitt mehr Geld ausgeben als einkommensschwache Familienhaushalte.

Im Gegensatz zum Ausgabenvolumen hängt die grobe Struktur der Ausgaben nicht wesentlich vom Haushaltstyp ab. Dies gilt sowohl für die Gesamtheit der Haushalte als auch die drei betrachteten Einkommensgruppen. Zwar geben Einpersonenhaushalte im Verhältnis mehr für das Wohnen aus, doch sind auf der anderen Seite die Aufwendungen für Nahrungsmittel

geringer, so dass beide Ausgabenposten zusammengenommen einen gleich hohen Anteil der Totalausgaben ausmachen wie bei den übrigen Haushaltstypen.

In einkommensschwachen Haushalten machen die Ausgaben für Nahrungsmittel (17%) und «Wohnen und Energie» (32%) zusammen etwa die Hälfte des Totals der Konsumausgaben aus. Unter Berücksichtigung der Ausgaben für die Wohnungseinrichtung sind es sogar deutlich über 50%. Im Gegensatz dazu geben wohlhabende Haushalte durchschnittlich nur 9,3% (ihres allerdings grösseren Budgets) für Nahrungsmittel und 25% für das Wohnen (ohne Wohnungseinrichtung) aus. Entsprechend grösser ist der Anteil, der für die Befriedigung weiter gehender Bedürfnisse übrigbleibt. Beispielsweise geben wohlhabende Haushalte 12% für auswärtige Verpflegung und Übernachtung aus, Haushalte mit niedrigem Einkommen nur 8,1%. Auch die Ausgaben für den Verkehr und «Unterhaltung, Erholung und Kultur» weisen in der höchsten Einkommensgruppe höhere Anteile auf.

In materiell schlechter gestellten Haushalten scheint die Selbstversorgung eine nicht zu vernachlässigende Rolle zu spielen, was angesichts des hohen Anteils der Ausgaben für den Grundbedarf nicht erstaunen kann. Jeder dritte einkommensschwache Haushalt bezieht regelmässig Nahrungsmittel aus dem eigenen Garten oder Stall. Dasselbe gilt nur für jeden fünften wohlhabenden Haushalt. Generell ist die Selbstversorgungsquote in Familienhaushalten höher als in kleineren Haushalten. Doch auch bei einem nach Haushaltstypen getrennten Vergleich ist der Anteil der Selbstversorger unter den ärmeren Haushalten durchgehend grösser.

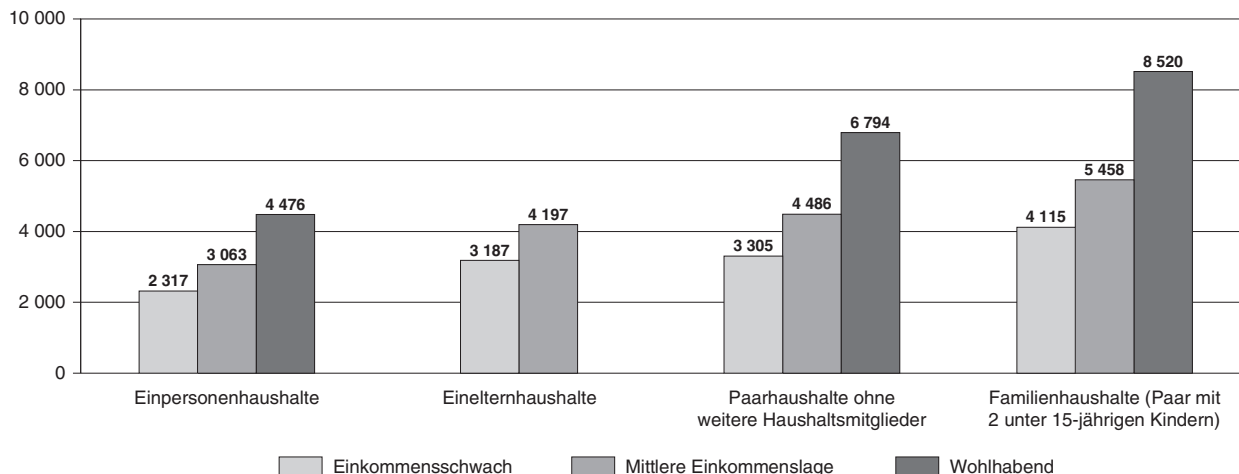
Definitionen und Berechnungen

Analyseeinheit: Haushalte (eine personenbezogene Analyse des Ausgabenverhaltens ist mit den EVE-Daten nicht möglich)

Die Klassifikation der Ausgaben entspricht den Hauptgruppen der international gebräuchlichen COICOP- Nomenklatur (Classification of Individual Consumption by Purpose).

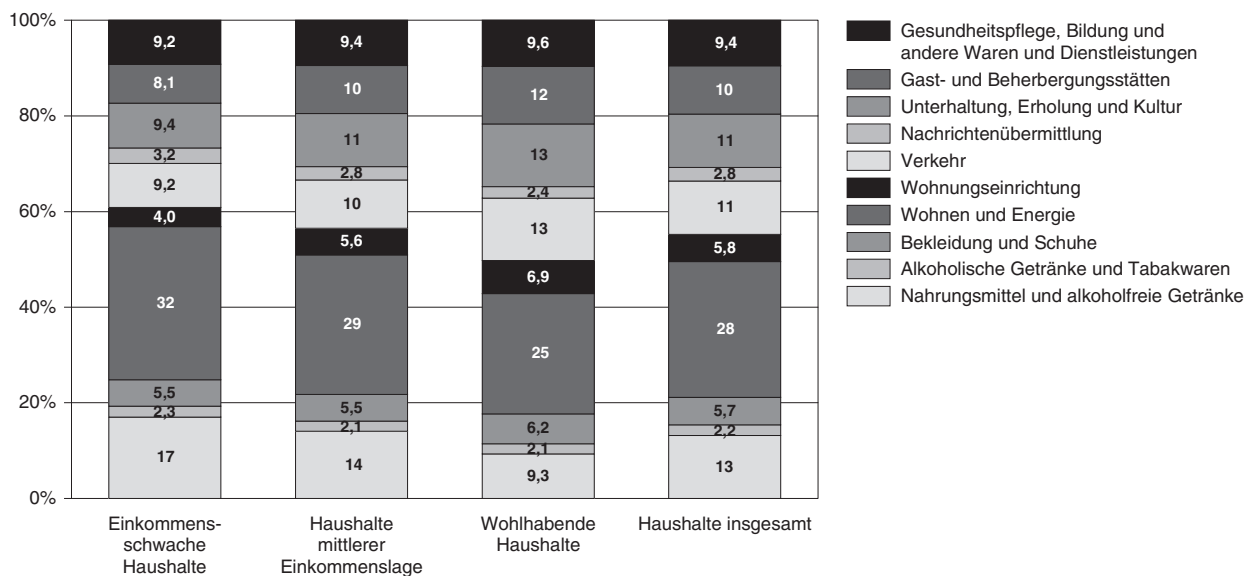
1.3 Konsumausgaben

Gesamtvolumen der Konsumausgaben in Franken pro Monat

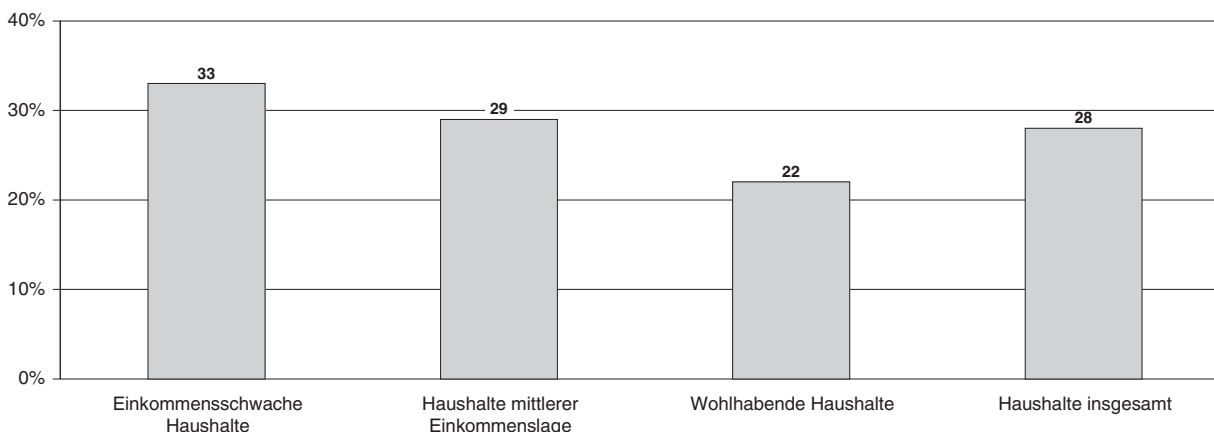


Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

Anteile am Total der Konsumausgaben



Quoten der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwäche zwingt nicht nur zu Verzicht auf Luxusgüter

Einkommensschwäche ist oft begleitet von einer Unterversorgung mit Gütern, die in wohlhabenden Ländern wie der Schweiz mehr oder weniger zur Standardausstattung eines Haushalts gehören. Die stärksten Einschränkungen betreffen PCs und Geschirrspüler.

Die Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern ist nicht nur eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Sie hängt oft auch mit dem Lebensstil und persönlichen Vorlieben zusammen. Insofern lässt sich aus deren Nichtvorhandensein weniger direkt auf eine Mangellage schliessen als beispielsweise auf Grund eines niedrigen Ausgabenvolumens. Doch bei allen geschmacklichen Differenzen gibt es Konsumgüter, deren Fehlen von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung als Beeinträchtigung empfunden wird. Eine ausgeprägte Unterversorgung mit solchen Gütern deutet auf einen eingeschränkten Lebensstandard hin.

Die im Folgenden diskutierten Konsumgüter sind alle in mehr als 50% der Haushalte vorhanden. Es bestehen aber erhebliche Differenzen bezüglich ihres Verbreitungsgrades und ihres Zusammenhangs mit der Einkommenslage. Der Zugang zu einer Waschmaschine ist in aller Regel gewährleistet und gehört in der Schweiz auch in ärmeren Haushalten zum minimalen Standard. Gut 9 von 10 Haushalten besitzen ein Fernsehgerät. Diese Quote gilt unabhängig von der Einkommenslage, was den Schluss nahe legt, dass das Fehlen eines Fernsehers bei den restlichen knapp 10% mehrheitlich einem bewussten Verzicht entspringt. Tendenziell ist das Ungleichgewicht zwischen einkommensarmen und wohlhabenden Haushalten desto grösser, je geringer der Verbreitungsgrad des betreffenden Ausstattungsmerkmals ist. Ein PC ist in annähernd doppelt so vielen wohlhabenden wie ärmeren Haushalten vorhanden (67% vs. 38%). Geschirrspüler besitzen 73% der wohlhabenden, aber nur 43% der einkommensschwachen Haushalte. Auch Autos, Stereoanlagen und Videorecorder sind in ärmeren Haushalten weniger stark verbreitet. Die Differenzen zu den wohlhabenden Haushalten sind allerdings kleiner als bei PCs und Geschirrspüchern.

Der Ausstattungsindex ordnet die Haushalte auf Grund des Vorhandenseins von fünf ausgewählten Gütern (vgl. Grafik) auf einer Skala zwischen 0 und 1 ein. Bei einer 1 verfügt ein Haushalt über alle, bei einer 0 über keines der Güter. Um der oben angesprochenen Problematik des individuellen Geschmacks Rechnung zu tragen, wurde bei der Indexkonstruktion das Fehlen weit verbreiteter Güter stärker gewichtet als jenes der weniger häufigen (vgl. Kasten). Wegen mangelnder Aussagekraft für den Index nicht berücksichtigt wurde die Ausstattung mit Waschmaschinen und Fernsehgeräten.

Der Index unterstreicht die Unterversorgung einkommensschwacher Haushalte. Die für Einpersonenhaushalte unterdurchschnittlich tiefen und Familienhaushalte überdurchschnittlich hohen Indexwerte verweisen ausserdem auf den je nach Haushaltstyp unterschiedlichen Bedarf. So ist beispielsweise ein Geschirrspüler für einen Einpersonenhaushalt eher Luxus, während er für einen Familienhaushalt eine beinahe unverzichtbare Erleichterung bedeutet. Das Ausstattungsgefälle zwischen reicheren und ärmeren Haushalten bleibt auch innerhalb der verschiedenen Haushaltstypen bestehen. Ähnliches gilt bei einem nach Altersklassen getrennten Vergleich. Haushalte mit jüngeren und älteren Personen sind weniger gut ausgestattet, doch innerhalb der Altersklassen bleiben die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen mehr oder weniger bestehen.

Unter den Einkommensschwachen befinden sich relativ viele Haushalte mit extremen Ausstattungslücken. Gut 20% verfügen über höchstens eines der fünf im Index enthaltenen Konsumgüter. Dasselbe gilt nur für 10% der Haushalte mit mittlerem und 4,2% der Haushalte mit hohem Einkommen. Es handelt sich dabei überwiegend um kleine Rentnerhaushalte. Jüngere Haushalte sind bedeutend seltener in diesem Ausmass unterversorgt.

Definitionen und Berechnungen

Analyseeinheit: Haushalte

Der hier verwendete Ausstattungsindex ist in Anlehnung an den aus der Literatur bekannten Proportionalen Deprivations-Index (PDI) gebildet worden (vgl. Böhnke/Delhey 1999). Der PDI basiert auf einer umfassenderen Liste von Gütern und Dienstleistungen und verwendet für die Gewichtung subjektive Aussagen zur Notwendigkeit der Güter für einen angemessenen Lebensstandard. Solche Angaben fehlen in der Einkommens- und Verbrauchserhebung. Ausserdem ist der Ausstattungsindex im Gegensatz zum PDI auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 standardisiert. Für die Berechnung des Index A für die Ausstattung eines Haushalts j mit den Gütern i gilt die Formel:

$$A_j = 1 - (1/M \sum_{i=1}^5 w_i I_{ij})$$

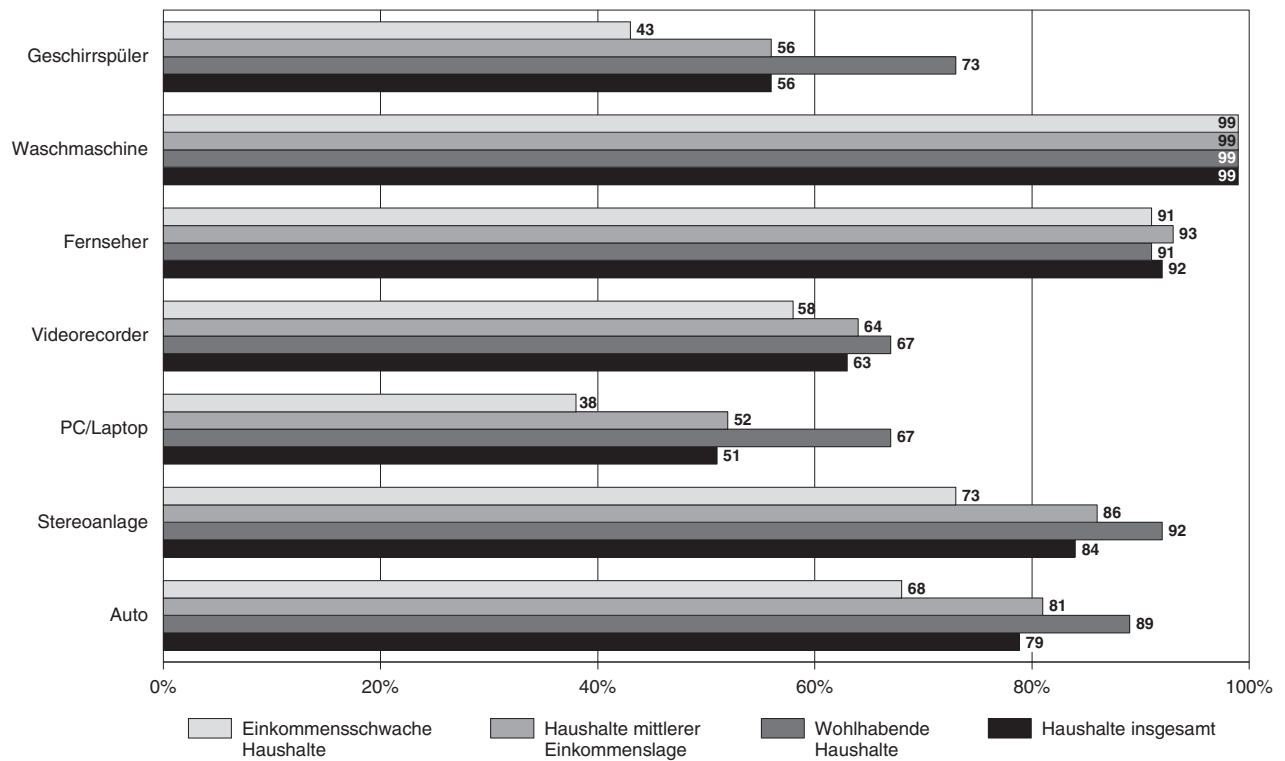
w_i = relative Häufigkeit von i (getrennt berechnet für 1-, 2-, 3-Personenhaushalte sowie Haushalte mit 4 oder mehr Personen)

I = Indikatorvariable mit Wert 1, falls i vorhanden, sonst 0

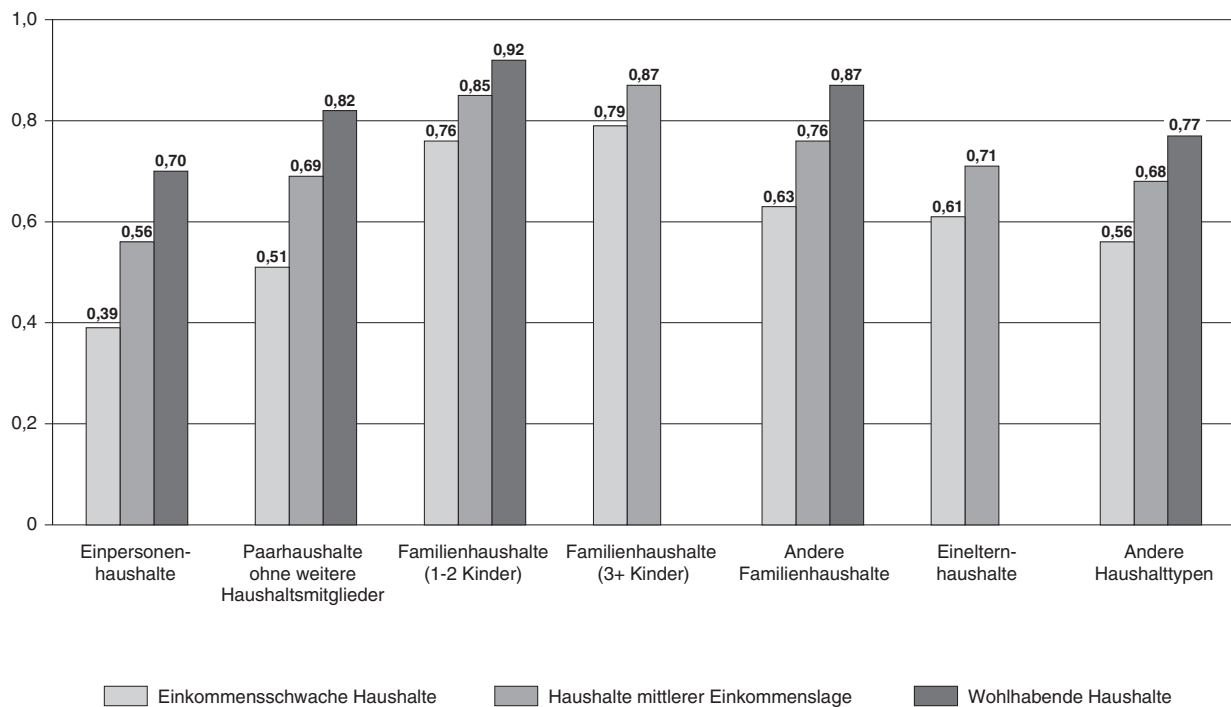
$M = \sum_{i=1}^5 w_i$ (maximal möglicher Wert von A, getrennt nach Haushaltsgrösse berechnet)

1.4 Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern

Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern nach Einkommenslage



Index der Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern*



* Berücksichtigte Güter: Geschirrspüler, Videorecorder, PC/Laptop, Stereoanlage, Auto. Indexwerte in der Nähe von 1 verweisen auf ein hohes, solche in der Nähe von 0 auf ein tiefes Ausstattungsniveau. Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen.

© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

11% der Einkommensschwachen mussten 1998 auf eine Zahnbehandlung verzichten

Einkommensschwäche führt verhältnismässig oft zu Zahlungsschwierigkeiten und zwingt nicht selten zu einem Verzicht auf allgemein üblichen Lebensstandard. Rund 3 von 10 Personen mit niedrigem Einkommen haben 1998 aus finanziellen Gründen auf Ferien verzichtet. Auf eine Zahnbehandlung verzichteten im selben Zeitraum 11%.

Bei der Beurteilung der materiellen Lage spielen neben den Einnahmen und Ausgaben auch Zahlungsschwierigkeiten und finanzielle Einschränkungen eine wichtige Rolle. Sie liefern konkrete Hinweise auf ein Missverhältnis zwischen den materiellen Bedürfnissen oder Verpflichtungen und den finanziellen Mitteln. Selbst höhere Einkommen bieten keinen sicheren Schutz vor finanziellen Engpässen. Am gefährdetsten sind jedoch zweifelsohne einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Finanzielle Einschränkungen wirken sich besonders dann negativ auf das Wohlbefinden aus, wenn die in einer Gesellschaft üblichen Standards und Entfaltungsmöglichkeiten betroffen sind. Auf eine Zahnbehandlung beispielsweise sollte niemand aus finanziellen Gründen verzichten müssen. Aber auch Ferien oder der Besuch eines Weiterbildungskurses sollten nicht primär eine Frage der finanziellen Möglichkeiten sein. Allerdings können die Konsumwünsche und Ansprüche sehr unterschiedlich sein. Insofern kann der Einfluss der materiellen Lage nicht losgelöst vom subjektiven Empfinden der einzelnen Personen betrachtet werden.

Für den Zeitraum zwischen 1997 und 1998 berichten 15% der Bevölkerung von Schwierigkeiten, gewisse Rechnungen rechtzeitig zu bezahlen. Je nach Einkommenslage schwankt dieser Anteil beträchtlich. Während bei einkommensschwachen Personen beinahe ein Viertel mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert ist, sind es unter den Wohlhabenden nur 6,4%.

In den 12 Monaten zwischen 1997 und 1998 haben 28% der von Einkommensschwäche Betroffenen aus finanziellen Gründen auf Ferien, 11% auf eine Zahnbehandlung und 6,6% auf einen Weiterbildungskurs verzichtet. Bei den Wohlhabenden sind die entsprechenden Verzichtsquoten durchgängig tiefer: 6,7% haben auf Ferien, 1,9% auf eine Zahnbehandlung und 1,7% auf einen Weiterbildungskurs verzichtet. Obwohl die durchschnittliche Häufigkeit von Ferien, Zahnbehandlungen und Weiterbildungskursen unterschiedlich ist, wurde bei den Fragen nach finanziell bedingten Verzichten eine einheitliche Bezugsperiode von 12 Monaten zugrunde gelegt. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der resultierenden Quoten. Aussagekräftiger als die Höhe der Quoten ist die Tatsache, dass die tiefste Einkommensgruppe für alle 3 Merkmale eine vier- bis sechsmal höhere Verzichtsquote aufweist als die höchste Einkommensgruppe.

Aufgrund der eingeschränkten Stichprobengrösse können die Unterschiede innerhalb der tiefsten Einkommensgruppe nicht mit der erforderlichen statistischen Genauigkeit ausgewiesen werden. Tendenziell schränken sich Familien sowie Ausländerinnen und Ausländer finanziell besonders stark ein.

Fragestellungen

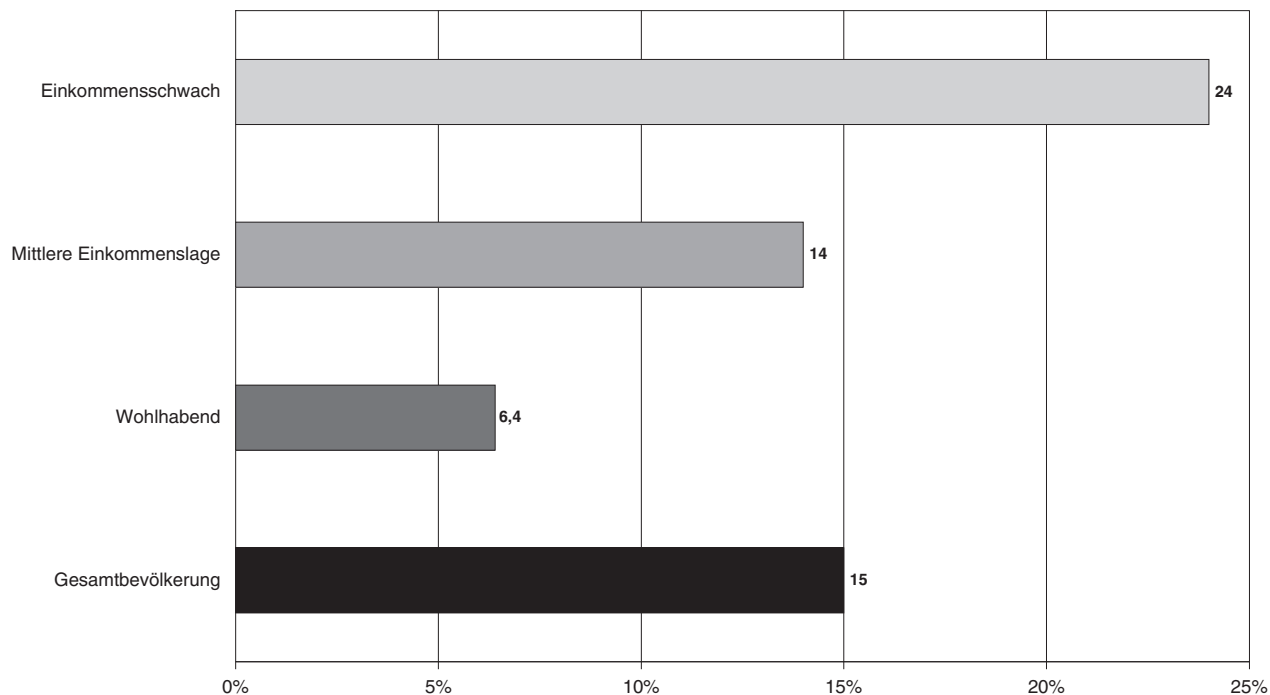
Ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass Sie Schwierigkeiten gehabt haben, gewisse Rechnungen rechtzeitig zu bezahlen?

Haben Sie persönlich in den letzten 12 Monaten aus finanziellen Gründen verzichten müssen ...

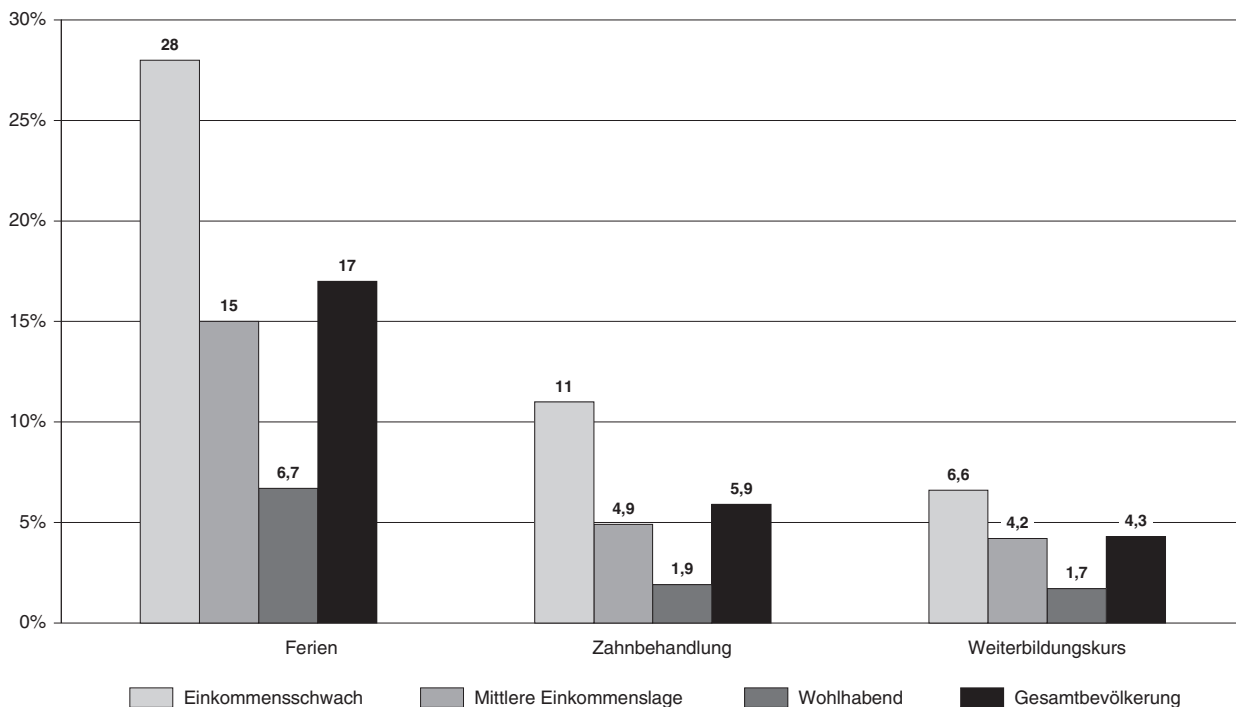
- auf Ferien
- auf eine Zahnbehandlung
- auf einen Weiterbildungskurs

Obwohl direkte Fragen nach finanziellen Problemen teilweise als indiskret empfunden werden, hat nur eine verschwindend kleine Zahl von Befragten die Beantwortung verweigert. Dennoch dürfte der Anteil der von finanziellen Problemen Betroffenen in Wirklichkeit etwas höher sein als hier ausgewiesen, weil heiklere Fragen nicht immer wahrheitsgetreu beantwortet werden.

Anteile der in den letzten 12 Monaten von Zahlungsschwierigkeiten betroffenen Personen*



Anteile der Personen, die aus finanziellen Gründen auf Ferien, eine Zahnbehandlung oder Weiterbildungskurse verzichtet haben*



* Die Angaben beziehen sich auf einen Zeitraum von 12 Monaten zwischen 1997 und 1998

Niedrige Einkommen sind nicht systematisch mit schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden

Ein Viertel der Erwerbstätigen gibt an, dass sich ihre Arbeitssituation im Verlauf der letzten fünf Jahre verschlechtert hat. Dieses Phänomen betrifft nicht nur die einkommensschwachen Personen.

In Bezug auf die Arbeitsbedingungen gingen wir von drei Hauptdimensionen aus: Arbeitsautonomie, Zeit- und Qualitätsdruck sowie Beschwerlichkeit der Arbeit und Arbeitsrisiken. Mangels spezifischer Daten zu diesen Dimensionen stützten wir uns bei den Analysen auf approximative Ersatzmasse. Da die Arbeitsautonomie bekanntlich mit der sozio-professionellen Kategorie verbunden ist, verwendeten wir als Annäherung sozioökonomische Klassifikationsvariablen. Für die Schätzung des Zeit- und Qualitätsdrucks benutzten wir mangels Alternativen Variablen bezüglich der Überstunden. Für eine Annäherung an die Dimension «Beschwerlichkeit der Arbeit und Arbeitsrisiken» hielten wir die Angaben zur Entwicklung der Arbeitssituation (Verbesserung/Verschlechterung) für angebracht, obwohl dieser Indikator schwierige Arbeitssituationen, die sich in den letzten fünf Jahren nicht verbessert haben, ausklammert.

Die Verteilung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppe ist nicht systematisch mit der Position in der Hierarchie der Berufsgruppen gemäss ISCO (vgl. Kasten) verbunden. Anders ausgedrückt sind die Einkommensschwachen nicht umso stärker vertreten, je niedriger die berufliche Stellung ist. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass 57% der Einkommensschwachen mittleren oder niedrigen Berufsgruppen angehören (Techniker und gleichrangige Berufe, Dienstleistungs- und Verkaufsberufe, Handwerks- und verwandte Berufe). Analog sind die Einkommensschwachen bei den akademischen Berufen untervertreten (sie stellen 9% aller Wissenschaftler), während sie in den Berufsgruppen am unteren Ende der Hierarchie überwiegen (47% der Fachkräfte in der Landwirtschaft, 28% der Hilfsarbeitskräfte). Eine Klassifikation nach der «beruflichen Stellung» gibt ein ähnliches Bild. Fast zwei Drittel der einkommensschwachen

Personen fallen in die Kategorien der Selbständigen und der Arbeitnehmenden ohne Vorgesetztenfunktion (24% resp. 40%). Während diese Bevölkerungsgruppe bei den Selbständigen und den mitarbeitenden Familienmitgliedern stark überwiegt, ist sie bei den Arbeitnehmenden in der Unternehmensleitung untervertreten. Aus der Unterteilung der Selbständigen (inklusive Arbeitnehmende im eigenen Betrieb) in Selbständige mit und ohne Mitarbeitende geht hervor, dass es sich bei 27% der Einkommensschwachen um Kleinunternehmer (ohne Mitarbeitende) oder mitarbeitende Familienmitglieder handelt. Unter der Voraussetzung, dass die Gesamtheit der Selbständigen, der Arbeitnehmenden im eigenen Betrieb und der Arbeitnehmenden in der Unternehmensleitung über eine nicht unwesentliche Arbeitsautonomie verfügt, unterscheidet sich die Stellung der einkommensschwachen Personen kaum von jener der Personen mittleren Einkommens; beide Kategorien stehen aber «schlechter» da als wohlhabende Personen.

Die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung gibt an, häufiger mehr zu arbeiten als vertraglich festgelegt wurde. Auf Einkommensschwache trifft dies weniger zu. Rund zwei Drittel der Personen, die Überstunden leisten, empfinden dies als Belastung (grosse, mittlere oder leichte). Am wenigsten als Belastung werden Überstunden von den Einkommensschwachen empfunden (47%). Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass Überstunden für diese Einkommensgruppe eine zusätzliche Einkommensquelle darstellen.

Ein Viertel der Erwerbstätigen gibt an, dass sich ihre Arbeitssituation in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Dabei sind keine grossen Unterschiede zwischen den Einkommensklassen festzustellen.

Definitionen und Fragestellungen

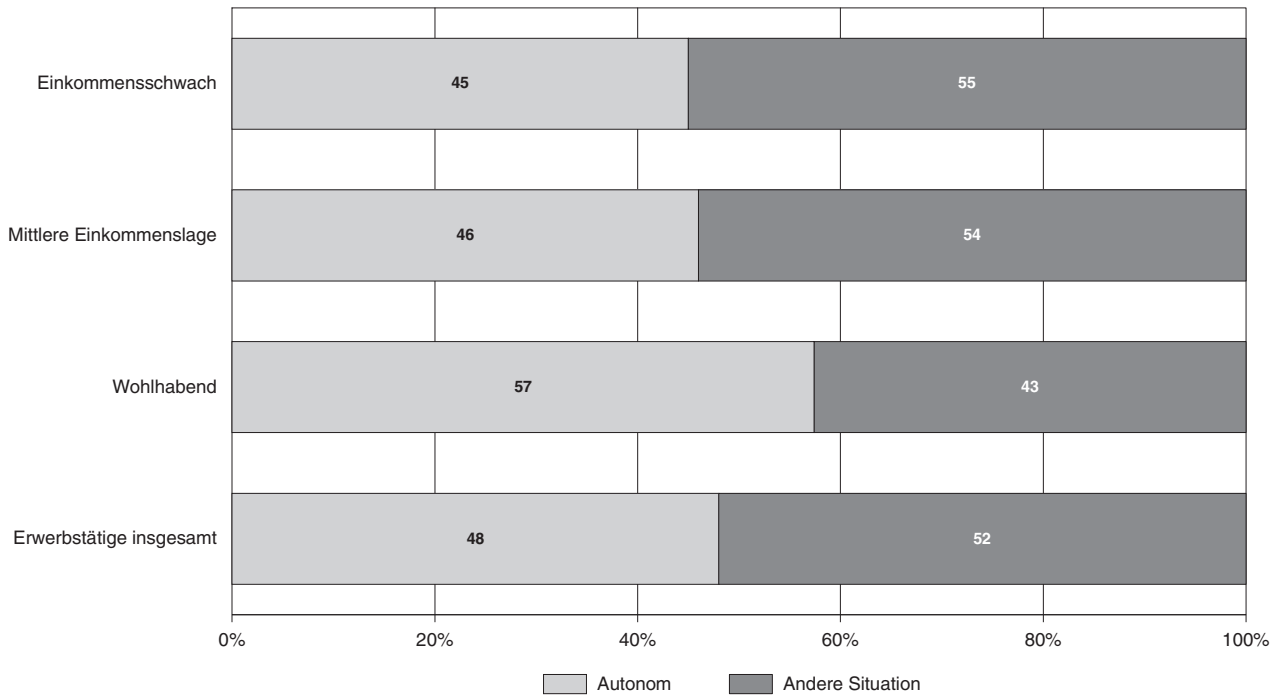
Die Standardklassifikation der Berufe (ISCO) gliedert die Erwerbstätigen nach folgenden Berufsgruppen: Führungskräfte; akademische Berufe; Techniker und gleichrangige Berufe; Bürokräfte, kaufmännische Angestellte; Dienstleistungs- und Verkaufsberufe; Fachkräfte in der Landwirtschaft; Handwerks- und verwandte Berufe; Anlagen- und Maschinenbediener; Hilfsarbeitskräfte. Bei der Klassifikation nach der «Beruflichen Stellung» wird zwischen Selbständigen, mitarbeitenden Familienmitgliedern, Arbeitnehmenden in Unternehmensleitung, Arbeitnehmenden mit Vorgesetztenfunktion, Arbeitnehmenden ohne Vorgesetztenfunktion und schliesslich der Kategorie «andere Stellung» unterschieden.

Arbeitsautonomie: Es wird vorausgesetzt, dass die Gesamtheit der Selbständigen, der Arbeitnehmenden im eigenen Betrieb und der Arbeitnehmenden in Unternehmensleitung über eine nicht unwesentliche Arbeitsautonomie verfügen.

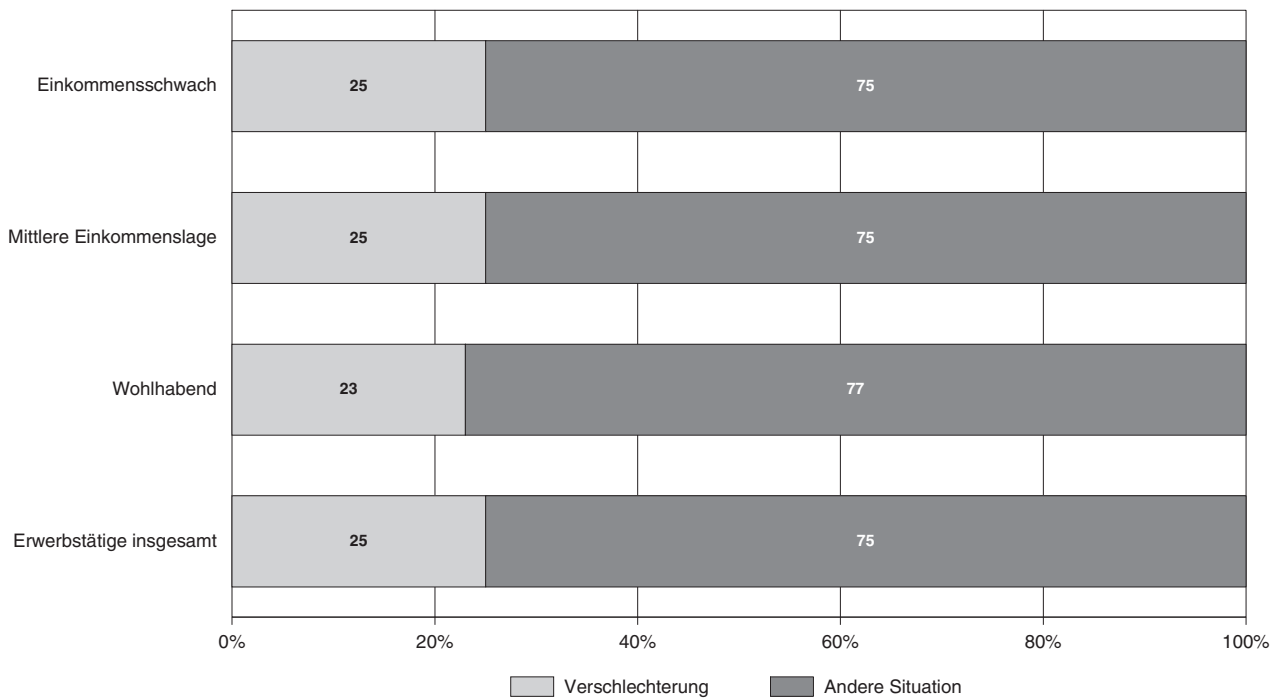
Kommt es häufig vor, dass Sie mehr schaffen, als in Ihrem mündlichen oder schriftlichen Arbeitsvertrag festgelegt ist?

Wenn Sie Ihre jetzige Arbeitssituation mit der vor 5 Jahren vergleichen, würden Sie dann sagen, dass sich Ihre Arbeitssituation verbessert hat, gleich geblieben ist oder dass sie sich verschlechtert hat?

Arbeitsautonomie



Entwicklung der beruflichen Situation



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Niedrige Einkommen sind nicht systematisch mit Unzufriedenheit am Arbeitsplatz verbunden

Im Allgemeinen sind die Erwerbstätigen mit ihrer Arbeit ziemlich zufrieden. Einzig in Bezug auf den Verdienst variiert die durchschnittliche Zufriedenheit systematisch nach Einkommensgruppen: Zwischen 6,7 Punkten bei den Einkommensschwachen, 7,2 Punkten bei Personen mittleren Einkommens und 7,6 Punkten bei wohlhabenden Personen.

In Bezug auf die Zufriedenheit am Arbeitsplatz können mindestens drei Paradigmen unterschieden werden: Homo faber, Homo oeconomicus und Homo sociologicus. Für den Homo faber ist die Zufriedenheit von der Arbeit selbst abhängig; diese Dimension wird annäherungsweise durch die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen wiedergegeben. Beim Homo oeconomicus, der die Arbeit als Mittel zum Zweck betrachtet, berücksichtigten wir die Zufriedenheit mit dem Verdienst. Für den Homo sociologicus spielt der soziale Kontext bei der Arbeit eine wichtige Rolle. Da in diesem Fall die Qualität der Arbeitsbeziehungen und die Anerkennung der Arbeit eine zentrale Rolle spielen, verwendeten wir hier die Zufriedenheit mit dem Berufsleben im Allgemeinen.

Rund 24% der Erwerbstätigen sind sehr zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen. Dieser Anteil variiert jedoch nach Einkommensklassen: Während 29% der einkommensschwachen Personen mit ihren Arbeitsbedingungen sehr zufrieden sind, liegt dieser Anteil bei den Personen mittleren Einkommens bei lediglich rund 23% und bei den wohlhabenden Personen bei 21%. Bei genauerer Betrachtung der durchschnittlichen Zufriedenheit, die für die Gesamtbevölkerung bei 7,9 liegt, sind in Abhängigkeit der Einkommenssituation indes nur geringe Unterschiede auszumachen. Immerhin ist einmal mehr festzustellen, dass die durchschnittliche Zufriedenheit bei einkommensschwachen Personen am höchsten ist.

Der Anteil der Personen, die sehr zufrieden sind mit ihrem Verdienst, fällt mit rund 15% kleiner aus als der Anteil der Personen, die sehr zufrieden sind mit ihren Arbeitsbedingungen, und variiert – aber nicht systematisch – nach Einkommenslagen. So sind fast 16% der einkommensschwachen Personen sehr zufrieden mit ihrem Verdienst, während sich

dieser Anteil bei den Personen mittleren Einkommens lediglich auf rund 13% beläuft. Die Wohlhabenden weisen den grössten Anteil Personen auf, die sehr zufrieden sind mit ihrem Verdienst (17%). In Bezug auf die durchschnittliche Zufriedenheit zeigt sich ein noch deutlicheres Bild. Für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung beläuft sie sich auf 7,2 Punkte, wobei sie mit zunehmendem Einkommen steigt: Von 6,7 bei den Einkommensschwachen über 7,2 bei Personen mittleren Einkommens bis auf 7,6 Punkten bei den Wohlhabenden.

Die letzte Dimension, die Zufriedenheit mit dem Berufsleben im Allgemeinen, ist umfassender. Sie kann als Indikator betrachtet werden, der auf den Integrationsgrad des Einzelnen im Arbeitsleben verweist. Insgesamt beläuft sich hier der Anteil der sehr Zufriedenen auf 24%. Diese vollständige Zufriedenheit variiert nach Einkommensgruppen: Einkommensschwache 27%, Personen mittleren Einkommens 23% und Wohlhabende 24%. Für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung ist eine durchschnittliche Zufriedenheit von 7,9 Punkten zu verzeichnen, wobei diese kaum nach Einkommensgruppen variiert.

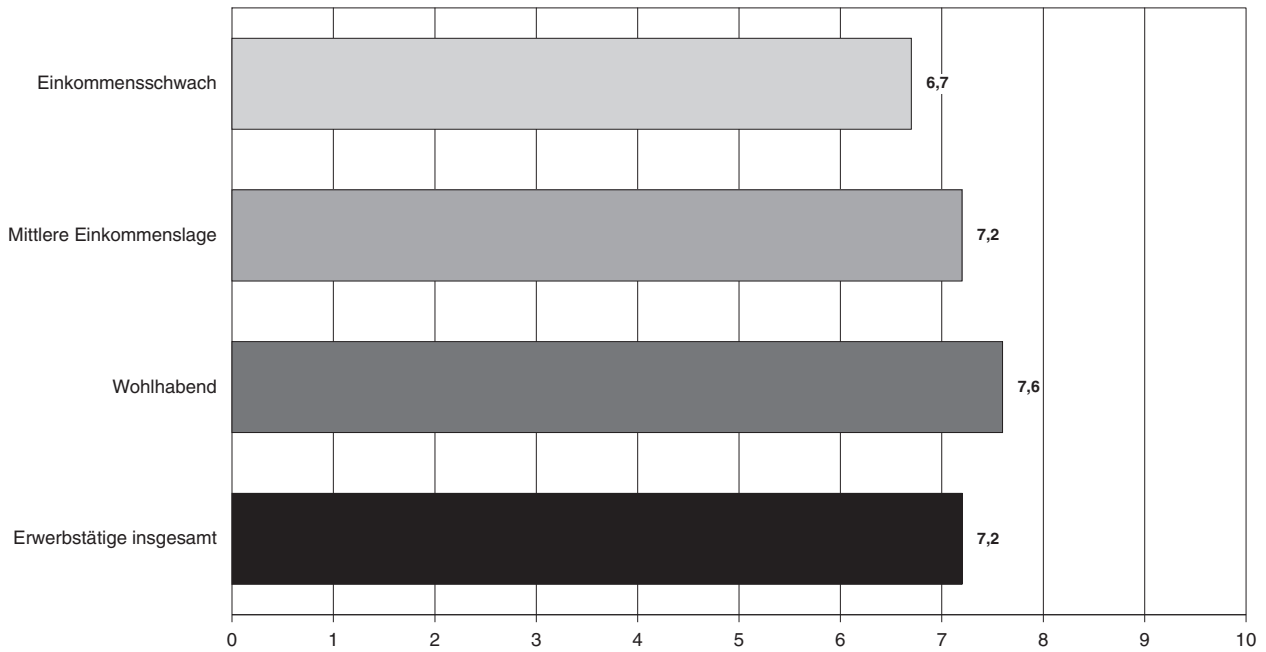
Zusammenfassend kann in Bezug auf die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen gesagt werden, dass – ausser hinsichtlich des Entlohnungsaspekts – die Einkommensschwachen mit ihrer Arbeit am meisten zufrieden sind. Dies ist wahrscheinlich auf das Phänomen der Zielherabsetzung (oder Anpassung) zurückzuführen – in gewisser Weise macht ein Teil der Einkommensschwachen aus der Not eine Tugend. Dabei gilt es jedoch zu erwähnen, dass trotzdem ein beträchtlicher Anteil der Einkommensschwachen mit ihrer Arbeitssituation unzufrieden ist.

Definitionen und Fragestellungen

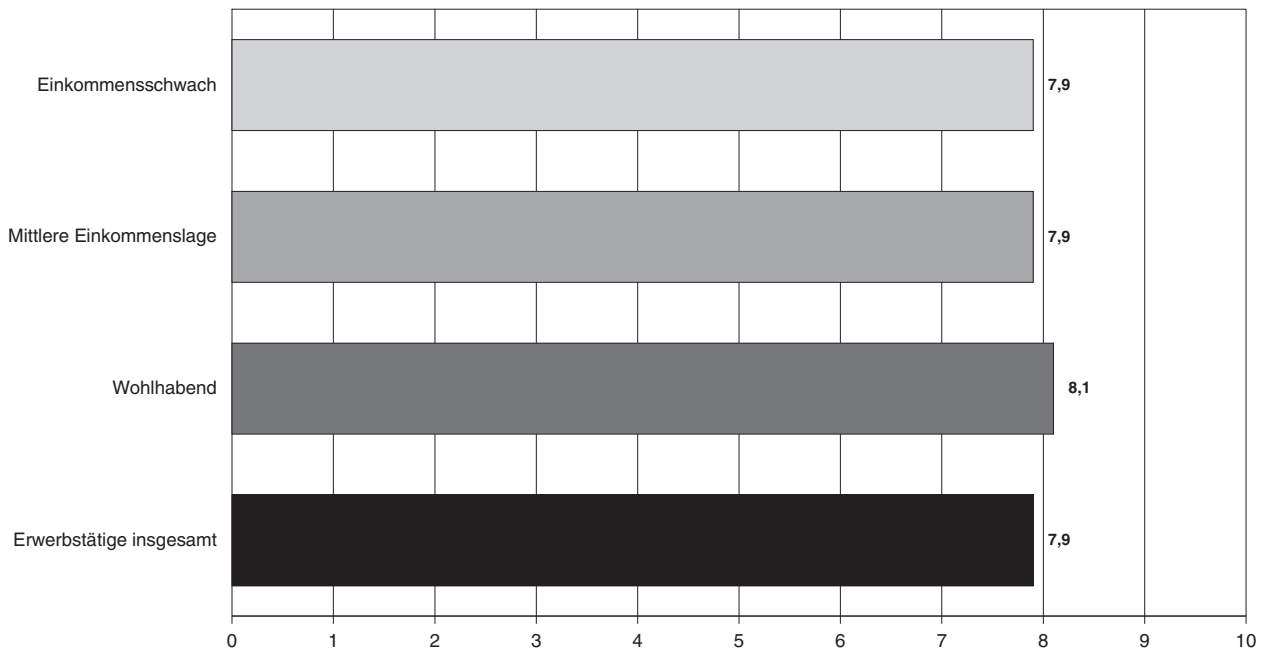
Wie zufrieden sind Sie persönlich mit Ihren Arbeitsbedingungen? ... mit Ihrem Verdienst? Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Berufsleben?

Die verwendeten Zufriedenheitsskalen umfassen Werte von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (sehr zufrieden). Einerseits wurden die Antworten wie folgt gegliedert: von 0 bis 5 (unzufrieden), 6 und 7 (ziemlich zufrieden), 8 und 9 (zufrieden) und 10 (sehr zufrieden). Andererseits benutzten wir die durchschnittliche Zufriedenheit.

Durchschnittliche Zufriedenheit mit Verdienst (Skala 0 - 10)



Durchschnittliche Zufriedenheit mit Berufsleben (Skala 0 - 10)



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwache Personen befürchten häufiger, arbeitslos zu werden

Rund 20% aller Erwerbstätigen befürchten, dass sie in den nächsten Jahren arbeitslos werden. Diese Einschätzung variiert nach Einkommensgruppen: Während 25% der Einkommensschwachen Angst haben, ihre Stelle zu verlieren, beläuft sich dieser Anteil bei den Wohlhabenden lediglich auf 13%.

Mindestens seit den 90er-Jahren kann eine Diversifizierung der Beschäftigungssituation, insbesondere die Entwicklung atypischer Arbeitsformen, beobachtet werden. Diese Arbeitsformen unterscheiden sich vom traditionellen Arbeitsmodell, das im Allgemeinen folgende Aspekte beinhaltet: lang dauernde Anstellung, ein einziger Arbeitgeber, Vollzeit mit einer auf kontinuierlicher Hauptbeschäftigung basierenden Entlohnung. Die Aspekte der neuen (unsichereren) Arbeitsformen dürfen ein anderes Phänomen nicht verbergen: die (mögliche) Destabilisierung der stabilen Arbeitsplätze. Da wir über keine Angaben zu den Arbeitsverträgen verfügen, mussten wir die Frage der unsicheren Anstellungen anhand von Variablen angehen, die nur mit einer gewissen Vorsicht als Indikatoren für berufliche Instabilität interpretiert werden können (Berufs- oder Arbeitgeberwechsel, Arbeitslosigkeit). Weiter verwendeten wir Informationen zur Teilzeitarbeit. In Bezug auf die Destabilisierung stabiler Arbeitsplätze stützten wir uns auf die Einschätzung der Gefahr, arbeitslos zu werden.

Ein Drittel der Erwerbstätigen weist Berufs- oder Arbeitgeberwechsel auf (nicht zwingend ein Zeichen von Instabilität). Diese berufliche Mobilität steigt mit zunehmendem Einkommen: Von einem Anteil von 29% bei den Einkommensschwachen bis auf 38% bei den Wohlhabenden. 14% der Erwerbstätigen waren im Verlauf der letzten fünf Jahre wenigstens einmal arbeitslos, wobei dies bei den Einkommensschwachen häufiger der Fall war (zu 18%) als bei den anderen beiden Einkommensgruppen (14% der Personen mittleren Einkommens und 12% der wohlhabenden Personen). 23% der im Verlauf der letzten 5 Jahre von Arbeitslosigkeit Betroffenen waren in dieser Zeit mehrmals, das heisst mindestens zweimal, arbeitslos. Auch diesbezüglich scheinen die einkommensschwachen Personen am meisten betroffen zu sein (28% gegenüber 17% bei den Wohlhabenden).

66% der Erwerbstätigen arbeiten Vollzeit, der Rest der Erwerbsbevölkerung (zweimal rund 17%) ist gleichmässig auf die beiden Teilzeitkategorien verteilt (Teilzeit 1: 50-90%; Teilzeit 2: weniger als 50%). Die einkommensschwachen Personen arbeiten am wenigsten Vollzeit (59% gegenüber beispielsweise 72% der Wohlhabenden). Nach Einkommensgruppen sind in Bezug auf die Teilzeit-Kategorie 1 keine beträchtlichen Unterschiede auszumachen. Demgegenüber weist die Teilzeit-Kategorie 2 (weniger als 50%) einen deutlich höheren Anteil einkommensschwacher Personen auf. Rund 5% der Teilzeitarbeitenden sind unterbeschäftigt, das heisst, sie möchten mehr arbeiten. Die einkommensschwachen Personen gaben am häufigsten an, nicht freiwillig Teilzeit zu arbeiten (rund 9%).

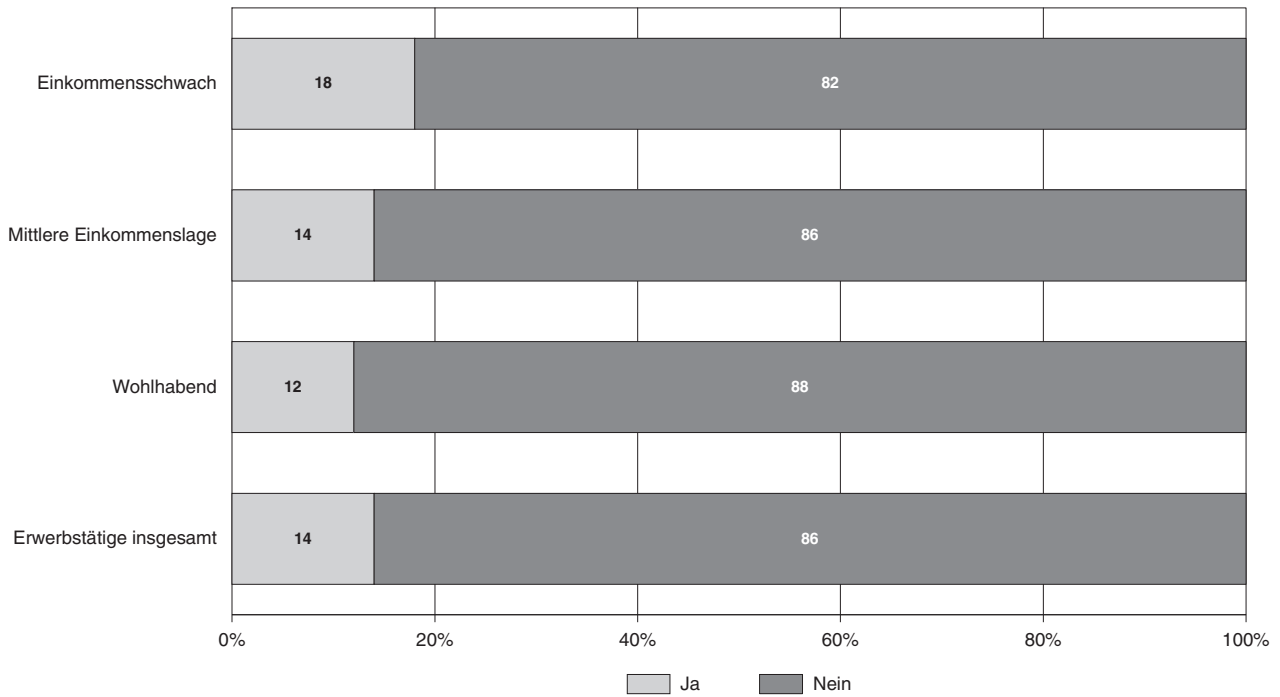
Rund 20% der Erwerbstätigen befürchten, dass sie in den nächsten Jahren arbeitslos werden. Bei den einkommensschwachen Personen ist diese Einschätzung stärker als bei den anderen Einkommensgruppen: Während 25% der Einkommensschwachen damit rechnen, ihre Stelle zu verlieren, beläuft sich dieser Anteil bei den Wohlhabenden lediglich auf 13%. Betrachtet man die durchschnittliche Risikoeinschätzung (auf einer Skala von 0 bis 10; 0 bedeutet «gar keine Gefahr» und 10 «sehr grosse Gefahr»), ergibt sich für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung ein Durchschnitt von 3,2. Der Durchschnittswert (das heisst die eingeschätzte Gefahr) steigt – obwohl nicht deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen auszumachen sind – mit abnehmendem Einkommen: Einkommensschwache (3,5 Punkte), Personen mittleren Einkommens (3,3 Punkte) und schliesslich wohlhabende Personen (2,8 Punkte).

Definitionen und Fragestellungen

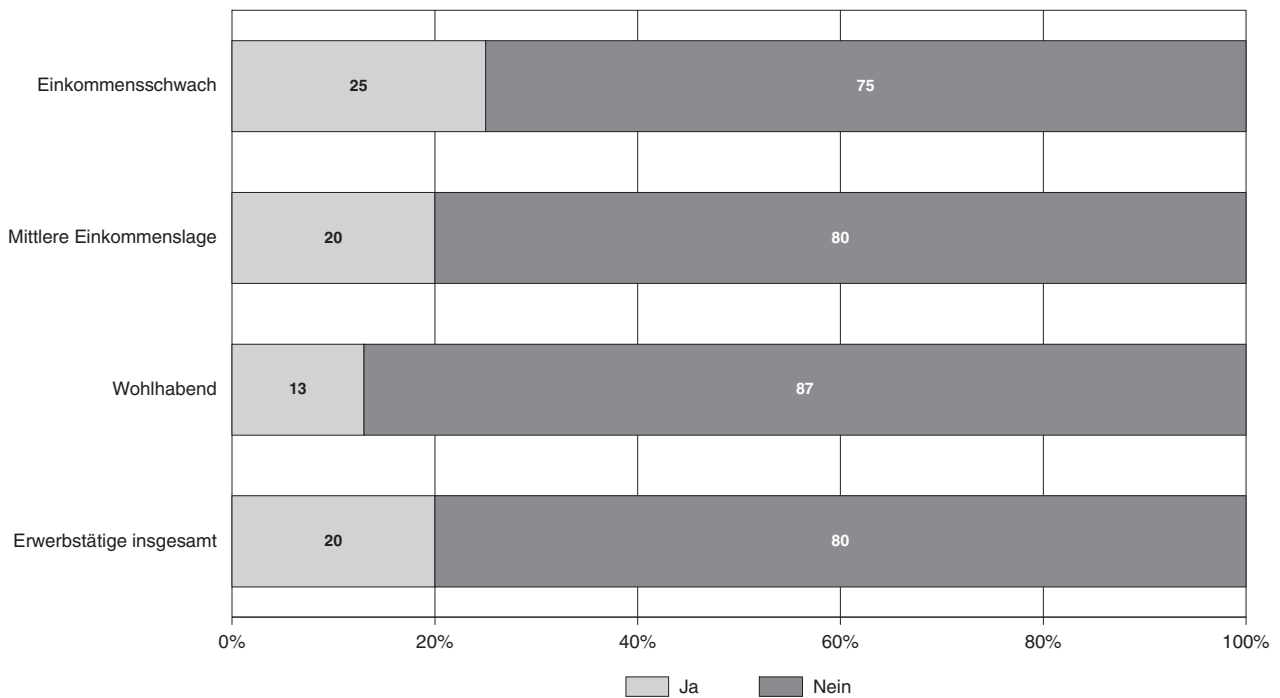
Unfreiwillige Teilzeitarbeit (Unterbeschäftigung): Teilzeitarbeitende, die mehr arbeiten möchten.

Wie gross schätzen Sie die Gefahr ein, dass Sie selber in den nächsten Jahren arbeitslos werden? Die Antworten reichen auf einer Skala von 0 (gar keine Gefahr) bis 10 (sehr grosse Gefahr). Die Antworten wurden wie folgt gegliedert: von 0 bis 4 (keine Gefahr), 5 (neutraler Wert), von 6 bis 10 (Gefahr). Ausserdem verwendeten wir auch die durchschnittliche Einschätzung des Risikos.

Erwerbslosigkeit in den letzten 5 Jahren (1993/94 - 1998)



Gefahr, in den nächsten Jahren erwerbslos zu werden



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwache Personen sind weiter vom Ideal der gesicherten beruflichen Integration entfernt

Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die verschiedenen beruflichen Integrationstypen variiert stark je nach der verwendeten Methode. Die Einkommensschwachen weisen jedoch tendenziell einen niedrigeren Anteil Personen auf, die dem Idealtypus der gesicherten beruflichen Integration nahezu entsprechen.

Wir haben weiter oben die Fragen bezüglich des Verhältnisses zur Arbeit und zur Arbeitsstelle bereits behandelt. Es geht nun darum, eine Typologie der beruflichen Integrationsformen aufzustellen, die diese zwei Dimensionen miteinander verbindet. Zu diesem Zweck wird der Idealtyp der beruflichen Integration als doppelte Absicherung definiert, die sowohl die materielle und symbolische Anerkennung der Arbeit als auch die mit der Anstellung verbundene soziale Sicherheit umfasst. Die erste Bedingung ist erfüllt, wenn die Personen mit ihrer Arbeit zufrieden sind; die zweite Bedingung ist erfüllt, wenn die Tätigkeit über eine gewisse Zeit ausgeübt wird und Zukunftspläne gemacht werden können. Dieser Idealtyp, der Zufriedenheit am Arbeitsplatz und Beschäftigungsstabilität umfasst, steht für eine gesicherte berufliche Integration. Davon ausgehend können drei Formen der Abweichung von der gesicherten beruflichen Integration festgestellt werden: die unsichere Integration (positives Verhältnis zur Arbeit, negatives Verhältnis zur Arbeitsstelle), die mühevoll Integration (negatives Verhältnis zur Arbeit, positives Verhältnis zur Arbeitsstelle) und schliesslich die disqualifizierende Integration (negatives Verhältnis zur Arbeit und zur Arbeitsstelle).

Zu diesem Zweck klassierten wir die Individuen auf Grund der folgenden zwei Dimensionen: der Zufriedenheit mit dem Arbeitsleben (die annäherungsweise das Verhältnis zur Arbeit widerspiegelt) und der Einschätzung der Gefahr, arbeitslos zu werden (als Mass für das Verhältnis zur Arbeitsstelle). Angesichts der grossen Schwankung der Ergebnisse je nach Grenzwert präsentieren wir zwei Zahlenreihen. Die erste basiert auf folgenden Grenzwerten: Weist eine Person bezüglich ihres Berufslebens auf der Zufriedenheitsskala einen Wert von 6 oder mehr auf, kann angenommen werden, dass sie mit ihrer Arbeit vollständig zufrieden ist. Im gleichen Sinn gilt das Arbeitsverhältnis einer Person als stabil, wenn sie in Bezug auf die Einschätzung der Gefahr, arbeitslos zu werden, einen Wert von weniger als 6 aufweist. Für die zweite Zahlenreihe legten wir «relative» Grenzwerte fest, die von den Durchschnittswerten der Gesamtbevölkerung abhängig gemacht wurden. Die durchschnittliche Zufriedenheit liegt bei 7,9 Punkten. Wir

nehmen damit an, dass Personen, die einen Zufriedenheitswert von 8 oder mehr aufweisen, mit ihrer Arbeit vollständig zufrieden sind. Die durchschnittliche Einschätzung der Gefahr, arbeitslos zu werden, beläuft sich auf etwas über 3 Punkte. Die Arbeitsstelle von Personen, deren Einschätzung unter diesem Wert liegt, gilt somit als stabil.

Gemäss dem ersten (in gewisser Weise «absoluten») Ansatz machen die Personen mit einer nahezu gesicherten Integration 73% der Erwerbstätigen aus, jene mit unsicherer Integration 16%, jene mit mühevoller Integration 8% und schliesslich jene mit disqualifizierender Integration lediglich rund 3%. Dabei sind je nach Einkommensgruppe Unterschiede festzustellen. Der Anteil Personen, die dem Idealtyp nahe kommen (gesicherte Integration), sinkt mit abnehmendem Einkommen (rund 67% bei den Einkommensschwachen, 72% bei den Personen mittleren Einkommens und 81% bei den Wohlhabenden). Zudem sind die einkommensschwachen Personen häufiger als die anderen Einkommensgruppen in der Nähe von beruflichen Integrationsformen zu finden, die vom Idealtypus abweichen, insbesondere bei der unsicheren und der disqualifizierenden Integration.

Der zweite Ansatz («relativ» und restriktiver) zeigt eine völlig andere Aufteilung der erwerbstätigen Bevölkerung auf die verschiedenen Integrationstypen. Gemäss diesem Ansatz entsprechen lediglich 38% der Erwerbstätigen der gesicherten Integration (unsichere Integration, 30%; mühevoll Integration, 12%; disqualifizierende Integration, 20%). In diesem Fall sind die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen geringer. Die mittleren und schwachen Einkommensklassen sind praktisch zu gleichen Teilen auf die verschiedenen Integrationstypen verteilt. Demgegenüber weisen die Wohlhabenden einen höheren Anteil Personen auf, die der gesicherten Integration nahezu entsprechen (42% gegenüber 38% für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung), und einen kleineren Anteil Personen, die der «disqualifizierenden Integration» zugeordnet werden (17% gegenüber 20% für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung).

Definitionen und Fragestellungen

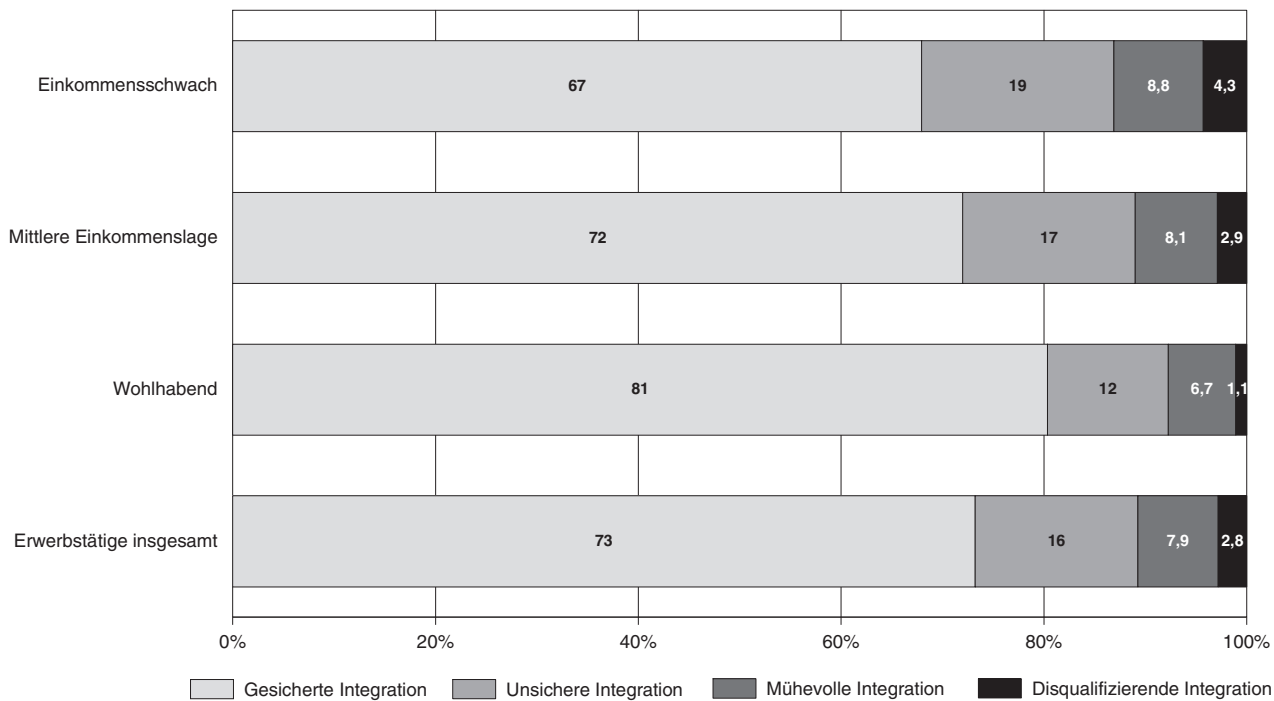
Typologie siehe Serge Paugam, *Le salarié de la précarité. Les nouvelles formes de l'intégration professionnelle*, Presses universitaires de France, 2000.

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Berufsleben? Antwortskala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (sehr zufrieden).
Wie gross schätzen Sie die Gefahr ein, dass Sie selber in den nächsten Jahren arbeitslos werden? Antwortskala von 0 (gar keine Gefahr) bis 10 (sehr grosse Gefahr).

Typologie der beruflichen Integration		
	Zufriedenheit am Arbeitsplatz	Beschäftigungsstabilität
Idealtyp : Gesicherte Integration	+	+
Abweichungen :		
Unsichere Integration	+	-
Mühevoll Integration	-	+
Disqualifizierende Integration	-	-

Quelle der Typologie: Paugam (2000)

Typen der beruflichen Integration



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einnahmen aus Sozialversicherungen und -leistungen machen bei einkommensschwachen Haushalten ein Drittel des Einkommens aus

Der Anteil der Einnahmen aus sozialer Sicherheit gemessen am Bruttohaushaltseinkommen beläuft sich bei Wohlhabenden auf 12% und bei Einkommensschwachen auf 35%. Letztere geben im Monat durchschnittlich 1000 Franken, d.h. ein Viertel des Haushaltseinkommens, für die soziale Sicherheit aus, was nur die Hälfte dessen ist, was Wohlhabende ausgeben (2000 Franken, d.h. nur 14% des Haushaltseinkommens).

Die soziale Sicherheit ist für Haushalte und für jede einzelne Person mit Einnahmen und Ausgaben verbunden. Einerseits werden beispielsweise Sozialbeiträge vom Lohn abgezogen und jede Person bezahlt Prämien für die obligatorische Krankenversicherung; andererseits besteht die Möglichkeit, bedarfsabhängige und -unabhängige Sozialleistungen zu beziehen. Je nach Lebensabschnitt und -situation verändert sich die Einnahmen- und Ausgabenstruktur in Bezug auf die soziale Sicherheit.

In Haushalten mit niedrigem Einkommen stellen AHV- und IV-Renten den grössten Anteil der Einnahmen dar. In finanziell gut situierten Haushalten sind hingegen Bezüge aus Pensionskassen die grösste Einnahmequelle aus sozialer Sicherheit. Weil die Zielgruppen der verschiedenen Sozialversicherungen und -leistungen teilweise stark differieren, drängt sich eine nach Haushaltstypen getrennte Darstellung der Einkommensstruktur auf. In einkommensschwachen Rentnerhaushalten machen die Einnahmen aus sozialer Sicherheit (hauptsächlich der Altersvorsorge) über 80% des Haushaltseinkommens aus. In wohlhabenden Rentnerhaushalten beträgt der entsprechende Anteil nur gut die Hälfte des Einkommens. Auch bei anderen Haushaltstypen bestehen grosse Unterschiede zwischen den Einkommenslagen. Beispielsweise beläuft sich in ärmeren Einpersonenhaushalten (Einpersonen-Rentnerhaushalte sind hier ausgeschlossen) der Anteil der Einnahmen aus sozialer Sicherheit auf ein Drittel des gesamten Einkommens im

Vergleich zu 5,4% bei den reicheren. Analoge Verhältnisse herrschen bei Einelternhaushalten.

Die durchschnittlichen Ausgaben der Haushalte für soziale Sicherheit betragen rund 1400 Franken im Monat. Gemessen am Bruttohaushaltseinkommen sind dies 18%, gemessen an den gesamten monatlichen Ausgaben sind es 19%. Absolut gesehen betragen die monatlichen Ausgaben der einkommensschwachen Haushalte für soziale Sicherheit mit 1000 Franken nur die Hälfte der Ausgaben von Wohlhabenden. Gemessen am Haushaltseinkommen wird jedoch deutlich, dass die finanzielle Belastung für einkommensschwache Haushalte relativ hoch ist: Ein Viertel des Einkommens wird für die soziale Sicherheit aufgewendet. Im Vergleich dazu beläuft sich dieser Anteil bei der mittleren Einkommensgruppe auf 16% und bei den Wohlhabenden auf 14% des Bruttohaushaltseinkommens. Gemessen an den gesamten Ausgaben eines Haushalts variieren die Ausgaben für Sozialversicherungen nicht besonders stark nach Einkommenslage (zwischen 17% und 20%), weil sie an die finanziellen Möglichkeiten des Haushalts angepasst werden (vgl. 3.2).

In diesen Ergebnissen kommt der enge Zusammenhang zwischen den Einnahmen sowie Ausgaben im Rahmen der sozialen Sicherheit und der allgemeinen finanziellen Situation der Haushalte, widerspiegelt durch die drei Einkommensgruppen, zum Ausdruck.

Definitionen

Soziale Sicherheit umfasst sämtliche Massnahmen des Staates und privater Institutionen zur Existenzsicherung der Bevölkerung und insbesondere zum Schutz vor sozialen Risiken. Der im vorliegenden Bericht verwendete Begriff «soziale Sicherheit» deckt sich nur teilweise mit der Definition von Eurostat (ESSOS: Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik): Letztere bezieht sich auf die Makroebene mit Blick auf die Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit. In diesem Bericht liegt der Schwerpunkt hingegen auf der Mikroebene: Es geht um die soziale Sicherheit aus der Perspektive der einzelnen Haushalte.

Das *Einkommen aus sozialer Sicherheit* der Haushalte setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: AHV/IV-Renten (ordentliche, ausserordentliche, Ergänzungsleistungen und Hilflosenentschädigung), Bezüge von Pensionskassen (nur Renten, keine Austrittszahlungen), Taggelder (ALV, SUVA, Kranken- und Unfallkassen), andere Sozialleistungen oder Umverteilungsmassnahmen (Familienzulagen des Bundes für Landwirte, kantonale Kinderzulagen, Mutterschaftsgelder, Arbeitslosenhilfe für Ausgesteuerte, Prämienverbilligungen der Krankenkassen, Mietzuschüsse, Erwerbsausfallentschädigung bei Militärdienst und Zivildienst (EO), Auszahlungen der Militärversicherung, andere kantonale und kommunale Leistungen wie Sozial- und Opferhilfe) und übrige ausgewählte Einkommen (private Zusatzrenten aller Art und Stipendien).

Die *Ausgaben für die soziale Sicherheit* der Haushalte setzen sich wie folgt zusammen:

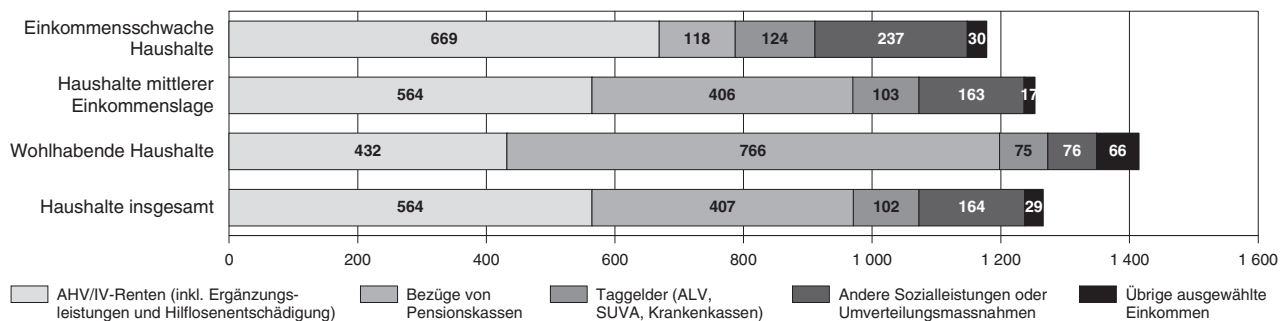
Sozialversicherungsbeiträge, d.h. Lohnabzüge der Unselbständigen (AHV/IV/EO, ALV, Unfallversicherung und andere) und AHV/IV/EO-Beiträge der Selbständigen, Pensionskassenbeiträge der Unselbständigen sowie der Selbständigen (berufliche Vorsorge bzw. 2. Säule) und freiwillige Versicherungen der Selbständigen;

Beiträge für die Krankenversicherung, d.h. Prämien für die obligatorische Grundversicherung und für Zusatzversicherungen;

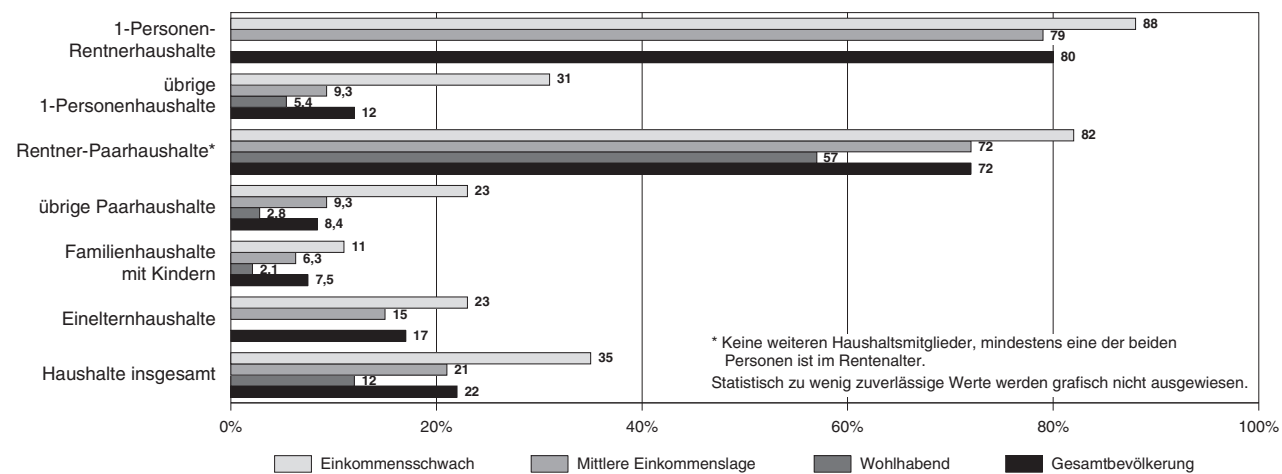
Beiträge an die 3. Säule bzw. individuelle Vorsorge (Säule 3A und 3B: anteilsgebundene und nicht anteilsgebundene Lebensversicherung).

3.1 Einnahmen und Ausgaben

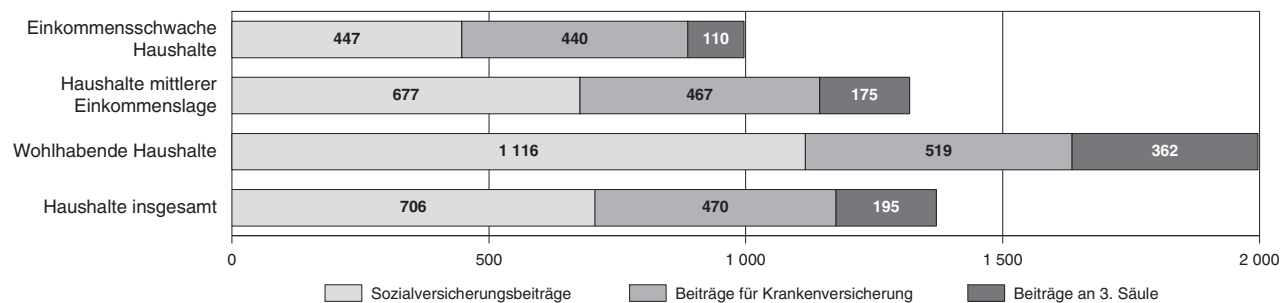
Durchschnittliches Einkommen aus sozialer Sicherheit in Franken pro Monat



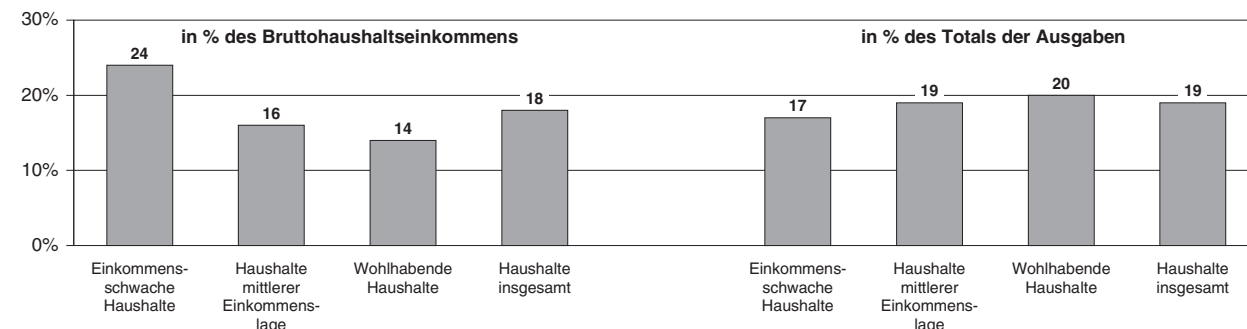
Einkommen aus sozialer Sicherheit in % des Bruttohaushaltseinkommens nach ausgewählten Haushaltstypen



Durchschnittliche Ausgaben für die soziale Sicherheit in Franken pro Monat



Ausgaben für die soziale Sicherheit



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Ökonomische Benachteiligung wirkt sich auf die soziale Sicherheit aus

Über die gesetzliche Grundversorgung hinaus sind Einkommensschwache deutlich weniger gut versichert als finanziell besser gestellte Personen. Nur 37% haben Zusatzversicherungen zur Krankenkasse und 25% verfügen über eine Lebensversicherung. In der reicheren Bevölkerungsgruppe sind es 62% bzw. 45%.

«Wie viele Haushalte beziehen welche Art von Sozialleistungen?» ist die zentrale Fragestellung in diesem Kapitel. Nebst der Grundversorgung des Systems der sozialen Sicherheit wie AHV- und Pensionskassenbeiträge oder die obligatorische Krankenkassenversicherung bestehen auch zahlreiche Angebote, individuell Zusatzversicherungen abzuschliessen. Ausgehend von der Annahme, dass diese Möglichkeit nicht von allen Einkommensgruppen gleichermassen genutzt werden kann, überprüfen wir ebenfalls, welche Personen über eine Zusatzversicherung zur obligatorischen Krankenkasse oder eine Lebensversicherung verfügen.

Entsprechend dem schweizerischen System der Altersvorsorge verfügen fast alle Haushalte, in denen mindestens eine Person im Rentenalter lebt, über ordentliche AHV/IV-Renten. Ergänzungsleistungen beziehen 4,9%. Fast dreimal so viele Rentnerhaushalte der höchsten wie solche der niedrigsten Einkommensgruppe beziehen Pensionskassengelder (2. Säule): 80% bzw. 30%. Ausserordentliche AHV/IV-Renten, Hilflosenentschädigung von der AHV/IV, Taggelder von der SUVA oder von anderen Kranken- und Unfallkassen, Mutterschaftsgelder und Arbeitslosenhilfe für Ausgesteuerte beziehen höchstens 1% der Haushalte in allen Einkommensgruppen. Aufgrund der geringen Fallzahlen werden sie nicht grafisch dargestellt. Der Anteil Haushalte, die kantonale Kinderzulagen oder Familienzulagen für Landwirte beziehen, liegt bei 32%. Dass dieser Anteil bei einkommensschwachen Haushalten kleiner ist als in der mittleren Einkommensgruppe, liegt unter anderem in der Übervertretung von Selbständigen, die deutlich seltener Kinderzulagen bekommen als Angestellte. Arbeitslosengelder sowie bedarfsabhängige Sozialleistungen wie Prämienverbilligungen der Krankenkassen und Leistungen der Sozialhilfe und der Opferhilfe werden von einkommensschwachen Haushalten häufiger in Anspruch genommen.

Knapp die Hälfte der Wohnbevölkerung hat nebst der gesetzlich obligatorischen Krankenkassenversicherung noch Zusatzversicherungen. Bei einkommensschwachen Personen ist dieser Anteil wie vermutet mit 37% kleiner als beim Mittelstand (48%) und deutlich kleiner als bei Wohlhabenden (62%). Tendenziell nimmt der Anteil mit steigendem Alter zu, am wenigsten jedoch bei ärmeren Personen. In allen drei Einkommensgruppen machen Ausländerinnen und Ausländer deutlich seltener Gebrauch von dieser Option.

Aus der Perspektive der Haushalte sind die Unterschiede nach Einkommenslagen ebenfalls beachtlich: In knapp der Hälfte der einkommensschwachen Haushalte (49%) verfügt kein Haushaltsmitglied über eine Zusatzversicherung. Dieselbe Situation ist in nur gut einem Viertel (28%) der wohlhabenden und bei 41% der mittelständischen Haushalte anzutreffen (Durchschnitt aller Haushalte: 41%).

Ein Drittel der Wohnbevölkerung hat in der Schweiz eine Lebensversicherung abgeschlossen. Wie bei den Zusatzversicherungen variiert dieser Anteil je nach Einkommenslage: 45% der finanziell besser Gestellten haben eine Lebensversicherung, 34% der mittleren und nur 25% der tieferen Einkommensgruppen. Überdurchschnittlich häufig versichert sind vor allem Männer, Personen zwischen 25 Jahren und dem Pensionsalter und solche in Familienhaushalten mit Kindern sowie Selbständigerwerbende, die im Vergleich zu Angestellten oft eine schlechtere Abdeckung durch die berufliche Vorsorge aufweisen. In allen Gruppen sind die Unterschiede nach Einkommenslagen vorhanden.

In vier von zehn einkommensschwachen, in der Hälfte der mittelständischen und in sechs von zehn wohlhabenden Haushalten hat mindestens eine Person eine Lebensversicherung abgeschlossen.

Definitionen und Fragestellungen

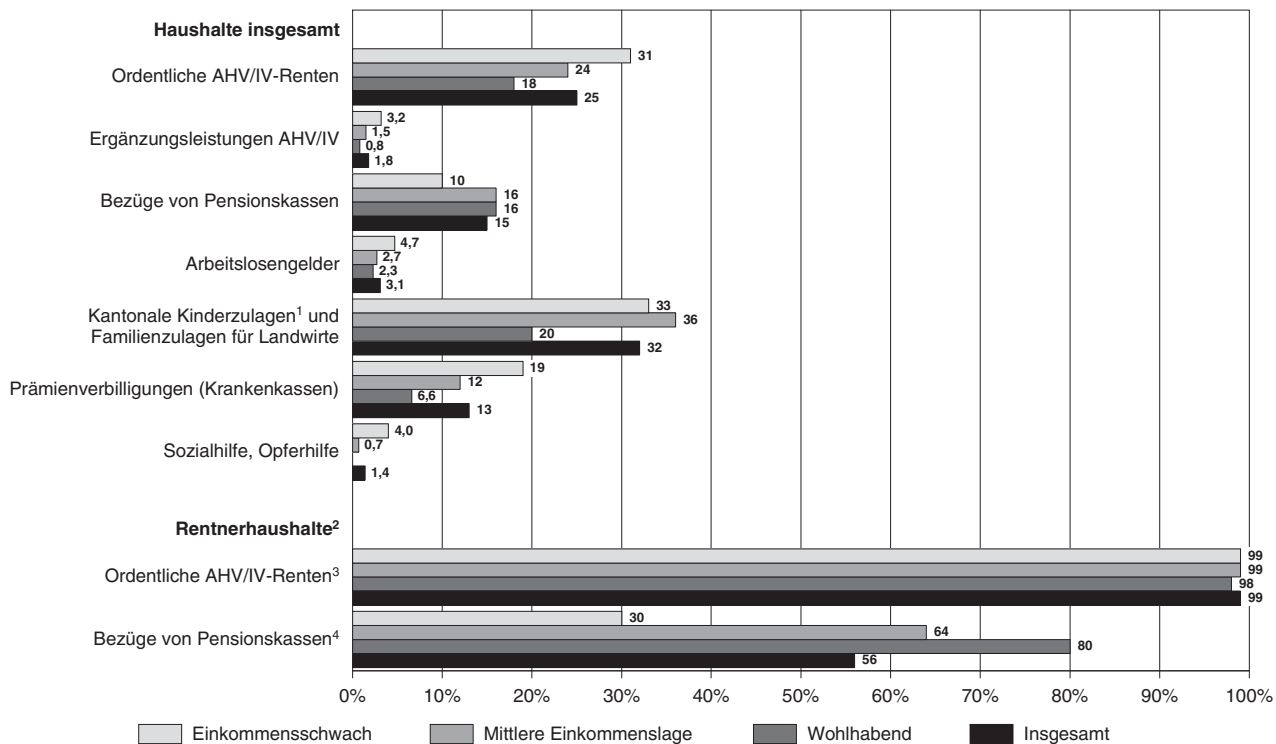
Berücksichtigte Sozialleistungen sind hier ordentliche und ausserordentliche AHV/IV-Renten, Ergänzungsleistungen AHV/IV, Hilflosenentschädigung der AHV/IV, Bezüge von Pensionskassen (berufliche Vorsorge), Arbeitslosengelder, Taggelder der SUVA (Unfall und Berufskrankheiten), Taggelder von Kranken- und Unfallkassen, Familienzulagen des Bundes für Landwirte, kantonale Kinderzulagen, Mutterschaftsgelder, Arbeitslosenhilfe für Ausgesteuerte, Prämienverbilligungen (Krankenkassen), Sozial- und Opferhilfe.

Als Rentnerhaushalte gelten Haushalte, in denen mindestens eine Person lebt, die im Rentenalter ist.

Haben Sie neben der gesetzlichen Krankenversicherung noch Zusatzversicherungen?

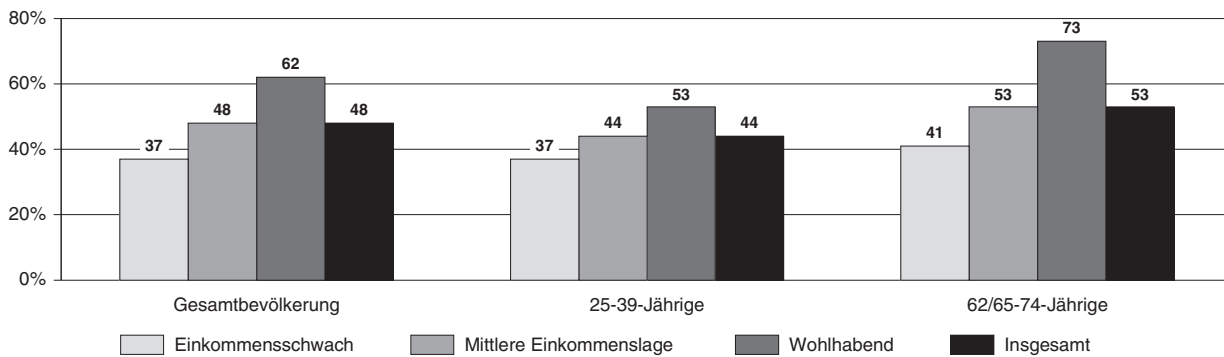
Haben Sie eine Lebensversicherung z.B. Säule 3a oder Säule 3b?

Anteil Haushalte mit Einkommen aus ausgewählten Sozialleistungen

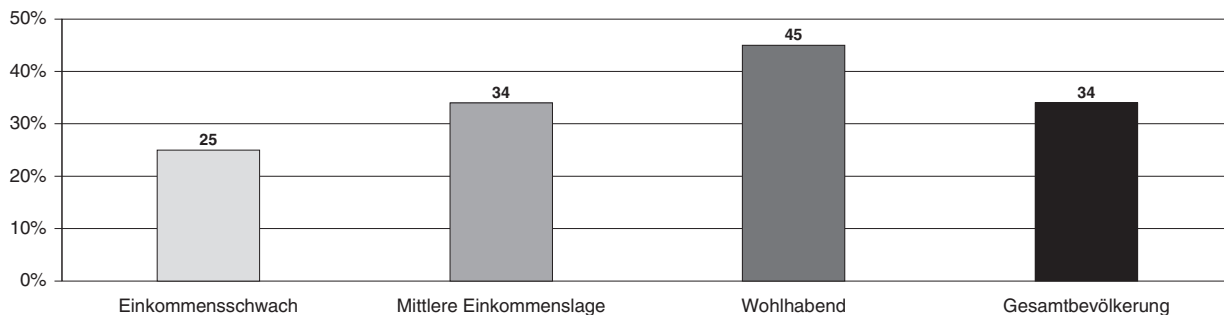


¹ Bei Familien und Alleinerziehenden mit Kindern unter 15 Jahren haben 84% Kinderzulagen oder Familienzulagen für Landwirte
² Haushalte, in denen mindestens eine Person im Rentenalter ist
³ Bei den 1% Rentnerhaushalten, welche keine ordentliche AHV/IV-Rente beziehen, handelt es sich um Personen, die noch erwerbstätig sind
⁴ Für Selbständige und Angestellte mit sehr tiefem Lohn oder kurzem Arbeitsvertrag ist die 2. Säule (Pensionskasse) nicht obligatorisch
 Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

Krankenzusatzversicherungen nach ausgewählten Altersgruppen



Lebensversicherung



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Verschlechterung des Lebensstandards nach der Pensionierung betrifft vor allem einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner

Unter den Nichtpensionierten erwarten Wohlhabende häufiger als Einkommensschwache, dass ihr Lebensstandard nach der Pensionierung tiefer sein wird. Demgegenüber geben deutlich mehr einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner an, ihr Lebensstandard sei seit der Pensionierung gesunken: 41% im Vergleich zu 11% der Wohlhabenden. Finanziell schlechter gestellte Personen sind dementsprechend auch weniger zufrieden mit dem System der sozialen Sicherheit.

Zur Analyse der sozialen Sicherheit aus subjektiver Sicht bieten sich der eingeschätzte Lebensstandard nach der Pensionierung und die allgemeine Zufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherheit an. Ersterer wird bei Rentnerinnen und Rentnern als Einschätzung des aktuellen Zustands erhoben, während bei noch nicht pensionierten Personen nach dem erwarteten Lebensstandard im Rentenalter gefragt wird.

Etwa eine von zehn ärmeren Personen erwartet nach der Pensionierung einen höheren Lebensstandard, während 44% glauben, mit weniger zurecht kommen zu müssen. Von den Wohlhabenden glauben dies die Hälfte, und nur rund 5% erwarten einen höheren Lebensstandard. Diesen beibehalten zu können glauben je 45%. Personen im Pensionsalter beurteilen ihre Lebensverhältnisse wie folgt: Die Mehrheit konnte den Lebensstandard beibehalten, wobei grosse Unterschiede nach Einkommenslage festzustellen sind. Gesunken ist er bei 41% der Einkommensschwachen, 28% der Mittelständischen und 11% der Wohlhabenden. Die Frage, ob einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner erst seit der Pensionierung zu dieser Einkommensgruppe gehören oder ob sie schon vorher arm waren, kann nicht beantwortet werden.

Alleinerziehende und Personen aus der französischsprachigen Schweiz weisen eine deutlich pessimistischere Einschätzung auf als andere Gruppen: Zwei Drittel der Ersteren und 57% der Letzteren glauben, dass ihr Lebensstandard im Pensionsalter tiefer sein wird als jetzt (Durchschnitt der Bevölkerung insgesamt: 47%).

Erwartungsgemäss sind ärmere Menschen weniger zufrieden mit ihrer finanziellen Situation als Reiche (vgl. Kapitel 10.1). Mit dem System der sozialen Sicherheit verhält es sich ähnlich: 31% der einkommensschwachen, 24% der mittelständischen und 22% der wohlhabenden Bevölkerung sind damit unzufrieden.

Am zufriedensten mit der sozialen Sicherheit sind bei nicht pensionierten Personen jene, welche einen gleichbleibenden Lebensstandard nach der Pensionierung vermuten. Darauf folgen Personen, die einen Anstieg und zuletzt jene, welche eine Senkung erwarten. Das Ergebnis bestätigt sich in allen drei Einkommensgruppen.

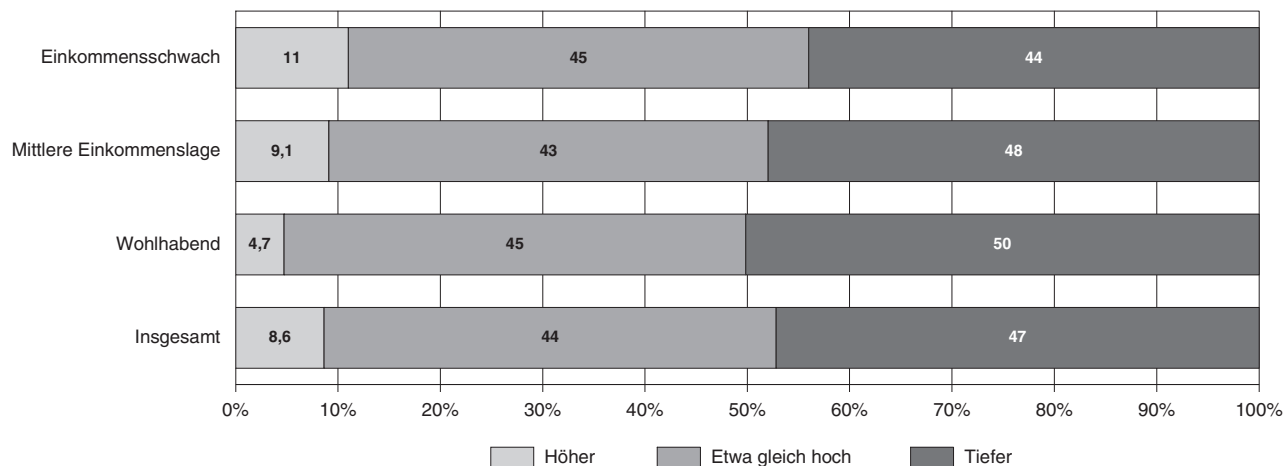
Nicht erstaunlich ist, dass Pensionierte, deren Lebensstandard gestiegen ist, zufriedener mit dem System der sozialen Sicherheit (Zufriedene: 86%) und auch mit ihrer finanziellen Situation sind (96%) als diejenigen, die eine Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse in Kauf nehmen mussten (64% Zufriedene mit dem System der sozialen Sicherheit, 77% mit der finanziellen Situation). Tendenziell scheint dies in allen drei Einkommensgruppen ähnlich zu sein, aber statistisch ist es aufgrund der geringen Zahl an Beobachtungen nur bei der mittleren Einkommenslage nachweisbar.

Fragestellungen

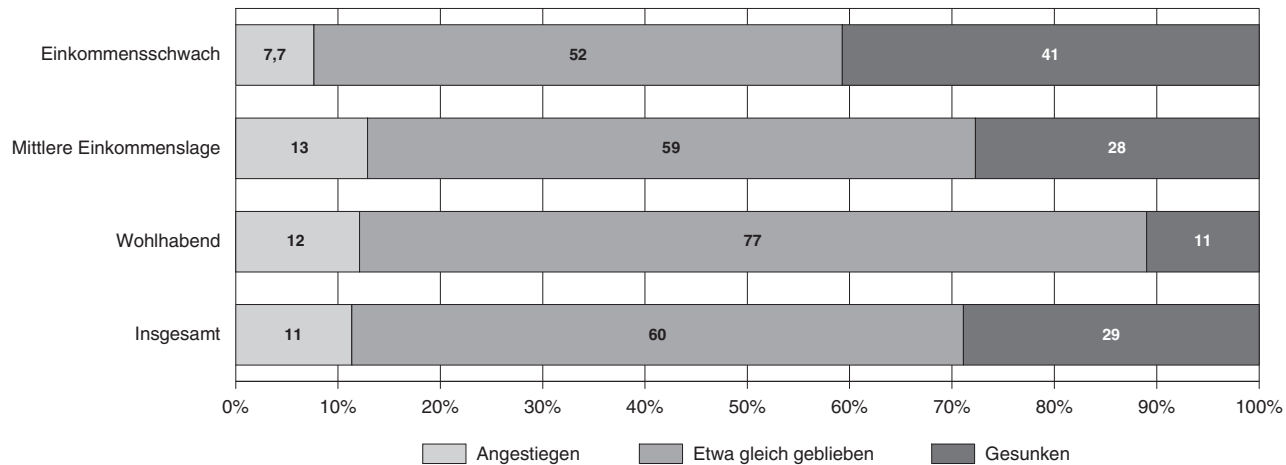
Den noch nicht pensionierten Personen wurde folgende Frage gestellt: *Was denken Sie: Wird Ihr Lebensstandard nach Ihrer Pensionierung höher, etwa gleich hoch oder tiefer sein als jetzt?* Die entsprechende Frage für Pensionierte lautete: *Was denken Sie: Ist Ihr Lebensstandard seit Ihrer Pensionierung eher angestiegen, etwa gleich geblieben oder eher gesunken?*

Die Frage der Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit ist einer ganzen Batterie von Fragen zur Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen und der Lebensqualität entnommen (vgl. Kapitel 10.1) und lautet: *Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der AHV, der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, also mit dem, was man als System der sozialen Sicherheit bezeichnet?* Für die Zusammenfassung der Antwortkategorien vgl. Kasten im genannten Kapitel.

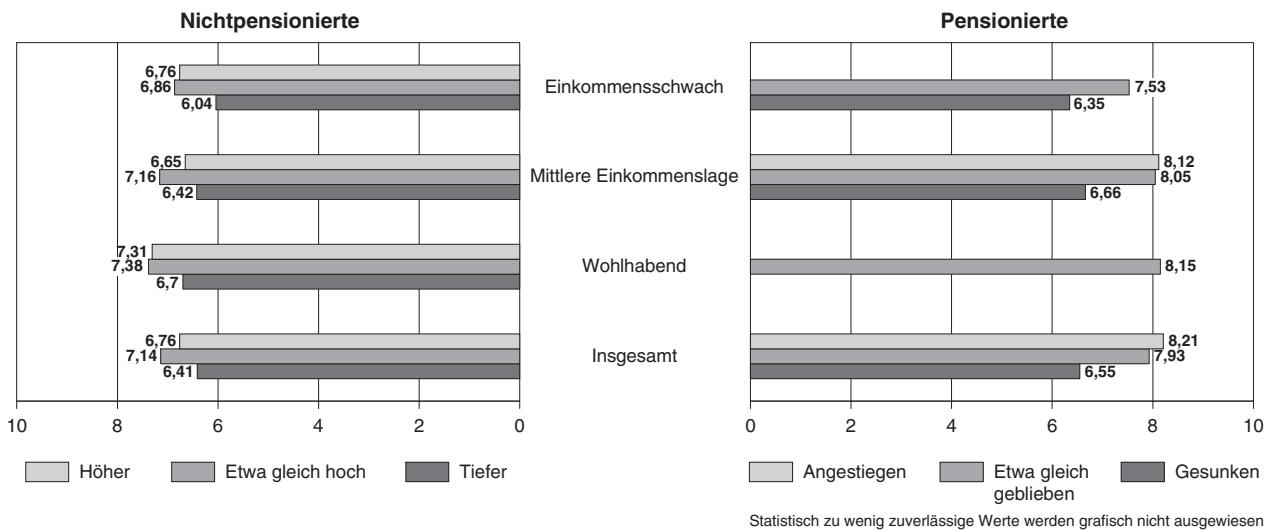
Nichtpensionierte: Erwarteter Lebensstandard nach der Pensionierung



Pensionierte: Effektiver Lebensstandard nach der Pensionierung



Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherheit nach (erwartetem) Lebensstandard nach der Pensionierung (Skala 0-10)



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind besonders von Einkommensschwäche betroffen

Der Anteil einkommensschwacher Haushalte nimmt mit der Anzahl Kinder zu. Alleinerziehende sind wie Familien mit 3 oder mehr Kindern häufiger einkommensschwach. Beinahe die Hälfte dieser beiden Gruppen gehören zu den unteren Einkommenslagen. Wohlhabende sind tendenziell etwas weniger zufrieden mit ihrem Familienleben als Einkommensschwache.

In Kapitel 1.1 wurden die Bevölkerungsgruppen mit den höchsten Quoten an Niedrigeinkommen bereits diskutiert. Die grobe Struktur zur Einkommensschwäche zeigt, dass Erwerbslose, Selbständige ohne Angestellte, ältere Menschen ab 75 Jahren oder Verwitwete, die ausländische Bevölkerung, Personen ohne nachobligatorische Ausbildung oder solche, die noch in Ausbildung sind, stärker von Einkommensschwäche betroffen sind als andere Bevölkerungsgruppen. Vor allem aber sind kinderreiche Familienhaushalte und Alleinerziehende oft einkommensschwach. Alleinlebende und reine Paarhaushalte sind beim ersten Hinsehen nicht besonders von Einkommensschwäche betroffen.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich die Einkommenslage bei steigender Anzahl Kinder präsentiert. Doppelverdienerhaushalte mit Kind(ern) sind wahrscheinlich weniger von Einkommensschwäche betroffen als Familienhaushalte mit nur einem erwerbstätigen Partner; hingegen werden sie wohl öfter über Zeitmangel für die Familie klagen. Die Auswirkungen der Einkommenslage auf die Zufriedenheit mit dem Familienleben soll das Bild zur Familiensituation abrunden.

Ein Viertel der Haushalte mit einem einzigen Kind sind einkommensschwach; dieser Anteil ist in Familienhaushalten mit zwei Kindern etwa gleich hoch. Hat eine Familie aber drei oder mehr Kinder, steigt der Anteil Einkommensschwacher auf 48%. Bei Alleinerziehenden liegt dieser bei 41%. Sind zwei oder mehr Kinder vorhanden, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten – der Anteil einkommensschwacher Familienhaushalte ist auf dem Land bedeutend höher. Ist aber nur, respektive erst ein Kind vorhanden, sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land minim.

Erwartungsgemäss sind Familienhaushalte, in denen beide Partner erwerbstätig sind, eher bei den mittleren und höheren Einkommenslagen anzutreffen: Ein Drittel der Haushalte mit einem erwerbstätigen Partner, aber nur gut ein Fünftel der Doppelverdienerhaushalte sind einkommensschwach. Insgesamt sind in vier von zehn Familienhaushalten beide Partner erwerbstätig; in Haushalten mit drei oder mehr Kindern sind es nur noch knapp drei von zehn. Der Anteil Doppelverdiener nimmt also mit der Anzahl Kinder im Haushalt ab, was mit ein Grund dafür sein kann, dass kinderreiche Familien bei den unteren Einkommenslagen übervertreten sind. In einem aktuellen Bericht zu den «Working Poor» wurde für die 90er Jahre ein Anstieg des Erwerbsumfanges, insbesondere bei einkommensschwachen Familienhaushalten konstatiert. In kinderreichen Familien und bei Alleinerziehenden ist der Anstieg aber deutlich geringer, da diese nur begrenzte Möglichkeiten haben, den Erwerbsumfang zu steigern (vgl. Streuli, Bauer 2001).

Ob ein, zwei oder drei und mehr Kinder vorhanden sind, macht offensichtlich keinen grossen Unterschied bezüglich Zufriedenheit mit dem Familienleben. Tendenziell sind Wohlhabende etwas unzufriedener als Einkommensschwache. Deutlich tiefer als bei Partnern und Partnerinnen mit Kindern (9,0) liegen die Durchschnittswerte bei Alleinerziehenden (7,5).

Mehr Zeit für die Familie möchten rund 6 von 10 Personen in Familienhaushalten aufwenden; das Verhältnis ist gleich gross bei den Alleinerziehenden. Tendenziell ist dieser Anteil bei Wohlhabenden etwas kleiner. Die Anzahl Kinder scheint hier keinen Einfluss zu haben. In Haushalten, wo beide Partner erwerbstätig sind, geben die Personen häufiger an, dass sie mehr Zeit für die Familie haben möchten; dabei machen vor allem die erwerbstätigen Mütter den Unterschied aus.

Definitionen und Fragestellungen

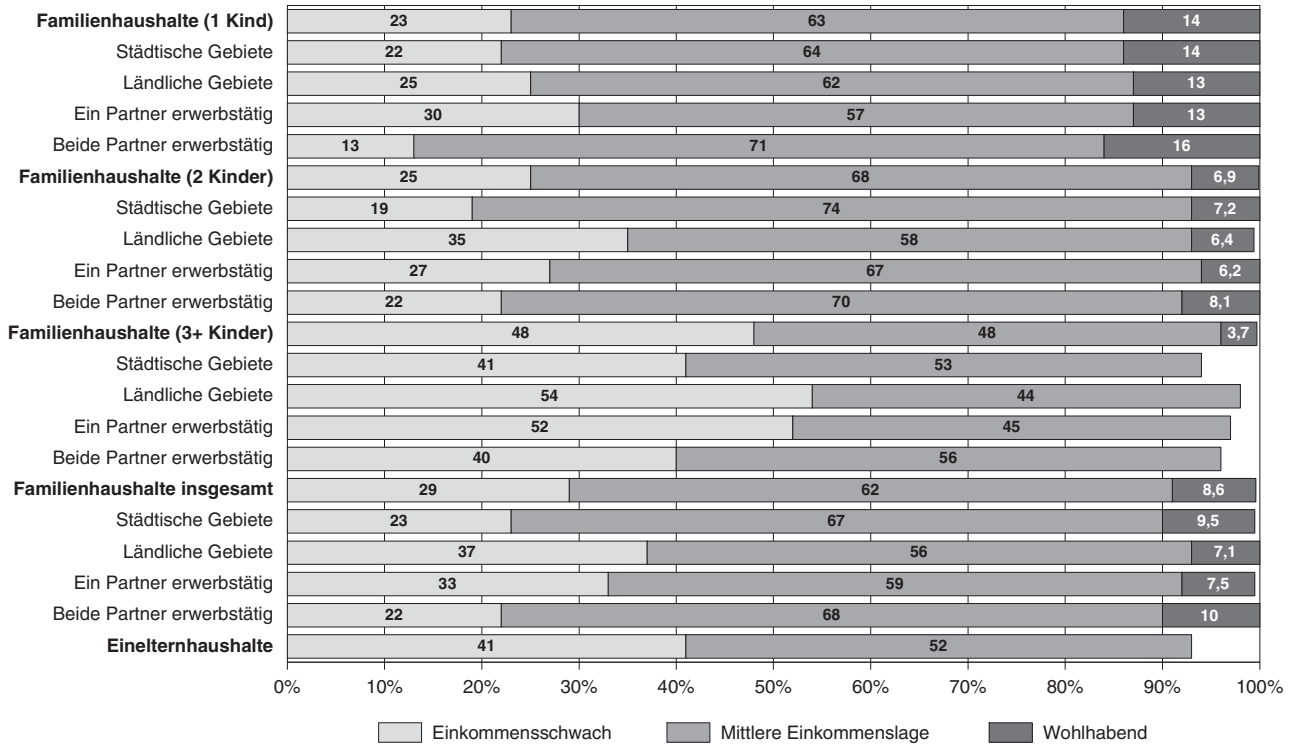
Doppelverdienerhaushalte: Partner und Partnerin eines Haushaltes sind erwerbstätig (egal bei welchem Beschäftigungsgrad). Erwerbslose werden nicht mitgerechnet, da diese bei der Haus- und Familienarbeit nicht das gleiche Verhalten aufweisen wie die Erwerbstätigen.

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Familienleben? (Skala von 0 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden»).

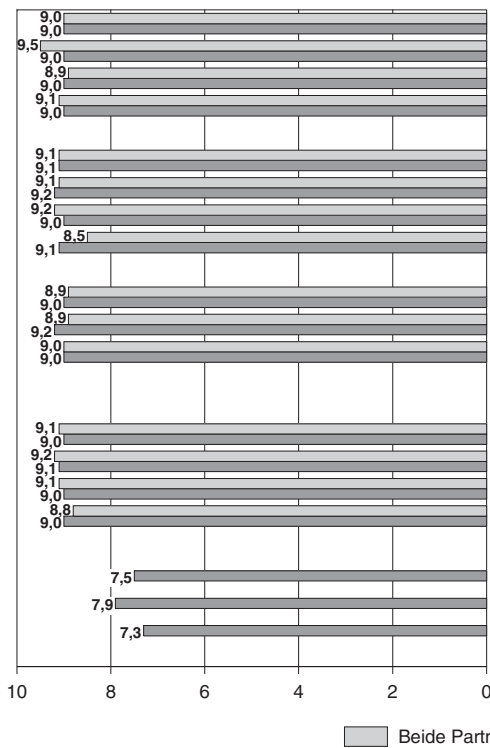
Wenn Sie die Zeit, die Sie für Ihre verschiedenen Aktivitäten brauchen, anders aufteilen könnten, würden Sie dann für die Familie mehr Zeit, etwa gleich viel Zeit oder weniger Zeit als jetzt einsetzen?

Elisa Streuli, Tobias Bauer: Working poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlagen, in info:social Nr. 5, 2001.

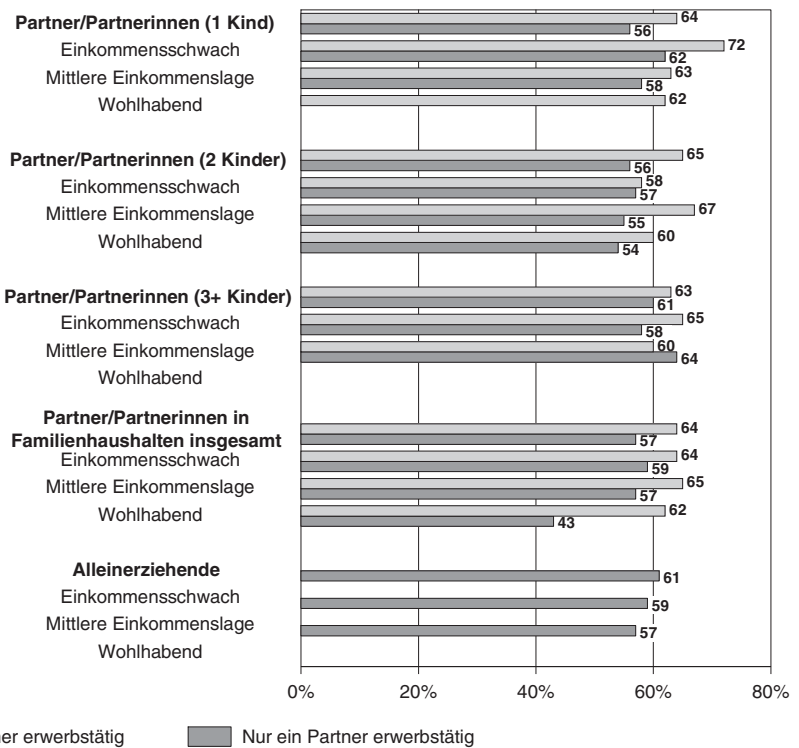
Haushaltstypen nach Einkommenslagen



Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Familienleben (Skala 0-10)



Anteil Personen, die mehr Zeit für die Familie investieren möchten



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Mehr als ein Drittel aller Kinder lebt in einkommensschwachen Haushalten

Familienhaushalte mit niedrigem Einkommen haben im Durchschnitt 1,9, Wohlhabende 1,6 Kinder. Aus der Sicht der Kinder betrachtet bedeutet dies: 35% aller Kinder leben in Haushalten mit niedrigem Einkommen und nur 6% in wohlhabenden Verhältnissen.

Wie in Kapitel 4.1 gezeigt wurde, stellt die Anzahl Kinder einen wichtigen Faktor dar für die Einkommenssituation von Familienhaushalten. So sind Haushalte mit drei und mehr Kindern deutlich stärker von Einkommensschwäche betroffen als Familienhaushalte mit einem oder zwei Kindern. Wie sieht das aber aus der Sicht der Kinder aus? Wie viele sind von Einkommensschwäche betroffen? Und inwieweit führt diese zu einem schlechteren Lebensumfeld? Zur Beantwortung dieser Frage werden die Kinderfreundlichkeit der Wohnumgebung und die Distanzen zu Spielplatz, Kindergarten, Primarschule oder Jugendtreff betrachtet. Da Kinder unter 15 Jahren nicht direkt befragt wurden, sind dazu nur indirekte Aussagen möglich.

Rund 40% der Familienhaushalte in der Schweiz haben ein Kind, 45% zwei Kinder, 13% drei Kinder und knapp 3% vier Kinder und mehr. Ärmere Familien haben mit durchschnittlich 1,9 Kindern klar mehr als Wohlhabende mit 1,6 Kindern pro Haushalt. Aus der Sicht der Kinder heisst das: 35% aller Kinder unter 15 Jahren leben in Haushalten mit Niedrigeinkommen, 59% in solchen mit mittlerem Einkommen und nur 6% in wohlhabenden Haushalten. Dies erstaunt nicht, sind doch die indirekten Kinderkosten (Verzicht auf Erwerbsarbeit wegen Kinderbetreuung) relativ hoch. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung von 1998 schätzte die direkten Kosten bei einem Ehepaar für das erste Kind bis zu seinem 20. Altersjahr auf rund 340'000.- Franken; weitere Kinder führen zu Ausgaben von 150'000.- bis 180'000.- Franken. Daneben müssen aber auch die indirekten Kinderkosten berücksichtigt werden. Diese können mittels des zeitlichen Mehraufwandes für die Haus- und Familienarbeit oder des dadurch bedingten Einkommensverlusts ermittelt werden. Bei einem Paar mit einem Kind wird Letzterer auf rund 480'000.- Franken geschätzt (vgl. Bauer 1998).

Die Einschätzung der Kinderfreundlichkeit ist durch einen Stadt-Land-Gegensatz gekennzeichnet: In städtischen Gebieten schätzen ärmere Familien die Kinderfreundlichkeit der Wohnung und der Wohnumgebung weniger hoch ein als Wohlhabende. Auf dem Lande hingegen zeigt sich gerade die umgekehrte Tendenz: Einkommensschwache bewerten die Umgebung deutlich kinderfreundlicher als Wohlhabende. Bezüglich Kinderfreundlichkeit der Wohnung sind die Unterschiede etwas kleiner.

Höhere durchschnittliche Distanzen zu verschiedenen Einrichtungen für Kinder wie Spielplatz, Kindergarten oder –hort, Primarschule und Jugendtreff können eine gewisse Benachteiligung bewirken. Für den Haushalt kann es eine grosse zeitliche Belastung bedeuten, indem die Kinder vermehrt begleitet oder transportiert werden müssen; für die Kinder selbst heisst es, dass sie entweder auf die Begleitung einer erwachsenen Person angewiesen sind oder alleine einen längeren Weg zurücklegen müssen, der möglicherweise auch gefährlich sein kann.

In städtischen Gebieten erkennen wir wenig Unterschiede nach Einkommensgruppen. Mit durchschnittlich 6 Gehminuten ist die Distanz zum nächsten Spielplatz am kürzesten. Kindergarten und Primarschule sind zu Fuss in durchschnittlich knapp 10 Minuten erreichbar. Der nächste Jugendtreff schliesslich ist gut 15 Minuten von zu Hause entfernt.

Auf dem Land sind die Distanzen durchwegs grösser, entsprechend länger braucht man zu Fuss, um Einrichtungen für Kinder zu erreichen. In diesen Gegenden zeigt sich aber zusätzlich eine deutliche Tendenz zu längeren Wegen für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten. Offensichtlich wohnen ärmere Familien seltener im Zentrum eines Dorfes, sondern eher etwas abgelegen.

Definitionen und Fragestellungen

Die durchschnittliche Anzahl Kinder unter 15 Jahren pro Familienhaushalt ist nicht zu verwechseln mit der sogenannten Geburtenziffer. Letztere bezeichnet die durchschnittliche Anzahl Kinder, welche Frauen der Altersgruppe von 15 bis 49 Jahren zur Welt bringen. Für 1999 wurde diese Ziffer auf 1,48 geschätzt.

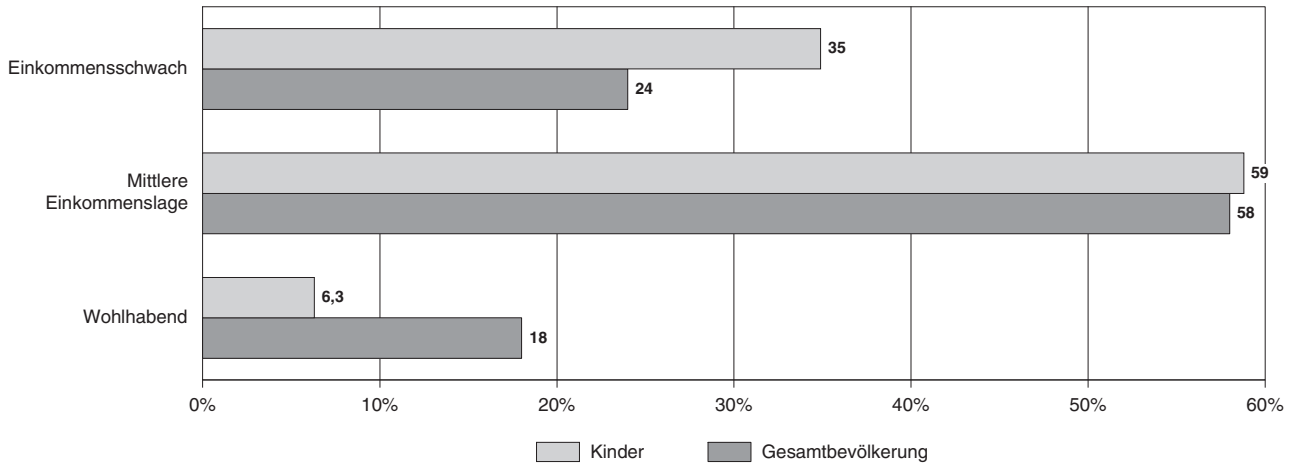
Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Kinderfreundlichkeit der Umgebung? (Skala von 0 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden»)

Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Kinderfreundlichkeit Ihrer Wohnung oder Ihres Hauses? (Skala von 0 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden»)

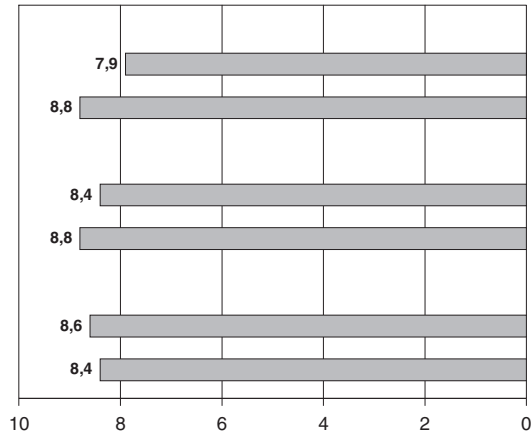
Wie viel Minuten brauchen Sie, um zu Fuss von Ihrer Wohnung an folgende Orte zu kommen? (zum nächsten Kinderspielplatz, Kindergarten, Primarschule, Jugendtreff)

Tobias Bauer: Kinder, Zeit und Geld, in Familie & Gesellschaft Nr. 1, 1998.

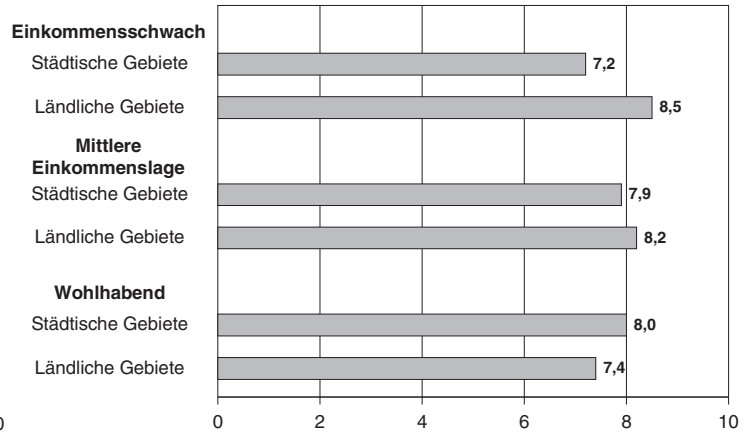
Anteil Kinder unter 15 Jahren



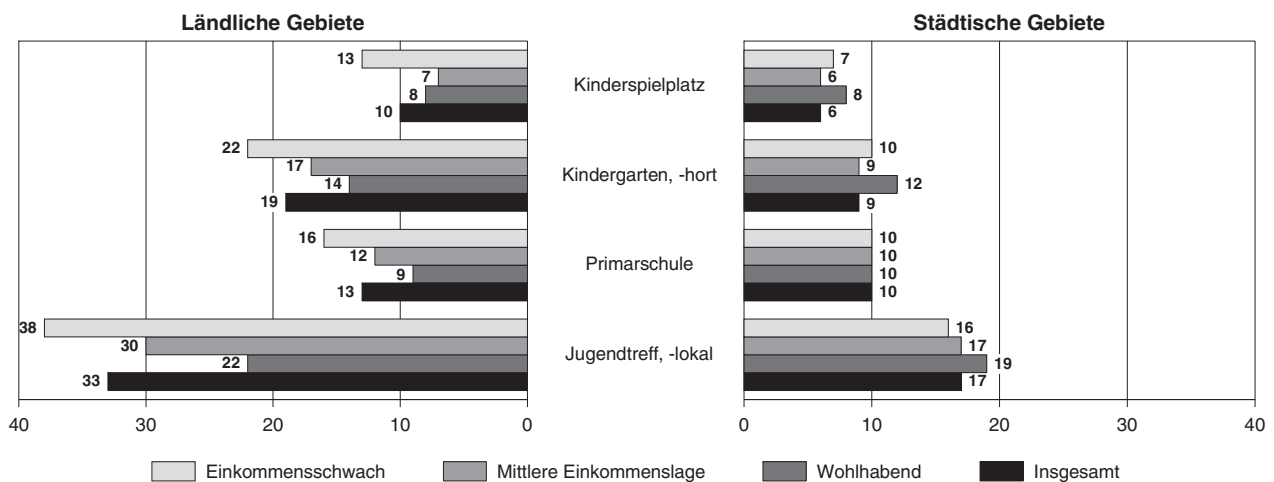
Durchschnittliche Zufriedenheit mit Kinderfreundlichkeit der Wohnung (Skala 0 - 10)



Durchschnittliche Zufriedenheit mit Kinderfreundlichkeit der Umgebung (Skala 0 - 10)



Durchschnittliche Distanzen zu verschiedenen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in Minuten zu Fuss



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Tatsächlicher Zeitaufwand und Belastungsempfinden verhalten sich gegensätzlich

In ärmeren Haushalten wird zwar mehr Zeit investiert für Haus- und Familienarbeiten, Wohlhabende empfinden aber die Belastung deutlich stärker und äussern ebenfalls häufiger den Wunsch, weniger Zeit in die Hausarbeit zu stecken. Männer wenden in allen Familiensituationen weniger Zeit für Haus- und Familienarbeit auf als Frauen, fühlen sich aber im Verhältnis häufiger belastet.

Die objektive zeitliche Belastung durch Haus- und Familienarbeit wird hier dem subjektiven Belastungsempfinden gegenübergestellt. Man kann von der Annahme ausgehen, dass ärmere Haushalte objektiv stärker belastet sind durch Haus- und Familienarbeit, da sie weniger gut ausgerüstet sind mit arbeits erleichternden Geräten, seltener teure Halbfertig- oder Fertigprodukte kaufen, weniger oft auswärts Essen gehen und seltener Unterstützung bei der Hausarbeit oder Kinderbetreuung haben als wohlhabende Haushalte. Wie weit die objektiv stärkere zeitliche Belastung sich im subjektiven Belastungsempfinden niederschlägt, wird im Folgenden untersucht.

In einkommensschwachen Haushalten wenden Frauen im Durchschnitt etwas mehr Zeit für die Haus- und Familienarbeit auf als in wohlhabenden Haushalten. Bei Männern sind die Unterschiede nach Einkommensgruppen sehr klein. Diese Feststellung trifft auf die Alleinlebenden und die reinen Paarhaushalte zu. Leben Kinder unter 15 Jahren im Haushalt, ist der Aufwand für alle Einkommensgruppen etwa gleich hoch. Frauen investieren in allen Familientypen mehr Zeit für Haus- und Familienarbeit als Männer; am grössten ist dieser Unterschied in Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren.

Die Belastung durch Haus- und Familienarbeit wird nicht entsprechend dem zeitlichen Aufwand eingeschätzt. 7 von 10 Frauen in wohlhabenden Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren empfinden die Haus- und Familienarbeit als hohe und mittlere Belastung; bei den Männern in dieser Situation sind es 4 von 10. In den ärmeren Haushalten mit Kindern sehen sich hingegen nur knapp 6 von 10 Frauen und 3 von 10 Männern einer hohen oder mittleren Belastung ausgesetzt. Wo liegen die Gründe für das unterschiedliche Belastungsempfinden? Möglicherweise spielt der überdurchschnittlich hohe

Anteil an Doppelverdienern in wohlhabenden Haushalten eine Rolle (vgl. 4.1); ausschlaggebend sind wahrscheinlich auch die bei wohlhabenden Personen höheren Erwartungen an ihren Lebensstandard, zum Beispiel ihr Anspruch auf mehr Freizeit.

Interessant ist der Vergleich zwischen objektiver und subjektiver Belastung ebenfalls bei den Alleinlebenden. Der Zeitaufwand für Hausarbeit ist deutlich tiefer bei höherem Haushaltseinkommen. Bemerkenswert sind insbesondere die Unterschiede zwischen alleinlebenden Frauen und Männern. Letztere investieren in den beiden unteren Einkommensgruppen nur etwa halb so viel Zeit wie Frauen, fühlen sich aber deutlich häufiger belastet als Frauen. Nur bei den Wohlhabenden sind beide Aspekte etwas ausgeglichener. Bei den Alleinlebenden verhält sich die zeitliche Belastung gerade umgekehrt wie das Belastungsempfinden. Bei den anderen Familiensituationen ist das Verhältnis weniger krass. Es bleibt aber die Tatsache, dass Wohlhabendere zwar weniger Zeit investieren, sich aber öfter belastet fühlen.

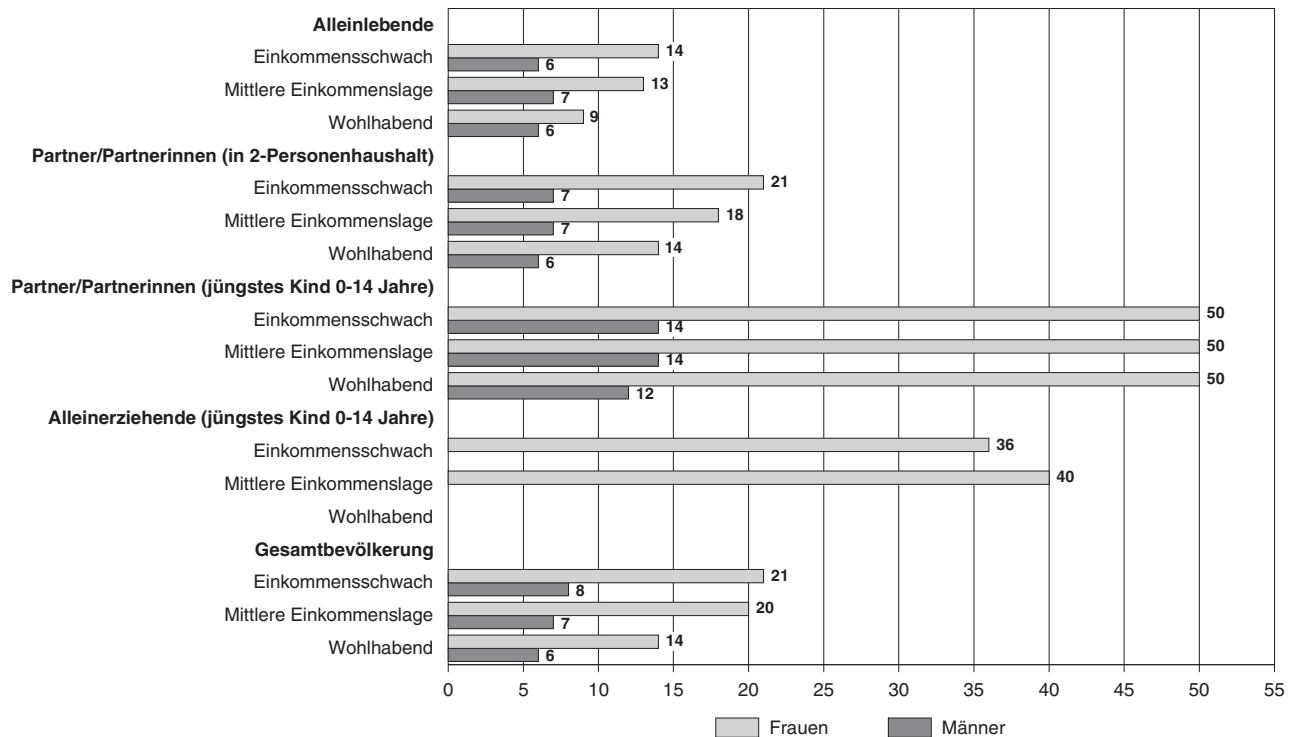
Als weiterer Indikator für die subjektive Belastung, bietet sich die Frage an, ob jemand mehr, gleich viel oder weniger Zeit in die Haus- und Familienarbeit investieren möchte – was wohl gemerkt nicht dasselbe ist, wie mehr oder weniger Zeit für die Familie einzusetzen (vgl. 4.1). Auch hier sehen wir dieselben Strukturen: Wohlhabende möchten häufiger weniger Zeit in diese Arbeiten investieren als Personen aus einkommensschwachen Haushalten. Daneben geben Frauen deutlich öfter an als Männer, dass sie weniger Zeit aufwenden möchten. Am häufigsten wird dieser Wunsch von Frauen in wohlhabenden Familienhaushalten geäussert (64%); aber auch 42% der Frauen in ärmeren Familienhaushalten äussern diesen Wunsch.

Definitionen und Fragestellungen

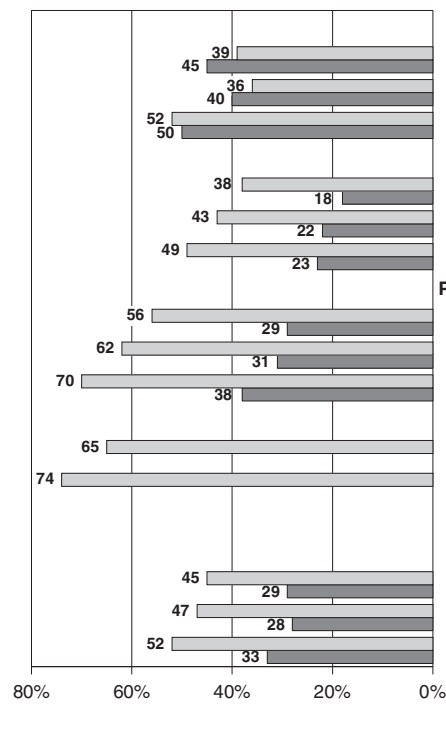
Die objektive Belastung wird hier als Medianwert des Aufwandes in Stunden pro Woche ausgewiesen, da die zur Verfügung stehenden Angaben für eine durchschnittliche Woche systematisch zu tiefe Werte ergeben. Für die durchschnittlichen Stundenangaben würden sich Berechnungen auf der Basis eines Stichtages eindeutig besser eignen. Vgl. dazu «Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit», BFS 1999.

Subjektive Belastung: *Empfinden Sie die Kinderbetreuung und die Hausarbeiten wie zum Beispiel Kochen, Putzen, Einkaufen, Reparaturen oder administrative und organisatorische Arbeiten, die SIE PERSÖNLICH erledigen, als eher grosse, als mittlere, als eher kleine oder gar keine Belastung?*

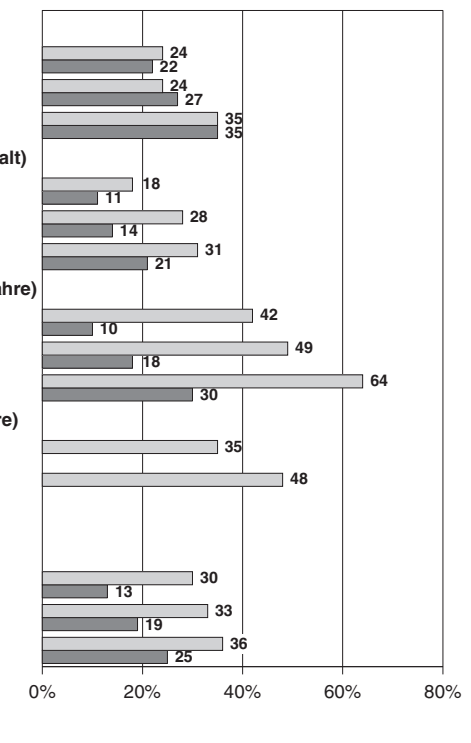
Zeitliche Belastung durch Haus- und Familienarbeit in Stunden pro Woche (Median)



Anteil Personen mit hoher und mittlerer subjektiver Belastung durch Haus- und Familienarbeit



Anteil Personen, die weniger Zeit für Haus- und Familienarbeit investieren möchten



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Einkommenslage beeinflusst die Rollenteilung zwischen den Partnern kaum

Die Haus- und Familienarbeit ist in allen Einkommensgruppen einseitig zu Lasten der Frauen verteilt. Der Anteil, den Partner übernehmen, liegt in allen Familiensituationen deutlich unter 40%; derjenige der Partnerinnen deutlich über 60%. Wohlhabende Haushalte profitieren im Verhältnis mehr als doppelt so häufig von einer externen Haushalthilfe wie einkommensschwache Haushalte.

Für die einseitige Aufteilung der Haus- und Familienarbeit zu Lasten der Frauen wird oft das Argument vorgebracht, das Haushaltseinkommen falle höher aus bei einer Vollzeit-erwerbstätigkeit des Mannes als bei einer gleichmässigeren Aufteilung der Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit zwischen den Partnern. Da es immer noch relativ wenige Familienhaushalte gibt, die eine solche gleichmässige Aufteilung praktizieren, kann dieser Zusammenhang mit unserer beschränkten Stichprobengrösse nicht direkt überprüft werden. Der Anteil an Haus- und Familienarbeit, den die Partner jeweils übernehmen, gibt jedoch Aufschluss darüber, ob z.B. bei Erwerbstätigkeit der Partnerin die Partner einen grösseren Anteil an der Haus- und Familienarbeit übernehmen. Es existieren zwar Angaben zum Anteil aller Haushaltsmitglieder, an dieser Stelle werden aber nur die Anteile der beiden Partner berücksichtigt. Zusätzlich deutet die Entlastung durch eine Haushalthilfe auf die besseren Möglichkeiten, Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit flexibler zu gestalten. Die familienexterne Kinderbetreuung wird in einem separaten Abschnitt behandelt (vgl. 4.5).

In allen Einkommensgruppen leisten Frauen bedeutend mehr Haus- und Familienarbeit als ihre Partner. Gesamthaft nimmt der Anteil der Partnerinnen bei besserer Einkommenslage des Haushaltes leicht ab und derjenige der Partner leicht zu.

In wohlhabenden Haushalten, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist, ist hingegen der Anteil der Partnerin an der Haus- und Familienarbeit etwas höher und der Anteil der Partner etwa gleich wie bei Niedrigeinkommenshaushalten. In sogenannten Doppelverdienerhaushalten ist es anders:

Bei Wohlhabenden ist der Anteil der Partnerin tiefer und derjenige der Partner höher als bei niedrigerem Einkommen. Ist also die Haus- und Familienarbeit in den sogenannten Doppelverdiener-Haushalten etwas weniger einseitig verteilt als in Haushalten mit traditioneller Rollenteilung? Dies ist nur in Doppelverdiener-Haushalten mit mittlerem oder höherem Einkommen der Fall. Im Unterschied dazu hängt in einkommensschwachen Haushalten die Verteilung der Haus- und Familienarbeit nicht davon ab, ob beide Partner erwerbstätig sind oder nicht.

Möglicherweise wird zudem ein Teil der Haus- und Familienarbeit in wohlhabenderen Haushalten öfter von einer externen Person übernommen. Tatsächlich profitieren wohlhabende Haushalte im Verhältnis mehr als doppelt so häufig wie Niedrigeinkommenshaushalte von einer externen Haushalthilfe. Das trifft für Alleinlebende ebenso zu wie für Paare. In Familienhaushalten ist der Unterschied zwischen den Einkommenslagen noch deutlicher: 30% der reicheren, aber nur 4,6% der ärmeren haben eine Haushalthilfe. Betrachtet man alle Haushalte ohne Unterschied nach Einkommenslagen, sind es vorwiegend Alleinlebende und Paare ohne Kinder, die eine Haushalthilfe haben. Knapp 14% der Alleinlebenden – vor allem ältere Personen – kommen in den Genuss einer solchen Entlastung. Bei den Eltern von Kindern unter 15 Jahren sind es nur rund 9%.

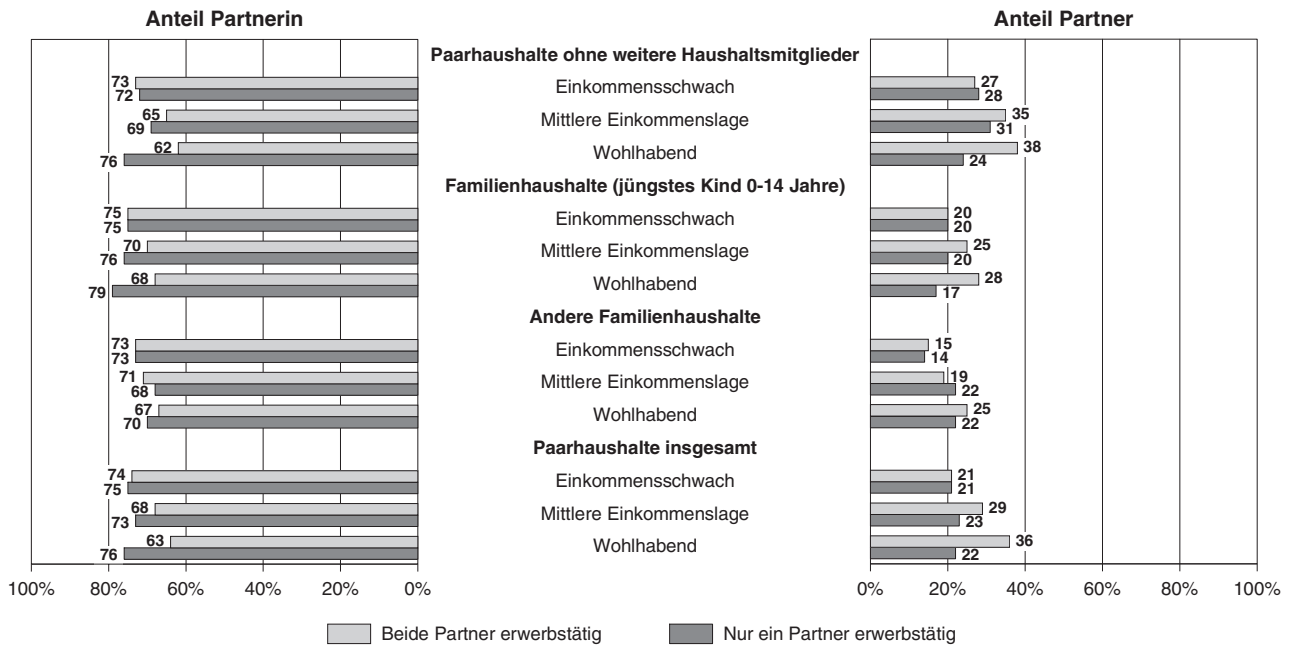
Zwischen Stadt und Land gibt es diesbezüglich keine strukturellen Unterschiede. In städtischen Gebieten verfügen Wohlhabende dreimal häufiger über eine Haushalthilfe als Einkommensschwache (8% vs. 25%); in ländlichen Gebieten sind die entsprechenden Werte 6%, respektive 17%.

Definitionen und Fragestellungen

Doppelverdienerhaushalte: Partner und Partnerin eines Haushaltes sind erwerbstätig (egal bei welchem Beschäftigungsgrad). Erwerbslose werden nicht mitgerechnet, da diese bei der Haus- und Familienarbeit nicht das gleiche Verhalten aufweisen wie die Erwerbstätigen.

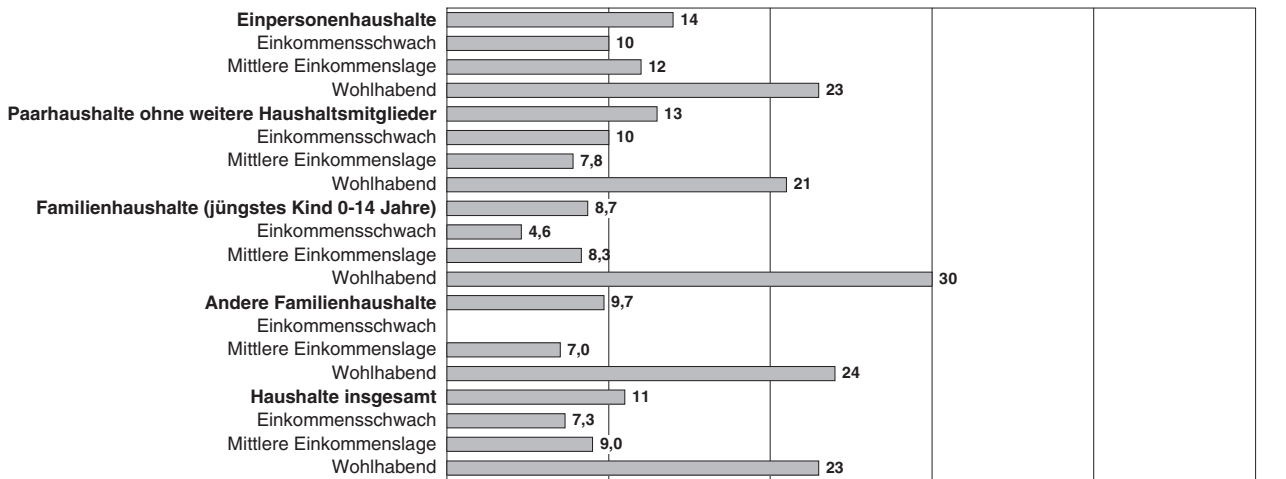
Wie ist bei Ihnen die Hausarbeit wie z.B. Kochen, Putzen, Einkaufen, Reparaturen oder administrative und organisatorische Aufgaben und die Kinderbetreuung unter den Haushaltsmitgliedern aufgeteilt? Können Sie bitte grob schätzen, wie viel Prozent jede Person in ihrem Haushalt dafür aufwendet?

Aufteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen Partner und Partnerin nach Haushaltstyp

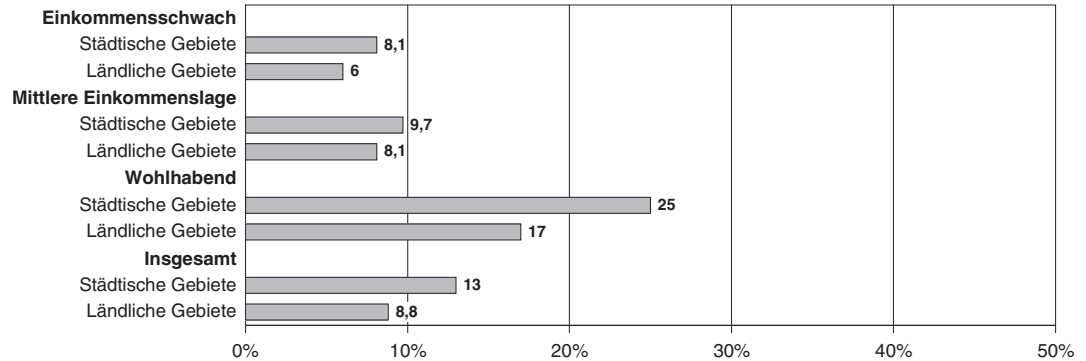


Anteil Haushalte mit externer Haushaltshilfe

... nach Haushaltstyp



... nach Stadt/Land



Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Familienexterne Kinderbetreuung wird häufiger von Wohlhabenden beansprucht

Mehr als doppelt so viele wohlhabende wie einkommensschwache Eltern lassen ihre Kinder regelmässig extern betreuen. Den Unterschied machen institutionalisierte Betreuungsmodelle wie Tagesmutter oder Kinderhort aus, die sich in erster Linie Wohlhabende leisten können. Einkommensschwache Haushalte hingegen suchen für die externe Betreuung ihrer Kinder eher Lösungen innerhalb der Verwandtschaft oder Bekanntschaft.

Der Diskurs über die externe Kinderbetreuung wird in der aktuellen Familienpolitik kontrovers geführt. Einerseits scheint der Arbeitsmarkt im Moment ein grosses Interesse daran zu haben, vermehrt Frauen zu rekrutieren, was gewissen emanzipatorischen Bestrebungen entgegenkommt. Andererseits werfen neue Modelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie viel weitergehende Fragen auf als nur die Förderung familienexterner Kinderbetreuung. Besonders aus feministischer Sicht scheinen die Vorschläge, vermehrt Betreuungsplätze zu schaffen, etwas einseitig, solange die Rolle der – heute meist Vollzeit erwerbstätigen – Väter nicht stärker in die Diskussion mit einbezogen wird.

An dieser Stelle können kaum Lösungsansätze geboten werden. Es wird hier untersucht, inwieweit die Einkommenslage einen Einfluss auf die Nutzung verschiedener Formen familienexterner Kinderbetreuung ausübt. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass die Kinder in einkommensschwachen Haushalten seltener regelmässig ausserhalb des Haushaltes betreut werden als in wohlhabenden. Dies vor allem deshalb, weil in den tieferen Einkommenslagen öfter nur ein Partner erwerbstätig ist (vgl. 4.1) und umgekehrt in finanziell besser gestellten Haushalten deutlich mehr Doppelverdiener vorkommen. Letztlich ist die Nutzung externer Kinderbetreuung oft eine Frage der finanziellen Möglichkeiten.

Bei der familienexternen Kinderbetreuung zeigen sich ähnliche Strukturen wie bei der externen Haushalthilfe. Mehr als doppelt so viele wohlhabende wie einkommensschwache Haushalte haben eine regelmässige familienexterne Kinder-

betreuung. Einen wichtigen Einfluss übt auch die Familiensituation aus: Alleinerziehende sind grundsätzlich häufiger als Partnerhaushalte auf externe Hilfe angewiesen.

In städtischen Gebieten wird öfter eine externe Kinderbetreuung in Anspruch genommen als auf dem Land (32% vs. 24%). Die Unterschiede zwischen den Einkommenslagen sind aber in beiden Gebieten dieselben.

Auch die Art der externen Betreuung hängt deutlich mit der Einkommenslage zusammen. Etwas mehr als die Hälfte der Eltern in einkommensschwachen Haushalten organisieren die familienexterne Kinderbetreuung innerhalb der Verwandtschaft, im Vergleich zu nur 27% der Wohlhabenden. Wahrscheinlich ist diese Betreuungsart in den meisten Fällen kostenlos und lässt auf ein Netz gegenseitiger Hilfe schliessen. Eine Betreuung durch Tagesmutter, Kinderhort, Mittagstisch usw. nehmen 41% der reicheren Eltern und 23% der ärmeren in Anspruch.

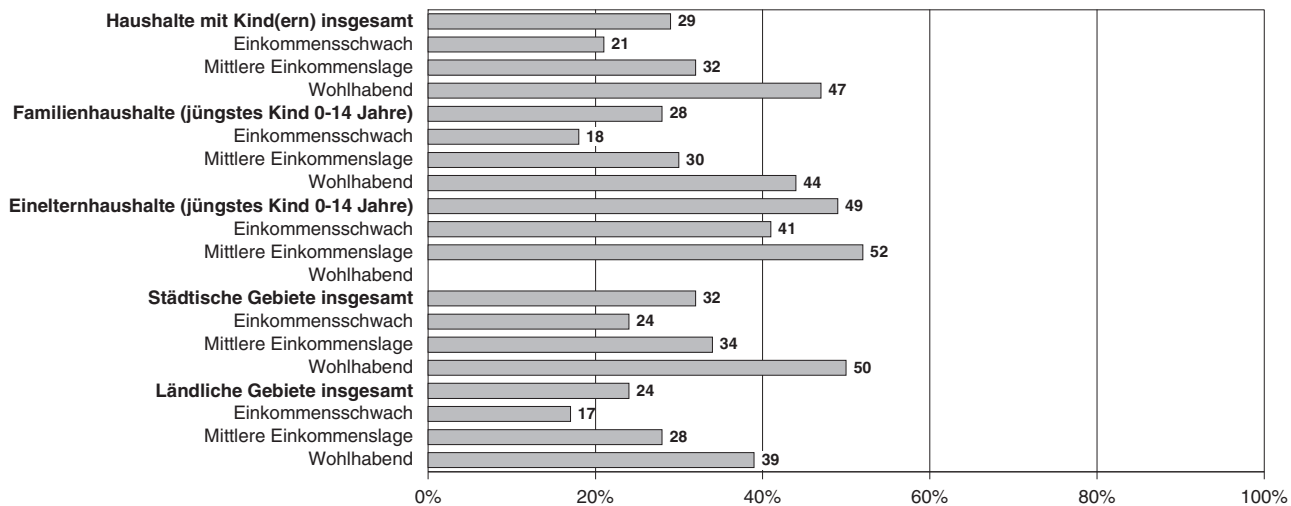
Was die Ausgaben für die externe Kinderbetreuung betrifft, so geben Haushalte, die solche Dienste in Anspruch nehmen, im Durchschnitt pro Monat rund 340.- Franken aus (Haushalte mit niedrigerem Einkommen rund 210.- Franken und Wohlhabende 430.- Franken). Für Haushalte mit niedrigem und solche mit mittlerem Einkommen stellt dies 5,4% des verfügbaren Haushaltseinkommens dar; bei den wohlhabenden Haushalten entsprechen die Ausgaben für externe Kinderbetreuung im Durchschnitt 3,7% des verfügbaren Haushaltseinkommens.

Definitionen und Fragestellungen

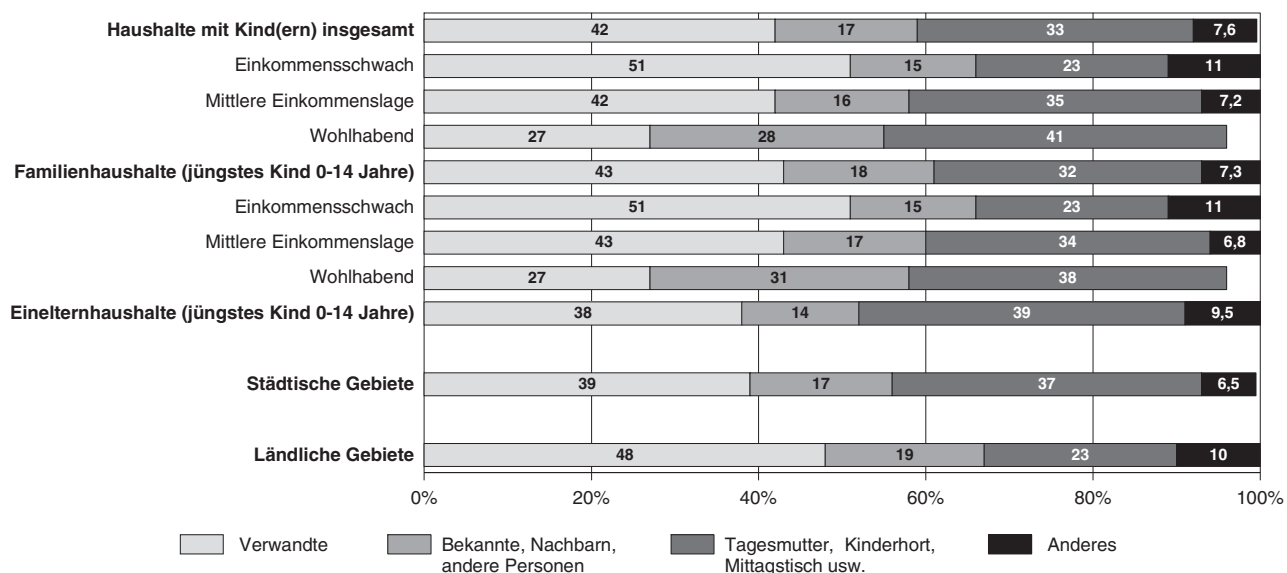
Die Angaben zur regelmässigen familienexternen Kinderbetreuung neben dem Kindergarten oder der Schule, basieren auf einer direkten Frage; ebenso die Betreuungsart.

Die Resultate zu den Ausgaben für Kinderkrippe oder –hort stammen aus dem monatlichen Haushaltsbuch, wo dafür eine spezielle Rubrik reserviert ist. Diese Ausgabenkategorie enthält jedoch nicht unbedingt alle Kosten für die Krippe oder den Hort; die Verpflegungskosten werden zum Teil in anderen Rubriken ausgewiesen.

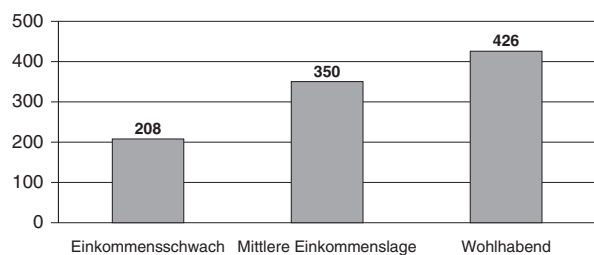
Anteil Haushalte mit familienexterner Kinderbetreuung



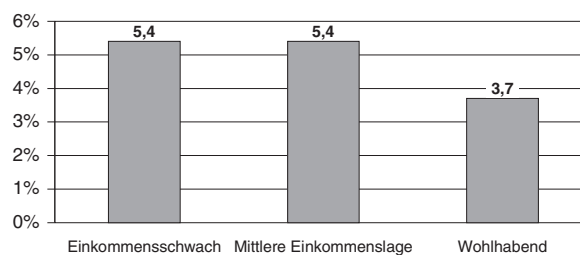
Art der externen Kinderbetreuung



Ausgaben für Kinderkrippen und -horte nach Einkommenslagen in Franken pro Monat und Haushalt*



Ausgaben für Kinderkrippen und -horte in Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens*



* Nur Haushalte mit familienexterner Kinderbetreuung
 Statistisch zu wenig zuverlässige Werte werden grafisch nicht ausgewiesen

Einkommensschwache haben kleinere Wohnungen und seltener eine Ferienwohnung

Die Hälfte der Wohlhabenden verfügt über ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung und ein Viertel besitzt eine Ferienwohnung. Im Vergleich dazu besitzt ein Drittel der Armen die Wohnung oder das Haus, in dem sie leben, und nur eine Person von zehn hat eine Ferienwohnung. Wohlhabende haben ausserdem grössere Wohnungen und nur 0,7% leben in Haushalten mit weniger als einem Zimmer pro Person. Von den Armen leben 13% in solch engen Verhältnissen.

Die finanzielle Situation eines Haushalts beeinflusst den Lebensbereich des Wohnens sehr stark. Nicht alle haben beispielsweise die Möglichkeit, den verbreiteten Wunsch nach einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung zu verwirklichen, von einer Ferienwohnung oder einem Ferienhaus gar nicht zu sprechen. Zudem können sich Ärmere oft nur viel kleinere Wohnungen leisten als Personen mittlerer und höherer Einkommenslagen. Indikatoren, welche die angesprochenen Wohnverhältnisse messen, sind der Wohnstatus (Eigentümer/innen und Mieter/innen), der Besitz einer Zweitwohnung oder Haus und der zur Verfügung stehende Wohnraum, der durch die Wohndichte und die Wohnfläche ausgedrückt wird.

Zwei Drittel (66%) der einkommensschwachen Personen wohnen in einem Mietverhältnis. Dieser Anteil sinkt bei Personen mittlerer Einkommenslagen auf 58% und bei Wohlhabenden auf gut die Hälfte (52%). Dementsprechend nimmt mit steigendem Einkommen der Anteil Personen, welche in einer Eigentumswohnung oder im eigenen Haus leben, zu.

Nebst dem überdurchschnittlichen Anteil an Mieterinnen und Mietern in der ärmeren Bevölkerung bzw. an Eigentümerinnen und Eigentümern unter den Wohlhabenden sind 15- bis 39-Jährige, in städtischen Gebieten Wohnhafte, Französisch- und Italienischsprachige, Alleinerziehende, Alleinlebende sowie ausländische Personen in der Gruppe der Mieterinnen und Mieter leicht bis sehr stark übervertreten.

Einen Zweitwohnsitz haben im Durchschnitt 14% der Bevölkerung. Es handelt sich meist um ein Haus oder eine Wohnung für Ferienzwecke, drei Viertel in der Schweiz und ein Viertel im Ausland. 24% der Personen mit einem höheren Einkommen verfügen über einen zweiten Wohnsitz. In den mittleren Einkommenslagen sind es 12% und unter den finanziell schlechter Gestellten nur noch 10%. Oft sind

55- bis 74-Jährige und ausländische Staatsangehörige in dieser privilegierten Situation: Selbst in tieferen Einkommenslagen haben sie überdurchschnittlich häufig einen Zweitwohnsitz. Bei den Ausländerinnen und Ausländern ist der Zweitwohnsitz vor allem im Ausland, vermutlich in ihrem Herkunftsland.

Ärmere Personen leben in deutlich engeren Verhältnissen als die mittleren und höheren Einkommensgruppen. Durch das Mass der Wohndichte (vgl. Kasten) kann der Indikator der Wohnraumunterversorgung berechnet werden. Dieser bezeichnet eine Situation, in der in einem Haushalt weniger als ein Wohnraum pro Person zur Verfügung steht. 13% der ärmeren Bevölkerung sind in dieser unvorteilhaften Lage. In der mittleren Einkommensgruppe liegt der Anteil bei 4,4% und bei den Reicherer sind es nur noch 0,7%.

Neben der höheren Wohndichte kann anhand der Wohnfläche pro Person die deutlich schlechtere Wohnflächenversorgung der ärmeren Bevölkerung veranschaulicht werden. Wohlhabende haben durchschnittlich 61 m² Wohnraum zur Verfügung, Personen mit mittlerem Einkommen 47 m² und Einkommensschwache nur 43 m².

In allen drei betrachteten Einkommensgruppen leben ausländische Staatsangehörige in deutlich engeren Wohnverhältnissen als Schweizerinnen und Schweizer. Weiter hat die Bevölkerung der lateinischen Schweiz weniger Wohnraum zur Verfügung als jene der deutschen Schweiz. Der Wohnraum hängt natürlich direkt mit dem Mieter- bzw. Eigentümerstatus zusammen, somit indirekt auch mit der Einkommenslage. Personen, welche ein eigenes Haus oder Wohnung besitzen, sind in einer vorteilhaften finanziellen Lage und können sich auch mehr Wohnraum leisten. Die erwähnten Bevölkerungsgruppen mit engen Wohnverhältnissen sind hauptsächlich Mieterinnen und Mieter.

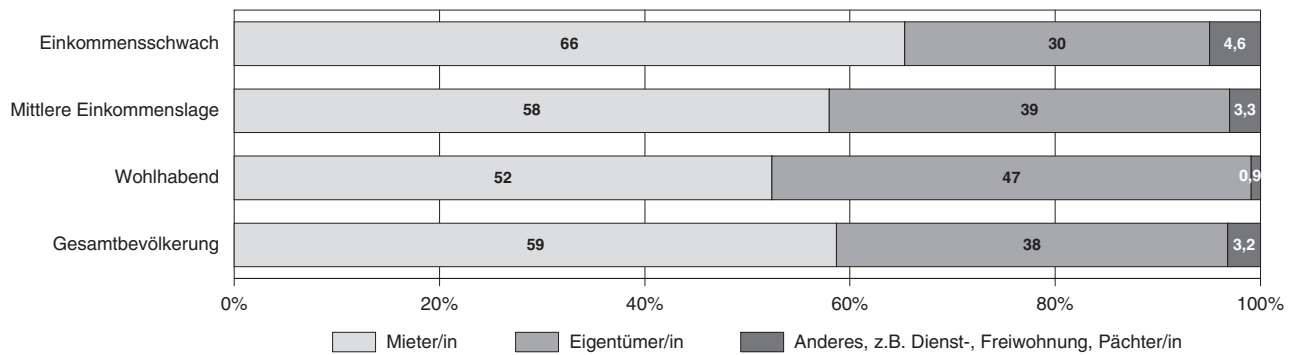
Definitionen

Mit Eigentümer und Eigentümerinnen sind Personen gemeint, die in selbstgenutztem Wohneigentum leben. Dieser Anteil liegt mit 38% deutlich höher als die Wohneigentumsquote der Volkszählung 1990 (31,3%). Diese Differenz kann hauptsächlich mit der unterschiedlichen Grundgesamtheit erklärt werden: Die Wohneigentumsquote bezieht sich auf Wohnungen (1990 gehörten 31,3% der besetzten Wohnungen ihren Bewohnern), bei den hier ausgewiesenen Zahlen handelt es sich hingegen um Personen (1998 lebten 38% der ständigen Wohnbevölkerung in Wohnungen oder Häusern, die ihnen oder einem Haushaltsmitglied gehörten).

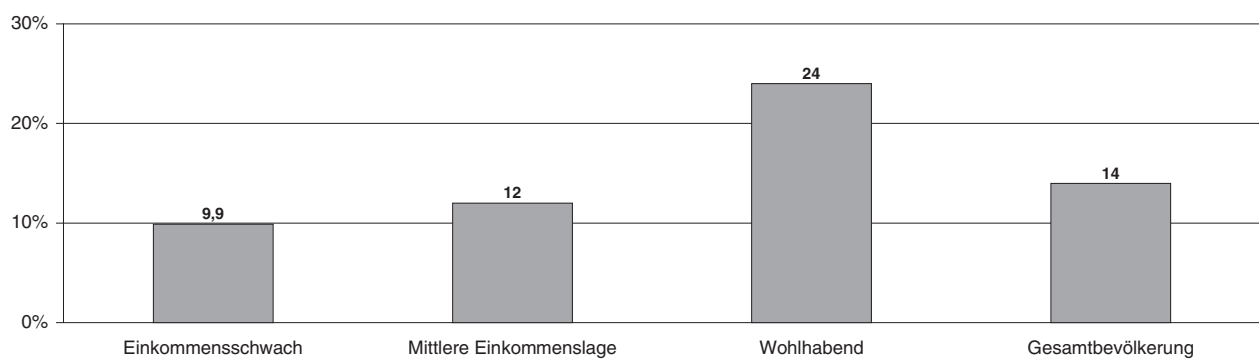
Die Wohndichte stellt sich aus der Anzahl Haushaltsmitglieder dividiert durch die Anzahl Zimmer (ohne Küche, Badezimmer, Toilette, Garage und Geschäfts- oder Abstellräume) zusammen. Eine Wohndichte von 0,5 Personen pro Zimmern entspricht 2 Zimmern pro Person, 1,0 entspricht einem Zimmer pro Person.

5.1 Eigentumsverhältnisse und Wohnraum

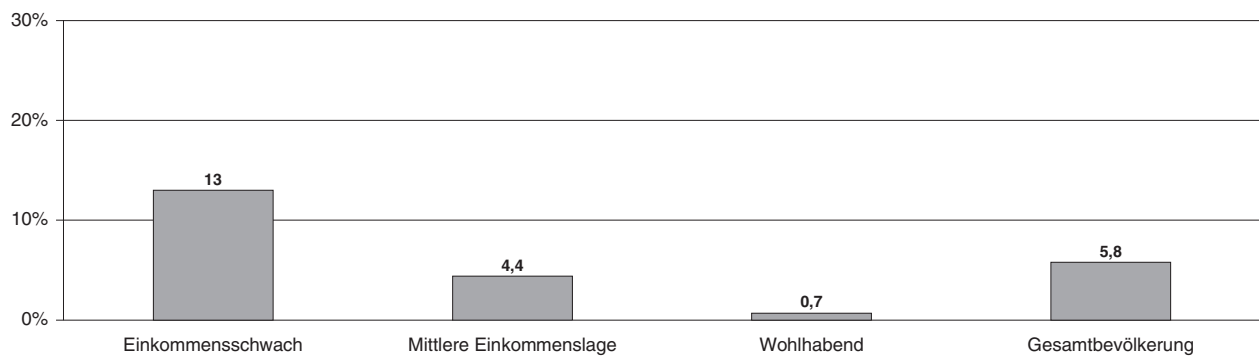
Wohnstatus



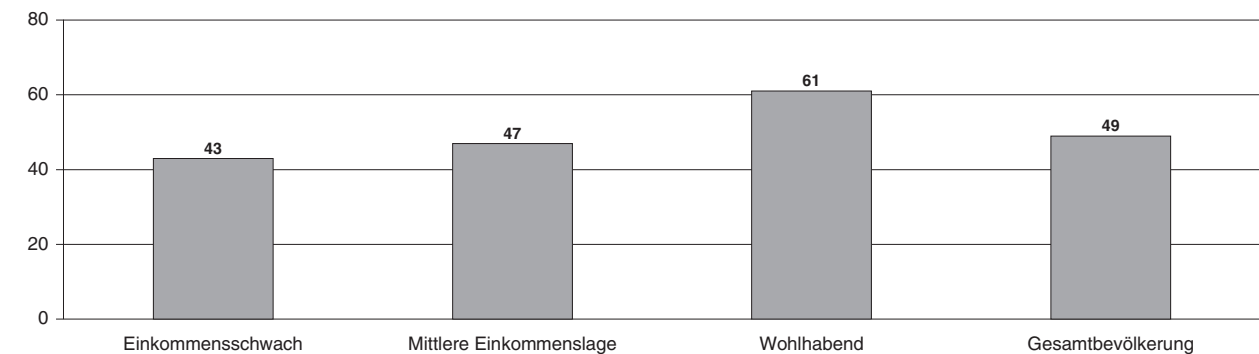
Besitz eines Zweitwohnsitzes



Wohnraumunterversorgung (weniger als ein Wohnraum pro Person)



Durchschnittliche Wohnfläche in m² pro Person



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Ausstattung deckt bei allen die Grundbedürfnisse, aber die Wohnkosten stellen für Einkommensschwache eine Belastung dar

Die Wohnkosten belasten das Haushaltsbudget der Einkommensschwachen in weit grösserem Masse als bei Wohlhabenden. Die Ausstattung der Wohnungen und Häuser deckt bei fast allen die Grundbedürfnisse, erst im Vorhandensein mehrerer Badewannen, Duschen und Toiletten zeichnen sich Unterschiede ab.

Die Lebensqualität wird durch die Wohnkosten stark beeinflusst: Die Belastung eines Haushalts durch Miete und Nebenkosten ist entscheidend dafür, welcher Einkommensbetrag zur Deckung der übrigen Bedürfnisse noch zur Verfügung steht. Die Wohnqualität ist durch die äussere Umgebung und die Lage der Wohnung oder des Hauses sowie durch die Wohnungs- bzw. Hausinfrastruktur gegeben. Letztere messen wir anhand der Grundausstattung wie Küche, Estrich oder Keller, Balkon oder Terrasse. Die Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern (Geschirrspülmaschine, Fernsehgerät usw.) wird hingegen im Kapitel 1.4 thematisiert. Zur Beschreibung der Wohnlage werden die Erschliessung des Quartiers durch den öffentlichen Verkehr und die in Gehminuten gemessene Entfernung von Grünzonen und Dienstleistungsangeboten wie Post und Lebensmittelgeschäft berücksichtigt. Zu den Beeinträchtigungen durch Umweltfaktoren, welche für die Wohnlage ebenfalls massgebend sind, haben wir keine objektiven Angaben. Die subjektive Wahrnehmung von solchen Störungen behandeln wir im folgenden Kapitel.

Der Anteil der Wohnkosten am Bruttohaushaltseinkommen beträgt für die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz 20%. In einkommensschwachen Haushalten ist diese Belastung mit 36% deutlich höher als bei Haushalten mittlerer und hoher Einkommenslagen (17% bzw. 12%). Gemäss einer strengeren Definition von Einkommensschwäche (vgl. Kasten) steigt der Wohnkostenanteil bei der ärmeren Gruppe der Bevölkerung sogar auf 59%, was mitunter grosse Einschränkungen in den übrigen Lebensbereichen zur Folge hat.

Arme, mittelständische und reiche Personen unterscheiden sich in der Schweiz nicht in der Grundausstattung ihrer Wohnung oder ihres Hauses. Eine Küche und einen Estrich oder Keller haben fast alle (97% oder mehr); 9 von 10 Personen verfügen über

doppelverglaste Fenster sowie Balkon, Terrasse, Pergola oder Sitzplatz zur alleinigen Benützung. Die Mehrheit (85%) kann auch von einem Garten, Kinderspielplatz oder einem anderen Platz im Freien, unmittelbar beim Wohngebäude, zur alleinigen oder gemeinsamen Nutzung profitieren.

Unterschiede nach Einkommenslage werden erst deutlich, wenn es um die Ausstattung geht, welche über die Grundbedürfnisse hinausgeht. Beispielsweise steigt die Anzahl WCs, Badewannen und Duschen pro Wohnung mit steigendem Einkommen des Haushalts: Knapp zwei Drittel der ärmeren Bevölkerung haben eine Toilette, knapp ein Drittel hat deren zwei und 5% haben drei oder mehr. Unter den Wohlhabenden haben 39% eine, 47% zwei und 14% drei oder mehr Toiletten. Analoges gilt für die Anzahl Badewannen oder Duschen. Dieses Ergebnis ist teilweise abhängig vom Wohnstatus: Mieterinnen und Mieter haben, gemessen an der Anzahl sanitärer Anlagen, generell weniger Komfort im Vergleich zu Personen, die im eigenen Haus oder Wohnung leben. Trotzdem erklärt der Wohnstatus die Differenz der drei Einkommensgruppen nicht vollständig. In kinderreichen Familien kann das Vorhandensein nur einer Toilette eine Einschränkung bedeuten, und wie in Kapitel 4.1 festgestellt ist dieser Familientyp vermehrt von Einkommensschwäche betroffen.

Auf dem Land wohnen finanziell schlechter gestellte Personen einige Minuten weiter entfernt von öffentlichen Verkehrsmitteln, Dienstleistungen und Grünzonen als Wohlhabende (vgl. auch 4.2). Obwohl sich die Zeitunterschiede im Rahmen halten, fallen sie alle zu Ungunsten der einkommensschwachen Personen aus. In der Stadt sind die Distanzen kleiner und es bestehen kaum Unterschiede. Der Schluss liegt nahe, dass Einkommensschwache auf dem Land weniger zentral wohnen als Personen in mittleren und höheren Einkommenslagen.

Definitionen und Fragestellungen

Die Wohnkosten umfassen den Mietzins bzw. Hypothekarzins und die Nebenkosten wie Wasser, Strom, Heizkosten, Reparaturen und Unterhalt, Kehricht- und Abwassergebühren. Ausgewiesen wird der prozentuale Anteil der Wohnkosten am Bruttohaushaltseinkommen.

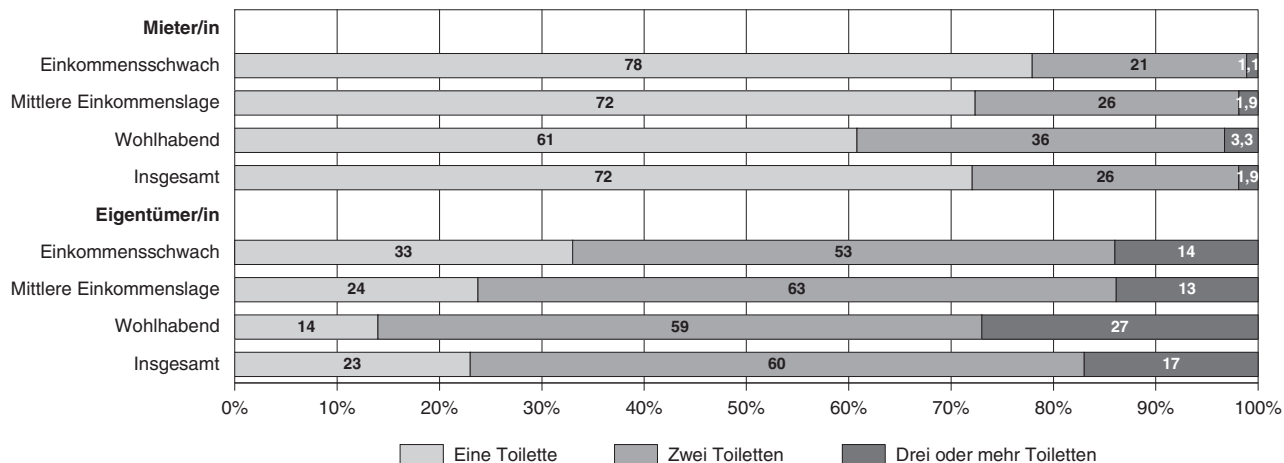
Strengere Definition von Einkommensschwäche: < 50% des Median-Äquivalenzeinkommens (vgl. Einleitung).

Über welche von den folgenden Ausstattungsmerkmalen verfügt Ihre Wohnung? Küche, Wohnküche oder Kochnische; Fenster mit Doppelverglasung; Balkon, Terrasse, Pergola, Gartensitzplatz oder ein anderer Platz im Freien zur alleinigen Verfügung von Ihrem Haushalt; Stauraum wie Estrich, Keller zur alleinigen Verfügung von Ihrem Haushalt; Nichts davon.

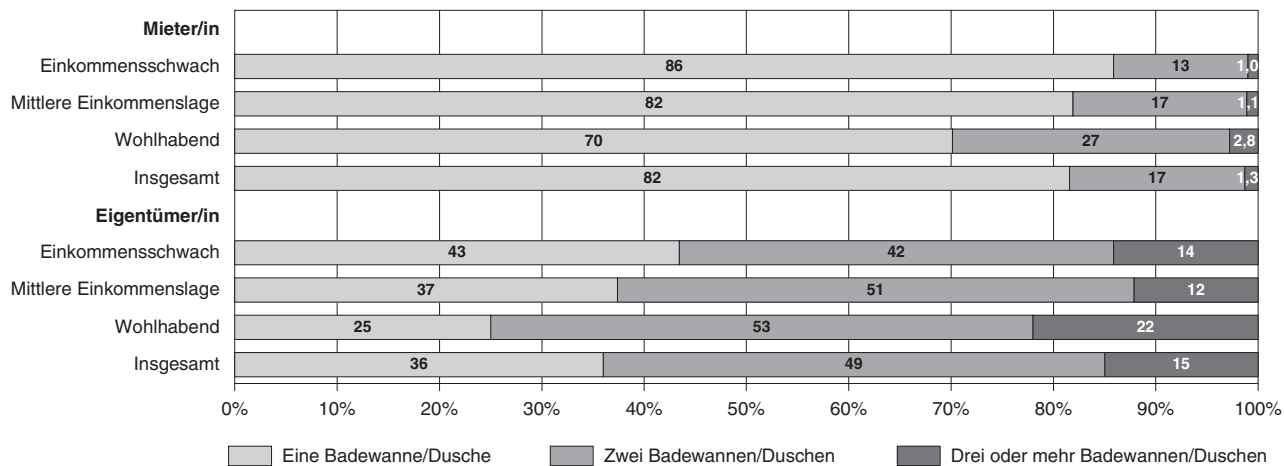
Wieviele WC's hat es in Ihrer Wohnung? Wieviele Badewannen und/oder Duschen hat es in Ihrer Wohnung?

Wieviele Minuten brauchen Sie, um zu Fuss von Ihrer Wohnung an folgende Orte zu kommen: zur nächsten Bus- oder Tramhaltestelle? Zur nächsten Bahnhofshaltestelle/Bahnhof? Zum nächsten Lebensmittelgeschäft? Zum nächsten Postbüro? Zur nächsten Grünzone, z.B. ein Park, ein Wald usw.? «Bus- und Tramhaltestelle» und «Bahnhof, -haltestelle» werden zu einem Indikator zusammengefasst, welcher die Entfernung von der nächstgelegenen Haltestelle des öffentlichen Verkehrs (Bus, Tram und Bahn) wiedergibt.

Anzahl Toiletten*

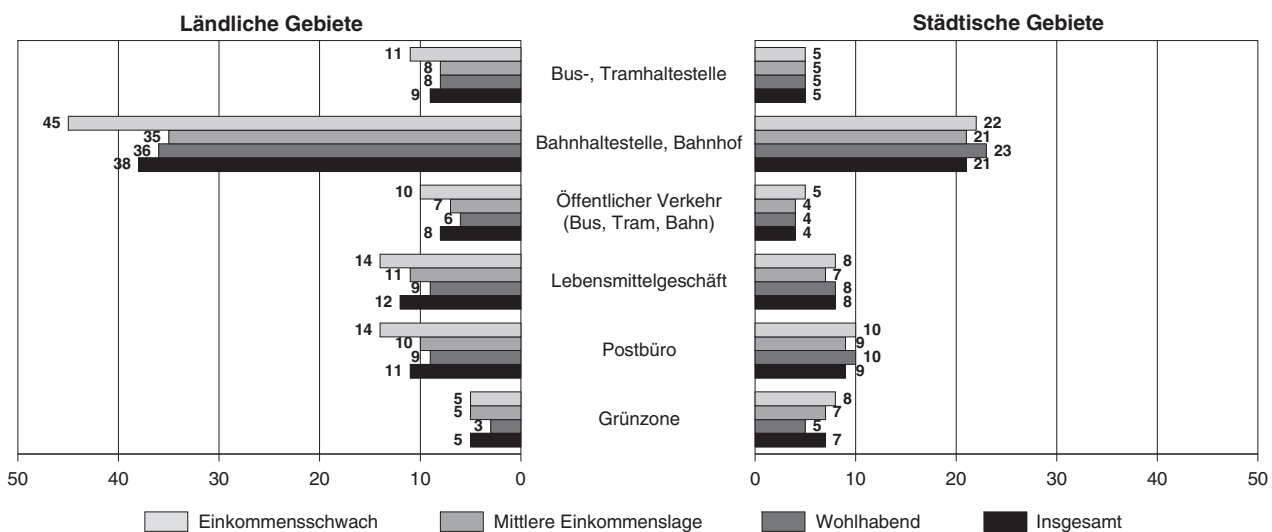


Anzahl Badewannen und/oder Duschen*



* Der verschwindend kleine Anteil Personen ($\leq 0,5\%$), welche in ihrer Wohnung keine Toilette oder keine Badewanne bzw. Dusche zur Verfügung haben, wird grafisch nicht dargestellt.

Entfernung von der Wohnung in Minuten zu Fuss



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Beeinträchtigung durch Umweltprobleme und Unzufriedenheit mit der Wohnsituation sind bei Einkommensschwachen ausgeprägter

Ärmere Menschen fühlen sich häufiger sehr stark betroffen von Umweltstörungen in ihrer Wohnumgebung, insgesamt ist aber der Anteil Wohlhabende, die sich betroffen fühlen, grösser. Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation insgesamt und mit verschiedenen Bedingungen des Wohnens widerspiegelt die objektiven Wohnverhältnisse: Einkommensschwache sind unzufriedener als die anderen Bevölkerungsgruppen.

Im Folgenden werden subjektive Aspekte der Wohnsituation dargestellt. Als Indikatoren dienen die persönlich empfundene Beeinträchtigung durch Umweltprobleme wie Lärm und Luftverschmutzung sowie die Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Diese subjektiven Indikatoren sind, neben den in den Kapiteln 5.1 und 5.2 vorgestellten objektiven Indikatoren, ebenfalls massgebend für die Wohnqualität der Bevölkerung. Wichtig ist auch das Sicherheitsgefühl in der Wohnung und im Wohnquartier, das im Kapitel 9.1 zur persönlichen Sicherheit behandelt wird.

Die Annahme, dass ärmere Menschen an schlechteren Wohnlagen leben als Wohlhabende und Mittelständische und somit eher von Lärm und Luftverschmutzung betroffen sind, ist nach subjektivem Empfinden falsch. Generell gibt der reichere Bevölkerungsteil häufiger an, Verkehrslärm, sonstigem Lärm und Luftverschmutzung ausgesetzt zu sein. Ein leicht höherer Anteil der ärmeren Personen fühlt sich sehr stark betroffen von den genannten Störungen. Hingegen sind Wohlhabende deutlich häufiger ein bisschen davon betroffen. Fasst man die Antwortkategorien zusammen liegt also bei Letzteren die subjektive Betroffenheit höher: 55% klagten über Verkehrslärm, 38% über sonstigen Lärm (v.a. in Gebäuden mit mehr als zehn Wohnungen), 44% über Luftverschmutzung. Im Vergleich dazu werden die Probleme Verkehrslärm nur von 51%, sonstiger Lärm von 33% und Luftverschmutzung von 35% der Einkommensschwachen als störend empfunden.

Daraus könnte man schliessen, dass Wohlhabende häufiger betroffen sind, weil sie überdurchschnittlich häufig in städtischen Gebieten leben und diese bekanntlich stärker durch Probleme wie (Verkehrs-)Lärm und Luftverschmutzung belastet sind. Unter Berücksichtigung des Wohngebiets bleibt die häufigere Betroffenheit von Personen aus höheren Einkommenslagen bestehen, sowohl in der Stadt als auch

auf dem Land. Möglicherweise liegt die Toleranzschwelle in Bezug auf Beeinträchtigungen in der Wohnumgebung bei ärmeren Menschen höher, so dass sie sich eher damit abfinden als Wohlhabende.

Betrachtet man die Personen, welche von Luftverschmutzung betroffen sind, so geben 39% der finanziell schlechter gestellten an, dies sei direkt bemerkbar durch einen unangenehmen Geruch oder in Form von Atemreizung. Die entsprechenden Anteile sind bei Personen aus mittlerer Einkommenslage 32% und bei jenen mit höherem Einkommen 29%.

Nicht erstaunlich ist, dass sich die allgemein schlechteren Wohnverhältnisse der armen Bevölkerung in Bezug auf Eigentum, Wohnraum, Wohnausstattung, Wohnlage und Umweltstörungen im Grad der Zufriedenheit mit den verschiedenen Merkmalen des Wohnens niederschlagen. Die Unterschiede in der objektiven Wohnflächenversorgung spiegeln sich in der subjektiven Einschätzung der Bewohnerinnen und Bewohner wider: 12% der Einkommensschwachen sind unzufrieden mit der Wohnungsgrösse. Unter den Wohlhabenden sind es 8,6% und bei den mittleren Einkommenslagen 9%. Der Anteil Personen, welche mit Wohnkomfort, Gebäudeausstattung, Wohnlage und Umgebung sowie Nachbarschaft unzufrieden sind, ist bei den Einkommensschwachen ebenfalls immer höher, wobei das Ausmass der Unzufriedenheit generell tief ist. Mit der Wohnsituation insgesamt sind 8,9% der ärmeren Personen unzufrieden. Bei den mittleren und hohen Einkommen sind es jeweils 5,6%.

Unzufrieden mit der Wohnungsgrösse sind nicht nur jene Menschen, welche weniger als ein Zimmer pro Person zur Verfügung haben. Die individuell verfügbare Wohnfläche spielt daher auch eine Rolle für die Zufriedenheit: Man kann ein oder mehrere Zimmer für sich alleine haben und trotzdem nicht zufrieden sein, weil sie zu klein sind.

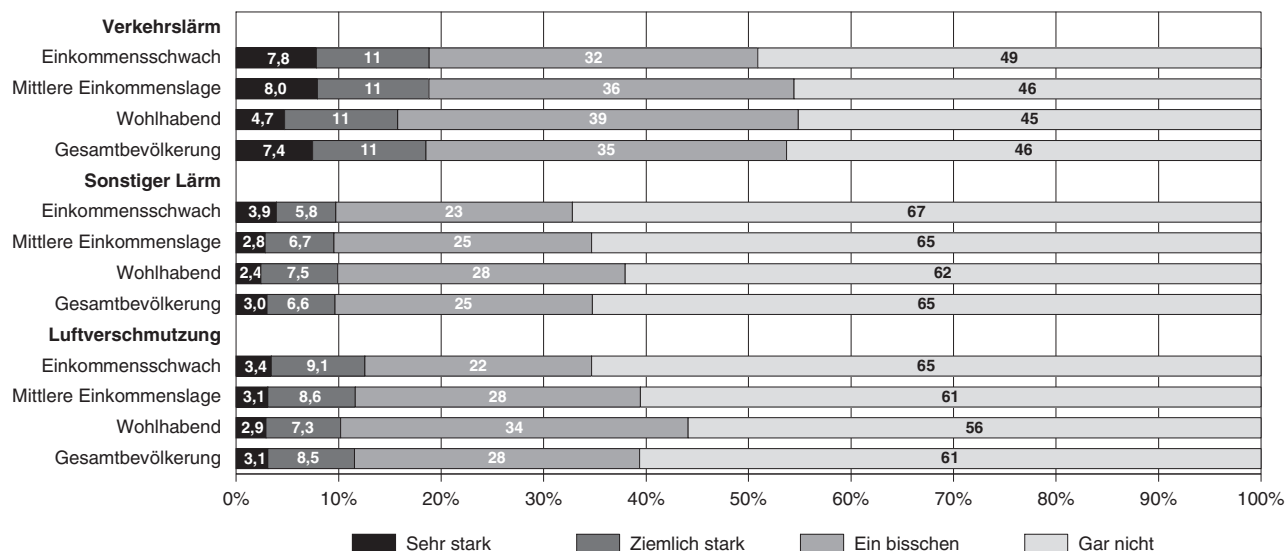
Fragestellungen

Was würden Sie sagen, wenn Sie an die unmittelbare Umgebung von Ihrer Wohnung denken: Sind Sie von den folgenden Problemen sehr stark, ziemlich stark, ein bisschen oder gar nicht betroffen? Verkehrslärm; andere Art von Lärm; Luftverschmutzung.

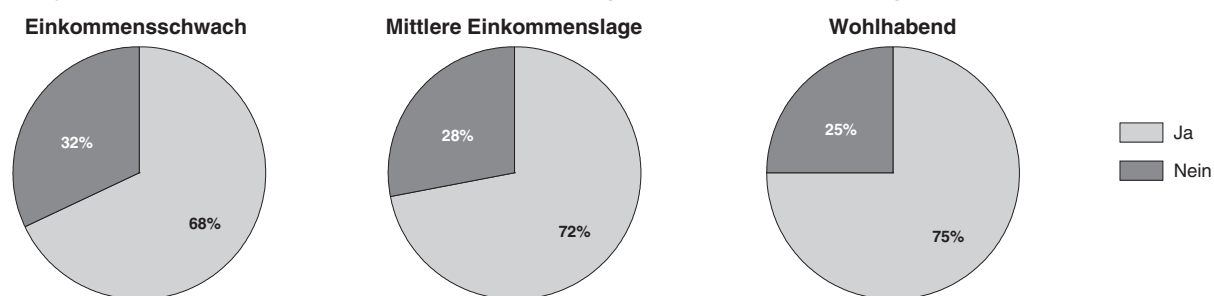
Macht sich diese Luftverschmutzung beim Einatmen direkt bemerkbar, z.B. als unangenehmer Geruch oder in Form von einer Reizung?

Können Sie mir mit einem Wert zwischen 0 und 10 sagen, wie zufrieden Sie mit den folgenden Aspekten von Ihrer Wohnsituation sind. 0 bedeutet «überhaupt nicht zufrieden», 10 meint «sehr zufrieden». Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Antwort abstufen. Wie zufrieden sind Sie persönlich... mit der Wohnungsgrösse; mit dem Wohnkomfort; mit der Ausstattung vom Gebäude; mit der Wohnlage, mit der Umgebung; mit der Nachbarschaft. Für die Formulierung der Frage nach der Zufriedenheit mit der Wohnsituation allgemein vgl. Kasten im Kap. 10.1.

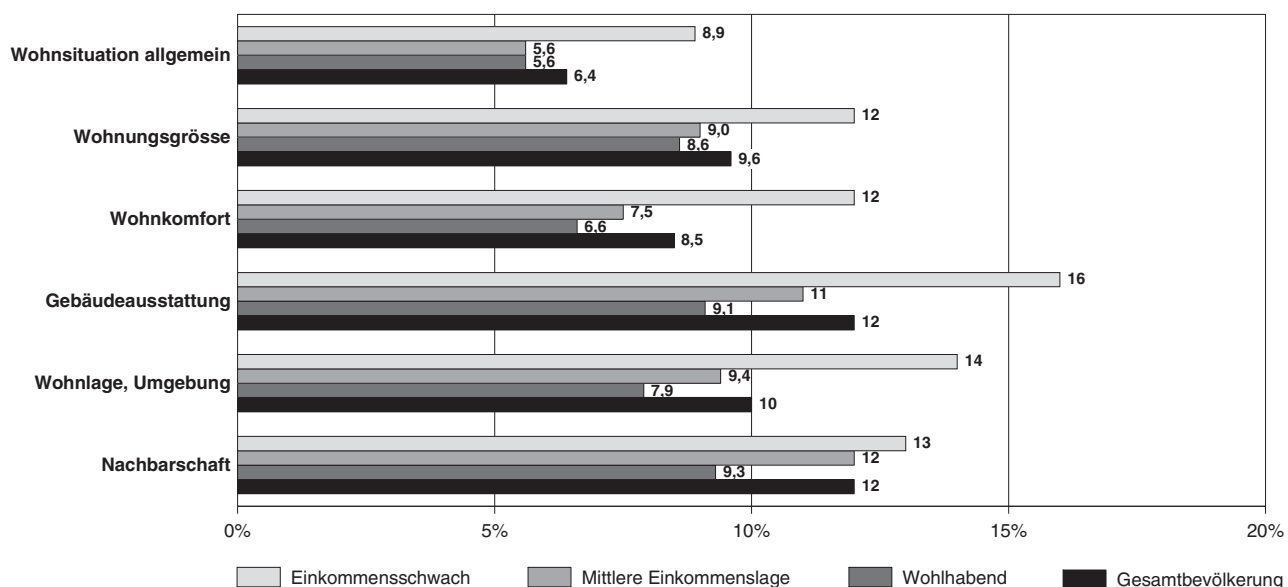
Subjektive Betroffenheit durch Umweltstörungen in der Wohnungsbau



Subjektive Betroffenheit durch mindestens eine der genannten Umweltstörungen



Zufriedenheit mit der Wohnsituation, Anteile der nicht Zufriedenen (Skalenbereich 0-5)



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwache fühlen sich weniger gesund

Die Einkommenslage hat einen deutlichen Einfluss auf das Gesundheitsbefinden. Kommen weitere ungünstige Faktoren hinzu, ergeben sich teilweise bedenklich hohe Anteile von weniger Gesunden. Zu diesen Gruppen gehören die einkommensschwachen jüngeren und alle älteren Rentner sowie je die Einkommensschwachen unter den Personen mit geringer Schulbildung, den Frauen, den Ausländerinnen und Ausländern sowie den Singles.

Wie auch immer man Lebensbedingungen oder Lebensqualität erfasst, die Gesundheit ist immer eine wesentliche Komponente davon. Um den allgemeinen Gesundheitszustand einer Person zu erfassen, hat sich die direkte Frage nach dem aktuellen gesundheitlichen Befinden bewährt (vgl. Kasten). Vereinfacht gesagt: eine Person ist so gesund, wie sie sich fühlt.

31% aller Befragten fühlen sich sehr gesund und 54% gesund. Als mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht bezeichnen ihren Gesundheitszustand lediglich 15%. Die Einkommenslage hat einen gewissen Einfluss: Personen in einkommensschwachen Haushalten fühlen sich zu 28% sehr gesund, dies trifft jedoch auf 35% der Wohlhabenden zu. Insgesamt bezeichnen 15% der Wohnbevölkerung ihre Gesundheit als mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht; 18% der Einkommensschwachen und 12% der Wohlhabenden. Im Folgenden beschränken wir uns aus Platzgründen auf die Gruppe der Personen mit eingeschränkter Gesundheit.

Bei Männern ist sowohl das Niveau wie auch die Differenz nach Einkommenslagen geringer (10 bis 13% mit schlechterer Gesundheit) als bei den Frauen (14 bis 22%).

Allgemein bekannt ist, dass der Anteil von Personen mit schlechterer Gesundheit mit dem Alter zunimmt, und wie wir eben gesehen haben, sinkt dieser mit steigendem Wohlstand. Gerade die Jüngsten und die Ältesten weichen jedoch von diesem Muster ab: Bei den über 74-Jährigen ist kein Zusammenhang des Gesundheitsbefindens mit der Einkommenslage festzustellen. Einen sehr deutlichen Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand hat die Einkommenslage dagegen bei den 15- bis 24-Jährigen, allerdings entgegen

dem allgemeinen Befund. 23% der Jugendlichen aus wohlhabenden Haushalten geben nämlich einen mittleren bis sehr schlechten Gesundheitszustand an; unter ihren Altersgenossen in einkommensschwachen Familien fühlen sich dagegen nur 6,5% so. Die Unterschiede sind zwar deutlich, aufgrund der relativ kleinen Gruppe jedoch nur knapp signifikant.

In der nächsthöheren Altersklasse werden die Differenzen bezüglich Gesundheit zunächst nivelliert. Mit zunehmendem Alter zeigen sich aber wieder grössere Unterschiede, da die Gesundheit offenbar unter günstigen materiellen Bedingungen besser erhalten werden kann. Ab einem gewissen Alter werden auch diese Unterschiede wieder ausgeglichen.

Bei der Betrachtung der Bildung und der Nationalität zeigt sich, dass Personen mit niedriger Bildung sich generell weniger gesund fühlen. Dabei beeinflusst die Bildung das Gesundheitsbefinden stärker als die Einkommenslage: alle Einkommensgruppen der beiden unteren Bildungsgruppen weisen höhere Anteile an weniger Gesunden auf als die nächsthöhere Bildungstufe.

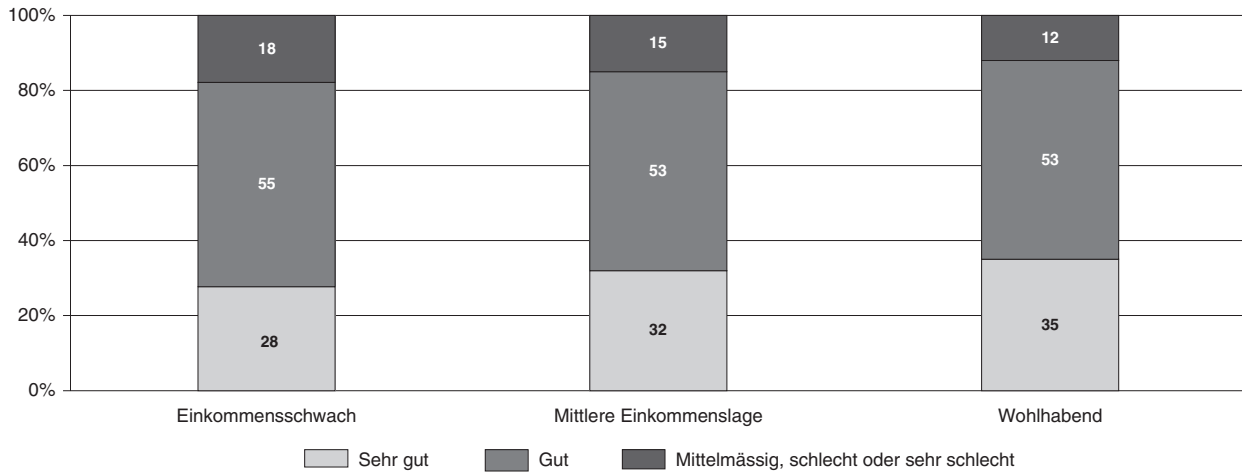
Ausländische Staatsangehörige fühlen sich allgemein etwas weniger gesund als die Schweizerinnen und die Schweizer. Der Einfluss der Einkommenslage ist bei beiden Gruppen deutlich. Einen hohen Wert von 21% weisen die einkommensschwachen Ausländer/innen auf.

Schliesslich führt Einkommensschwäche vor allem bei Alleinlebenden und Partnerschaften ohne Kinder zu hohen Anteilen wenig Gesunder. Dieses Ergebnis hängt auch mit dem überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen in diesen beiden Bevölkerungsgruppen zusammen.

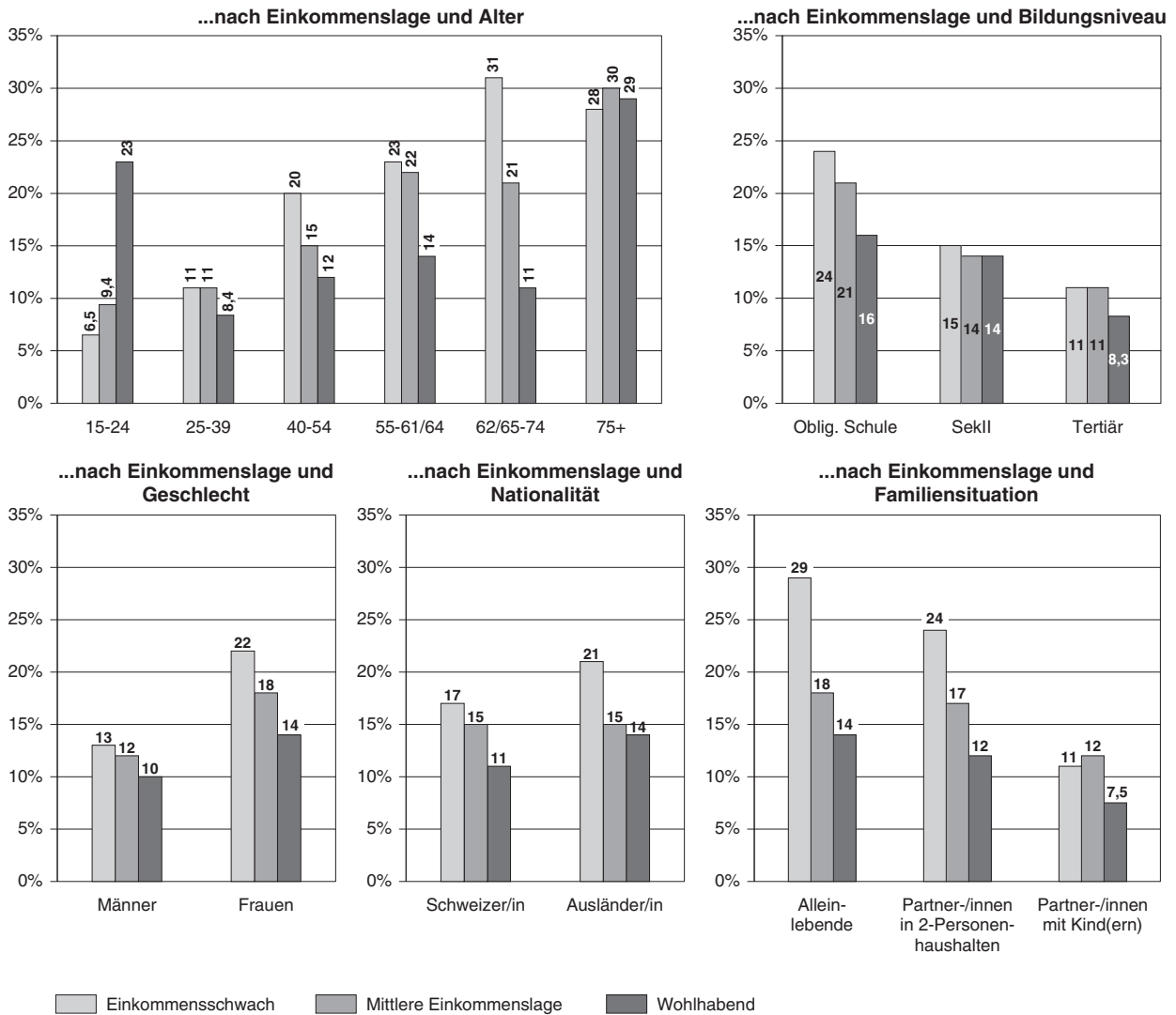
Fragestellungen

Der subjektive Gesundheitszustand wird mit folgender Frage erhoben: *Wie geht es Ihnen zur Zeit gesundheitlich: sehr gut, gut, mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht?* Die Antwort auf diese Frage gilt als guter Indikator für den Gesundheitszustand einer Person. Vergleichsstudien haben gezeigt, dass Befragte, die sich schlecht fühlen, auch wenn noch kein objektiver Befund vorliegt, bald messbare Symptome entwickeln werden, bzw. dass die subjektive Gesundheit einen guten Prädiktor für die Sterblichkeit in den folgenden Jahren darstellt (vgl. Bundesamt für Statistik: Schweizerische Gesundheitsbefragung 1997. Neuchâtel. Neuchâtel Juli 2000: S. 73).

Subjektiver Gesundheitszustand



Anteil Personen mit mittelmässiger, schlechter oder sehr schlechter Gesundheit



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Wohlhabende weisen eine diversifiziertere Freizeitgestaltung auf als Einkommensschwache

Finanziell besser Gestellte sind in der Freizeit allgemein aktiver als Einkommensschwache. Sie scheinen einen erleichterten Zugang zu gewissen Freizeitbeschäftigungen zu haben, insbesondere was kulturelle und sportliche Aktivitäten betrifft. Die Rangordnung der Freizeitaktivitäten bleibt jedoch in allen drei Einkommensgruppen in etwa dieselbe.

Freizeit ist komplementär zur Arbeitszeit. In Kapitel 2 wird gezeigt, wie die drei Einkommensgruppen in der Arbeitswelt stehen, und Kapitel 4 beschreibt ihre Haushalts- und die Freiwilligenarbeit. Hier wird dies nun für die verbleibende, die freie Zeit versucht. Die Gestaltung der freien Zeit gibt Aufschluss über Deprivationen im Freizeitbereich: Es kann vermutet werden, dass ökonomische Benachteiligungen – nebst den damit verbundenen sozialen und kulturellen Komponenten – auch einen erschwerten Zugang zum Freizeitangebot bedeuten.

Allgemein weisen Wohlhabende diversifiziertere Freizeitbeschäftigungen auf als Einkommensschwache. Sie nutzen nicht nur ein breiteres Angebot, sondern üben die aufgeführten Tätigkeiten auch öfter aus. Die Rangordnung der Aktivitäten bleibt jedoch in etwa konstant: In allen drei Einkommensgruppen dominieren «Ausruhen, Entspannen», «mit Freunden, Kollegen, Bekannten zusammensein», «Ausgehen, unter den Leuten sein» und «Bücher lesen».

Letzteres tun vier Fünftel der Wohlhabenden und zwei Drittel der Ärmern mindestens einmal pro Monat.

Die sozialen Aspekte werden in Kapitel 8 erläutert: Niedrige Einkommen gehen nicht selten mit sozialer Isolation und Kontaktmangel einher. So gesehen erstaunt es nicht, dass 20% der finanziell schlechter Gestellten selten bis nie ausgehen und deren 9% selten bis nie Freunde oder Bekannte treffen (Wohlhabende: 8% bzw. 2,4 %).

Einzig beim Ausruhen und Entspannen sind keine grossen Unterschiede bezüglich der Einkommenslage festzustellen.

Bei den sportlichen und kulturellen Aktivitäten scheinen die ökonomischen Komponenten besonders ins Gewicht zu fallen. Das Gefälle nach Einkommenslage ist hier jedenfalls ausgeprägt: 78% der Reicherer geben an, aktiv Sport zu treiben (Einkommensschwache: 53%), 72% besuchen ab und zu klassische Kulturveranstaltungen (39%) und 64% Jazz-, Rockkonzerte oder Kleintheater (38%). Weiter gehen 31% der Reicherer mindestens einmal pro Monat ins Kino, im Vergleich zu nur 19% der Einkommensschwachen. Jüngere und gebildete Bevölkerungsgruppen, vor allem aber Personen, die sich in Ausbildung befinden, sind in diesen Tätigkeiten besonders vertreten.

Die Häufigkeit von Kursbesuchen oder allgemeiner Weiterbildung wächst ebenfalls mit zunehmendem Einkommen. 57% der wohlhabenden und 32% der einkommensschwachen Bevölkerung sind in dieser Hinsicht aktiv. Dies dürfte auch mit dem Bildungsstand zusammenhängen, der bekanntlich bei Wohlhabenden höher ist (vgl. 1.1) und seinerseits ein erhöhtes Bedürfnis nach Weiterbildung nach sich zieht.

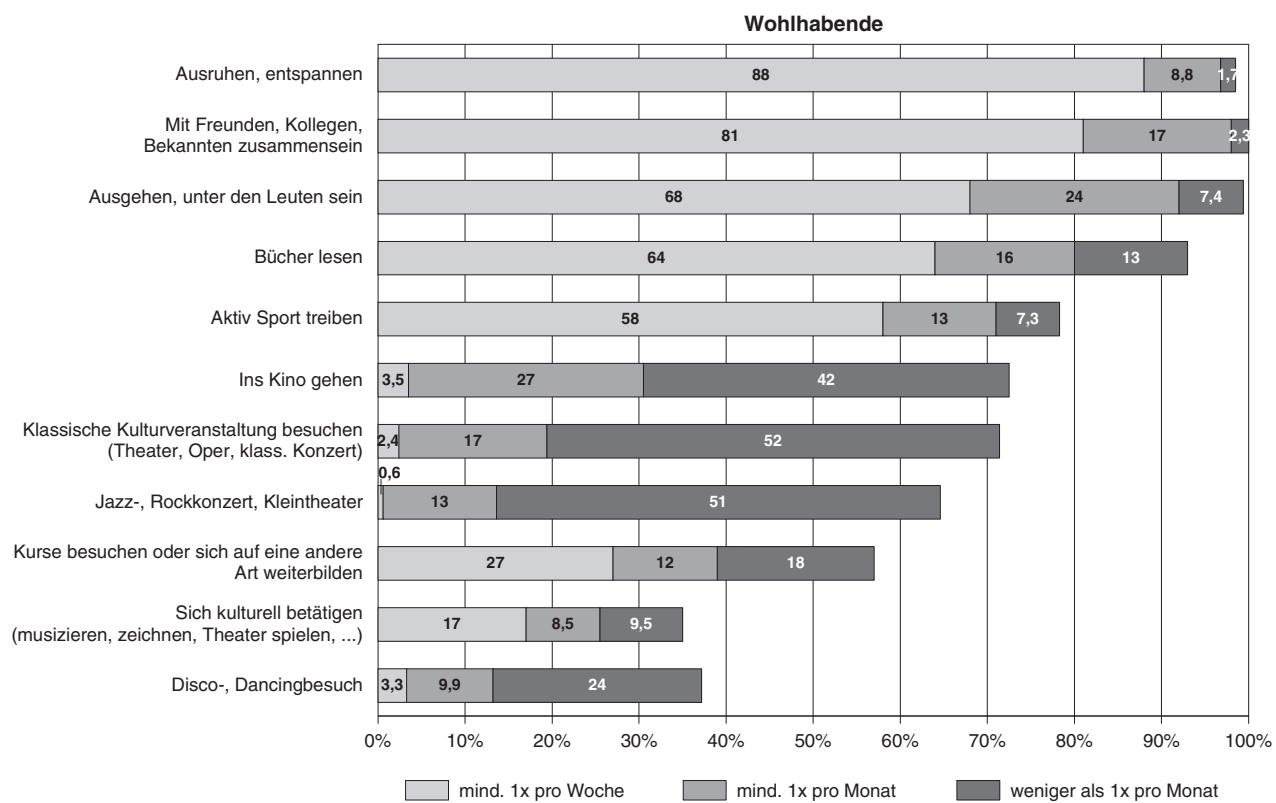
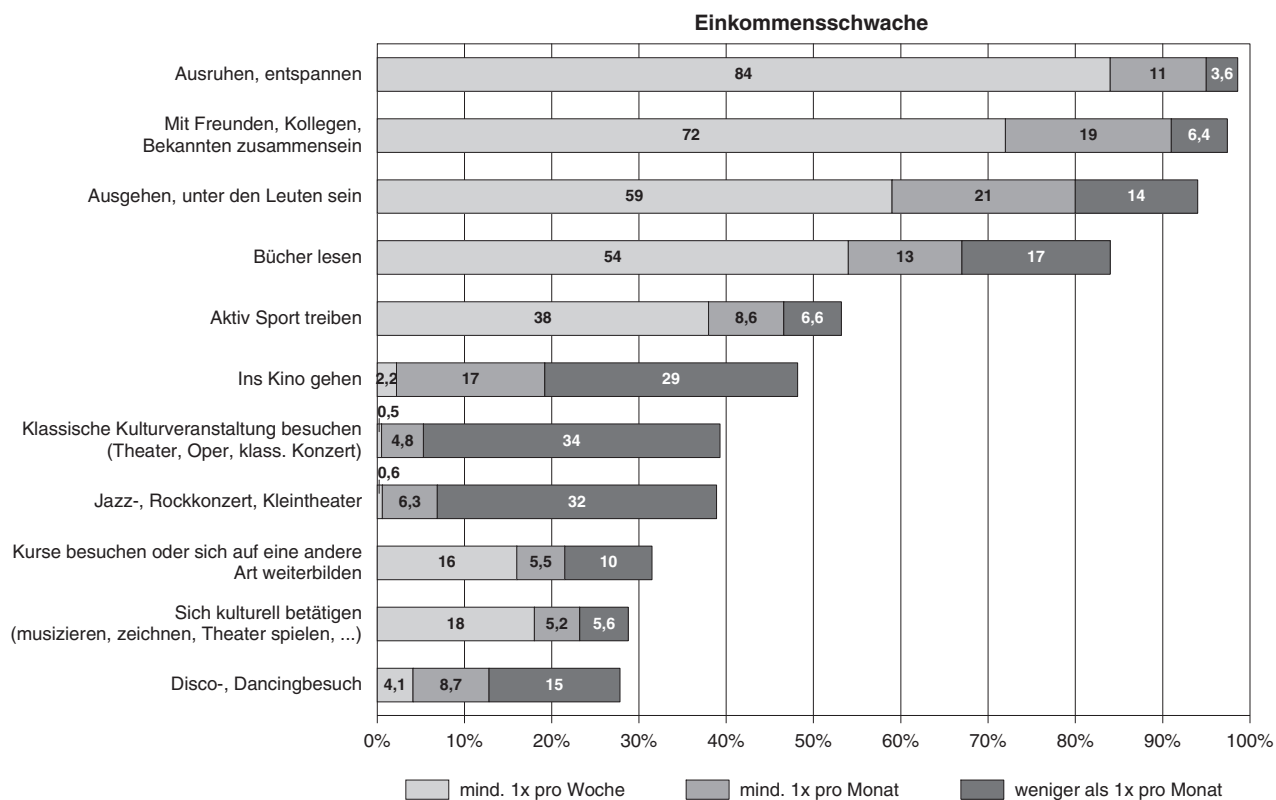
Kulturelle Betätigungen wie musizieren, zeichnen, Theater spielen sowie Disco- und Dancingbesuche stehen bei allen drei Einkommensgruppen zuunterst auf der Rangliste der Freizeitaktivitäten.

Fragestellungen

Wie verbringen Sie Ihre freie Zeit? Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aktivitäten, ob Sie diese mindestens einmal pro Woche, mindestens einmal pro Monat, weniger als einmal pro Monat oder gar nie ausüben:

Kurse besuchen oder sich auf eine andere Art weiterbilden; Bücher lesen; Mit Freunden, Kollegen, Bekannten zusammensein; Ausgehen, unter den Leuten sein; Ausruhen, entspannen; Aktiv Sport treiben; Ins Kino gehen; Jazz- oder Rockkonzert, Kleintheater besuchen; Klassische Kulturveranstaltung wie Theater, Oper, klassisches Konzert besuchen; in die Disco, ins Dancing gehen; Sich kulturell betätigen (musizieren, zeichnen, Theater spielen, ...).

Freizeitaktivitäten im Gesamtüberblick



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Für den Freizeitbereich würden alle Einkommensgruppen gerne mehr Zeit einsetzen

Die Zufriedenheit mit der Freizeit ist generell hoch. Unzufriedenheitsäußerungen sind vor allem auf mangelnde verfügbare Zeit zurückzuführen. 38% der reicheren Bevölkerung klagen über zu wenig freie Zeit, unter den Einkommensschwachen tun dies 30%.

Es liegt nahe, neben den tatsächlich ausgeübten Freizeitbeschäftigungen auch die subjektive Bewertung der Freizeit zu betrachten. Freizeit hat nicht für alle denselben Stellenwert und zu viel freie Zeit kann in gewissen Situationen gar als belastend empfunden werden. Drei Fragen geben Aufschluss über die subjektive Einschätzung der individuell verfügbaren Zeit (siehe Kasten).

Die erste betrifft das Gefühl, über genügend freie Zeit zu verfügen. Bei gut der Hälfte der Bevölkerung scheint dies der Fall zu sein. Ein Drittel meint, zu wenig Freizeit zu haben. Viel Freizeit haben 13% der Bevölkerung.

38% der finanziell besser Gestellten klagen über zu wenig freie Zeit, unter den Einkommensschwachen tun dies lediglich 30%. Ob Wohlstand teilweise mit Freizeit erkaufte wird oder ob ärmere einfach weniger anspruchsvoll sind und sich eher zufrieden geben, kann mit den verfügbaren Daten nicht eruiert werden.

In allen Einkommenslagen geben vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter und mit hohem Bildungsstand an, über zu wenig freie Zeit zu verfügen. Am stärksten hängt der – wohl auch objektiv begründete – Eindruck des Mangels an Freizeit jedoch von der Zusammensetzung des Haushalts ab: Kinder scheinen viel Zeit in Anspruch zu nehmen. So klagen 45% der mit PartnerIn und einem Kind lebenden Personen über Zeitmangel. Dieser Anteil wächst mit zunehmender Kinderzahl und ist bei den Alleinerziehenden mit 63% am höchsten. Dabei ist keine eindeutige Tendenz nach Geschlecht festzustellen: Frauen wie Männer sind von der Zeitknappheit betroffen.

Die Zufriedenheitsquote bezüglich des Freizeitbereichs ist dementsprechend bei den eben aufgeführten Bevölkerungsgruppen eher niedrig. Generell ist jedoch die Zufriedenheit mit der Freizeit hoch, wobei Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen sich primär im Anteil Unzufriedener äussern. Wie Kapitel 10 aufzeigt, ist dieser unter der ärmeren Bevölkerung leicht höher (18%, gegenüber 15% unter der Gesamtbevölkerung).

Der Grund für die Unzufriedenheit dürfte vor allem in der beschränkten persönlich verfügbaren Zeit liegen: 88% der Wohlhabenden, 92% der Mittelverdienenden und 81% der Einkommensschwachen, welche mit ihrer Freizeit nicht zufrieden sind, klagen über zu wenig freie Zeit. Bei Letzteren sind somit 19% aus anderen Gründen unbefriedigt. Die Vermutung, dass deren Freizeitgestaltung – möglicherweise mangels ökonomischer, sozialer oder kultureller Ressourcen – nicht ganz ihren Idealen entspricht, liegt nahe, kann allerdings mit den vorliegenden Daten nicht belegt werden.

Wenn sie die Zeit, welche sie für ihre verschiedenen Aktivitäten brauchen, anders aufteilen könnten, würde die Hälfte der Ärmern, 54% der Mittelverdienenden - was auch dem Anteil der Gesamtbevölkerung entspricht - und 57% der Reicheren für den Freizeitbereich mehr Zeit einsetzen. Interessant ist, dass immerhin 2% der Bevölkerung erklären, weniger Zeit für diesen Bereich einsetzen zu wollen. Es dürfte sich vorderhand um Personen auf Arbeitssuche handeln, was aufgrund der geringen Anzahl Beobachtungen jedoch nicht überprüft werden kann.

In gewissen Situationen ist Freizeit somit nicht unbedingt ein ersehntes Gut.

Fragestellungen

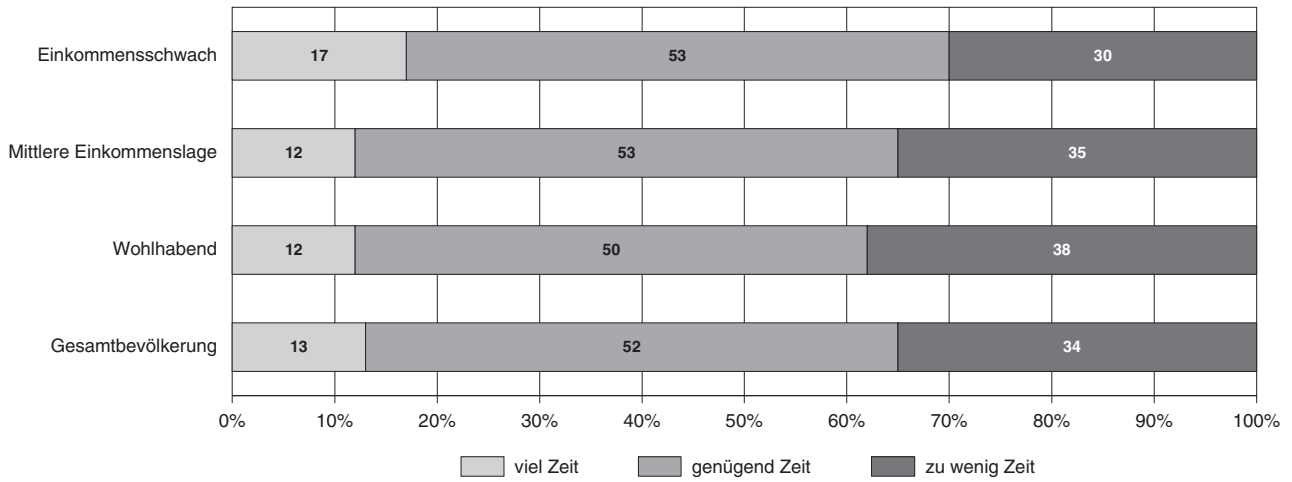
Was würden Sie sagen: Haben Sie im Allgemeinen für sich persönlich viel, genügend oder zu wenig frei verfügbare Zeit?

Wenn Sie die Zeit, welche Sie für Ihre verschiedenen Aktivitäten brauchen, anders aufteilen könnten, würden Sie dann für die folgenden Bereiche mehr Zeit, etwa gleichviel Zeit oder weniger Zeit als jetzt einsetzen? (Bereich Freizeitaktivitäten).

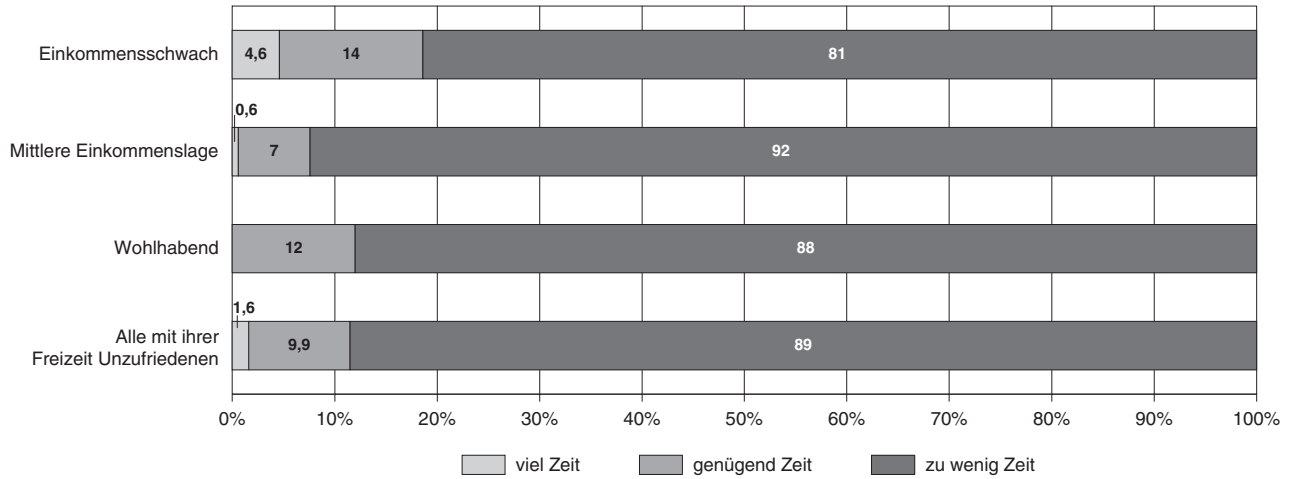
Für die Formulierung und Antwortkategorien der Frage nach der Zufriedenheit mit der Freizeit vgl. Kasten in Kap. 10.

Einschätzung der persönlich frei verfügbaren Zeit

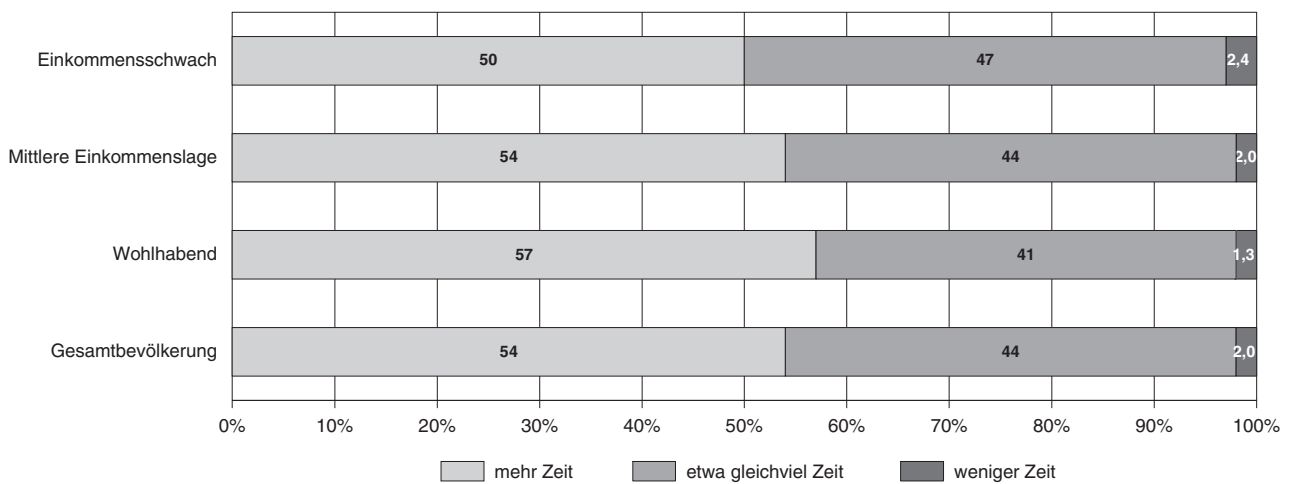
...der Gesamtbevölkerung



...der mit ihrer Freizeit unzufriedenen Bevölkerung



Wünschbarer Zeiteinsatz für den Freizeitbereich



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwache weisen im Allgemeinen eine geringere soziale Beteiligung auf

Niedrige Einkommen scheinen – unabhängig von der betrachteten Dimension (Politik, soziale Kontakte, Vereinsleben) – zu einer gewissen gesellschaftlichen Abkapselung zu führen. Während beispielsweise 48% der Wohlhabenden aktiv bei einem Verein mitmachen, beläuft sich dieser Anteil bei den Einkommensschwachen lediglich auf 39%.

In Bezug auf die Beteiligung kann zumindest zwischen der Beteiligung in Form einer Einflussnahme auf das soziale Leben (Politik) und der Beteiligung im Sinne von sozialer Integration (Nicht-Ausgrenzung) unterschieden werden. Im Folgenden werden diese beiden Dimensionen unter dem Aspekt der politischen Beteiligung, der sozialen Kontakte und des Vereinslebens kurz behandelt. Die erstgenannte Dimension beinhaltet das Interesse für Politik (bei den Antworten «stark» und «sehr stark» wurde das Interesse für Politik als beträchtlich eingestuft) und die Beteiligung an eidgenössischen Abstimmungen (die Antworten «immer» und «häufig» entsprechen einer starken politischen Beteiligung). Der Integrationsgrad einer Person wurde als hoch betrachtet, wenn diese in Bezug auf die sozialen Kontakte angibt, mindestens einmal pro Woche mit Freunden, Bekannten usw. zusammen zu sein, auszugehen und unter den Leuten zu sein. Die Vereinstätigkeit (die über die Mitgliedschaft in irgendeiner Organisation oder Vereinigung hinausgeht) einer Person wird als gross betrachtet, wenn diese wenigstens einmal pro Woche an den Aktivitäten eines Vereins teilnimmt.

Insgesamt weist fast ein Viertel der Bevölkerung ein beträchtliches Interesse für Politik auf, wobei dieser Anteil mit zunehmenden Einkommen steigt: einkommensschwache Personen rund 20%, wohlhabende Personen rund 36%. Ähnlich verhält es sich mit der Beteiligung an eidgenössischen

Abstimmungen. Auch hier steigt die Teilnahmequote (54% für die gesamte Bevölkerung) mit zunehmendem Einkommen.

Rund 57% der Bevölkerung gelten als gut integriert (vgl. Kasten). Je höher das Einkommen, desto besser ist die soziale Integration. Während 52% der einkommensschwachen Personen einen hohen Integrationsgrad aufweisen, beläuft sich dieser Anteil bei den Wohlhabenden auf 63% und bei den Personen mittleren Einkommens auf 57%.

Rund 45% der Bevölkerung machen bei einem Verein oder einem Klub, einer politischen Organisation oder bei irgendeiner anderen Vereinigung mit. Zwischen dieser Vereinstätigkeit und dem Einkommensniveau ist ein Zusammenhang auszumachen: Die Vereinstätigkeit steigt mit zunehmendem Einkommen. 27% der in Vereinen aktiven Bevölkerung engagieren sich häufig. Auch hier weisen die einkommensschwachen Personen den kleinsten prozentualen Anteil auf (Einkommensschwache, 22%; Personen mittleren Einkommens, 28%; Wohlhabende, 30%).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass - unabhängig von der betrachteten Dimension - tiefe Einkommen eine verminderte Beteiligung am sozialen Leben oder eine gewisse gesellschaftliche Abkapselung zur Folge haben.

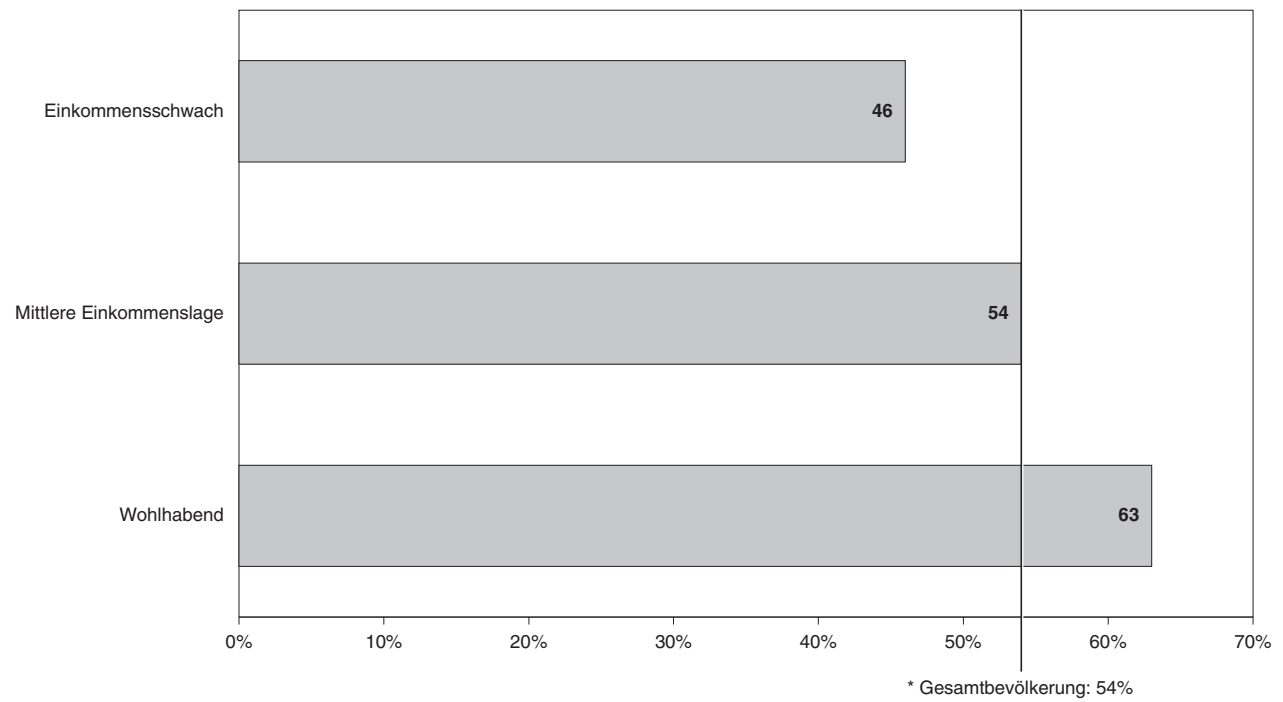
Definitionen und Fragestellungen

Zwei Fragen beziehen sich auf die politische Dimension. Erstens: *Wie stark interessieren Sie sich für Politik?* Bei den Antworten sehr stark und stark wurde das Interesse für Politik als beträchtlich eingestuft. Zweitens: *Wie regelmässig nehmen Sie an eidgenössischen Abstimmungen teil?* Die Antworten immer und häufig entsprechen einer starken politischen Beteiligung.

In Bezug auf die sozialen Kontakte waren bei der Frage *Wie verbringen Sie Ihre freie Zeit?* die Antworten *Mit Freunden, Kollegen, Bekannten zusammen sein* und *Ausgehen, unter den Leuten sein* möglich. Der Integrationsgrad einer Person wird als hoch betrachtet, wenn diese beiden Aktivitäten mindestens einmal pro Woche stattfinden.

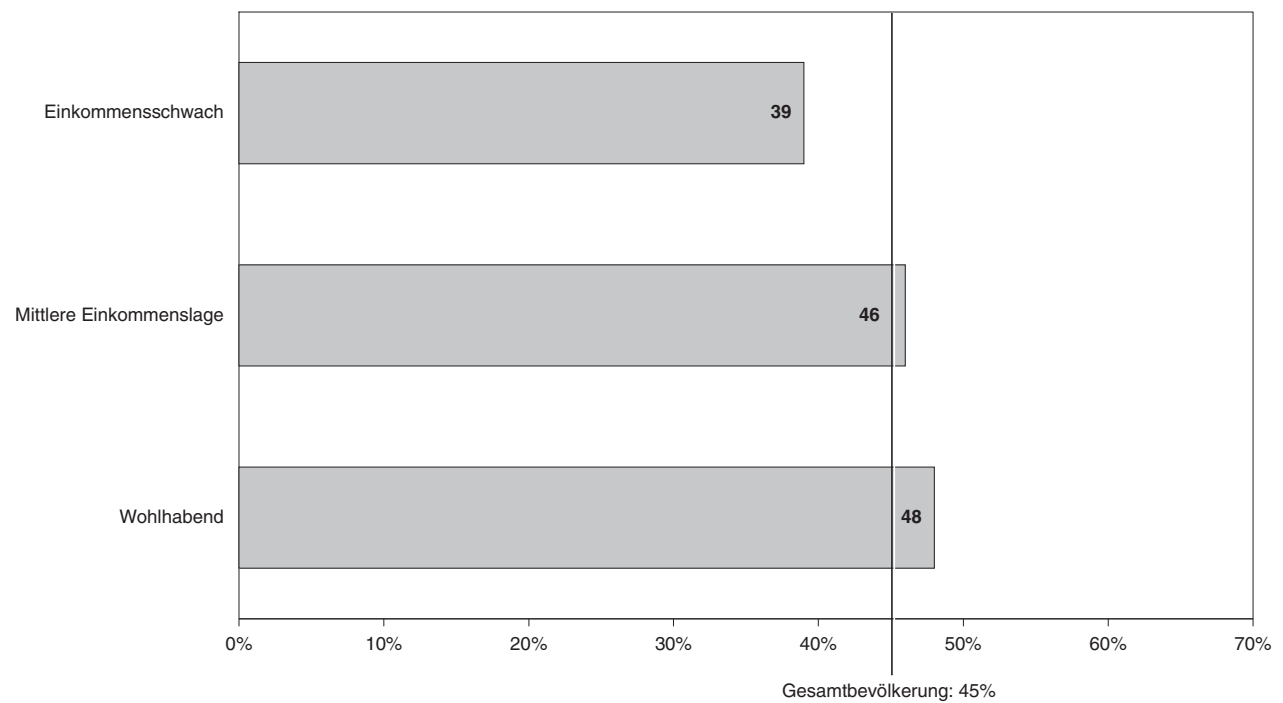
In Bezug auf das Vereinsleben verwendeten wir die Frage *Machen Sie aktiv bei einem Verein oder einem Klub, einer politischen Organisation oder bei irgendeiner anderen Vereinigung mit?* Die Vereinstätigkeit wird als intensiv betrachtet, wenn eine Person mindestens einmal pro Woche aktiv bei einem Verein mitmacht.

Anteile der Personen, die regelmässig an eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen



*Gesamtbevölkerung: mindestens 18-jährige Personen, inkl. Ausländer/innen

Anteile der Personen, die in Vereinen oder Organisationen aktiv sind



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Wohlhabende fühlen sich in der Wohnumgebung sicherer als Einkommensschwache

Einkommensschwache Personen fühlen sich nachts und alleine in der eigenen Wohngegend unsicherer als Wohlhabende. In der Nacht alleine in den eigenen vier Wänden zu sein scheint hingegen nur in 6% der Bevölkerung ein Unsicherheitsgefühl auszulösen, unabhängig von der Einkommenslage.

Als Indikatoren für die persönliche Sicherheit verwenden wir hier das Sicherheitsgefühl, wenn Personen sich in der Nacht alleine in der eigenen Wohnung oder in der Wohngegend aufhalten. Personen, welche nachts nie alleine sind, wurden nach ihrem hypothetischen Sicherheitsgefühl gefragt, falls sie in diese Situation kämen. Fühlen sich Menschen unsicher, so ist ihre Lebensqualität direkt tangiert und möglicherweise eingeschränkt, denn es geht um ein Bedrohungsgefühl an einem Ort, den man nicht meiden kann.

Zunächst stellen wir fest, dass sich ein Drittel der einkommensschwachen Menschen nachts nie alleine in der Wohnung befindet. In den mittleren und höheren Einkommenslagen liegt der Anteil bei 28% bzw. 15%. Die Tatsache, dass in der tiefsten Einkommensgruppe Paarhaushalte mit Kindern übervertreten sind, hat dabei keinen Einfluss, denn die Diskrepanzen bestehen auch innerhalb der gleichen Haushaltstypen. Eine Erklärung dafür könnten ein unterschiedliches Ausgehverhalten oder, im Allgemeinen, unterschiedliche Muster des Soziallebens sein: Mit sinkendem Einkommen sinken die Möglichkeiten, abends in den Ausgang zu gehen (vgl. 7.1 und 8.1).

Generell fühlt sich die Wohnbevölkerung in der Schweiz in den eigenen vier Wänden sicher. Wenn sie sich in der Nacht alleine zu Hause befinden, sind in allen drei Einkommensgruppen nur rund 6% der Personen durch ein Gefühl der Unsicherheit belastet. Bei Personen, die nie nachts alleine zu Hause sind und somit die Frage nur hypothetisch beantworten, ist der Anteil der Unsicheren mit 8,4% leicht höher. Ob sich die Unsicherheit in dieser Gruppe nach Einkommenslage differenziert, kann aufgrund der geringen Anzahl Beobachtungen nicht überprüft werden.

In der Nacht halten sich Reiche auch häufiger als Arme alleine in ihrer Wohnumgebung auf: acht von zehn im Vergleich zu sieben von zehn. Das Sicherheitsgefühl in der Wohngegend weist Unterschiede nach Einkommensgruppen auf: 14% der einkommens-

schwachen Menschen fühlen sich unsicher. Der Anteil sinkt auf 11% bzw. 10% bei Personen der mittleren und höheren Einkommenslagen. Der Anteil der Unsicheren ist im öffentlichen Raum durchgehend höher als zu Hause. Unter den Personen, welche sich nachts nie alleine ausser Haus befinden, sagen je vier von zehn Einkommensschwachen bzw. Mittelständischen, dass sie sich unsicher fühlen würden. Unter den Wohlhabenden sind es nur drei von zehn. Ein Teil der «hypothetisch Unsicheren» sind wohl Personen, die sich aus Angst nachts nicht hinaus trauen.

Besonders unsicher in ihrer Wohnumgebung sind in allen Einkommenslagen Frauen und ältere Menschen. Das Ergebnis stimmt mit den Resultaten der schweizerischen Opferbefragung 1998 überein: «Frauen, ältere, wenig integrierte und vor allem ‚verwundbare‘ Personen bezeichnen sich bei Fragen nach der persönlichen Sicherheit auf der Strasse stärker als verunsichert als Männer» (Clerici und Killias 1999). Zudem zeigt sich in unseren Daten, dass die Unsicherheit bei Personen, die in Gebäuden mit mehr als zehn Wohnungen leben, verbreiteter ist als im Durchschnitt. Wie bei Clerici und Killias spielen hingegen die Wohn- und Sprachregion sowie die ausländische Herkunft eine geringere Rolle.

Ob das subjektive Sicherheitsempfinden ein Abbild der objektiven Gefährdungslage ist, kann mit der hier zugrundeliegenden Datenbasis nicht geprüft werden. Die Erkenntnisse der schweizerischen Opferbefragung zeigen, dass eigene Erfahrungen mit Kriminalität die Angst auf der Strasse nicht erhöhen: Opfer unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von Nicht-Opfern. Eine Ausnahme bildet der Einbruch: Wer selber Opfer eines solchen wurde, schätzt das diesbezügliche Risiko höher ein (vgl. Clerici und Killias). Auch im deutschen Wohlfahrtssurvey von 1998 wird bestätigt, dass das Sicherheitsempfinden einzelner Bevölkerungsgruppen nicht immer deren faktischem Risiko entspricht, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden (Noll und Weick 2000, S. 4).

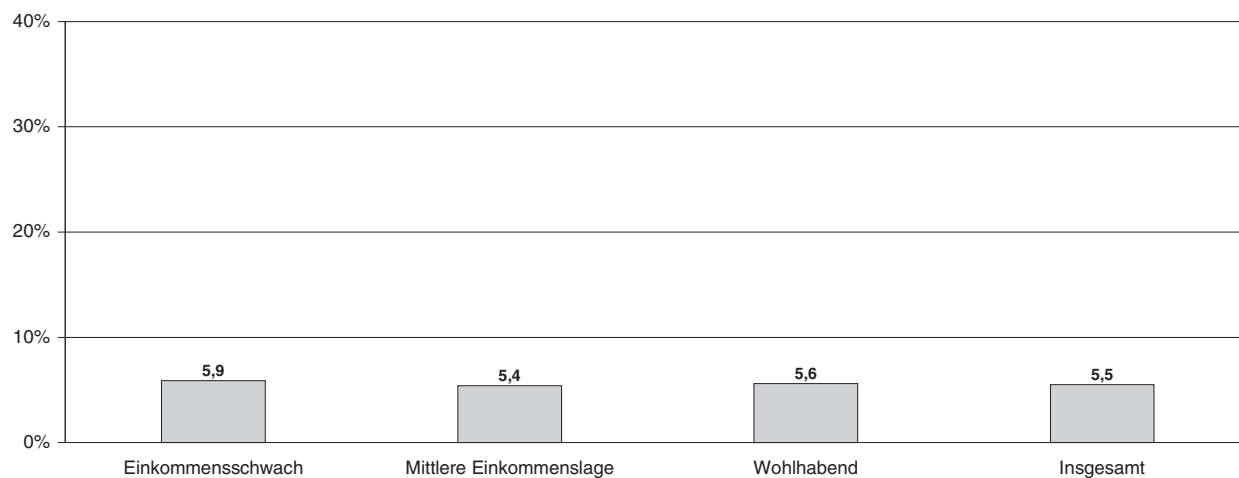
Fragestellungen

Bei den nächsten Fragen geht es um die Sicherheit Ihrer Wohnung und der Gegend, in der Sie wohnen. Kommt es vor, dass Sie in der Nacht alleine in der eigenen Wohnung sind? Personen, welche mit «ja» antworteten, wurden gefragt: Wenn Sie in der Nacht alleine in Ihrer Wohnung sind, fühlen Sie sich dann sehr sicher, ziemlich sicher, ziemlich unsicher oder sehr unsicher? Jene, welche die Einstiegsfrage mit «nein» beantworteten, wurden nach ihrer hypothetischen Einschätzung gefragt: Wenn Sie trotzdem einmal in der Nacht alleine in der Wohnung sind, würden Sie sich dann sehr sicher, ziemlich sicher, ziemlich unsicher oder sehr unsicher fühlen? Die Fragen nach dem Sicherheitsempfinden, wenn sich die Befragten in der Nacht alleine in ihrer Wohngegend aufhalten, weisen die selbe Struktur auf. Die Antworten *sehr sicher* und *ziemlich sicher* wurden jeweils zusammengefasst (sicher), *sehr unsicher* und *ziemlich unsicher* ebenfalls (unsicher).

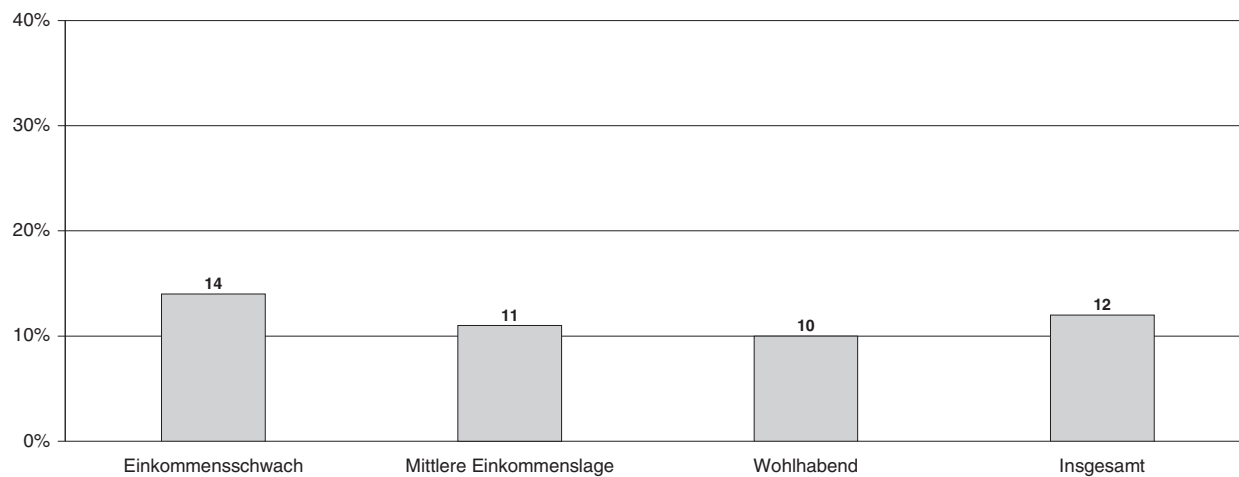
Clerici, C.; Killias, M.: Unsicherheit im öffentlichen Raum: eine Folge der Kriminalität?, in: Crimiscopes, 6, 1999.

Noll, H.; Weick, S. (ZUMA): Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität. Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit, in: ISI, 23, 2000.

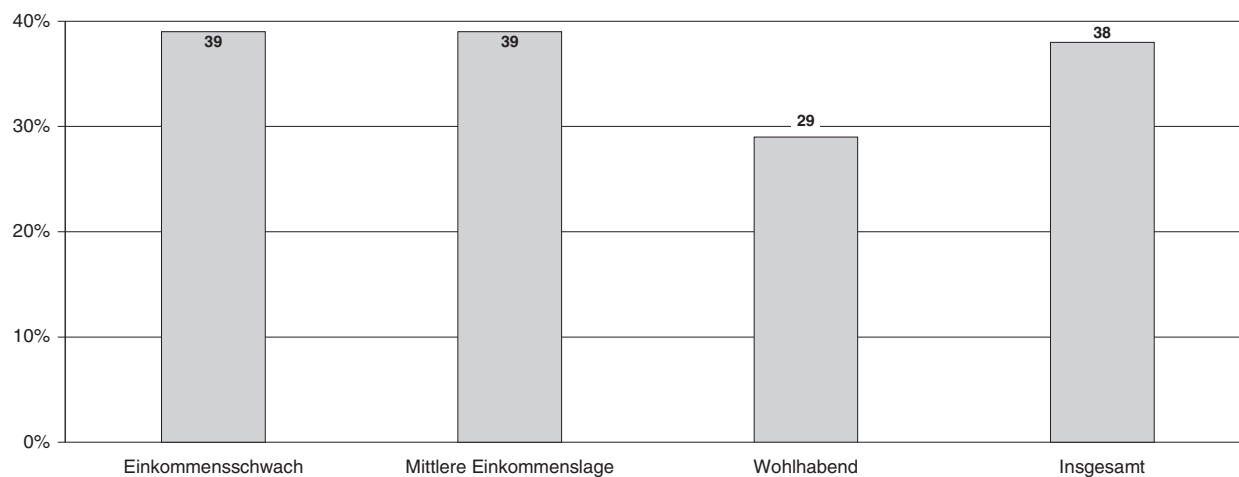
Unsicherheitsgefühl in der eigenen Wohnung



Unsicherheitsgefühl in der Wohnumgebung



Hypothetisches Unsicherheitsgefühl in der Wohnumgebung



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Einkommensschwache sind mit ihrem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt weniger zufrieden als Wohlhabende

Vier von zehn in ihrer Wohnung und Wohnumgebung unsicheren Personen sind – unabhängig von der Einkommenslage – unzufrieden mit dem Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Bei Personen, die sich sicher fühlen, sinkt der Anteil Unzufriedener je nach Einkommenslage auf Werte zwischen 7% und 16%.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit stellt eine wesentliche Komponente der individuellen und der gesellschaftlichen Lebensqualität dar. Neben dem objektiven Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt ist aus subjektiver Sicht die diesbezügliche Zufriedenheit ein wichtiger Indikator. Er steht in engem Zusammenhang mit dem Sicherheitsgefühl der Menschen bzw. der Angst in der Wohnung und Wohnumgebung. Da im verwendeten Datensatz keine Angaben zu Opfererfahrungen enthalten sind, kann die subjektive Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und Gewalt nicht mit objektiven Indikatoren verglichen werden.

Nicht alle Einkommensgruppen sind gleich zufrieden mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt (vgl. auch 10.1): Während bei den einkommensschwachen Personen die Unzufriedenheitsquote 18% beträgt, sind bei den mittleren und höheren Einkommenslagen nur 13% bzw. 12% unzufrieden. Betrachtet man den Anteil der sehr Zufriedenen, weisen wiederum die Einkommensschwachen mit 25% die höchste Quote auf. Die Anteile der Mittelständischen und Wohlhabenden liegen hingegen mit 23% und 19% darunter. Die beiden Extremkategorien werden also von einkommensschwachen Personen häufiger als Antwort gewählt. Für die weiteren Analysen in diesem Kapitel wird nur noch zwischen zufriedenen und unzufriedenen Personen unterschieden (vgl. Kasten).

Dass Frauen und ausländische Staatsangehörige – hauptsächlich der tiefsten Einkommensgruppe – deutlich unzufriedener mit dem Schutz vor Kriminalität und Gewalt sind als Männer bzw. Schweizerinnen und Schweizer ist nicht erstaunlich. Es sind nämlich die Bevölkerungsgruppen, welche durch geringere Schutzmöglichkeiten und höhere Verwundbarkeit vermehrt Angst haben als andere (vgl. Clerici und Killias, 1999). Regionale Unterschiede (Stadt/Land, Sprachregionen) in der Zufriedenheit mit dem persönlichen Schutz hingegen sind keine auszumachen.

Interessant ist, dass Personen, die sich nachts alleine in ihrer Wohnung oder Umgebung unsicher fühlen (würden), deutlich häufiger unzufrieden mit ihrem Schutz vor Kriminalität und Gewalt sind als Personen, die sich hingegen sicher fühlen (würden). Die Prozentanteile der Unzufriedenen unter den Unsicheren bewegen sich zwischen 38% und 42%, was darauf hinweist, dass die Einkommenslage hier keine Rolle spielt. Einzige Ausnahme sind in ihrer Wohnumgebung unsichere Personen der mittleren Einkommenslage, die nur zu 31% unzufrieden sind. Auch Clerici und Killias (1999) konnten in ihrer Studie einen Zusammenhang zwischen der Angst auf der Strasse und einer negativen Beurteilung des Wirkens der Polizei im eigenen Quartier feststellen. Anders verhält es sich mit jenem Bevölkerungsteil, der sich nachts alleine in der Wohnung oder Umgebung sicher fühlt: Je nach Einkommenslage bewerten sie ihren Schutz vor Kriminalität unterschiedlich. Einkommensschwache sind eher unzufrieden als Wohlhabende.

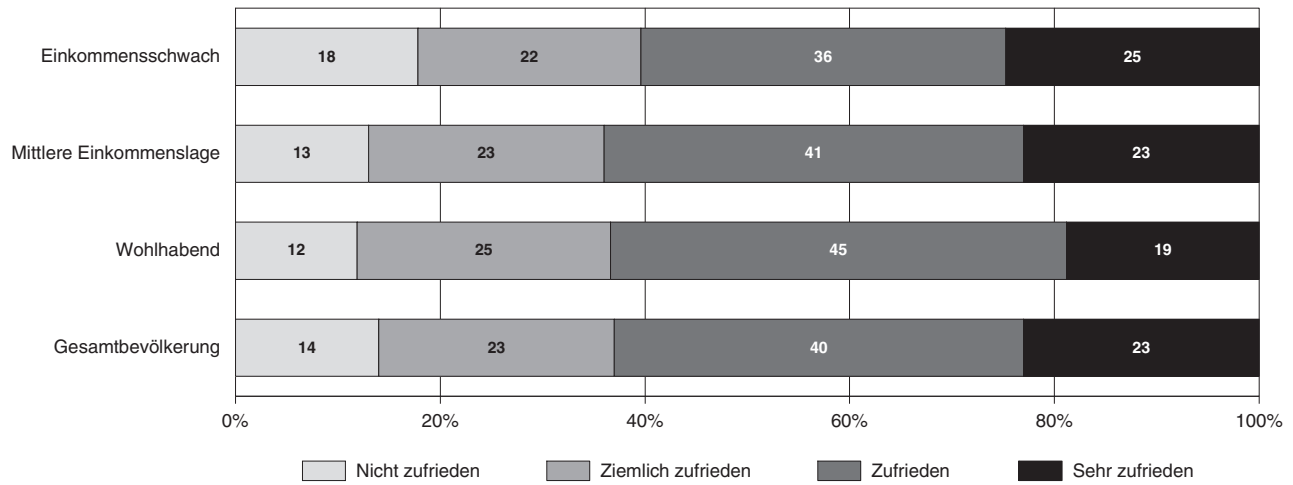
Die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität hängt auch eng mit der subjektiven Bewertung der Wohnsituation zusammen. Personen, die mit ihrer Wohnlage und Umgebung, Nachbarschaft sowie Wohnsituation unzufrieden sind, zeigen sich auch eher mit dem Schutz unzufrieden als die mit den besagten Wohnkriterien zufriedenen Personen. Die Armen weisen auch hier generell höhere Unzufriedenheitsquoten auf. Aus den Ergebnissen dieser subjektiven Indikatoren geht hervor, dass die Bewertung des persönlichen Schutzes vor Kriminalität und körperlicher Gewalt sehr stark zusammenhängt mit der subjektiven Wohnqualität (Sicherheitsgefühl in der Wohnung und Umgebung sowie Zufriedenheit mit verschiedenen Kriterien des Wohnens). Bei Clerici und Killias (1999) zeigte sich, dass die Eigenschaften des Wohnquartiers (objektive Indikatoren) die Angst auf der Strasse beeinflussen (siehe hierzu den in Kapitel 9.1 erwähnten Zusammenhang zwischen dem Sicherheitsgefühl in der Wohnumgebung und der Anzahl Wohnungen im Gebäude).

Fragestellungen

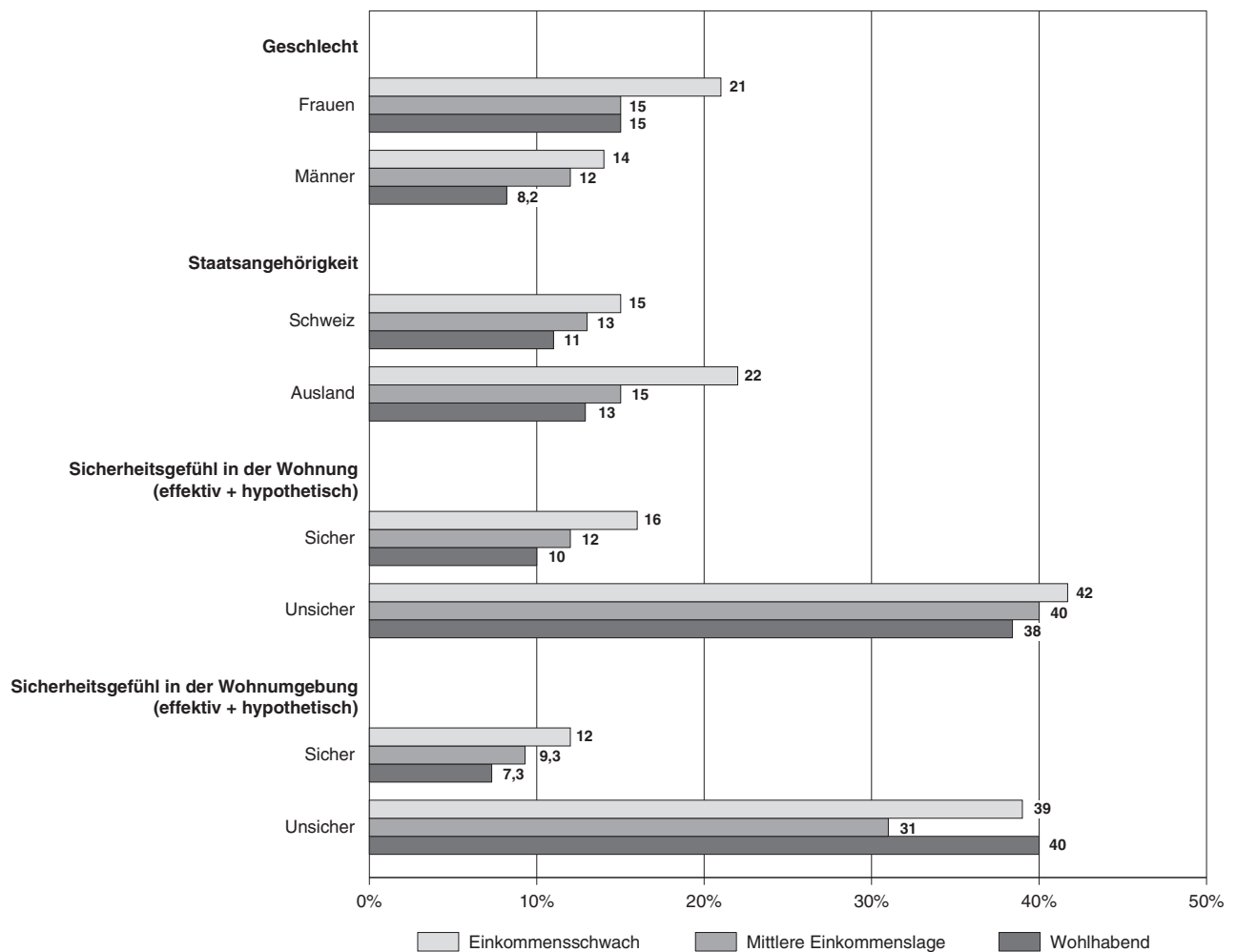
Für die Formulierung der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt und die Zusammenfassung der Antworten in vier Kategorien vgl. Kasten im Kap. 10.1. Für die Analysen der Zufriedenheit nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen wurden die Antworten *sehr zufrieden*, *zufrieden* und *ziemlich zufrieden* zusammengefasst (zufrieden).

Clerici, C.; Killias, M.: Unsicherheit im öffentlichen Raum: eine Folge der Kriminalität?, in: Crimiscope, 6, 1999.

Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt



Anteil Unzufriedene mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt nach verschiedenen Merkmalen (Skalenbereich 0-5)



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Lebenszufriedenheit in der Schweiz ist hoch

Im Durchschnitt sind einkommensschwache Personen ähnlich zufrieden mit ihrem Leben wie reichere Bevölkerungsgruppen. Hinter der durchschnittlich hohen Zufriedenheit verbirgt sich jedoch eine nicht zu vernachlässigende Zahl von teilweise unzufriedenen Menschen, die gehäuft der niedrigsten Einkommensgruppe angehören.

Wohlstand allein macht bekanntlich nicht glücklich, und Einkommensschwäche hat nicht zwingend Unzufriedenheit und Unglücklichsein zur Folge. Die Lebensqualität hängt gleichermassen von den materiellen Lebensbedingungen und vom subjektiven Wohlbefinden ab. Die folgenden Auswertungen beschreiben den Zusammenhang zwischen diesen beiden Komponenten der Lebensqualität. Als Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden verwenden wir die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt und in einzelnen Bereichen (vgl. Kasten). Ein unterdurchschnittlicher Zufriedenheitsgrad kann als Zeichen für Unterprivilegierung und soziale Ausgrenzung gedeutet werden. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist insofern Vorsicht geboten, als die Zufriedenheitsangaben eine relative, auf Vergleichen basierende Bedeutung haben. Je nach Bezugsrahmen, Ansprüchen und Erwartungen können die zugrunde liegenden Bewertungsmaßstäbe unterschiedlich sein.

Insgesamt gesehen zeigt die Bevölkerung ein hohes Mass an Lebenszufriedenheit. Mit Durchschnittswerten zwischen 8,4 und 8,8 am höchsten bewertet werden die Gesundheit sowie die eher der Privatsphäre zuzuordnenden Bereiche «Familie», «Wohnen» und «soziale Kontakte». Etwas weniger hoch, aber immer noch mit Werten zwischen 7,6 und 8,0, werden die finanzielle Situation, die persönliche Sicherheit, die Freizeit und das Berufsleben eingestuft. Auch die Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen weist ein hohes Niveau auf (Gesamtdurchschnitt von 8,4).

Hinsichtlich der Durchschnittswerte unterscheidet sich das Zufriedenheitsprofil des einkommensschwachen Bevölkerungsteils nicht wesentlich von jenem der materiell besser Gestellten. Vor allem in den Bereichen «Wohnen» und

«Beruf» überrascht der geringe Einfluss der Einkommenslage. Einzig in Bezug auf die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen (vgl. auch 1.2).

Diese ausgeglichene Gesamtbilanz darf allerdings nicht über dennoch vorhandene Ungleichheiten hinwegtäuschen. Wie aus der prozentualen Verteilung des untersten Skalenbereichs (vgl. Kasten) hervorgeht, sind nämlich im einkommensschwachen Teil der Bevölkerung die (eher) Unzufriedenen durchgängig übervertreten. Die mit Abstand höchste Unzufriedenheitsquote bezieht sich dabei auf die mit der Einkommenslage unmittelbar zusammenhängende finanzielle Situation: Mit 30% ist der Anteil der Unzufriedenen bei Personen mit niedrigem Einkommen fünfmal so hoch wie bei den Wohlhabenden. Aber auch in den anderen Bereichen und in Bezug auf das Leben im Allgemeinen geht Einkommensschwäche mit überhöhten Unzufriedenheitsquoten einher, die von 18% (persönliche Sicherheit) bis 8% (Familie) reichen. Dass Einkommensschwäche einen negativen Einfluss auf das Wohlbefinden hat, zeigt sich auch daran, dass mehr als die Hälfte der Personen mit niedrigem Einkommen in mindestens einem der betrachteten Lebensbereiche nicht zufrieden sind. In drei oder mehr Bereichen nicht zufrieden sind 15% der Einkommensschwachen. In den höheren Einkommenslagen sind die entsprechenden Quoten deutlich tiefer.

Die auf dieser Seite vorgestellten Ergebnisse decken nur einen kleinen Teil der Zusammenhänge zwischen objektiven und subjektiven Lebensbedingungen ab. Im zweiten Teil des vorliegenden Berichts werden die Einflüsse auf das subjektive Wohlbefinden in einem umfassenderen Rahmen analysiert.

Fragestellungen

Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem gesehen – mit Ihrem Leben? Bitte sagen Sie es mit einem Wert zwischen 0 und 10. 0 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» mit Ihrem Leben sind, 10 bedeutet, dass sie «sehr zufrieden» sind. Mit Werten dazwischen können Sie Ihre Antwort abstimmen.

Bitte sagen Sie mir mit einem Wert zwischen 0 und 10, wie zufrieden Sie persönlich mit den folgenden Lebensbereichen sind. Wenn Sie 0 sagen, sind Sie «überhaupt nicht zufrieden», wenn Sie 10 sagen, sind Sie «sehr zufrieden». Mit Werten dazwischen können Sie Ihre Antwort abstimmen. Wie zufrieden sind Sie alles in allem ...mit Ihrem Berufsleben, ...mit Ihrem Familienleben, ...mit Ihrer gegenwärtigen finanziellen Situation, ...mit Ihrer Gesundheit, ...mit Ihrer Wohnsituation, ...mit Ihrer Freizeit, ...mit Ihren Kontakten zu Freunden, Bekannten etc., ...mit Ihrem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt?

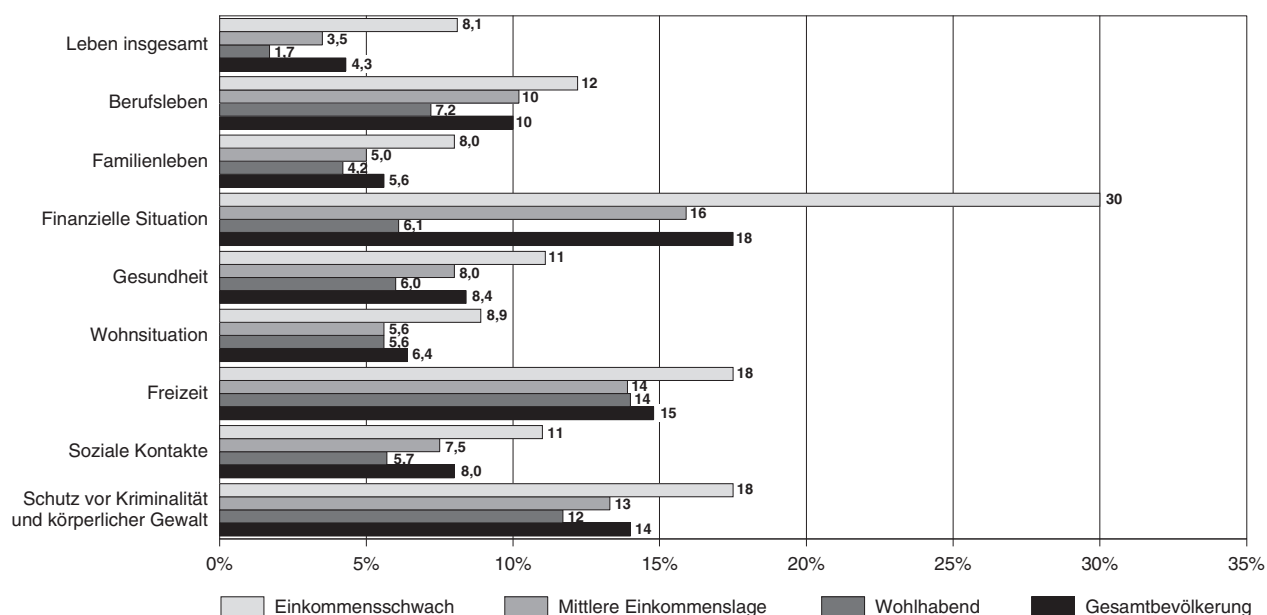
Die Etikette «(eher) unzufrieden» (auch «nicht zufrieden») entspricht einem Wert im Skalenbereich zwischen 0 und 5. Wie auch aus anderen in- und ausländischen Umfragen bekannt ist, haben Befragte die Tendenz, sich im oberen Bereich solcher Zufriedenheitsskalen einzuordnen. Die untersten Skalenpunkte werden äusserst selten gewählt. Deshalb haben wir die Werte im oberen Skalenbereich wie folgt zusammengefasst: 6-7 = «ziemlich zufrieden», 8-9 = «zufrieden», 10 = «sehr zufrieden».

10.1 Subjektives Wohlbefinden

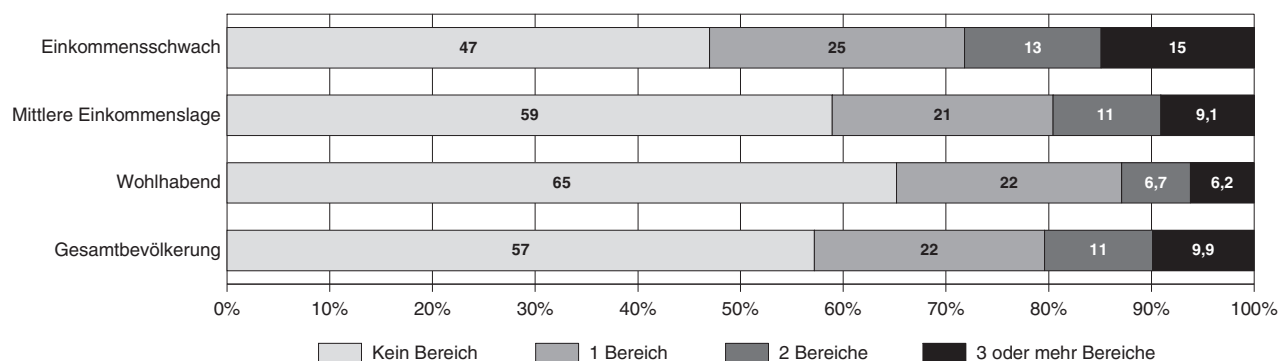
Durchschnittliche Zufriedenheit mit Leben insgesamt und mit Bereichen (Skala 0 - 10)

	Einkommensschwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend	Gesamtbevölkerung
Leben insgesamt	8,3	8,4	8,5	8,4
Berufsleben	7,9	7,9	8,1	8,0
Familienleben	8,7	8,8	8,9	8,8
Finanzielle Situation	6,9	7,7	8,5	7,6
Gesundheit	8,3	8,5	8,6	8,5
Wohnsituation	8,5	8,7	8,7	8,6
Freizeit	7,9	8,0	7,9	7,9
Soziale Kontakte	8,4	8,5	8,4	8,4
Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt	7,6	7,8	7,7	7,7

Anteile der nicht Zufriedenen (Skalenbereich 0 - 5)



Kumulierte Unzufriedenheit: Anzahl Angaben im Skalenbereich 0 - 5 *



*Gezählt werden die Werte im untersten Bereich der Skala (0 - 5) in den Bereichen Beruf, Familie, finanzielle Situation, Gesundheit, Wohnen, Freizeit, soziale Kontakte, Schutz vor Kriminalität/Gewalt

© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998



Analytischer Teil

Einleitung

Geld allein macht bekanntlich nicht glücklich; welches sind aber die anderen Aspekte, welche die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden beeinflussen? Während die Analysen des ersten Teils dieses Berichts auf die materiell benachteiligten Bevölkerungsgruppen fokussiert waren – als erklärende Variable wurde hauptsächlich die Einkommenslage verwendet – kommen im zweiten Teil nun auch andere Erklärungsfaktoren hinzu: Bildungsstand, Alter, Familiensituation, usw. Dabei wird die Bedeutung der Einkommenslage in ihrem Verhältnis zu anderen Einflussfaktoren untersucht.

Einzelne Bevölkerungsgruppen sind – nicht nur materiell – schlechter gestellt als andere: Sie sind häufiger von Problemlagen betroffen oder kumulieren Defizite in verschiedenen Lebensbereichen. Ziel dieses zweiten Teils ist, ergänzend zum ersten, eher deskriptiven Teil, zu untersuchen, wie sich besondere Problemlagen auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden auswirken und welche Problemgruppen sich herauskristallisieren. Die Auswertungen erfolgen also aufgrund bestimmter Problemmerkmale, welche im folgenden Kapitel genauer definiert werden.

Bei der Auswahl der Variablen stützen wir uns weitestgehend auf die Ergebnisse des ersten Teils ab. Bevorzugt werden diejenigen Indikatoren, die für die gesamte Bevölkerung relevant sind. Da die Indikatoren zu Beruf und Arbeit sich nur auf eine Teilgruppe – die Erwerbstätigen – beziehen, werden sie in einem separaten Kapitel zum Erwerbsleben genauer beschrieben. Von diesem Bereich abgesehen, wurde versucht, alle zentralen Lebensbereiche durch einen bis zwei Indikatoren abzudecken. Es sind dies, ähnlich wie im ersten Teil des Berichts, der Lebensstandard, die Gesundheit, die gesellschaftliche und politische Partizipation, Haushalt und Familie, die Freizeit, das Wohnen, die persönliche Sicherheit, die allgemeine Lebenssituation und – soweit es die gesamte Bevölkerung betrifft – das Erwerbsleben. Im Unterschied zu gewissen ähnlich gelagerten Untersuchungen¹ werden Ressourcen wie z. B. Einkommen und Bildung nicht als Teil der Lebensbedingungen betrachtet, sondern als Einflussfaktoren – als erklärende Variablen neben anderen soziodemografischen Merkmalen – in die Analyse einbezogen.

In einer ersten Phase wird eine beschränkte Anzahl objektiver und subjektiver Problemmerkmale definiert, um darauf basierend besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen identifizieren zu können. Einer der Hauptakzente liegt dabei auf der individuellen Kumulation von Problemlagen in mehreren Lebensbereichen.

In einem zweiten Schritt wird der Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Problemkumulationen untersucht. Als zusätzliche Dimension wird die allgemeine Lebenszufriedenheit mit in die Analyse einbezogen. Das letzte Kapitel schliesslich ist detaillierteren Untersuchungen zum Erwerbsleben und zur beruflichen Integration gewidmet.

¹ Vgl. z.B. Leu, Burri und Priester, 1997; Zapf, Habich, 1996; Glatzer, Zapf, 1984.

11 Problemlagen

Die folgenden Analysen basieren weitestgehend auf den bereits im ersten Teil des Berichts diskutierten Lebensbedingungsindikatoren. Wie es deren Name sagt, sollten diese auf gute oder schlechte Lebensbedingungen hinweisen und somit die Identifikation von Problemlagen ermöglichen. Das Hauptaugenmerk liegt jeweils auf dem unteren Skalenbereich, also auf den schlechteren Bedingungen.

Dabei gilt es als erstes zu definieren, was unter objektiven und subjektiven Problemmerkmalen oder –lagen zu verstehen ist und wie diese ermittelt werden. Wir gehen davon aus, dass objektive Problemlagen auf negative Lebensbedingungen und subjektive Problemmerkmale auf eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens hinweisen. Letztere wird hier im Wesentlichen in Bezug auf den Zufriedenheitsaspekt (in der Literatur als «kognitive» Dimension des Wohlbefindens bezeichnet) analysiert – im Gegensatz zu anderen, eher affektiven Dimensionen («Lebensglück: Ängste, Sorgen, usw.).

Nach welchen Kriterien die Grenze zwischen guten und schlechten Lebenslagen zu setzen ist, ist nicht einfach zu entscheiden. Für jeden Indikator müssen entsprechende Schwellenwerte definiert werden, welche gute und schlechte Bedingungen voneinander abgrenzen. In einzelnen Fällen können hierfür inhaltliche Kriterien des deskriptiven Teils des Berichts übernommen werden, oft müssen aber andere Aspekte als Entscheidungshilfe herangezogen werden. In den meisten Fällen haben wir uns nach rein empirischen Gesichtspunkten an der prozentualen Verteilung der Indikatoren in der Gesamtbevölkerung orientiert. Um die Deprivationsperspektive hervorzuheben, wurde jeweils der untere Skalenbereich (unteres Quintil) als Problembereich gewählt. Bei den Zufriedenheitsfragen wurde, wie im deskriptiven Teil des Berichts, die untere «Hälfte» der Zehnerskala als Problembereich definiert (genauere Anmerkungen dazu siehe Kasten). Die so ermittelten Problemmerkmale der Lebensqualitätsindikatoren und die entsprechenden Schwellenwerte werden in den Tabellen 11.1 und 11.2 ausgewiesen.

Ziel der folgenden Ausführungen ist es, aufgrund dieser Problemmerkmale besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu identifizieren: Gibt es Problemgruppen, welche in verschiedenen Bereichen mit Defiziten konfrontiert sind? In welchen Bereichen sind sie unterversorgt? Die objektiven und subjektiven Problemmerkmale werden sukzessive auf diese Fragen hin untersucht.

An dieser Stelle soll noch auf ein stichprobentechnisches Problem hingewiesen werden. Die Unterteilung in Bevölkerungsgruppen und deren Ausprägungen ergibt teilweise sehr kleine Gruppen, welche aufgrund ihrer geringen Vertretung in der Stichprobe kaum verlässlich interpretiert werden können. So scheint beispielsweise die Gruppe der Personen auf Arbeitssuche mit besonders vielen objektiven und subjektiven Problemen konfrontiert zu sein; deren geringe Anzahl Fälle lassen jedoch keine eindeutigen Folgerungen zu.

Objektive Problemlagen

11.1* Lebensbereich	Problemmerkmal	Schwellenwert	Betroffene in % der Bevölkerung ¹
Lebensstandard	Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern	Als Betroffene gelten Personen, welche in einem Haushalt mit schlechter Ausstattung an dauerhaften Konsumgütern leben. Als solche werden die 20% Haushalte mit den tiefsten Indexwerten definiert (vgl. Berechnung des Ausstattungsindex im Kapitel 1.4).	18,9
	Finanziell bedingter Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlung oder Weiterbildung	Als Betroffene gelten Personen, welche angeben, aus finanziellen Gründen auf mindestens eines der drei aufgeführten Elemente verzichtet zu haben.	19,4
Arbeit (Erwerbs- und/ oder Haus- und Familienarbeit)	Hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit	Als Betroffene werden die 20% Personen mit der höchsten objektiven Gesamtbelastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit definiert. ²	20,0
	In den letzten fünf Jahren von Erwerbslosigkeit betroffen	Als Betroffene gelten Personen, welche angeben, in den letzten fünf Jahren mindestens einmal erwerbslos gewesen zu sein.	12,7
Gesundheit	Gesundheitszustand mittelmässig bis sehr schlecht	Der subjektive Gesundheitszustand wird hier als indirektes Mass für den objektiven Gesundheitszustand verwendet (vgl. Fragestellung im Kapitel 6.1). Als Betroffene gelten Personen, welche ihren Gesundheitszustand als mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht bezeichnen.	15,1
Freizeit	Nicht aktives Freizeitverhalten	Eine konstruierte Variable drückt, alle Freizeitbereiche zusammengekommen, den Aktivitätsgrad jeder Person aus. Als Betroffene gelten die 20% Personen mit dem niedrigsten Aktivitätsgrad. ³	17,9
	Zu wenig frei verfügbare Zeit	Die subjektive Einschätzung wird hier als indirektes Mass für den objektiven Tatbestand verwendet (vgl. Fragestellung im Kapitel 7.2). Als Betroffene gelten Personen, welche angeben, über zu wenig freie Zeit zu verfügen.	34,2
Partizipation	Interesse an Politik schwach und seltene Teilnahme an eidg. Abstimmungen	Als Betroffene gelten Personen, welche einerseits ein schwaches Interesse an Politik angeben und gleichzeitig selten oder nie an Abstimmungen teilnehmen (vgl. Fragestellung im Kapitel 8.1).	24,0
	Seltenes Ausgehen oder Freunde treffen	Als Betroffene gelten Personen, welche seltener als einmal wöchentlich mit Freunden zusammen sind und außerdem auch seltener als einmal wöchentlich ausgehen (vgl. Fragestellung im Kapitel 8.1).	17,6
Wohnen	Kleine Wohnfläche pro Person	Als Indikator dient die Anzahl Quadratmeter pro Person. Als Betroffene gelten Personen, welche in den 20% Haushalten mit den tiefsten Quotienten leben.	21,5

¹ Es handelt sich hier um annähernde Grenzwerte: Je nach möglichen Ausprägungen der Indikatoren weichen die Prozentangaben mehr oder weniger von der 20%-Grenze ab.

² Spezifische Indikatoren zur Berufssituation sind nur sinnvoll, wenn die Situation der Erwerbstätigen separat ausgewertet wird. Da die Berufssituation in einem separaten Kapitel behandelt wird, wird hier darauf verzichtet.

³ Zur Aufteilung in die Kategorien "aktiv" oder "nicht aktiv": Die einzelnen Aktivitäten weisen sehr unterschiedliche Häufigkeiten auf - eine Vielzahl der Personen hört jeden Tag Musik oder liest, aber kaum jemand geht täglich in eine Theatervorstellung oder ins Kino. Daher wird für jede Freizeittätigkeit die meistgenannte Antwortkategorie mit den häufigeren Kategorien zusammengefasst zur neuen Kategorie "aktiv" (z.B. "mindestens 1-mal pro Woche" mit "täglich", wenn bei ersterer die Mehrheit der Nennungen zu verzeichnen sind). Analog werden die übrigen Antwortkategorien (in diesem Beispiel "mindestens 1-mal pro Monat", "weniger als 1-mal pro Monat", "nie") zur Kategorie "nicht aktiv" zusammengefasst. Die Anzahl aktiver Ausübungen der einzelnen Freizeitbeschäftigungen werden anschliessend in einer neuen Variable summiert, welche den allgemeinen Aktivitätsgrad im Freizeitbereich ausdrückt.

Subjektive Problemlagen

11.2* Lebensbereich	Problemmerkmal	Schwellenwert	Betroffene in % der Bevölkerung
Lebensstandard	Nicht zufrieden mit der finanziellen Situation	Als Betroffene gelten Personen, deren Zufriedenheit mit der gegenwärtigen finanziellen Situation im unteren Skalenbereich liegt (Werte von 0 bis und mit 5, vgl. Fragestellung im Kapitel 1.2).	17,4
Arbeit (Erwerbs- und/ oder Haus- und Familienarbeit)	Hohe subjektive Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit	Die Belastungswerte durch Haus- und Familienarbeit (vgl. Kapitel 4.3) und jene durch Ueberstunden werden rekodiert und summiert ¹ . Die 20% Personen mit dem höchsten Belastungsempfinden gelten als Betroffene.	17,3
Gesundheit	Nicht zufrieden mit der Gesundheit	Die Zufriedenheit mit der Gesundheit liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	8,4
Freizeit	Nicht zufrieden mit der Freizeit	Die Zufriedenheit mit der Freizeit liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	14,8
Partizipation	Nicht zufrieden mit den sozialen Kontakten	Die Zufriedenheit mit den Kontakten zu Freunden, Bekannten usw. liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	8,0
Wohnen	Nicht zufrieden mit der Wohnsituation	Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	6,4
Haushalt und Familie ²	Nicht zufrieden mit dem Familienleben	Die Zufriedenheit mit dem Familienleben liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	5,5
Persönliche Sicherheit	Nicht zufrieden mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt	Die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt liegt im unteren Skalenbereich (Werte von 0 bis und mit 5).	13,5

¹ Es handelt sich dabei um approximative Angaben: Die Erwerbsbelastung bezieht sich nur auf die Überstunden, nicht auf die berufliche Belastung allgemein (d.h. auch innerhalb normaler Arbeitszeiten). Ausserdem wurde die Frage nach der Belastung durch Überstunden nur Angestellten, nicht jedoch Selbstständigerwerbenden gestellt.

² Das weiter oben unter dem Lebensbereich „Arbeit“ aufgeführte Merkmal „Hohe subjektive Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit“ kann natürlich genauso gut diesem Bereich zugeteilt werden.

11.1 Objektive Problemlagen und Identifikation der Problemgruppen

Wie erwähnt gilt es in den folgenden Abschnitten, Mehrfachbenachteiligungen zu erkennen und besonders betroffene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren. Als erstes werden die objektiven Problemlagen untersucht. Wenn eine Bevölkerungsgruppe in einem oder mehreren Lebensbereichen deutlich schlechter dasteht als der Bevölkerungsdurchschnitt, kann von einer Problemlage gesprochen werden (genauere Anmerkungen zu den Kriterien siehe Kasten). Die Gruppe wird in diesem Falle als Problemgruppe bezeichnet.

Die Betroffenheit ausgewählter Bevölkerungsgruppen von den oben beschriebenen objektiven Problemlagen wird in Tabelle 11.3 dargestellt. Dabei fällt auf, dass die Einkommensschwachen zwar wohl zu den besonders benachteiligten Gruppen gehören, jedoch neben anderen genauso oder gar – wie z.B. im Falle der Alleinerziehenden – stärker benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Es ist anzumerken, dass sich die Gruppen nicht gegenseitig ausschliessen: Eine Person kann mehreren der aufgeführten Gruppen angehören.

Folgende Profile weisen deutlich mehr Defizite auf als die Gesamtbevölkerung und kristallisieren sich somit gemäss den oben erwähnten Kriterien als Problemgruppen heraus:

1. Alleinerziehende

Unter den besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen stechen die Alleinerziehenden deutlich hervor. Wie kaum erstaunen dürfte, handelt es sich hier zu über 90% um Frauen.² Sie weisen einerseits Defizite auf, welche bei den meisten Problemgruppen zu beobachten sind, sind aber gleichzeitig auch mit für besser Gestellte (Führungskräfte, Personen in technischen oder akademischen Berufen) typischen Problemen wie einer hohen Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit und damit einhergehendem Freizeitmangel konfrontiert. Dies zu einem signifikant höheren Anteil als in der Gesamtbevölkerung.

Signifikante Unterschiede sind vor allem in finanzieller Hinsicht zu beobachten: Alleinerziehende geben weit häufiger an, aus finanziellen Gründen auf Ferien, Zahnbehandlungen oder auf Weiterbildungskurse zu verzichten. Sie waren in den letzten fünf Jahren vor der Befragung auch zu einem bedeutend höheren Anteil als die Gesamtbevölkerung von Erwerbslosigkeit betroffen.

Weitere objektive Defizite der Alleinerziehenden betreffen den Gesundheitszustand und ihre politischen Interessen und Aktivitäten. Auch wenn ein Defizit in diesen Bereichen nicht direkt signifikant nachweisbar ist, bestätigen zusätzliche Analysen diese Tendenz.

Wie bereits im ersten, deskriptiven Teil des Berichts beobachtet, nehmen Kinder viel Zeit in Anspruch, dies oft zu Lasten der sozialen Kontakte der Eltern: Der Anteil Alleinerziehender, die seltener als einmal wöchentlich ausgehen oder mit Freunden zusammen sind, ist höher als in der Gesamtbevölkerung. Auch wenn hier aufgrund der geringen Fallzahlen ein signifikanter Unterschied nicht eindeutig nachgewiesen werden kann, lassen die bei anderen Haushalten mit Kindern ähnlichen Anteile auf eine deutliche Betroffenheit der gemeinsam oder allein erziehenden Eltern hinweisen.

Unterversorgung und Mehrfachbenachteiligung

Gemäss unserer Definition liegen Problemlagen vor, wenn einer oder mehrere der betrachteten Lebensbereiche in einer Bevölkerungsgruppe deutlich negativer bewertet werden oder objektiv schlechter ausfallen als im Bevölkerungsdurchschnitt. Wenn der Anteil Betroffener einer Gruppe mehr als 30% vom Bevölkerungsdurchschnitt abweicht, wird in unserem Falle von einem Defizit oder einer Unterversorgung im untersuchten Lebensbereich gesprochen. Dieser Schwellenwert wurde nach rein empirischen Gesichtspunkten (Verteilung der Indikatoren in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen) festgelegt.

Die Kriterien für eine Mehrfachbenachteiligung auf individueller Ebene resultieren ebenfalls aus empirischen Überlegungen. Wir gehen von einer Mehrfachbenachteiligung aus, wenn mindestens vier objektive oder mindestens drei subjektive Defizite vorliegen. Diese unterschiedlichen Schwellenwerte drängen sich aus folgenden Gründen auf: Als erstes wurde wiederum von der prozentualen Verteilung der Indikatoren ausgegangen. Es ist festzustellen, dass der Anteil Individuen mit mehreren Defiziten bei den subjektiven Problemlagen generell geringer ist. Dies hängt unter anderem mit den mehrmals erwähnten generell hohen Zufriedenheitsraten zusammen, aber auch damit, dass wir weniger subjektive Indikatoren als objektive berücksichtigt haben. Ein geringerer Grenzwert im subjektiven Bereich scheint uns deshalb sinnvoll.

Der Begriff Deprivation wird oft synonym zu Mehrfachbenachteiligung verwendet. Sind sowohl im objektiven wie im subjektiven Bereich Mehrfachbenachteiligungen festzustellen, sprechen wir von doppelter Deprivation.

² Eine detailliertere Beschreibung des Profils dieser Bevölkerungsgruppe erweist sich aufgrund der geringen Fallzahlen nicht als sinnvoll.

Objektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

11.3*	Mindestens 1-mal erwerbslos in letzten 5 Jahren	Hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familien- arbeit	Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern	Finanziell bedingter Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlung oder Weiterbildungskurs	Passives Freizeit- verhalten
Gesamtbevölkerung	12,7	20,0	18,9	19,4	17,9
Einkommenslage					
Einkommensschwach	17,4	20,8	31,6	31,1	27,4
Mittlere Einkommenslage	11,5	20,4	17,0	18,2	17,4
Wohlhabend	10,0	17,6	8,5	7,7	6,8
Bildungsstand					
Obligatorische Schule	12,1	12,0	27,5	21,5	27,5
Sekundarstufe II	13,4	20,7	17,9	20,1	16,1
Tertiärstufe	11,5	28,1	11,0	14,9	10,6
Berufshauptgruppen nach ISCO88					
Nicht erwerbstätig, keine Angabe	9,7	9,9	29,5	17,6	21,9
Führungskräfte	7,3	30,4	7,3	10,2	10,8
Akademische Berufe	16,4	27,8	11,5	16,4	6,9
Techniker und gleichrangige Berufe	11,6	29,4	8,8	18,7	7,8
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	17,1	17,5	7,5	16,3	13,7
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	20,3	26,2	18,3	31,2	22,2
<i>Fachkräfte in der Landwirtschaft</i>	3,5	43,3	30,6	13,1	30,4
Handwerks- und verwandte Berufe	11,5	23,3	11,6	25,6	20,7
Anlagen- und Maschinenbediener	19,4	24,0	9,9	27,0	29,6
Hilfsarbeitskräfte	18,1	25,2	20,6	21,5	26,7
Hauptaktivität					
Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter ¹	17,7	37,7	12,6	25,7	13,9
Berufstätig: übrige	15,7	27,8	10,8	21,2	14,7
<i>Auf Arbeitssuche</i>	100,0	7,4	25,0	46,4	15,7
In Ausbildung	5,2	4,2	10,0	16,2	1,8
Haus- und Familienarbeit	8,4	29,1	9,8	22,3	19,1
Rentenalter	0,9	1,9	48,2	10,8	31,8
Anderes	12,1	1,6	21,0	16,2	19,4
Alter					
15 – 24	17,2	5,9	9,6	16,8	3,7
25 – 39	18,4	33,4	12,1	25,2	13,7
40 – 54	13,2	29,0	9,5	23,7	15,8
55 – 61/64	10,8	11,5	16,1	12,2	25,8
62/65 – 74	1,2	2,4	41,0	12,7	28,9
75 oder älter	0,0	0,6	68,9	5,3	40,3
Geschlecht					
Männer	13,4	19,9	14,7	18,4	18,0
Frauen	12,0	20,1	23,0	20,3	17,7
Familiensituation					
Alleinlebende	13,9	7,8	43,1	19,8	14,0
Partner/Partnerinnen in 2-Personen- haushalten	10,9	9,7	20,6	14,1	20,7
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	13,4	44,7	7,1	24,8	19,6
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	8,5	48,4	6,3	31,3	16,1
Alleinerziehende	26,8	45,6	12,7	52,0	16,1
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	11,3	2,7	4,4	12,0	1,6
Anderer Situation	15,7	12,9	15,0	16,3	27,7
Staatsangehörigkeit					
Schweizer/innen	10,5	19,0	19,0	17,7	17,6
Ausländer/innen	22,1	24,3	18,7	26,8	19,0
Sprachregion					
Deutsche und rätoromanische Schweiz	11,1	20,5	19,9	16,4	18,3
Französische Schweiz	16,7	18,1	15,7	26,8	14,3
Italienische Schweiz	18,2	20,9	19,5	30,2	29,5

Grau unterlegt: Abweichung gegenüber dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung $\geq 30\%$

¹ Inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Objektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

Zu wenig frei verfügbare Zeit	Gesundheitszustand mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht	Interesse an Politik schwach und seltene Teilnahme an eidg. Abstimmungen	Weniger als 1-mal pro Woche Ausgehen oder mit Freunden zusammen sein	Kleine Wohnfläche pro Person		11.3
34,2	15,1	24,0	17,6	21,5	Gesamtbevölkerung	
Einkommenslage						
29,6	17,9	28,1	20,8	31,5	Einkommensschwach	
34,9	14,9	24,5	17,2	22,1	Mittlere Einkommenslage	
38,3	12,1	16,9	14,7	6,4	Wohlhabend	
Bildungsstand						
25,9	21,6	31,6	18,2	27,6	Obligatorische Schule	
33,5	14,1	24,5	17,8	21,3	Sekundarstufe II	
47,0	9,9	12,7	16,2	14,4	Tertiärstufe	
Berufshauptgruppen nach ISCO88						
20,3	21,7	20,5	17,7	18,2	Nicht erwerbstätig, keine Angabe	
48,6	6,2	14,9	21,0	16,8	Führungskräfte	
52,4	7,6	11,5	15,9	20,0	Akademische Berufe	
44,6	12,4	24,3	15,2	18,2	Techniker und gleichrangige Berufe	
39,3	10,2	33,7	15,0	19,4	Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	
39,0	12,0	38,8	19,4	28,7	Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	
48,8	13,0	15,7	21,7	23,6	<i>Fachkräfte in der Landwirtschaft</i>	
40,1	12,2	27,2	16,8	30,6	Handwerks- und verwandte Berufe	
37,4	13,0	25,3	22,5	26,5	Anlagen- und Maschinenbediener	
29,1	15,2	45,9	23,5	39,6	Hilfsarbeitskräfte	
Hauptaktivität						
42,5	10,3	24,7	12,5	25,9	Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter	
46,7	10,6	28,5	18,1	23,1	Berufstätig: übrige	
19,5	16,0	43,6	14,2	33,7	<i>Auf Arbeitssuche</i>	
32,8	11,8	16,4	4,3	34,8	In Ausbildung	
31,7	16,4	26,5	21,3	30,2	Haus- und Familienarbeit	
9,8	23,8	13,5	21,3	4,7	Rentenalter	
12,8	38,8	17,4	12,9	21,5	Anderes	
Alter						
28,4	10,0	28,3	4,3	35,0	15 – 24	
49,2	10,1	33,6	16,2	29,6	25 – 39	
42,2	15,1	21,2	21,0	25,4	40 – 54	
25,3	20,4	15,5	23,7	4,3	55 – 61/64	
11,4	21,9	14,2	20,3	4,7	62/65 – 74	
5,2	29,3	11,3	24,4	4,8	75 oder älter	
Geschlecht						
35,7	11,8	20,3	18,3	23,0	Männer	
32,9	18,2	27,4	16,9	20,1	Frauen	
Familiensituation						
27,3	19,8	22,7	9,4	3,2	Alleinlebende	
27,3	17,0	22,4	18,9	6,0	Partner/Partnerinnen in 2-Personen-haushalten	
46,6	12,1	29,7	24,1	43,3	Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	
59,3	7,6	17,6	24,6	58,6	Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	
50,5	19,8	31,9	23,9	16,1	Alleinerziehende	
24,7	9,0	18,7	2,6	40,2	Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	
32,5	15,7	24,8	21,3	23,1	Anderer Situation	
Staatsangehörigkeit						
32,6	14,7	18,9	17,5	18,7	Schweizer/innen	
41,4	17,1	45,9	18,0	33,9	Ausländer/innen	
Sprachregion						
32,2	14,2	21,7	18,9	19,9	Deutsche und rätoromanische Schweiz	
41,2	17,0	28,7	13,7	25,5	Französische Schweiz	
31,3	20,3	36,1	16,3	27,4	Italienische Schweiz	

Lesebeispiel: 17,4% der Einkommensschwachen waren in den letzten 5 Jahren mind. 1-mal erwerbslos. Für Vertrauensintervalle siehe Tabelle im Anhang (Vor-sicht ist insbesondere bei den Ergebnissen der kursiv gedruckten Gruppen geboten, die mit weniger als 100 Beobachtungen in der Stichprobe vertreten sind).

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

2. Partner und Partnerinnen mit Kindern

Wie die Alleinerziehenden sind auch die Partner und Partnerinnen mit Kindern einer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung signifikant höheren Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit ausgesetzt. Die Anzahl Kinder macht dabei offensichtlich keinen grossen Unterschied aus. Analog dazu ist auch die mangelnde Freizeit das wichtigste Problem dieser Bevölkerungsgruppe: Der Anteil Eltern, welche zu wenig freie Zeit zur Verfügung haben, ist signifikant höher als in der Gesamtbevölkerung und wächst mit zunehmender Kinderzahl. Der oft damit zusammenhängende Mangel an sozialen Kontakten und an Ausgelmöglichkeiten wurde bereits im obigen Abschnitt erwähnt.

Im Gegensatz zu den Alleinerziehenden muss sich ein hoher Anteil der Familienhaushalte mit einer kleinen Wohnfläche zufrieden geben. Dieser Anteil ist bei Paaren mit ein oder zwei Kindern etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung und steigt erwartungsgemäss mit zunehmender Kinderzahl.

Bei den kinderreichen Familien (drei und mehr Kinder) ist zudem oft ein finanziell bedingter Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlungen oder auf Weiterbildungskurse zu verzeichnen. Auch hier ist der Unterschied zum entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung signifikant.

3. Ausländerinnen und Ausländer

Die ausländischen Staatsangehörigen unterscheiden sich von der Bevölkerung vor allem durch eine mangelnde politische Partizipation. Dieser Sachverhalt bedarf jedoch einer Erklärung: diese Bevölkerungsgruppe ist von Gesetzes wegen von eidgenössischen Abstimmungen ausgeschlossen, was auch teilweise deren geringes Interesse an der Politik erklären dürfte.

Weitere objektive Probleme zeigen sich in Bezug auf überbelegte Wohnungen, Erwerbslosigkeit und finanziell bedingten Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlungen oder auf Weiterbildungskurse. In diesen Bereichen ist der Anteil betroffener Ausländerinnen und Ausländer signifikant höher als in der Gesamtbevölkerung.

4. In der italienischen Schweiz Wohnhafte

Personen aus dem italienischen Sprachraum weisen – anders als in den übrigen Sprachräumen – ähnliche Probleme auf wie die ausländischen Staatsangehörigen. Auch sie sind signifikant stärker als die Gesamtbevölkerung von mangelnder politischer Partizipation³, Erwerbslosigkeit und finanziell

bedingtem Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlungen oder auf Weiterbildungskurse betroffen. Zudem unterscheiden sie sich durch weniger aktives Freizeitverhalten und einen mittelmässigen bis sehr schlechten Gesundheitszustand von der übrigen Bevölkerung.

5. 25- bis 39-Jährige und Personen im Rentenalter

Bei näherem Betrachten der Altersgruppen erweisen sich die jüngere Bevölkerung von 25 bis 39 Jahren und die über 74-Jährigen als Problemgruppen. Die beiden Altersgruppen sind jedoch von unterschiedlichen Problembereichen betroffen: Ungefähr die Hälfte der 25- bis 39-Jährigen klagt über zu wenig freie Zeit (gegenüber einem Drittel in der Gesamtbevölkerung) und eine entsprechend hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit. Diese jüngere Altersgruppe muss sich zudem öfter mit kleinen Wohnflächen zufrieden geben, weist eine schwache politische Beteiligung auf und war in den letzten fünf Jahren vor der Befragung stärker von Erwerbslosigkeit betroffen. In all diesen Bereichen unterscheidet sich der Anteil Betroffener signifikant von jenem der Gesamtbevölkerung.

Es dürfte sich hier um typische Probleme des Einstiegs ins Erwerbs- und Familienleben handeln, während Betagte von über 74 Jahren umgekehrt vor allem an Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern, Gesundheitsproblemen, nicht aktivem Freizeitverhalten und einer damit korrelierten sozialen Isolation leiden.

6. Personen ohne nachobligatorische Schulbildung

Der Bildungsgrad als Ressource bestimmt in erheblichem Umfang die späteren Berufschancen und somit die Möglichkeit, ein angemessenes Einkommen zu erzielen und im gesellschaftlichen Leben mitzuwirken. Auch wenn ein hohes Bildungsniveau nicht in jedem Fall mit erweiterten ökonomischen oder sozialen Ressourcen einhergeht, besteht doch eine enge Beziehung zwischen diesen Faktoren, wie bereits aus dem ersten Teil dieses Berichts ersichtlich wurde.

So gesehen erstaunt auch kaum, dass sich Personen ohne nachobligatorische Schulbildung als Problemgruppe profilieren. Sie scheinen sich in erster Linie durch ein schwaches Interesse an Politik und eine seltene Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen von der Gesamtbevölkerung zu differenzieren. Eine Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern, ein nicht aktives Freizeitverhalten und ein mittelmässiger bis schlechter Gesundheitszustand charakterisiert zudem diese Gruppe. In all diesen Problembereichen ist sie zu einem signifikant höheren Anteil betroffen als die Gesamtbevölkerung.

³ Ein Vergleich dieser Angaben mit der Entwicklung der Stimmbeteiligung 1981 – 2001 zeigt, dass diese in den lateinischen Sprachregionen effektiv geringer ist als in der Deutschschweiz. Tendenziell scheint sie in der Romandie jedoch noch geringer zu sein als in der italienischen Schweiz (Quelle: BFS, Sektion Kultur, Politik und Lebensbedingungen, 2001).

Kumulationen von objektiven Problemlagen, Anteil Betroffene in %

11.4*	Anzahl Problemlagen				
	0	1	2	3	4+
Gesamtbevölkerung	16,2	26,0	25,1	16,4	16,3
Einkommenslage					
Einkommensschwach	8,2	21,2	24,4	19,9	26,3
Mittlere Einkommenslage	16,5	25,5	25,9	16,6	15,5
Wohlhabend	26,0	34,0	23,3	10,9	5,8
Bildungsstand					
Obligatorische Schule	14,3	25,0	23,1	15,5	22,1
Sekundarstufe II	16,4	25,4	25,6	17,1	15,5
Tertiärstufe	18,3	29,2	26,0	15,5	11,0
Berufshauptgruppen nach ISCO88					
Nicht erwerbstätig, keine Angabe	18,9	29,1	23,5	13,4	15,1
Führungskräfte	19,9	28,4	26,4	14,7	(10,7)
Akademische Berufe	14,7	27,6	30,4	15,9	11,3
Techniker und gleichrangige Berufe	15,1	27,0	28,3	17,3	12,3
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	15,3	29,8	25,3	15,6	14,0
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	12,2	19,1	18,7	24,0	26,0
Fachkräfte in der Landwirtschaft		(17,1)	(25,0)	(25,2)	(22,8)
Handwerks- und verwandte Berufe	16,2	19,6	27,9	15,7	20,7
Anlagen- und Maschinenbediener	(14,1)	(18,0)	(23,2)	26,4	(18,2)
Hilfsarbeitskräfte	(10,4)	18,1	23,2	(18,9)	29,5
Hauptaktivität					
Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter ¹	(8,8)	24,6	29,3	21,0	16,2
Berufstätig: übrige	13,2	24,8	25,1	18,4	18,6
Auf Arbeitssuche		(10,8)	(28,9)	(24,5)	35,8
In Ausbildung	28,3	32,0	24,0	10,2	5,6
Haus- und Familienarbeit	17,4	21,7	24,7	16,5	19,7
Rententalter	20,3	30,8	24,9	13,1	10,9
Anderes	(22,9)	30,2	(21,3)	(9,4)	(16,2)
Alter					
15 – 24	22,5	30,1	27,9	9,6	9,8
25 – 39	9,9	22,6	24,5	20,7	22,2
40 – 54	14,0	23,6	25,6	17,9	18,8
55 – 61/64	24,6	27,7	22,5	14,2	11,1
62/65 – 74	23,6	29,9	24,0	12,6	9,9
75 oder älter	(11,0)	33,5	27,5	(14,3)	(13,7)
Geschlecht					
Männer	17,5	26,8	24,7	16,2	14,8
Frauen	15,0	25,3	25,4	16,5	17,7
Familiensituation					
Alleinlebende	13,3	32,1	29,8	14,4	10,4
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten	21,8	29,9	23,7	14,0	10,7
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	8,3	19,1	23,7	20,6	28,2
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	(6,7)	15,5	22,5	23,9	31,5
Alleinerziehende		(10,7)	(25,2)	(19,4)	35,7
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	28,8	34,1	25,4	(6,2)	
Anderer Situation	18,5	19,3	24,9	22,3	15,0
Staatsangehörigkeit					
Schweizer/innen	18,4	27,5	24,9	15,6	13,5
Ausländer/innen	(6,8)	19,7	25,8	19,5	28,2
Sprachregion					
Deutsche und rätoromanische Schweiz	17,8	26,4	25,1	15,8	14,8
Französische Schweiz	13,0	25,0	25,1	18,2	18,7
Italienische Schweiz	8,1	24,8	24,3	15,8	27,0

¹ Inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

100% = Total der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (horizontale Prozentanteile)

Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

7. Hilfsarbeitskräfte und in Dienstleistungs- und Verkaufsberufen Beschäftigte

Bei der Analyse der Problemlagen nach Berufshauptgruppen erweisen sich in Dienstleistungs- und Verkaufsberufen Tätige sowie Hilfsarbeitskräfte als besonders betroffene Gruppen. Beide unterscheiden sich vor allem durch eine mangelnde politische Partizipation signifikant von der Gesamtbevölkerung. Die in diesen Berufsgruppen besonders starke Vertretung von AusländerInnen und Personen ohne nachobligatorische Schulbildung dürfte diesen Sachverhalt teilweise erklären.

In beiden Berufsgruppen scheint auch ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bedeutend höherer Anteil nur über eine kleine Wohnfläche zu verfügen und Phasen der Erwerbslosigkeit erlebt zu haben. Letzteres kann im Falle der Hilfsarbeitskräfte jedoch nicht signifikant nachgewiesen werden.

Hilfsarbeitskräfte zeichnen sich weiter durch nicht aktives Freizeitverhalten aus und geben an, nicht sehr oft auszugehen oder mit Freunden zusammen zu sein, wobei diese beiden Problemmerkmale nicht selten zusammenhängen.

In Dienstleistungs- und Verkaufsberufen Beschäftigte scheinen umgekehrt besonders unter einer hohen Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit – was auch mit den in diesen Berufen oft unregelmässigen Arbeitszeiten zusammenhängen dürfte – und finanziell begründeten Verzichten auf Ferien, Zahnbehandlungen und Weiterbildungskursen zu leiden.

8. Einkommensschwache

Wie eingangs erwähnt, gehören die Personen mit niedrigerem Einkommen zu den besonders benachteiligten Gruppen. Das Einkommen allein vermag jedoch die Defizite in den verschiedenen Bereichen nicht zu erklären. Einige der anderen eben aufgeführten Problemgruppen sind stärker benachteiligt als die Einkommensschwachen.⁴

Wie zu erwarten ist, haben sie vor allem mit materiellen Defiziten zu kämpfen: Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern, Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlungen und Weiterbildungskurse, kleine Wohnflächen. Je fast ein Drittel der Einkommensschwachen ist von diesen Problemen betroffen, was einen signifikanten Unterschied zur Gesamtbevölkerung (je ungefähr ein Fünftel Betroffene) darstellt. Weiter sind sie bedeutend öfter mit Erwerbslosigkeit konfrontiert und in ihrer Freizeit nicht aktiv.

Verallgemeinernd ist zu bemerken, dass die mittels dieser Deprivationslagen ausgemachten Problemgruppen besonders stark in der einkommensschwachen Bevölkerung vertreten sind (zum Vergleich sei auf Kapitel 1.1 verwiesen). Wenn die

Einkommenslage allein nicht den einzigen Erklärungsfaktor für gute oder schlechte Lebensbedingungen darstellt, kann demnach doch angenommen werden, dass sie neben anderen Aspekten – die ihrerseits Ursache oder Konsequenz der Einkommenslage sein können – eine wichtige Rolle spielt.

Bisher hat sich die Analyse auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen erstreckt. Es wurde untersucht, welche Gruppen besonders häufig Probleme antreffen. Auf individueller Ebene kann nun die Kumulation von Deprivationslagen mittels einer Variable festgehalten werden, welche für jede Person die Anzahl Probleme angibt, mit der sie konfrontiert ist. Dies wird auch wiederum für die objektiven und subjektiven Problemmerkmale separat berechnet.

Die Berechnung der objektiven Problemkumulationen bestätigt die bisherigen Resultate (vgl. Tabelle 11.4). Die meisten der oben genannten Gruppen sind zu einem hohen Anteil von mindestens vier Problemen betroffen und weisen sich somit als Problemgruppen aus. Die einzige Ausnahme bilden die Rentnerinnen und Rentner. Bei den übrigen Problemgruppen weicht der Anteil der vier oder mehr Probleme Kumulierenden jeweils um mehr als 30% von jenem der Gesamtbevölkerung ab.

An erster Stelle sind hier wiederum die Alleinerziehenden zu erwähnen. 36% kumulieren vier oder gar mehr Problemlagen. Bei den Hilfsarbeitskräften, Paaren mit Kindern und ausländischen Staatsangehörigen sind es immer noch um die 30%. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung sind 16%, also praktisch nur halb so viele, von vier oder mehr Problemen betroffen.

Der Anteil der Gesamtbevölkerung, welcher in keinem der untersuchten Lebensbereiche Defizite aufweist, beträgt ebenfalls 16%. Bei den erwähnten Problemgruppen ist dieser Anteil jeweils geringer.

Die bisherigen Analysen haben dem Umstand kaum Rechnung getragen, dass sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen mehr oder weniger stark überschneiden. So sind etwa Verkäuferinnen oder auch ausländische Staatsangehörige in der Gruppe der Einkommensschwachen übervertreten. Abschliessend soll deshalb das Zusammenspiel der verschiedenen Einflussfaktoren stärker in den Vordergrund gerückt werden. Mit Hilfe eines logistischen Regressionsmodells wird das Risiko untersucht, von mindestens vier objektiven Problemlagen betroffen zu sein. Tabelle 11.5 bestätigt die bereits deskriptiv gewonnenen Erkenntnisse im Wesentlichen, wobei die Ergebnisse nicht immer signifikant nachzuweisen sind.

Auch unter Berücksichtigung der anderen Einflussfaktoren im Modell ist die Zugehörigkeit zu den genannten Problemgruppen mit stark erhöhten Risiken von Mehrfachbenach-

⁴ Zur Erinnerung: Die Gruppen schliessen sich gegenseitig nicht aus: Eine Person kann mehreren der aufgeführten Gruppen angehören. Die meisten der Problemgruppen sind in der einkommensschwachen Bevölkerung deutlich übervertreten.

teilungen verbunden. Zur Quantifizierung des objektiven Deprivationsrisikos einer bestimmten Gruppe kann das Verhältnis zwischen dem Anteil Betroffener (Kumulation von mindestens vier Problemlagen) und Nicht-Betroffener gebildet und dem entsprechenden Verhältnis einer Vergleichsgruppe gegenübergestellt werden.

Zusammenfassend die wichtigsten signifikanten Ergebnisse: Bei Einkommensschwachen ist – bei sonst gleichen Merkmalen – das Risiko, mindestens vier Problemlagen

zu kumulieren, 1,7-mal höher als im Mittelstand und sogar 3,4-mal höher als bei Wohlhabenden. Personen ohne nachobligatorische Schulbildung haben ein eineinhalb mal grösseres Deprivationsrisiko als Personen mit hohem Bildungsniveau. Alleinerziehende tragen ein 3,3-mal höheres Risiko als kinderlose Paare und ausländische Staatsangehörige ein 1,8-mal höheres als Schweizerinnen und Schweizer.

Es ist noch beizufügen, dass der Überblick über die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Geschlechtern ergibt.

Kumulation von mindestens 4 objektiven Problemlagen: Risikoschätzungen (logistische Regression)

11.5*	Risikoverhältnisse
Einkommensschwach zu:	
Mittlere Einkommenslage	1,7 ***
Wohlhabend	3,4 ***
Obligatorische Schule zu:	
Sekundarstufe II	1,5 ***
Tertiärstufe	2,0 ***
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe zu:	
Führungskräfte, akadem. Berufe, Techniker	1,9 ***
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	1,5 *
Übrige Berufe Level 2 (mittleres Anforderungsniveau)	(1,2)
Hilfsarbeitskräfte	(1,0)
Nicht erwerbstätig, fehlende Angabe	1,4 *
Selbständigerwerbende ohne Angestellte zu:	
Personen mit anderer Hauptaktivität	(0,8)
25- bis 39-Jährige zu:	
15 – 24	(1,0)
40 – 61/64	(1,4)
62/65 oder älter	1,4 *
Frauen zu:	
Männer	(1,2)
Alleinerziehende zu:	
Alleinlebende	3,8 ***
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten	3,3 ***
Partner/Partnerinnen mit Kind(ern)	(1,3)
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	(11,5)
Andere Situation	3,0 ***
Ausländer/innen zu:	
Schweizer/innen	1,8 ***
Italienische Schweiz zu:	
Deutsche Schweiz	1,7 *
Französische Schweiz	(1,5)

Die Risikoverhältnisse entsprechen den odds ratios (odds Referenzkategorie / odds Vergleichsgruppe).

Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für Personen aus einkommensschwachen Haushalten ein 1,7-mal grösseres Risiko (odds) als für Personen mit mittlerem Einkommen.

Wegen des Problems der Multikollinearität und der knappen Stichprobengrösse (N=4369) mussten gewisse Berufsgruppen und Hauptaktivitäten zusammengefasst werden.

* p <= 0.05 ** p <= 0.01 *** p <= 0.001 (nichtsignifikante Werte in Klammern gesetzt)

Die Referenzkategorien sind fett gedruckt

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

11.2 Subjektive Problemlagen und Identifikation der Problemgruppen

Wie bereits aus Kapitel 10.1 hervorgegangen ist, ist die Lebenszufriedenheit in der Schweiz global betrachtet sehr hoch. Es hat sich aber auch herausgestellt, dass der Anteil der eher Unzufriedenen unter den Einkommensschwachen deutlich höher ist als im Bevölkerungsdurchschnitt. Im Folgenden sollen die Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens in einem umfassenderen Rahmen untersucht werden, der neben der Einkommenslage auch andere Erklärungsfaktoren einschliesst. Analog zum vorangehenden Kapitel konzentrieren wir uns auf die Erkennung von Problemlagen. Eine solche liegt dann vor, wenn einer oder mehrere der betrachteten Lebensbereiche deutlich negativer bewertet werden als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Tabelle 11.6 zeigt im Überblick, inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen in Bezug auf die ausgewählten subjektiven Problemmerkmale (vgl. Tabelle 11.2) Defizite aufweisen. Wie im vorangehenden Kapitel sprechen wir von einem Defizit, wenn der Anteil Betroffener mehr als 30% vom «Gesamtdurchschnitt» (Anteil Betroffener in Gesamtbevölkerung) abweicht. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf Problemgruppen mit auffälligen Mehrfachbenachteiligungen im subjektiven Bereich. Der Zusammenhang zwischen subjektiven und objektiven Problemlagen wird erst im anschliessenden Kapitel analysiert.

Zufriedenheitsskala 0 – 10

Die hier verwendeten Indikatoren zum subjektiven Wohlbefinden basieren auf einer Serie von Fragen (vgl. Kap. 10) zur Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen im Rahmen des telefonischen Zusatzinterviews «Lebensbedingungen». Dabei kam eine von 0 bis 10 reichende Skala zur Anwendung, die lediglich in ihren Extrempunkten sprachlich verankert wurde (0 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»). Mit Werten dazwischen konnten die Befragten ihre Zufriedenheitsangabe abstufen.

Bei der Interpretation der Messresultate unterstellen wir gleich grosse Abstände zwischen den elf Skalenpunkten (Intervall-Skalenniveau). Die Mitte liegt demnach bei 5. Werte darüber deuten auf Zufriedenheit, Werte darunter auf Unzufriedenheit. Eine gewisse Skepsis gegenüber dieser Auslegung ist insofern nicht ganz unberechtigt, als gemäss unseren Beobachtungen die meisten Befragten ihren Zufriedenheitsgrad durch mehr oder weniger grosse Abstände zum rechten Pol (Skalenwert 10) zum Ausdruck brachten. Ob sie sich gleichzeitig die exakte Distanz zum linken Pol (Skalenwert 0) vor Augen halten konnten, darf bezweifelt werden, umso mehr, als die telefonische Interviewsituation hohe Ansprüche an das Vorstellungsvermögen stellt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Symmetrieannahme (Mitte exakt bei 5) zu einer gewissen Unterschätzung des Anteils Unzufriedener führen dürfte. Dennoch hat sich die 11-Punkte-Skala in der Umfragepraxis bewährt (vgl. <http://www.swisspanel.ch/file/about/faq/11pointscases.pdf>)

1. Alleinerziehende

Mit Abstand am negativsten beurteilen Alleinerziehende ihre Situation. Dabei handelt es sich fast ausschliesslich um Frauen. Gravierend erscheint speziell die Tatsache, dass sämtliche hier betrachteten Lebensbereiche markant schlechter bewertet werden als von der Gesamtbevölkerung und den andern Problemgruppen. Am deutlichsten manifestieren sich die prekären Lebensumstände der Alleinerziehenden in finanzieller Hinsicht. Selbst im Vergleich zur Gesamtheit der einkommensschwachen Personen ist der Anteil der finanziell Unzufriedenen deutlich höher. Aber auch die hohe zeitliche Belastung in Familie und Beruf wirkt sich negativ auf das Wohlbefinden aus. Wohl mit diesen beiden Hauptfaktoren zusammenhängend wird auch die Zufriedenheit mit dem Familienleben und den sozialen Kontakten stark beeinträchtigt.

2. Ausländerinnen und Ausländer

Auch unter den Ausländerinnen und Ausländern gibt es einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen, die mit verschiedenen Aspekten ihres Lebens nicht zufrieden sind. Am deutlichsten zeigt sich diese subjektive Benachteiligung in finanzieller Hinsicht. Selbst unter Berücksichtigung anderer wichtiger Einflussfaktoren wie Bildung und beruflicher Zugehörigkeit besteht diesbezüglich eine signifikante Differenz zu den Schweizerinnen und Schweizern.⁵ Auf ein Defizit deutet auch die Bewertung des Freizeitbereichs. Dieses Ergebnis könnte Ausdruck einer teilweise unvollständigen Integration der ausländischen Bevölkerung ins kulturelle und soziale Leben der Schweiz sein. In eine ähnliche Richtung weist die Tatsache, dass im Verhältnis rund doppelt so viele ausländische wie schweizerische Staatsangehörige mit ihren sozialen Kontakten nicht zufrieden sind. Im Vergleich zu andern Bevölkerungsgruppen auffällig schlecht bewertet werden ausserdem das Familienleben und die Wohnsituation, wobei relativierend anzumerken ist, dass die Anteile der Unzufriedenen in diesen beiden Bereichen generell tief sind.

3. Einkommensschwache

Einkommensschwache Personen fühlen sich natürlich vor allem finanziell häufiger benachteiligt als die Gesamtbevölkerung. Doch auch bezüglich Gesundheit, Familienleben und sozialen Kontakten sind die Anteile der eher Unzufriedenen überdurchschnittlich hoch, wobei die Betroffenheit etwas weniger ausgeprägt ist als in materieller Hinsicht. Eine detailliertere Beschreibung des Zufriedenheitsprofils einkommensschwacher Personen findet sich in Kapitel 10.

⁵ Dieses Ergebnis geht aus einer hier nicht ausgewiesenen multivariaten Analyse hervor.

4. Dienstleistungs- und Verkaufsberufe, Anlagen- und Maschinenbediener

Auch Beschäftigte im Dienstleistungs- und Verkaufssektor (zu 70% Frauen) sind öfter unzufrieden mit ihrer finanziellen Situation, was nicht weiter erstaunt, sind sie doch gehäuft von Einkommensschwäche betroffen. Auch die sozialen Kontakte sowie der Schutz vor Kriminalität und Gewalt werden negativ bewertet. Ein ähnliches Profil weisen Anlagen- und Maschinenbediener auf, die materiell auch eher zu den weniger gut gestellten Berufsgruppen gehören. Im Vergleich zu den «Verkäuferinnen» sind Angehörige dieser Berufsgruppe häufiger unzufrieden mit ihrer Wohnsituation. Andererseits sind sie zufriedener mit ihrer persönlichen Sicherheit. Dieser Unterschied dürfte darauf zurückzuführen sein, dass diese Berufsgruppe im Gegensatz zu den Dienstleistungs- und Verkaufsberufen stark männlich geprägt ist.

Gewisse subjektive Benachteiligungen gehen auch aus den Angaben anderer Bevölkerungsgruppen hervor (z.B. Selbstständigerwerbende ohne Angestellte, 25- bis 39-Jährige, in italienischer Schweiz Wohnhafte). Sie sind jedoch weniger markant als bei den oben beschriebenen Gruppen und beschränken sich auf einzelne Problemmerkmale. Generell ist festzuhalten, dass die Zufriedenheit mit den verschiedenen Lebensbereichen hoch ist und die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen eher klein sind. Die beobachteten Problemlagen konzentrieren sich auf eine verhältnismässig kleine Zahl von Problemgruppen. Mit Abstand am schlechtesten stehen Alleinerziehende sowie Ausländerinnen und Ausländer da.

Als Nächstes wenden wir uns der Frage zu, inwieweit die betrachteten subjektiven Defizite auch bei einzelnen Individuen mehrfach vorkommen (vgl. Tabelle 11.7). Ziemlich genau die Hälfte der Gesamtbevölkerung bewertet keinen der betrachteten Lebensbereiche negativ. Von drei oder mehr subjektiven Problemlagen sind lediglich 11% betroffen. Es erstaunt kaum, dass die mehrfach Benachteiligten gehäuft jenen Gruppen angehören, die sich bereits in den obigen Ausführungen als Problemgruppen herauskristallisiert haben. Annähernd jede dritte Alleinerziehende ist in drei oder mehr Bereichen unzufrieden, und lediglich etwa jede fünfte ist von keinem Problem betroffen. Die zweitstärkste Kumulation ist bei Ausländerinnen und Ausländern zu beobachten. 19% sind von mindestens drei und weitere 18% von zwei subjektiven Defiziten betroffen. Auf der andern Seite weisen mit 41% etwa doppelt so viele Ausländer wie Alleinerziehende kein Defizit auf. Auch Personen aus einkommensschwachen Haushalten sind signifikant öfter als die Gesamtbevölkerung von Mehrfachbenachteiligungen betroffen, im Vergleich zu den Alleinerziehenden und Ausländern halten sich diese allerdings in Grenzen. Dasselbe gilt auch für die anderen der oben erwähnten subjektiven Problemgruppen.

Wie bereits im Kapitel zu den objektiven Problemlagen soll abschliessend das Zusammenspiel der verschiedenen Einflussfaktoren stärker in den Vordergrund gerückt werden. Mit Hilfe eines logistischen Regressionsmodells wird das Risiko untersucht, von mindestens drei subjektiven Problemlagen betroffen zu sein. Tabelle 11.8 bestätigt die bereits deskriptiv gewonnenen Erkenntnisse im Wesentlichen. Auch unter Berücksichtigung der anderen Einflussfaktoren im Modell ist die Zugehörigkeit zu den genannten Problemgruppen mit stark erhöhten Risiken von Mehrfachbenachteiligungen verbunden.⁶ So berechnet das Modell (unter Berücksichtigung der anderen Prädiktoren) beispielsweise für Alleinerziehende ein 2,6-mal höheres Kumulationsrisiko als für Paare mit Kind(ern) und sogar ein rund 4-mal höheres als für kinderlose Paare. Das Kumulationsrisiko der ausländischen Bevölkerung ist 1,9-mal grösser als jenes von Schweizer Staatsangehörigen. Auch Einkommensschwache sind von einem erhöhten Risiko betroffen⁷, allerdings nicht im selben Ausmass wie Ausländerinnen, Ausländer und Alleinerziehende. Die übrigen weiter oben genannten Risikofaktoren sind deutlich weniger ausgeprägt bzw. können nicht statistisch signifikant nachgewiesen werden, was auch mit der kleinen Stichprobengrösse zusammenhängt.

⁶ Die subjektiven Deprivationsrisiken werden auf dieselbe Art berechnet wie die objektiven (vgl. Hinweise weiter oben)

⁷ Statistisch signifikant ist nur der Unterschied zu Personen mit mittlerem Einkommen. Eine Rolle spielt hier, dass Letztere wesentlich zahlreicher in der Stichprobe vertreten sind als wohlhabende Personen.

Subjektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

11.6*	Hohe subjektive Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit ¹	Nicht zufrieden mit finanzieller Situation	Nicht zufrieden mit Freizeit	Nicht zufrieden mit Gesundheit
Gesamtbevölkerung	17,3	17,4	14,8	8,4
Einkommenslage				
Einkommensschwach	13,1	29,8	17,5	11,1
Mittlere Einkommenslage	16,6	15,8	13,9	8,0
Wohlhabend	25,2	6,1	14,0	6,0
Bildungsstand				
Obligatorische Schule	10,2	22,4	13,6	11,2
Sekundarstufe II	17,1	17,3	13,5	8,2
Tertiärstufe	26,9	11,3	19,9	5,2
Berufshauptgruppen nach ISCO88				
Nicht erwerbstätig, keine Angabe	9,6	17,4	9,3	12,1
Führungskräfte	27,8	9,2	22,6	4,3
Akademische Berufe	31,3	15,0	18,3	2,7
Techniker und gleichrangige Berufe	26,2	15,0	18,4	6,5
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	18,7	13,1	13,7	7,7
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	20,9	23,4	19,8	7,1
<i>Fachkräfte in der Landwirtschaft</i>	18,2	13,2	27,0	4,4
Handwerks- und verwandte Berufe	11,9	24,0	17,3	6,9
Anlagen- und Maschinenbediener	21,4	25,0	22,0	7,1
Hilfsarbeitskräfte	13,2	18,1	12,5	8,3
Hauptaktivität				
Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter ²	16,6	26,6	21,3	6,7
Berufstätig: übrige	26,1	17,1	19,5	5,9
<i>Auf Arbeitssuche</i>	10,4	55,9	14,6	10,9
In Ausbildung	5,8	21,9	13,3	5,1
Haus- und Familienarbeit	14,9	16,3	14,7	8,7
Rentnalter	4,5	10,8	3,3	12,1
Anderes	9,9	19,2	10,6	29,7
Alter				
15 – 24	9,3	21,3	10,6	4,2
25 – 39	25,6	21,2	20,9	5,5
40 – 54	25,0	18,0	19,7	9,7
55 – 61/64	10,1	12,4	12,4	12,3
62/65 – 74	3,8	11,2	3,4	10,7
75 oder älter	6,4	9,7	3,1	16,1
Geschlecht				
Männer	17,1	18,5	15,1	7,1
Frauen	17,6	16,4	14,5	9,6
Familiensituation				
Alleinlebende	18,4	22,6	10,6	10,7
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten	14,2	11,7	11,2	8,6
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	20,5	18,0	21,5	6,9
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	28,9	19,1	25,7	6,4
Alleinerziehende	34,6	40,0	29,6	13,0
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	6,2	19,3	8,0	3,4
Anderer Situation	17,8	18,1	15,6	11,1
Staatsangehörigkeit				
Schweizer/innen	16,3	14,9	13,0	7,8
Ausländer/innen	21,7	28,3	22,3	10,7
Sprachregion				
Deutsche und rätoromanische Schweiz	16,0	15,6	12,5	8,2
Französische Schweiz	23,2	22,6	20,9	7,9
Italienische Schweiz	8,9	20,9	20,1	12,6

Grau unterlegt: Abweichung gegenüber dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung $\geq 30\%$

¹ Die Frage nach der subj. Belastung durch Ueberstunden wurde nur Angestellten (inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb) gestellt. Der Belastungsindikator ist deshalb in Bezug auf die Gruppe der Selbständigerwerbenden nur bedingt aussagekräftig.

² Inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb (ohne Angestellte)

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Subjektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in %

Nicht zufrieden mit Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt	Nicht zufrieden mit Familienleben	Nicht zufrieden mit sozialen Kontakten	Nicht zufrieden mit Wohnsituation		11.6
13,5	5,5	8,0	6,4	Gesamtbevölkerung	
Einkommenslage					
16,8	8,0	11,0	8,9	Einkommensschwach	
12,8	5,0	7,5	5,6	Mittlere Einkommenslage	
11,3	4,1	5,7	5,6	Wohlhabend	
Bildungsstand					
16,7	6,7	8,3	6,6	Obligatorische Schule	
13,9	5,3	7,0	6,8	Sekundarstufe II	
8,4	4,6	10,2	4,9	Tertiärstufe	
Berufshauptgruppen nach ISCO88					
13,7	6,2	6,3	5,2	Nicht erwerbstätig, keine Angabe	
12,2	5,1	10,7	5,8	Führungskräfte	
9,1	6,8	9,2	7,1	Akademische Berufe	
11,1	5,2	7,2	7,4	Techniker und gleichrangige Berufe	
12,2	4,5	6,6	6,6	Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	
19,6	6,6	13,8	6,0	Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	
19,8	1,5	15,1	4,4	<i>Fachkräfte in der Landwirtschaft</i>	
13,5	4,1	7,4	6,6	Handwerks- und verwandte Berufe	
14,6	3,7	11,9	13,4	Anlagen- und Maschinenbediener	
17,9	3,1	5,2	9,8	Hilfsarbeitskräfte	
Hauptaktivität					
13,6	7,0	12,8	7,3	Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter	
12,9	5,7	10,2	7,3	Berufstätig: übrige	
12,0	6,5	11,4	13,7	<i>Auf Arbeitssuche</i>	
9,8	5,5	4,6	6,2	In Ausbildung	
17,1	3,1	6,7	5,7	Haus- und Familienarbeit	
14,3	6,0	3,3	3,3	Rentenalter	
13,3	7,4	9,1	9,2	Anderes	
Alter					
11,3	6,6	4,6	7,7	15 – 24	
13,6	5,3	10,6	8,9	25 – 39	
14,6	5,3	11,6	6,0	40 – 54	
12,2	4,4	5,3	3,6	55 – 61/64	
13,1	6,4	2,7	3,6	62/65 – 74	
18,0	5,0	5,0	2,4	75 oder älter	
Geschlecht					
11,2	6,0	7,9	6,5	Männer	
15,6	5,1	8,0	6,3	Frauen	
Familiensituation					
13,7	15,0	6,8	8,2	Alleinlebende	
12,0	2,6	5,8	4,6	Partner/Partnerinnen in 2-Personen- haushalten	
14,8	2,0	11,8	7,2	Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	
12,9	0,7	13,6	7,7	Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	
21,2	19,6	14,7	11,2	Alleinerziehende	
9,5	6,5	3,0	4,9	Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	
17,6	4,4	8,5	6,4	Andere Situation	
Staatsangehörigkeit					
12,9	4,7	6,8	5,4	Schweizer/innen	
16,1	9,2	13,2	10,4	Ausländer/innen	
Sprachregion					
14,0	5,3	7,4	6,6	Deutsche und rätoromanische Schweiz	
12,2	6,5	9,2	6,2	Französische Schweiz	
12,4	4,8	10,7	3,3	Italienische Schweiz	

Lesebeispiel: 17,5% der Einkommensschwachen sind nicht zufrieden mit ihrer Freizeit. Für Vertrauensintervalle siehe Tabelle in Anhang (Vorsicht ist insbesondere bei den Ergebnissen der kursiv gedruckten Gruppen geboten, die mit weniger als 100 Beobachtungen in der Stichprobe vertreten sind).

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Kumulationen von subjektiven Problemlagen, Anteil Betroffene in %

11.7*	Anzahl Problemlagen			
	0	1	2	3+
Gesamtbevölkerung	51,8	24,4	12,7	11,1
Einkommenslage				
Einkommensschwach	44,9	24,1	15,6	15,4
Mittlere Einkommenslage	54,1	23,5	12,3	10,2
Wohlhabend	53,8	27,6	10,3	8,4
Bildungsstand				
Obligatorische Schule	52,6	22,1	13,3	12,0
Sekundarstufe II	52,9	23,7	12,3	11,1
Tertiärstufe	47,7	29,2	13,1	10,0
Berufshauptgruppen nach ISCO88				
Nicht erwerbstätig, keine Angabe	57,7	21,7	11,1	9,5
Führungskräfte	44,4	32,2	(13,5)	9,9
Akademische Berufe	42,9	32,4	12,2	12,5
Techniker und gleichrangige Berufe	48,1	27,2	13,2	11,5
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	50,7	28,6	13,1	7,6
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	45,2	22,9	16,2	15,8
Fachkräfte in der Landwirtschaft	52,1	(19,0)	(11,9)	(17,1)
Handwerks- und verwandte Berufe	53,1	22,5	13,2	11,3
Anlagen- und Maschinenbediener	50,2	(14,9)	(15,8)	(19,1)
Hilfsarbeitskräfte	52,0	21,0	(17,2)	(9,7)
Hauptaktivität				
Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter ¹	43,7	27,2	(15,3)	(13,8)
Berufstätig: übrige	46,8	25,8	13,6	13,9
Auf Arbeitssuche	29,0	(31,3)	(25,9)	(13,9)
In Ausbildung	58,6	22,4	11,2	(7,8)
Haus- und Familienarbeit	51,1	26,1	13,8	9,1
Rententalter	65,7	20,6	8,0	5,7
Anderes	52,8	(17,0)	(16,2)	(13,9)
Alter				
15 – 24	59,4	20,1	11,5	9,0
25 – 39	43,3	26,8	15,5	14,3
40 – 54	44,4	26,6	15,1	14,0
55 – 61/64	58,0	24,8	9,5	7,7
62/65 – 74	66,4	20,4	8,0	(5,2)
75 oder älter	63,7	21,1	(7,8)	(7,3)
Geschlecht				
Männer	53,3	23,9	11,5	11,3
Frauen	50,4	24,9	13,8	10,9
Familiensituation				
Alleinlebende	47,0	25,8	14,0	13,1
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten	58,3	24,2	10,9	6,6
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	48,5	23,8	13,5	14,2
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	42,6	24,4	17,2	15,8
Alleinerziehende	(21,6)	36,4	(12,7)	29,2
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	63,6	20,2	(10,2)	(6,0)
Anderer Situation	48,1	24,7	14,3	12,9
Staatsangehörigkeit				
Schweizer/innen	54,4	24,9	11,5	9,2
Ausländer/innen	40,8	21,9	18,1	19,2
Sprachregion				
Deutsche und rätoromanische Schweiz	53,4	24,7	11,8	10,0
Französische Schweiz	46,9	23,5	15,0	14,6
Italienische Schweiz	51,1	23,2	14,9	10,9

¹ Inkl. Arbeitnehmer/innen im eigenen Betrieb (ohne Mitarbeiter)

100% = Total der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (horizontale Prozentanteile)

Resultate, die auf 10 bis 29 Interviews basieren, sind in Klammern dargestellt; solche, die auf unter 10 Interviews basieren, sind nicht ausgewiesen.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Kumulation von mind. 3 subjektiven Problemlagen: Risikoschätzungen (Logistische Regression)

11.8*	Risikoverhältnisse
Einkommenschwach zu:	
Mittlere Einkommenslage Wohlhabend	1,5 *** (1,5)
Obligatorische Schule zu:	
Sekundarstufe II Tertiärstufe	(1,2) 1,5 *
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe zu:	
Führungskräfte, akadem. Berufe, Techniker Bürokräfte, kaufmännische Angestellte Übrige Berufe Level 2 (mittleres Anforderungsniveau) Hilfsarbeitskräfte Nicht erwerbstätig, fehlende Angabe	(1,2) 1,9 * (1,1) (1,8) (1,2)
Selbständigerwerbende ohne Angestellte zu:	
Personen mit anderer Hauptaktivität	(1,1)
25- bis 39-Jährige zu:	
15 – 24 40 – 61/64 62/65 oder älter	(1,1) 1,6 *** 2,5 ***
Frauen zu:	
Männer	(0,9)
Alleinerziehende zu:	
Alleinlebende Partner/Partnerinnen in (2-Personenhaushalten) Partner/Partnerinnen mit Kind(ern) Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig) Andere Situation	1,9 *** 4,1 *** 2,6 *** 6,6 *** 2,4 ***
Ausländer/innen zu:	
Schweizer/innen	1,9 ***
Italienische Schweiz zu:	
Deutsche Schweiz Französische Schweiz	(0,9) 0,6 *

Die Risikoverhältnisse entsprechen den odds ratios (odds Referenzkategorie / odds Vergleichsgruppe).

Lesebeispiel: Unter Berücksichtigung der anderen Erklärungsfaktoren schätzt das Modell für Alleinerziehende ein 2,6-mal grösseres Risiko (odds) als für Partner/innen mit Kind(ern).

Wegen des Problems der Multikollinearität und der knappen Stichprobengrösse (N=4369) mussten gewisse Berufsgruppen und Hauptaktivitäten zusammengefasst werden.

* p <= 0.05 ** p <= 0.01 *** p <= 0.001 (nichtsignifikante Werte in Klammern gesetzt)

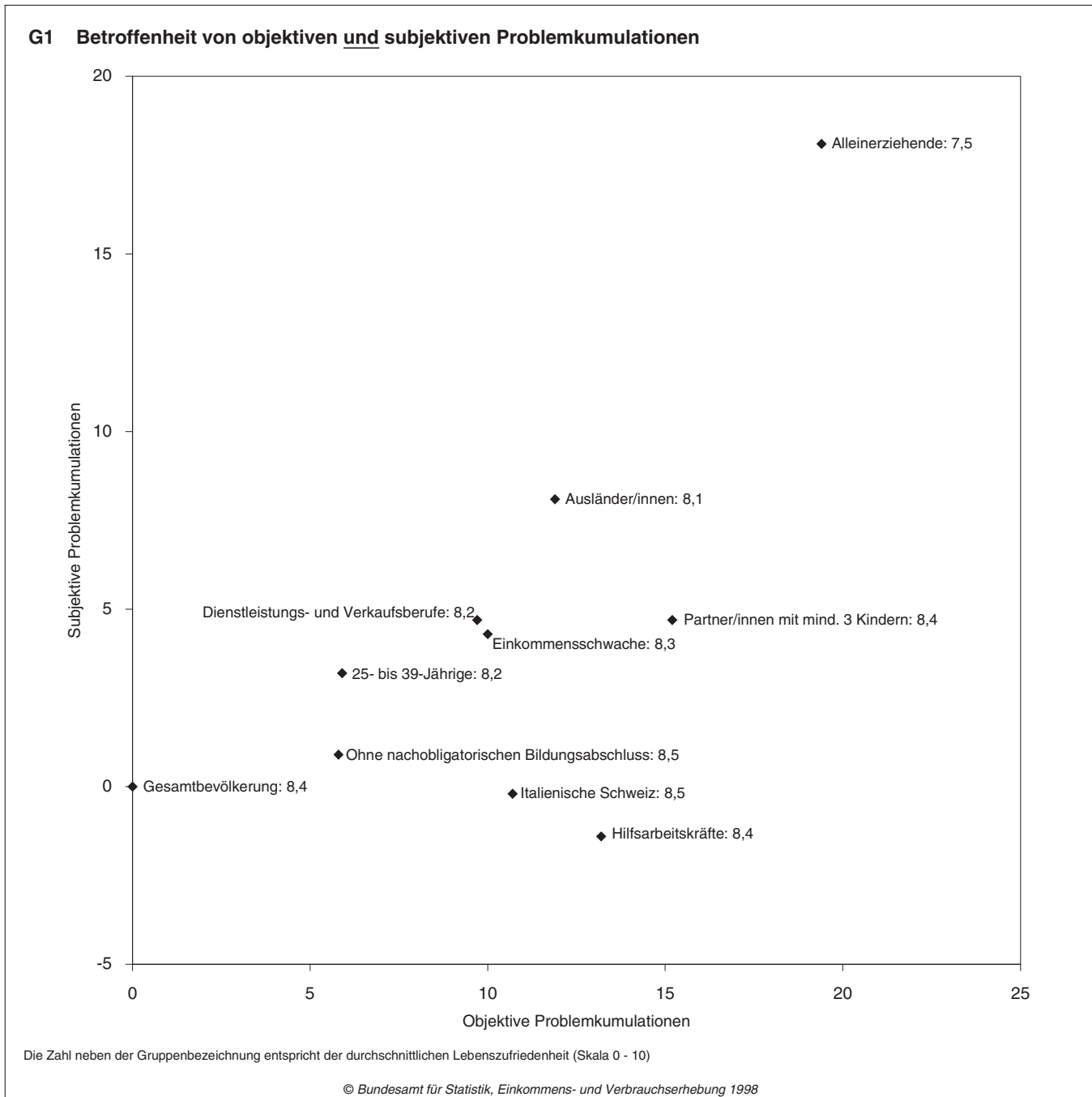
Die Referenzkategorien sind fett gedruckt.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

11.3 Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen

Zum Abschluss dieses Kapitels soll der Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen näher untersucht werden. Überschneidungen, so unsere Hypothese, lassen auf einen besonders stark ausgeprägten Deprivationsgrad schliessen.⁸ Die Erforschung der Lebensqualität in wohlhabenden Industrienationen hat übereinstimmend

ergeben, dass der Zusammenhang zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden global gesehen verhältnismässig schwach ist.⁹ Daraus den Schluss zu ziehen, diese beiden Dimensionen existierten weitgehend unabhängig voneinander, wäre aber voreilig. Vielmehr kommt die subjektive Wahrnehmung über vielfältige Vergleichsprozesse und unterschiedliche Anspruchsniveaus zustande, was die Analyse der Zusammenhänge zwischen den objektiven und subjektiven Komponenten der Lebensqualität zu einer



⁸ Daraus zu schliessen, dass von den Betroffenen nicht wahrgenommene Problemlagen gesellschaftspolitisch irrelevant seien, ist natürlich unzulässig.

⁹ Vgl. etwa Veenhoven 1999.

komplexen Angelegenheit werden lässt. Je nach Lebenssituation, sozialer Stellung oder Werteorientierung können die Erwartungen an ein «gutes Leben» weit auseinander gehen. Dies trifft speziell auf hochentwickelte, durchorganisierte Wohlstandsgesellschaften zu, in denen die Deckung der physischen Grundbedürfnisse gewissermassen den Normalfall darstellt. Wir gehen jedoch davon aus, dass in den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten solcher Gesellschaften ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden besteht als in materiell besser gestellten Milieus. Es ist demnach zu erwarten, dass ein hoher Anteil von jenen, die objektiv schlecht dastehen, dies subjektiv auch so empfinden.¹⁰

Zunächst fassen wir die Ergebnisse der beiden vorangehenden Kapitel mittels einer grafischen Gesamtdarstellung zusammen. Darauf aufbauend definieren wir vier Deprivationslagen und zeigen, wie diese auf die Bevölkerung verteilt sind. Als zusätzliche Dimension wird abschliessend die allgemeine Lebenszufriedenheit mit in die Analysen einbezogen.

1. Allgemeiner Überblick

Die Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen von Problemkumulationen wurde bisher für objektive und subjektive Probleme getrennt dargestellt. Um einen Überblick über das Zusammenspiel beider Dimensionen zu gewinnen, werden nun diese Resultate einander gegenübergestellt: Welche Gruppen kumulieren sowohl objektive als auch subjektive Problemlagen? In welchem Umfang sind sie betroffen?

Die besonders benachteiligten Gruppen sind (G1) grafisch in einem Koordinatensystem dargestellt. Die horizontale Achse illustriert die Betroffenheit von objektiven, die vertikale Achse jene von subjektiven Problemkumulationen.

Die Anteile Betroffener in der Gesamtbevölkerung bilden den Nullpunkt. Zur Erinnerung: In der Gesamtbevölkerung kumulieren 16% mindestens 4 objektive Problemlagen und 11% mindestens 3 subjektive Problemlagen. Mit anderen Worten sind gemäss unserer Definition die eben erwähnten Anteile der Gesamtbevölkerung von objektiver bzw. subjektiver Mehrfachbenachteiligung betroffen.

Die im vorangehenden Kapitel errechneten Resultate für die benachteiligten Gruppen werden im Koordinatensystem eingetragen. Dabei werden die Referenzwerte aus der Differenz der Betroffenheitsanteile der untersuchten Gruppen zum Anteil der Gesamtbevölkerung errechnet.¹¹

Es fällt auf, dass die meisten, aber nicht alle Problemgruppen sowohl objektive wie auch subjektive Problemlagen kumu-

lieren. Alle aufgeführten Gruppen stehen objektiv bedeutend schlechter da als dies in der Gesamtbevölkerung der Fall ist. Jedoch empfinden nicht ganz alle Gruppen dies auch subjektiv so. Hilfsarbeitskräfte und Personen aus der italienischen Schweiz scheinen beispielsweise zu einem ähnlichen Anteil subjektive Probleme zu kumulieren wie die Gesamtbevölkerung, obwohl sie zu einem hohen Anteil von objektiven Problemkumulationen betroffen sind. Auch bei Personen ohne nachobligatorische Schulbildung weicht der Anteil subjektiv Benachteiligter höchstens geringfügig von jenem der Gesamtbevölkerung ab.

Bei den restlichen Gruppen scheinen objektive effektiv mit subjektiven Problemkumulationen einher zu gehen. Die im Bericht bereits öfters festgestellte prekäre Lage der Alleinerziehenden kommt in der Grafik besonders stark zum Ausdruck. Sie stehen sowohl objektiv wie auch subjektiv bedeutend schlechter da als alle übrigen Problemgruppen.

Allgemein sind bei den subjektiven Problemkumulationen geringere Unterschiede zwischen den Gruppen zu bemerken als bei den objektiven: Die Gruppen liegen auf der vertikalen, subjektiven Achse näher beisammen.

Auf die Frage, inwiefern sich die Problemkumulationen in der allgemeinen Lebenszufriedenheit widerspiegeln, wird in einem späteren Abschnitt näher eingegangen. Zur Illustration wird der Mittelwert der Lebenszufriedenheiten (Skala von 0 bis 10) bereits in die Grafik mit einbezogen. Es fällt auf, dass dieser bei den Alleinerziehenden (7,5) niedriger ist als bei den anderen Gruppen, wobei die Lebenszufriedenheit allgemein eher hoch ist. Man kann vermuten, dass hier ein Zusammenhang mit der benachteiligten Lage dieser Bevölkerungsgruppe besteht. Bei den übrigen Gruppen variiert der Mittelwert nur minim, zwischen 8,1 und 8,5.

2. Deprivationslagen

Objektive und subjektive Problemkumulationen lassen sich weiter zusammenfassen zu vier Deprivationslagen, die in der folgenden Vierfeldertafel schematisch dargestellt sind (G2).¹²

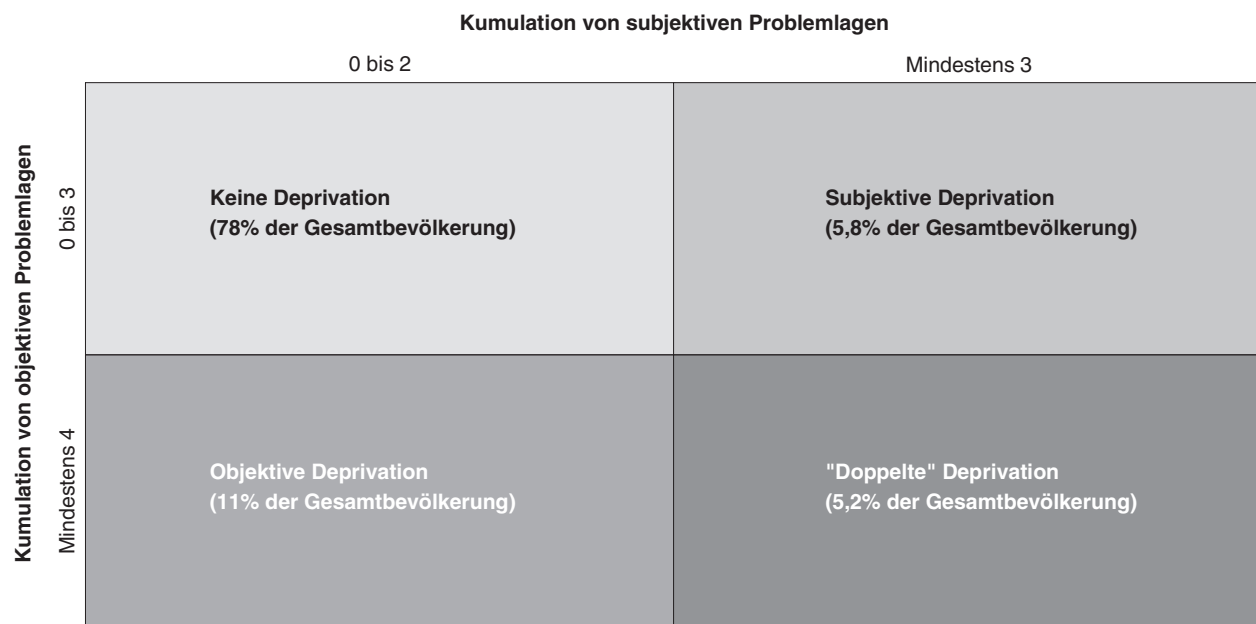
Den höchsten Deprivationsgrad weisen Individuen auf, welche gleichzeitig objektive und subjektive Problemlagen kumulieren, also von wenigstens vier objektiven und drei subjektiven Problemmerkmalen betroffen sind. Als wenig oder überhaupt nicht benachteiligt gelten Personen, die weder objektiv noch subjektiv Defizite kumulieren. Zwischen diesen beiden Extremlagen sind jene Individuen einzuordnen, die entweder nur von objektiven oder subjektiven Problemkumulationen betroffen sind.

¹⁰ Glatzer, Zapf (1984) verwenden für diese Wohlfahrtskonstellation den Begriff «Deprivation». Ansonsten ist das vielzitierte Modell von Glatzer und Zapf nicht auf unsere Fragestellung übertragbar, weil wir den Fokus auf den unteren Skalenbereich, die prekären Lebensbedingungen, legen.

¹¹ In Prozentpunkten: Konkret wird für die horizontale Achse in jeder Gruppe vom Anteil objektiv Betroffener 16,3% subtrahiert, da der Anteil Betroffener in der Gesamtbevölkerung (also 16,3%) den Nullpunkt bildet.

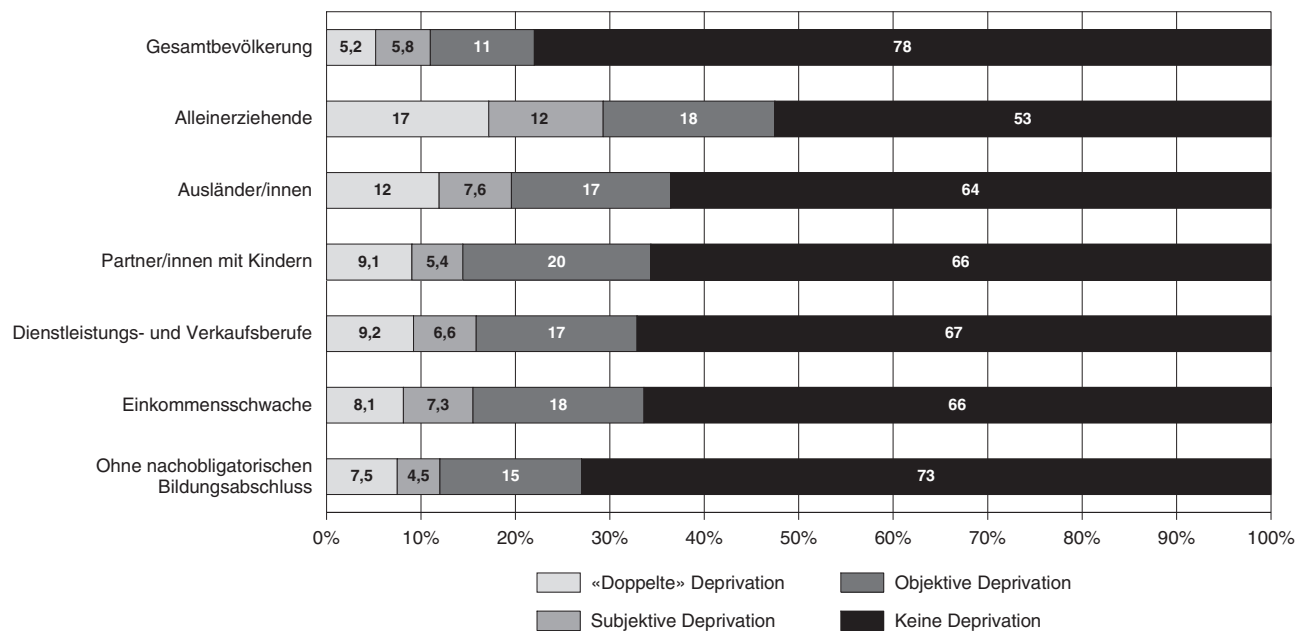
¹² Grundsätzlich wäre auch ein zusammenfassender Kumulationsindex denkbar, der objektive und subjektive Defizite beliebig mischt. Unseres Erachtens wäre aber ein solches Konstrukt analytisch fragwürdig und letztlich von zu geringer Aussagekraft.

G2 Deprivationslagen



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

G3 Deprivationslagen nach Problemgruppen

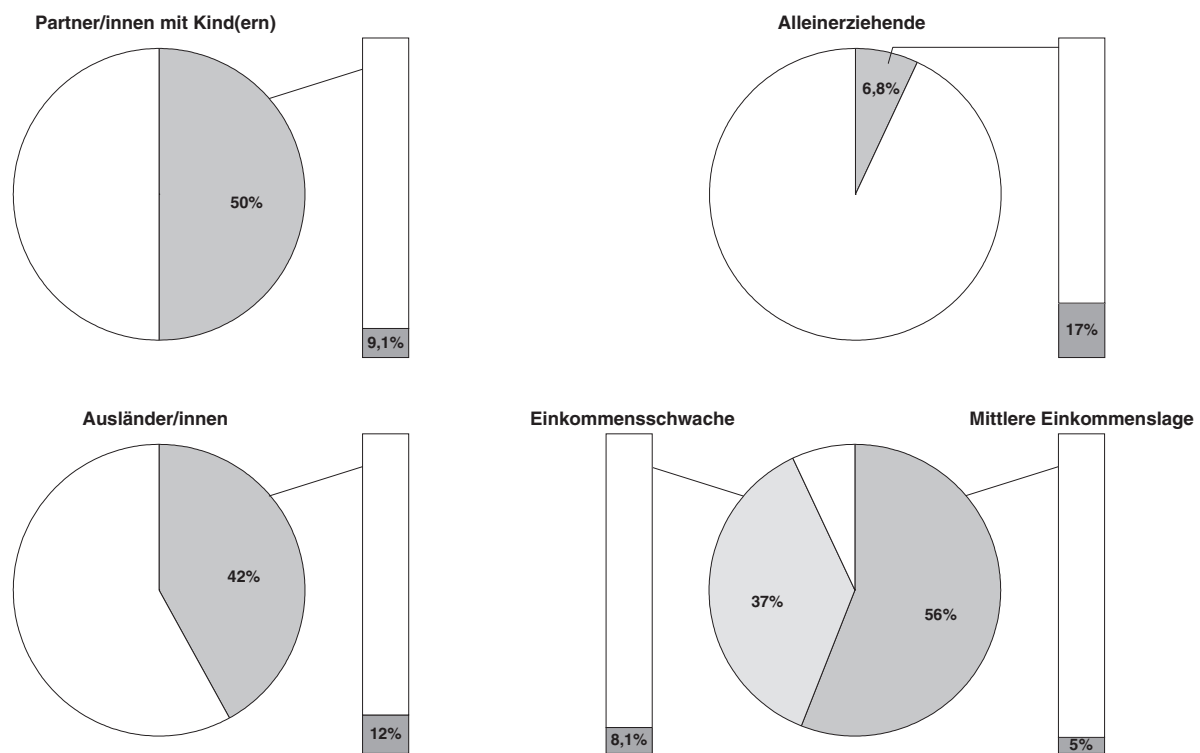


© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Gesamtbevölkerung (ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren) teilt sich folgendermassen auf die vier Deprivationslagen auf: 22% weisen Mehrfachbenachteiligungen auf, egal ob in subjektiver oder objektiver Hinsicht. Bei rund 5% sind sowohl das subjektive Wohlbefinden als auch

die äusseren Lebensbedingungen stark beeinträchtigt. In welchem Ausmass sind die Problemgruppen betroffen? Mit Deprivation in ihrer stärksten Form sind 17% der Alleinerziehenden und 12% der ausländischen Bevölkerung konfrontiert (G3). Deutlich tiefer, aber immer noch signifikant über

G4 Anteil ausgewählter Gruppen am Total der doppelt Deprivierten (Kuchendiagramme) und Anteil doppelt Deprivierter innerhalb der ausgewählten Gruppen (Säulendiagramme)



Lesebeispiel: Über die Hälfte der doppelt Deprivierten sind Partner/innen mit Kind(ern). 9,1 Prozent der Partner/innen mit Kind(ern) sind doppelt depriviert.

© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

dem Gesamtdurchschnitt liegen die entsprechenden Werte der übrigen in G3 verzeichneten Problemgruppen (Anteile zwischen 7 und 9%).¹³

Umgekehrt sind nur etwas mehr als die Hälfte aller Alleinerziehenden weder objektiv noch subjektiv von Mehrfachbenachteiligungen betroffen. In der Gesamtbevölkerung sind es gut drei Viertel. Die Anteile der übrigen aufgeführten Problemgruppen liegen nahe beisammen in der Mitte zwischen diesen beiden Extremwerten.

Die bisherigen Ausführungen haben Aufschluss gegeben über den Deprivationsgrad verschiedener sozialer Gruppen. Doch welches sind die Auswirkungen auf die Zusammensetzung der von doppelter Deprivation Betroffenen? Zwar sind Alleinerziehende deutlich überrepräsentiert, doch auf Grund ihres kleinen Bevölkerungsanteils machen sie nur einen kleinen Prozentsatz der doppelt Deprivierten aus (6,8%). Familienmütter und -väter sind zu 9,1% vom Phänomen betroffen,

machen aber 50% der doppelt Deprivierten aus. Mit 42% bemerkenswert hoch ist auch der Anteil der ausländischen Bevölkerung. Deutlich überrepräsentiert sind mit 37% auch Personen aus einkommensschwachen Haushalten. Dennoch gehört mehr als die Hälfte (56%) der doppelt Deprivierten der mittleren Einkommensgruppe an. Dies ist ein Hinweis dafür, dass die Problemgruppen zwar ein überdurchschnittlich hohes Deprivationsrisiko tragen, das Phänomen als solches jedoch bis weit in den Mittelstand hinein soziale Realität darstellt.¹⁴ Grafik 4 zeigt für einige ausgewählte Gruppen, wie viele Individuen von doppelter Deprivation betroffen sind und welchen Anteil am Total der doppelt Deprivierten sie ausmachen.

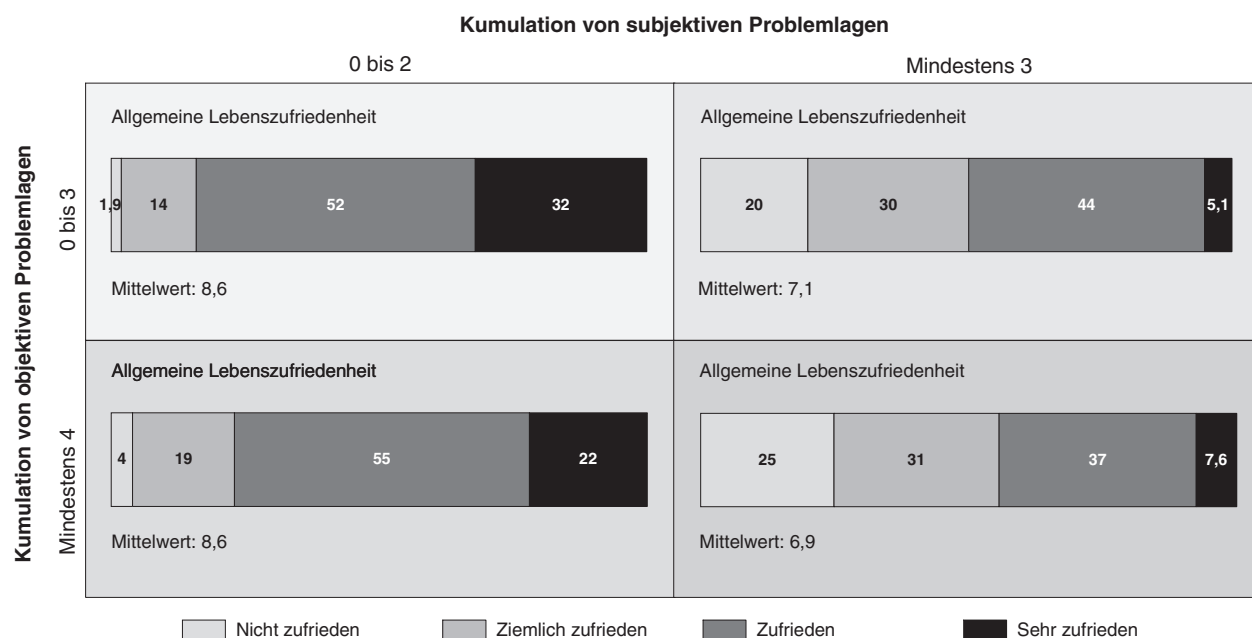
Zum Abschluss gehen wir der Frage nach, wie die verschiedenen Deprivationslagen zusammenhängen und in welchem Bezug zur allgemeinen Lebenszufriedenheit sie stehen.

Wie wir weiter oben festgestellt haben, weisen 16% der Bevölkerung mindestens vier objektive Defizite auf. Inner-

¹³ Eine gewisse Vorsicht ist insofern geboten, als die ermittelten Prozentwerte teilweise auf kleinen Fallzahlen in der Stichprobe basieren. Dies ist auch der Grund, weshalb hier nicht mehr alle erwähnten Problemgruppen ausgewiesen werden. Die aufgeführten Problemgruppen unterscheiden sich zwar bezüglich Deprivationslagen signifikant vom Rest der Bevölkerung, doch eine statistisch gesicherte Ermittlung der Anteile ist nur in einem relativ breiten Band möglich. So liegt der «wahre» Anteil Alleinerziehender, die sowohl von objektiven als auch subjektiven Problemkumulationen betroffen sind, mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 10 und 25%. Das entsprechende Intervall bei der ausländischen Bevölkerung liegt zwischen 8,5 und 14,5%.

¹⁴ Aufgrund der kleinen Fallzahl in der Stichprobe kann die Teilgruppe der doppelt Deprivierten aus dem Mittelstand leider nicht differenziert analysiert werden. Tendenziell scheinen auch innerhalb dieser Gruppe Ausländer/innen und Partner/innen mit Kindern übervertreten zu sein.

G5 Lebenszufriedenheit nach Deprivationslagen



halb dieser Gruppe kumuliert rund ein Drittel mehrere subjektive Problemlagen, was einer im Vergleich zur restlichen Bevölkerung nicht ganz viermal grösseren Wahrscheinlichkeit entspricht. Wenn wir umgekehrt von den 11% mit subjektiven Problemlagen ausgehen, ist davon sogar beinahe die Hälfte von objektiven Problemlagen betroffen. Dies entspricht im Vergleich zur übrigen Bevölkerung ebenfalls einer etwa viermal grösseren Wahrscheinlichkeit.

Zwischen der Bewertung verschiedener Lebensbereiche und den objektiven Lebensbedingungen existiert demzufolge eine enge Korrelation. Doch inwieweit hat dies Auswirkungen auf die allgemeine Lebenszufriedenheit?¹⁵

Einerseits macht Grafik 5 deutlich, dass die objektive und subjektive Komponente keineswegs immer in dieselbe Richtung weist. Zahlreiche Individuen, die objektiv unter schlechten Bedingungen leben (vgl. Quadrat links unten), sind kaum weniger zufrieden mit ihrem Leben als der Bevölkerungsteil ohne Mehrfachbenachteiligungen (Quadrat links oben). Diese scheinbare Inkonsistenz dürfte mit der weiterverbreiteten Tendenz zusammenhängen, sich den gegebenen Lebensumständen bis zu einem gewissen Grad anzupassen.

Andererseits spiegelt sich die Korrelation zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen deutlich im Grad der Lebenszufriedenheit wider. Je nach Deprivationslage schwankt der Anteil der eher Unzufriedenen zwischen 1,9% (Gruppe ohne

Mehrfachbenachteiligung) und 25% (doppelt Deprivierte), der Anteil Hochzufriedener zwischen 32% und 7,6%. Einen entscheidenden Einfluss scheint die Bewertung der einzelnen Lebensbereiche auszuüben. Wer subjektive Defizite kumuliert, anders ausgedrückt mit mehreren Aspekten des Lebens unzufrieden ist, gehört auch bezogen auf das Leben im Allgemeinen tendenziell der Gruppe der Unzufriedenen an. Wie der Vergleich zwischen den oberen und unteren Quadranten zeigt, haben objektive Benachteiligungen bei gleicher subjektiver Betroffenheit nur vergleichsweise kleine Beeinträchtigungen der Lebenszufriedenheit zur Folge. Schlechte Lebensbedingungen scheinen sich also nicht direkt, sondern eher über die Negativbewertung einzelner Lebensbereiche auf das generelle Wohlbefinden auszuwirken.

11.4 Schlussfolgerungen

Die Ungleichheitsstrukturen wurden durch die Entwicklungen der Wohlfahrtsgesellschaft auf ein vergleichsweise höheres Niveau angehoben, jedoch nicht aufgehoben. Ulrich Beck veranschaulicht das Phänomen durch die Metapher vom «Fahrstuhleffekt», welche die kollektive Zunahme an Ressourcen und Sicherheit bei gleichzeitigem Fortbestehen sozialer Ungleichheit beschreibt.¹⁶

«Wohlstand und Wohlbefinden», gemeint als objektive Lebensbedingungen und deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung, ist das leitende Begriffspaar des vorliegenden Berichts:

¹⁵ Vgl. Kasten mit Definitionen in Kapitel 10.1

¹⁶ Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag; nach Mau, Steffen: «Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden», in: Zapf, Habich, 1996, 51ff.

Wie kumulieren sie sich zu Problemlagen? Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders von Mehrfachbenachteiligung betroffen? Und wie eng sind die beiden Dimensionen miteinander verbunden? Dies waren die zentralen Fragestellungen im analytischen Teil zu den Problemlagen.

Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind stärker von Problemmerkmalen betroffen als andere. In einigen Gruppen treten schlechtere Lebensbedingungen zudem gehäuft auf, was mitunter zu einer Problemlage führt, aus der es nicht einfach ist, zu entfliehen. Die Analysen führten zu übereinstimmenden Ergebnissen: Personen aus, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, besonders betroffenen Gruppen weisen auch häufiger eine Problemkumulation auf.

Materielle Deprivation, insbesondere Einkommensschwäche, hat zweifellos Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Lebensqualität. In der Tat gehören einkommensschwache Haushalte zu den mehrfach benachteiligten Gruppen. In anderen Problemgruppen sind jedoch die Defizite in gleichem Ausmass vorhanden oder sogar deutlich ausgeprägter, wie beispielsweise bei den Alleinerziehenden. Die Benachteiligung setzt sich daher aus mehreren Einflussfaktoren zusammen, tangiert verschiedene Lebensbereiche und ist sowohl objektiv als auch subjektiv fassbar.¹⁷ Es hat sich gezeigt, dass schlechtere objektive Lebensbedingungen oft mit einem beeinträchtigten Wohlbefinden einhergehen.

An dieser Stelle sei nochmals auf die in der Einleitung (Aussagekraft der Daten) erwähnten Einschränkungen verwiesen. Eine präzise Bestimmung des Gewichts der Einkommenssituation ist mit den verwendeten Indikatoren kaum möglich. Daher ist bei der Interpretation der Ergebnisse und bei den Schlussfolgerungen Folgendes zu berücksichtigen:

- Die Einkommenslagen sind nicht individuell, sondern auf Ebene der Haushalte erfasst.
- Die relativ breite Definition der Einkommenslagen (vgl. Einleitung) lässt keine feineren Risikoanalysen zu. Die Folgen von Einkommensschwäche im unteren Extrembereich der Verteilung sind nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.
- Es handelt sich um eine Querschnittsanalyse, die eine Momentaufnahme wiedergibt und nichts aussagt über die Entwicklung der Einkommenssituation der befragten Haushalte vor und nach der Erhebung. Somit können die Bewegungen in und aus schwierigen Situationen wie Einkommensschwäche, Deprivation und (Mehrfach-)Benachteiligung nicht beschrieben werden.

Ausgehend von den einzelnen Problemmerkmalen wurden die Analysen Schritt für Schritt verdichtet bis hin zu einer Eintei-

lung der Bevölkerung in ein vierstufiges Deprivationsmass.¹⁸ Gut drei Viertel der Bevölkerung weisen keine Deprivationslage im Sinne einer objektiven oder subjektiven Problemkumulation auf. Ein Anteil von 11% lebt in einer einzig auf objektiver Ebene mehrfach benachteiligten Situation. Eine subjektive Problemkumulation, welche sich auf objektiver Ebene nicht in einer Häufung von Defiziten niederschlägt, ist seltener und tritt bei 5,8% der Bevölkerung auf. Von «doppelter» Deprivation sind in der Schweiz 5,2% der Bevölkerung betroffen, was anteilmässig einer kleinen, jedoch besonders problematischen Gruppe entspricht. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine vielseitige Realität, der man im Grunde genommen mit einem Kennwert nicht gerecht werden kann. Das Schwergewicht bei den Ergebnissen einer solch verdichteten Analyse sollte vielmehr auf die Unterschiede bzw. die Verhältnisse zwischen den verschiedenen betroffenen Gruppen gelegt werden. Als die am stärksten durch eine schwierige und problematische Lebenssituation betroffene Gruppe sind immer wieder die Alleinerziehenden aufgefallen. Sie sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, aber auch zu den meisten anderen Problemgruppen, deutlich häufiger betroffen von Erwerbslosigkeit, einer hohen Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit, einer prekären finanziellen Lage und einer durchwegs tieferen Zufriedenheit mit allen untersuchten Lebensbereichen. Im Weiteren haben sich ausländische Staatsangehörige, Einkommensschwache und Beschäftigte in Dienstleistungs- und Verkaufsberufen als durchwegs benachteiligte Gruppen erwiesen. Familien mit Kindern sind unter den «doppelt» Deprivierten ebenfalls übervertreten. Wie sich aber sowohl bei den Problemmerkmalen als auch bei den Kumulationen gezeigt hat, sind bei dieser Gruppe schlechtere objektive Lebensbedingungen ausschlaggebender. Auf der subjektiven Seite weisen sie keine auffallende Defizitsituation auf.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit geht mit den Deprivationslagen einher: «Doppelt» Deprivierte sind deutlich unzufriedener als Personen, die nicht von einer Kumulation von Problemlagen betroffen sind. Das subjektive Wohlbefinden hat auf die Lebenszufriedenheit jedoch einen weit grösseren Einfluss als die objektiven Lebensbedingungen, was darauf hinweist, dass schlechtere objektive Lebensbedingungen sich nicht zwingend in einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Leben niederschlagen.

Unabhängig von ihrem jeweiligen Anteil in der Gesamtbevölkerung sind die oben genannten Gruppen als mehr oder weniger grosse Risikogruppen zu betrachten, deren Lebensqualität bedeutend beeinträchtigt ist. Genannt seien als Beispiel die Bedrohung objektiver Lebensbedingungen und die Marginalisierung sozial Benachteiligter. In anderen, ähnlich angelegten Studien kristallisieren sich in etwa dieselben Bevölkerungsgruppen als Problemgruppen heraus.¹⁹ Diesen Bevölkerungsgruppen gilt es daher besondere gesellschaftspolitische Beachtung zu schenken.

¹⁷ Damit lässt sich der Anteil an «doppelt» deprivierten Personen mittlerer Einkommenslagen erklären.

¹⁸ An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass sich die Analysen auf die in Privathaushalten lebende Bevölkerung beziehen. Mit anderen Worten heisst dies, dass bestimmte Gruppen, welche ebenfalls von den verschiedenen Formen von Deprivation betroffen sein könnten oder sind, nicht in der diesem Bericht zugrunde liegenden Untersuchungspopulation enthalten sind (z.B. Kollektivhaushalte und obdachlose Menschen).

¹⁹ Z.B. in der nationalen Armutsstudie von Leu et al., 1997 sowie im Bericht zu den Working Poor in der Schweiz von Streuli und Bauer, 2002.

12 Berufliche Integration: nähere Ausführungen

12.1 Einleitung

Im ersten Teil dieses Berichts wurden verschiedene Aspekte des Berufslebens aus dem Blickwinkel des Haushaltseinkommens analysiert. Im Falle der Erwerbstätigen ist klar, dass dieses Einkommen in direktem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht. Nun sollen diese Analysen vervollständigt werden. Die im ersten Teil ausgewählten Indikatoren verwenden den Begriff der beruflichen Integration so, wie ihn Serge Paugam in seiner Arbeit über die Arbeitnehmenden in prekären Arbeitsverhältnissen in Frankreich²⁰ definiert hat. Dieses Konzept bietet verschiedene Vorteile, unter anderem denjenigen, dass es sich zu anderen Aspekten der Lebensbedingungen in Beziehung setzen lässt. Es steht im Zentrum der im Folgenden präsentierten Analysen. Zunächst wird gemessen, welche Unterschiede bezüglich der beruflichen Integration in verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen²¹. Anschliessend wird untersucht, welcher Zusammenhang allenfalls zwischen dieser beruflichen Integration und einer sozialen Integration im weiteren Sinne existiert.

12.2 Methode

Die berufliche Integration wird hier wie in Kapitel 2 des ersten Teils auf der Basis des Modells von Paugam definiert. Sie beruht also auf der Zufriedenheit in Bezug auf das Berufsleben im Allgemeinen (Indikator der Zufriedenheit am Arbeitsplatz / Verhältnis zur Arbeit) und auf der Selbsteinschätzung der Gefahr, in den nächsten Jahren arbeitslos zu werden (Indikator der Beschäftigungssicherheit / Verhältnis zur Arbeitsstelle). Sie präsentiert sich wie folgt:

		Verhältnis zur Arbeit	
		Positiv	Negativ
Verhältnis zur Arbeitsstelle	Positiv	gesicherte Integration	mühevoll Integration
	Negativ	unsichere Integration	disqualifizierende Integration

Die beiden verwendeten Variablen (Zufriedenheit in Bezug auf das Berufsleben und Selbsteinschätzung der Gefahr, arbeitslos zu werden) beruhen auf einer Antwortskala von

0 bis 10. Die positiven und negativen Ausprägungen im Verhältnis zur Arbeit und zur Arbeitsstelle werden hier als die obere und untere Hälfte dieser Skalen definiert (s. 2.4 für genauere Angaben).

Die vorgestellten Analysen befassen sich mit der beruflichen Integration als solche, bzw. mit ihren beiden Komponenten (Zufriedenheit am Arbeitsplatz und Beschäftigungsstabilität). Sie stützen sich ausschliesslich auf die Erwerbstätigen ab, genauer gesagt auf eine limitierte Stichprobe von 3090 Personen. Betrachtet werden in erster Linie die Variationen auf der Ebene der gesicherten Integration (Idealtyp), indem für jede betrachtete Untergruppe (z.B. Frauen, die in einem einkommensschwachen Haushalt leben) der prozentuale Anteil Personen präsentiert wird, die diesem Integrationstyp entsprechen. Die Wahl der gesicherten Integration hat den Vorteil, dass sie mehr Fälle zählt und deshalb selbst in kleinen Gruppen eine bessere Vergleichbarkeit gewährleistet. Diese Analysen beinhalten stets eine vertikale Lesung (Variationen nach dem analysierten Faktor), gefolgt von einer horizontalen Lesung (Variationen nach Einkommenslage) der vorgestellten Tabellen.

Das Modell von Paugam beruht auf einer komplexen Analyse verschiedenster Aspekte des Erwerbslebens. Es bietet damit eine Gesamtübersicht über die berufliche Integration, die verschiedene Dimensionen (ausgeübte Tätigkeit, Erwerbseinkommen, Stimmung, usw.) sowie objektive und subjektive Elemente berücksichtigt. Die Daten, die dieser Publikation zu Grunde liegen, erlauben keine zuverlässige Rekonstruktion dieses Modells und liefern daher lediglich eine Annäherung. Diese bietet zwar einen hinreichenden Überblick, um Vergleiche mit anderen Aspekten des Lebens der Personen zuzulassen, die ermittelten Ergebnisse sind jedoch mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten.

Paugam betont zudem, dass sich die berufliche Unsicherheit je nach dem System der Sozialen Sicherheit anders misst. In den Ländern, in denen dieses System wenig entwickelt ist (England), sind (schlechte) Arbeitsbedingungen für die Definition der beruflichen Unsicherheit entscheidend; insbesondere der Lohn ist ein unerlässlicher Bestandteil der Integration und des Sozialschutzes. In den Ländern hingegen, in denen dieses System gut entwickelt ist (Frankreich, Deutschland), hat die berufliche Unsicherheit eher mit der Beschäftigungsdimension der beruflichen Integration zu tun; dort ist in erster Linie die Beschäftigungssicherheit entscheidend für die Integration in das System der Sozialen Sicherheit. Da die Schweiz klar zur zweiten Gruppe gehört²², darf davon ausgegangen werden, dass sich das Modell von Paugam auf dieses Land gut anwenden lässt.

²⁰ Paugam (2000), *Le salarié de la précarité*, Paris: puf.

²¹ Es empfiehlt sich nicht, hier von einem Zusammenhang zwischen soziodemografischen Merkmalen und beruflicher Integration zu sprechen, denn auch wenn solche Verbindungen bestehen, sind sie selten direkt: Das Alter allein lässt keine Aussage über die berufliche Integration zu, es gehört aber – wie die Erfahrung – zu den verschiedenen Faktoren, welche ausschlaggebend sind für diese Integration.

²² Die Integration in das System der beruflichen Vorsorge (2. Säule) ist z.B. vom Beschäftigungstyp abhängig: Sie ist nur obligatorisch, wenn das Arbeitsverhältnis mindestens 3 Monate dauert und/oder der Jahreslohn über 24'720 Franken beträgt.

Schliesslich sei daran erinnert, dass ein hohes Einkommen zwar nicht immer gleich bedeutend ist mit einer guten beruflichen Integration, diese aber oft begünstigt. Im vorliegenden Bericht wird die Situation der Personen auf Grund des Einkommens des Haushaltes, in dem sie leben, beurteilt und nicht auf Grund ihrer persönlichen Einkommenslage. Dies kann zu gewissen Verzerrungen führen, wie im Falle eines jungen Mannes, der neben seinem Studium einer Nebenbeschäftigung nachgeht (unsichere berufliche Integration und geringes persönliches Einkommen), aber bei seinen gut verdienenden Eltern lebt (hohes Haushaltseinkommen)²³. Zudem ist das Erwerbseinkommen nicht immer die Haupteinkommensquelle, was den Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und Einkommenslage ebenfalls verfälscht. Diese Anmerkungen zeigen, dass ein gutes Haushaltseinkommen nicht immer identisch ist mit einer guten beruflichen Integration der Personen.

12.3 Unterschiede zwischen einigen Bevölkerungsgruppen

Geschlecht

Gesicherte Integration nach Geschlecht und Einkommenslage

12.1* Geschlecht	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Männer	68%	74%	81%
Frauen	63%	71%	79%
Erwerbstätige insgesamt	68%	72%	81%

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Frauen können weniger oft als Männer auf eine gesicherte berufliche Integration zählen, und zwar in allen Einkommensklassen. Die erkennbaren Abweichungen sind jedoch gering und verringern sich mit steigendem Einkommen. Sie scheinen zudem eher mit einer geringeren Zufriedenheit der Frauen in Bezug auf ihr Berufsleben als mit der Beschäftigungsstabilität zusammenzuhängen, was in einer Übervertretung der Frauen in der mühevollen Integration zum Ausdruck kommt. Falls also ein Zusammenhang zwischen Geschlecht und beruflicher Integration erkennbar ist, ist er für letztere somit ohne grosse Bedeutung.

Zwischen den Einkommensgruppen sind generell Unterschiede erkennbar: Der Anteil Personen mit gesicherter Integration nimmt mit steigendem Einkommen zu, egal welchen Geschlechts sie sind.

Alter

Gesicherte Integration nach Alter und Einkommenslage

12.2* Alter	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
15 – 24 Jahre	67%	71%	(66%)
25 – 39 Jahre	65%	72%	83%
40 – 54 Jahre	61%	71%	79%
55 – 61/64 Jahre	(71%)	78%	79%
62/65 – 74 Jahre	(100%)	(82%)	(100%)

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die berufliche Integration verändert sich unabhängig vom Haushaltseinkommen mit zunehmendem Alter, doch verläuft die Entwicklung nicht immer aufwärts: Die berufliche Integration wird mit dem Alter nicht kontinuierlich besser.

- Zum einen ist die berufliche Integration oft schon ab den ersten Jahren des Erwerbslebens gut, abgesehen von den hohen Einkommensklassen: in dieser Gruppe sind die jungen Leute, die eine gesicherte Integration geltend machen, untervertreten und eher durch eine unsichere Integration gekennzeichnet. Obschon wegen der geringen Zahl der Befragten Vorsicht am Platz ist, könnte dieses Ergebnis folgendermassen zu erklären sein: die Jungen, die in einem Haushalt mit hohem Einkommen leben, haben eher die Tendenz, länger zu studieren. Sie treten daher weniger rasch ins Erwerbsleben ein und die Arbeitsstellen, die sie bekleiden, sind oft nicht dauerhafter Natur (Temporärstellen oder erste Arbeitsstellen). Sie halten daher das Risiko für grösser, nach Abschluss ihrer Studien oder ihrer temporären Beschäftigung eine Weile arbeitslos zu sein.
- Zum anderen ergibt sich in der Kategorie der 40- bis 54-Jährigen ein gewisser Rückgang des Anteils Personen mit gesicherter Integration, vor allem bei den niedrigen und hohen Einkommensklassen. Die geringe Befragtenzahl erlaubt keine Feinanalyse, doch scheint diese Situation mit einer abnehmenden Zufriedenheit mit der Arbeit zusammenzuhängen. Man könnte dies als eine Ermüdungserscheinung interpretieren, welche einerseits auf die wenig qualifizierte und wenig motivierende Berufstätigkeit und andererseits auf eine Phase der Desillusion bezüglich der beruflichen Karriereerwartungen zurückzuführen ist.

Der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Einkommen ist unabhängig vom Alter stets erkennbar und äusserst konstant. Die wichtigste Ausnahme bilden wie gesagt die jungen Leute in den wohlhabenden Haushalten.

²³ Zur Erinnerung: Die Individualdaten beruhen auf dem Interview mit einer Person, die zufällig unter den 15-jährigen und älteren Bewohnern eines Haushaltes ausgewählt wurde.

Ebenfalls untypisch ist die Situation der Personen, die das gesetzliche Rentenalter überschritten haben. Vorbehaltlich der sehr beschränkten Personenzahl (rund 2% der Bevölkerung in jeder Einkommensgruppe) scheint die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über das Pensionsalter hinaus eine grosse Befriedigung und höchste Sicherheit mit sich zu bringen. Sie ist zudem verbunden mit einer deutlichen Reduktion des Beschäftigungsgrades, der in allen drei Einkommensgruppen oft unter 50% liegt. Daraus darf geschlossen werden, dass die Verlängerung der Erwerbstätigkeit – selbst wenn sie für gewisse Personen eine finanzielle Notwendigkeit darstellt –, insgesamt eine Quelle der Befriedigung ist, trotz des typischerweise stark reduzierten Arbeitspensums.

Nationalität

Gesicherte Integration nach Nationalität und Einkommenslage

Nationalität	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Schweizer/innen ¹	72%	74%	81%
Ausländer/innen	50%	67%	76%

¹ Einschliesslich Doppelbürger

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Der berufliche Integrationstypus variiert deutlich nach Nationalität, und zwar in allen Einkommensgruppen. Die ausländischen Staatsangehörigen sind in der Kategorie «gesicherte Integration» systematisch untervertreten. In den einkommensschwachen Haushalten ist diese Untervertretung besonders augenfällig und findet ihr Gegenstück in einer erheblichen Unsicherheit hinsichtlich der Beschäftigung (unsichere und disqualifizierende Integration). Diese Unsicherheit hängt nur zum Teil mit dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen zusammen, verfügt doch die grosse Mehrheit von ihnen über eine Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung)²⁴. Sie ist eher auf das Gefühl zurückzuführen, einem grösseren Entlassungsrisiko ausgesetzt zu sein als andere Bevölkerungskategorien: einerseits aus der Vorstellung einer gewissen Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmenden heraus und andererseits, weil Inhaber einer weniger qualifizierten Arbeitsstelle (was auf die Mehrheit der einkommensschwachen Personen zutrifft) eher Gefahr laufen, leicht ersetzbar zu sein. Diese beiden – überdies interdependenten – Faktoren werden in gewisser Weise bestätigt durch die höheren Erwerbslosenquoten unter den ausländischen und weniger qualifizierten Arbeitnehmenden. Zudem ist festzustellen, dass die Unterschiede bei den niedrigen Einkommen besonders gross sind und sich mit steigendem Einkommen verringern.

²⁴ Inhaberinnen und Inhaber einer befristeten Aufenthaltsbewilligung (Saisonaufenthalter usw.) wurden gar nicht befragt, da sie nicht zur ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz zählen.

²⁵ Diese Kategorie umfasst die jungen Leute (15-24-Jährige), die bei ihren Eltern wohnen, die Partner/Partnerinnen, welche mit Personen zusammenwohnen, bei denen es sich nicht um unter 15-jährige Kinder handelt, sowie alle übrigen familiären Situationen. Die Kategorie ist entsprechend heterogen und schwer interpretierbar.

Gleichzeitig bleibt der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Einkommenslage ungeachtet der Nationalität stets erkennbar.

Wohnregion

Gesicherte Integration nach Wohnregion und Einkommenslage

Region	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Ostschweiz	80%	73%	97%
Tessin	74%	69%	(82%)
Zentralschweiz	73%	74%	81%
Nordwestschweiz	70%	76%	82%
Zürich	68%	71%	73%
Espace Mittelland	67%	73%	83%
Genferseeregion	44%	69%	78%

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Situation in den verschiedenen Grossregionen der Schweiz ist recht unterschiedlich, was kaum überrascht, hängt sie doch weitgehend von der örtlichen Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur ab. Besonders starke Schwankungen ergeben sich beim Anteil gut integrierter Personen in einkommensschwachen Haushalten: Dieser schwankt zwischen 80% in der Ostschweiz und praktisch der Hälfte (44%) in der Genferseeregion. Mit zunehmendem Einkommen gleichen sich diese Unterschiede tendenziell aus. Sie dürften zu einem guten Teil die Folge der Arbeitslosigkeit sein, die 1998 in den Regionen herrschte: Tatsächlich ist der Zusammenhang zwischen Wohnregion und Beschäftigungsinstabilität enger als jener zwischen der Region und der Zufriedenheit mit der Arbeit.

Trotz dieser örtlichen Unterschiede bleibt der Zusammenhang zwischen der beruflichen Integration und dem Einkommen ungeachtet der Region stets erhalten. Einzig in der Ostschweiz und im Tessin ist die Zunahme nicht progressiv: Hier sind die Personen in den Haushalten mit mittlerem Einkommen beruflich weniger gut integriert als jene in den einkommensschwachen Haushalten.

Familiensituation

Der Zusammenhang zwischen familiärer Situation und beruflicher Integration ist – unabhängig von der Einkommenslage – nicht immer einfach erkennbar und auf Grund der oft geringen Zahl der Befragten schwierig interpretierbar. In den einkommensschwachen Haushalten sind die Partner/Partnerinnen mit 3 und mehr Kindern, die Partner/Partnerinnen ohne Kinder sowie die Personen in einer anderen Situation²⁵

Gesicherte Integration nach Familiensituation und Einkommenslage

12.5* Familiensituation	Einkommen		
	Einkommensschwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Partner/Partnerinnen (3+ Kinder)	76%	73%	(54%)
Partner/Partnerinnen in 2-Personenhaushalten	70%	74%	81%
Andere Situation	69%	70%	68%
Partner/Partnerinnen (2 Kinder)	64%	78%	86%
Alleinlebende	62%	71%	81%
Partner/Partnerinnen (1 Kind)	60%	68%	92%
Alleinerziehende mit Kindern	(47%)	(58%)	(76%)

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

am besten integriert. Während sich Partner/Partnerinnen mit 1-2 Kindern und Alleinlebende in einer etwas weniger günstigen Lage befinden, erleben Alleinerziehende ihre berufliche Integration offenbar als sehr ungewiss. Diese Unterschiede sind ohne zusätzliche Analysen sehr schwer zu interpretieren. Sie finden sich generell in den Haushalten mit mittlerem Einkommen wieder (mit Ausnahme der Partner/Partnerinnen mit 2 Kindern, deren Situation sich deutlich verbessert), während in den wohlhabenden Haushalten starke Abweichungen auszumachen sind. Auffallend ist vor allem die klare Umkehrung zwischen der Situation von Partner/Partnerinnen mit 3 oder mehr Kindern und derjenigen von Partner/Partnerinnen mit 1 Kind: während erstere bei den einkommensschwachen Haushalten beruflich deutlich besser integriert waren, verhält es sich bei den wohlhabenden Haushalten genau umgekehrt. Schliesslich ist auch hier mit steigendem Einkommen tendenziell eine Verminderung der Unterschiede zu beobachten.

Bei horizontaler Lesung tritt der Zusammenhang zwischen Einkommen und beruflicher Integration unabhängig von der familiären Situation deutlich zu Tage. Einzig bei den Partner/Partnerinnen mit 3 und mehr Kindern scheint die Entwicklung mit steigendem Einkommen weniger günstig zu verlaufen, doch ist hier angesichts der geringen Zahl der Befragten Vorsicht geboten. Dasselbe gilt für jüngere Personen, die bei ihren Eltern wohnen; die Kategorie andere Situation, unter der sie subsumiert wurde, ist durch eine stationäre Entwicklung gekennzeichnet.

12.4 Zusammenhang mit der sozialen Integration

Zahlreiche Untersuchungen²⁶ verweisen in allgemeiner Form auf den Zusammenhang zwischen beruflicher und sozialer Integration (soziale Beziehungen, staatsbürgerliche und Vereinstätigkeiten, Zugang zu Dienstleistungen usw.). Auf Grund der verfügbaren Daten wurde beschlossen, diesen Zusammenhang in Bezug auf 3 Dimensionen zu testen: Gefragt wird nach der Partizipation (aktives Mitmachen in Vereinen und bei eigenössischen Abstimmungen), nach dem sozialen Netzwerk (soziale Kontakte und Ausgehen in der Freizeit), und nach der Zuversicht (Gefühl der (Un)Sicherheit und Allgemeinbefinden). Der letzte Aspekt beruht auf der Vorstellung, dass die soziale Integration genügend starke soziale Bande bedingt, um die Angst vor dem Nächsten zu überwinden (Gemeinschaftsgefühl) und sich als Meister seines eigenen Schicksals zu fühlen (Autonomie)²⁷. Die nachfolgenden Analysen bestätigen insgesamt den Zusammenhang zwischen beruflicher und sozialer Integration, und zwar für jede Einkommensgruppe.

Aktives Mitmachen bei Vereinen

Gesicherte Integration nach Partizipation und Einkommenslage

12.6* Aktive Partizipation	Einkommen		
	Einkommensschwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Ja	71%	76%	84%
Nein	62%	69%	77%

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Personen, die am Vereinsleben teilnehmen²⁸, entsprechen häufiger dem Idealtypus der gesicherten Integration, und zwar auf jeder Einkommensstufe. Ganz besonders gilt dies für die niedrigen Einkommen, aber der Unterschied zwischen der beruflichen Integration der Aktiven und der Nichtaktiven bleibt erkennbar, selbst bei den hohen Einkommen. Dieser erste Punkt bestätigt somit den Zusammenhang zwischen beruflicher und sozialer Integration.

Obschon die Verminderung der Unterschiede mit zunehmendem Einkommen weniger ausgeprägt ist als in den anderen Analysen, bleibt der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Einkommenslage ungeachtet der Beteiligung am Vereinsleben stets erkennbar.

²⁶ U.a. Paugam (2000) aber auch Room: Vortrag anlässlich der Konferenz «Defining and measuring poverty», University of Bristol, 1./2. Juli 1999 (nebst anderen Referenzen).

²⁷ Verschiedene Arbeiten interpretieren das Unsicherheitsgefühl als einen Verlust der sozialen Bande und des Vertrauens in das soziale Umfeld. Vgl. dazu insbesondere Vuille und Gros: Violence ordinaire, Genève: SRED, 1999 oder Wieviorka: Violence en France, Paris: Seuil, 1999. Im Zusammenhang mit der Gesundheit gibt es oft Aufschluss über das Gefühl, das eigene Leben zu meistern. S. beispielsweise: Marmot M. und Wilkinson: Social determinants of health, Oxford: Oxford University Press, 1999.

²⁸ D.h. Personen, die in mindestens einem Verein – egal welcher Art – aktiv mitmachen. Es wäre natürlich interessant, diese Analyse durch einen Vergleich der verschiedenen Vereinstypen zu ergänzen (z.B. Freizeit- vs. Berufsvereine). Allerdings lässt sich dies aus der Sicht der sozialen Partizipation nicht wirklich rechtfertigen.

Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen

Gesicherte Integration nach Stimmverhalten und Einkommenslage

12.7* Teilnahme an Abstimmungen	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Immer	73%	79%	82%
Häufig	75%	74%	82%
Von Fall zu Fall	73%	71%	80%
Selten	63%	68%	77%

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

An eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen kann nur, wer stimmberechtigt ist. Die Angaben in obiger Tabelle beschränken sich daher auf die Erwerbsbevölkerung schweizerischer Nationalität. Für diese Population ist in allen drei Einkommensgruppen ein Zusammenhang mit dem beruflichen Integrationstypus erkennbar. Er manifestiert sich zwischen den Personen, die mit einer gewissen Regelmässigkeit (immer/häufig/von Fall zu Fall) an Abstimmungen teilnehmen und denjenigen, die dies nur selten tun. Letztere machen deutlich weniger häufig eine gesicherte berufliche Integration geltend als die Erstgenannten. In der Gruppe der niedrigen und mittleren Einkommen sind die Unterschiede grösser. Auch hier liegt der Schluss nahe, dass eine geringere soziale Partizipation einhergeht mit einer unvollständigen beruflichen Integration.

Der Einkommenseffekt ist nicht so konstant wie in anderen Vergleichen, bleibt aber ungeachtet des Abstimmungsverhaltens insgesamt spürbar.

Soziale Kontakte in der Freizeit

Gesicherte Integration nach Häufigkeit der sozialen Kontakte und Einkommenslage

12.8* Häufigkeit der Kontakte	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Mindestens 1x pro Woche	67%	73%	82%
Mindestens 1x pro Monat	59%	74%	81%
Weniger als 1x pro Monat/Nie	(73%)	51%	(28%)

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Bei den zwei oberen Einkommensgruppen besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des Zusammentreffens mit Freunden und Bekannten in

der Freizeit²⁹ und dem beruflichen Integrationstypus. Eine bedeutende Differenz ist zwischen den Personen auszumachen, die angeben, mindestens einmal pro Woche oder pro Monat solche Kontakte zu pflegen und denjenigen, die dies weniger oft als einmal pro Monat tun. In der Gruppe der Wohlhabenden, die in ihrer Freizeit nur sehr selten soziale Kontakte pflegen, ist der aufgeführte Prozentsatz wegen der geringen Befragtenzahl mit Vorsicht zu betrachten, im Übrigen erhärtet er aber die These, dass eine unbefriedigende berufliche Integration einhergeht mit einer Kontaktschwäche im sozialen Bereich. Anders ist die Situation in der Gruppe der Einkommensschwachen: Obschon wegen der geringen Stichprobengrösse auch hier Vorsicht am Platz ist, scheint eine unvollständige berufliche Integration nicht immer mit einem Mangel an sozialen Kontakten verbunden zu sein. Zudem existiert ein weit grösserer Unterschied zwischen der intensiveren (mindestens 1x pro Woche) und der mittleren (mindestens 1x pro Monat) Kontakthäufigkeit.

Dort, wo die Kontakte häufiger als mindestens einmal pro Monat stattfinden, besteht ein starker Zusammenhang zwischen Einkommenslage und beruflicher Integration: Mit steigendem Einkommen ist ein deutlicher und konstanter Anstieg des Anteils Personen auszumachen, die beruflich gut integriert sind. Eine umgekehrte Beziehung zeichnet sich hingegen dort ab, wo die Kontakte weniger häufig als einmal pro Monat stattfinden, doch lässt die geringe Personenzahl keine definitiven Schlüsse zu.

Ausgehen in der Freizeit

Einkommenslage

12.9* Ausgeh Häufigkeit	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Mindestens 1x pro Woche	65%	73%	81%
Mindestens 1x pro Monat	69%	74%	80%
Weniger als 1x pro Monat/Nie	67%	69%	72%

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Häufigkeit des Ausgehens ohne spezifisches Ziel³⁰ variiert je nach Einkommensgruppe. Bei den Personen, die in einkommensschwachen Haushalten leben, scheint diese Verbindung nicht signifikant zu sein. Bei den beiden oberen Einkommensgruppen ist dies eher der Fall: Hier ist eine zunehmende Differenz zwischen Personen auszumachen, die mindestens einmal pro Woche oder pro Monat ausgehen, und denjenigen, die dies seltener tun. Insgesamt ergibt sich ein sehr ähnliches Bild wie bei den sozialen Kontakten.

²⁹ Ursprüngliche Frage: Wie verbringen Sie ihre freie Zeit/ mit Freunden, Kollegen, Bekannten zusammen sein.

³⁰ Ursprüngliche Frage: Wie verbringen Sie ihre freie Zeit/ ausgehen, unter den Leuten sein. Damit ist gemeint, das Heim zu verlassen, um sich unter die Leute / an einen öffentlichen Raum (Park, Einkaufszentrum, Café, usw.) zu begeben. Ein zielgerichteter Ausgang wie z. B. Kinobesuch ist hier ausgeschlossen.

Der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Einkommenslage ist augenfällig, ungeachtet der Häufigkeit des Ausgehens. Er ist jedoch umso markanter, je mehr die Ausgehhäufigkeit steigt.

Unsicherheitsgefühl

Gesicherte Integration nach (Un)Sicherheitsgefühl und Einkommenslage

12.10*	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Sehr sicher	68%	76%	82%
Ziemlich sicher	68%	73%	80%
Ziemlich unsicher	(52%)	67%	77%
Sehr unsicher	(34%)	(48%)	(56%)

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Die Antworten der Personen, die sich sehr sicher oder ziemlich sicher fühlen, unterscheiden sich zwar kaum, sie heben sich aber scharf von den Aussagen der Personen ab, die ein Gefühl der Unsicherheit bekunden (ziemlich unsicher oder sehr unsicher)³¹. Es besteht demnach ein starker Zusammenhang zwischen dem Gefühl mangelnder Sicherheit und einer schlechten beruflichen Integration. Dieser Zusammenhang ist ausgeprägter bei den Personen, die in einem einkommensschwachen Haushalt leben, und verringert sich mit zunehmendem Einkommen, ohne jedoch ganz zu verschwinden. Er beruht im Übrigen eher auf der (Un)zufriedenheit mit der Arbeit als auf einer Beschäftigungs(in)stabilität. Betrachtet man das Unsicherheitsgefühl als Indikator einer schlecht gesicherten sozialen Integration, so bestätigen diese Ergebnisse einmal mehr den Zusammenhang zwischen sozialer und beruflicher Integration.

Andererseits ist auch der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Einkommenslage unabhängig vom jeweiligen Unsicherheitsgefühl klar erkennbar.

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes

Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen der beruflichen Integration und der Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes durch die befragten Personen. So ist der Anteil Personen mit gesicherter beruflicher Integration (in allen 3 Einkommensgruppen) dort besonders gering, wo die eigene Gesundheit als mittelmässig bis sehr schlecht beurteilt wird.

Gesicherte Integration nach Selbsteinschätzung der Gesundheit und Einkommenslage

12.11*	Einkommen		
	Einkommens-schwach	Mittlere Einkommenslage	Wohlhabend
Sehr gut und gut	68%	75%	82%
Mittelmässig bis sehr schlecht	48%	57%	65%

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Unabhängig von der Einkommenslage bestehen grosse Differenzen zwischen den Personen, die sich gesund fühlen und jenen, die ihr Befinden als schlecht bezeichnen. Diese Ergebnisse bestätigen verschiedene frühere Untersuchungen, welche klar nachgewiesen haben, dass zwischen Situationen beruflicher oder sozialer Ausgrenzung und einer (oft objektiv vorhandenen oder zumindest subjektiv empfundenen) beeinträchtigten Gesundheit ein Zusammenhang besteht³². Im Allgemeinen wirkt sich mangelnde Zufriedenheit am Arbeitsplatz hierfür stärker aus als die Beschäftigungsunsicherheit.

Der Zusammenhang zwischen beruflicher Integration und Einkommen bleibt ungeachtet des Gesundheitszustandes klar erkennbar.

12.5 Schlussfolgerungen

Die berufliche Integration steht in einem engen Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen und dieser Zusammenhang bleibt über die Einwirkung anderer Faktoren hinaus erkennbar. Wer in einem einkommensschwachen Haushalt lebt, entspricht -ungeachtet der soziodemografischen Merkmale und der sozialen Integration der Personen – weniger häufig dem gesicherten Integrationstyp als Personen in wohlhabenderen Haushalten. Die Zunahme von einer Einkommenskategorie zur anderen ist in den meisten Fällen sehr regelmässig.

Die berufliche Integration ist jedoch ein zu komplexes Phänomen, als dass sie nicht auch mit anderen Faktoren als dem Einkommen interagieren würde. Das zeigen die horizontalen Analysen in diesem Kapitel. Auch wenn diese weitgehend durch die Art und Weise der Rekonstruktion des Modells von Paugam bedingt sind und in gewissen Fällen durch den zu geringen Stichprobenumfang beeinträchtigt werden, geben sie doch Einblick in diese vielfältigen und oft interdependenten Zusammenhänge.

³¹ Die hier vorgestellten Resultate beruhen auf dem "unsichersten" Wert unter den Antworten auf die zwei Fragen zur persönlichen Sicherheit: Sicherheit in der Wohnung und Sicherheit in der Umgebung der Wohnung. Die Unterscheidung zwischen effektiver Angst (Alleinlebende abends) und hypothetischer Angst (Personen, die abends nie allein sind) wurde nicht übernommen: beide Antworttypen wurden gleich behandelt. Auf die Antwortkategorie 'sehr unsicher' entfallen 1 – 1,5% der Population jeder Einkommensgruppe, d.h. maximal 10 Befragte.

³² Marmot und Wilkinson (1999), op.cit.: Gesundheitliche Probleme stehen in einem engem Zusammenhang mit dem Gefühl, die eigene Situation (Existenz) meistern zu können. Nachdem Unzufriedenheit am Arbeitsplatz und Beschäftigungsunsicherheit Ausdruck einer mangelnden Kontrolle über das eigene Berufsleben sind, dürfte es kaum erstaunen, dass ein schlechter Gesundheitszustand ebenfalls damit zusammenhängen kann.

Was die soziodemografischen Merkmale betrifft, so ist namentlich ein sehr starker Zusammenhang zwischen Nationalität und beruflicher Integration auszumachen, der in einer deutlich weniger guten Integration der ausländischen Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Nach Geschlechtern betrachtet ergeben sich nur geringfügige Unterschiede, die auf eine weniger gesicherte Integration der Frauen hindeuten. Die Veränderungen nach dem Alter lassen den Schluss nicht zu, dass die berufliche Integration mit zunehmendem Alter immer besser wird. Die Subjektivität der Befragten scheint eine gewisse Unzufriedenheit in der Mitte der Berufslaufbahn und diverse Situationen zu Beginn oder am Ende des Erwerbslebens zu erklären. Die Unterschiede nach Wohnregionen scheinen vorwiegend durch die Dimension Beschäftigungssicherheit der beruflichen Integration bzw. durch die lokale Arbeitsmarktlage bedingt zu sein. Die familiäre Situation nach Einkommenslage schliesslich vermittelt ein uneinheitliches Bild, das ohne weiterführende Analysen schwer zu interpretieren ist. Auffallend ist insbesondere eine Umkehrung des Zusammenhangs mit der beruflichen Integration zwischen den einkommensschwachen und den wohlhabenden Familienhaushalten je nach der Anzahl Kinder. Alleinerziehende beurteilen ihre berufliche Integration zudem sehr viel ungünstiger als die übrige Bevölkerung, zumindest in den einkommensschwachen Haushalten. Dieses Ergebnis ist mit grösster Vorsicht zu betrachten, da es auf einer beschränkten Anzahl befragter Personen beruht, es bestätigt aber die Ergebnisse anderer Untersuchungen über die Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe (s. insbesondere Kapitel 11).

Die Analyse nach soziodemografischen Merkmalen zeigt weiter, dass die Differenzen bezüglich der beruflichen Integration bei den einkommensschwachen Personen ausgeprägter sind und sich mit steigendem Einkommen tendenziell verringern.

Personen, die in einkommensschwachen Haushalten leben, erleben ihre berufliche Integration – entsprechend ihren Merkmalen – also als weniger homogen und sind öfter als andere Einkommensgruppen vom Idealtypus der gesicherten Integration entfernt.

Dieses Phänomen ist auf der Ebene der sozialen Integration nicht wirklich wieder zu finden. Hier bleiben die Differenzen oft erheblich, selbst auf der Ebene der hohen Einkommen. Dies gilt insbesondere für die Zuversicht (Sicherheit und Gesundheit) und die Partizipation (Vereine und Abstimmungen), die – auch wenn sie selber mangelhaft sind – auf jeder Einkommensebene mit einer ungünstigen beruflichen Integration verbunden sind. Im Falle des sozialen Netzwerks liegen die Dinge noch einmal anders: Der Zusammenhang zwischen beruflicher und sozialer Integration ist hier bei den mittleren oder hohen Haushaltseinkommen sehr ausgeprägt, auf der Ebene der niedrigen Einkommen aber viel weniger deutlich. In dieser Kategorie ist eine schlechte berufliche Integration darum nicht unbedingt gleichzusetzen mit einem eingeschränkten Sozialleben.

Abschliessend sei vermerkt, dass die Dimension Zufriedenheit am Arbeitsplatz für die berufliche Integration häufig entscheidender ist als die Dimension Beschäftigungssicherheit. Diese Feststellung dürfte ihre Ursache darin haben, dass die Schweiz bis anhin von Erwerbslosigkeit und den Phänomenen einer unsicheren Beschäftigung einigermaßen verschont blieb, weshalb man hier für die Beschäftigungssicherheit weniger sensibilisiert ist als in anderen Ländern. Diese Erklärung erscheint umso plausibler, als die Dimension Beschäftigungssicherheit hier einzig durch die Selbsteinschätzung des Risikos, in den nächsten Jahren arbeitslos zu werden, gemessen wird.



Anhang

Anhang A: Erhebung und Stichprobe³³

Im Jahr 1998 führte das Bundesamt für Statistik (BFS) eine gesamtschweizerische *Einkommens- und Verbrauchserhebung* (EVE 98) durch. Insgesamt nahmen 9295 Haushalte freiwillig an der Erhebung teil, was 12 monatlichen Stichproben mit durchschnittlich 775 Haushalten entspricht. Sie wurden zufällig aus dem Telefonverzeichnis ausgewählt und mit einem computergestützten telefonischen Befragungssystem (CATI, Computer Aided Telephone Interviewing) betreut. Die an der Erhebung teilnehmenden Haushalte bilden einen repräsentativen Querschnitt der Privathaushalte in der Schweiz. Die umfangreiche Stichprobe gewährleistet somit ein realistisches Abbild der Bevölkerungsgruppen und Regionen unseres Landes und vermittelt repräsentative Informationen über Einkommen und Konsum.

Die Rekrutierung der zu befragenden Haushalte begann am 1. Dezember 1997 und die letzten Schluss- und Zusatzinterviews wurden am 7. April 1999 durchgeführt. Die befragten Haushalte notierten während eines Monats zwischen Januar und Dezember 1998 ihre täglichen und periodischen Ausgaben sowie ihre Einnahmen. Neben diesen Hauptmodulen zu Einkommen und Verbrauch wurden vorher und nachher in telefonischen CATI-Interviews ergänzende Informationen zu Struktur und Grösse des Haushalts respektive zu den Haushaltmitgliedern erhoben, zu ihren Einkaufsgewohnheiten, ihrer Wohnsituation, ihren Lebensbedingungen, ihrem Reiseverhalten und ihrer Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern.

Erhebungsablauf in drei Etappen und Zusatzmodule

1. Im Rahmen eines Rekrutierungsinterviews (mit einem als Auskunftsperson agierenden Haushaltsmitglied, der sogenannten Kontaktperson) wurden allgemeine Informationen erhoben bezüglich:
 - Haushaltsstruktur (Grösse);
 - Referenzperson (Geschlecht, Name und Alter, Nationalität, Zivilstand, Berufs- und Ausbildungssituation). Die Referenzperson ist dasjenige Haushaltsmitglied, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt und den Haushalt einer bestimmten sozioökonomischen Kategorie zuordnet;
 - Wohnsituation und Wohnverhältnis;
 - aller Haushaltsmitglieder (zusätzliche Informationen).
2. Anschliessend wurde dem Haushalt ein Tagebuch und ein Haushaltsbuch sowie ein persönliches Haushaltsbüchlein pro Mitglied zugestellt, um während eines Monats Buch zu führen über:

- die täglichen Ausgaben;
- die periodischen Ausgaben und die Einnahmen;
- den Medienkonsum.

3. Im Rahmen eines Schlussinterviews mit der Kontaktperson wurden zusätzliche Fragen gestellt bezüglich:

- Haushalt (Organisation, Aufteilung der Arbeiten im Haushalt usw.);
- Wohnung und Umgebung (Ausstattung, Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Sicherheit usw.);
- Einkaufsgewohnheiten;
- Haushaltseinkommen;
- Bestand an dauerhaften Konsumgütern im Haushalt.

Mit einem zufällig ausgewählten Haushaltsmitglied, das älter als 15 Jahre und zuvor als Zielperson bestimmt worden war, wurde ein abschliessendes Zusatzinterview geführt. In je der Hälfte der Stichprobe wurden Fragen zu folgenden Bereichen gestellt:

- Lebensbedingungen;
- Reiseverhalten.

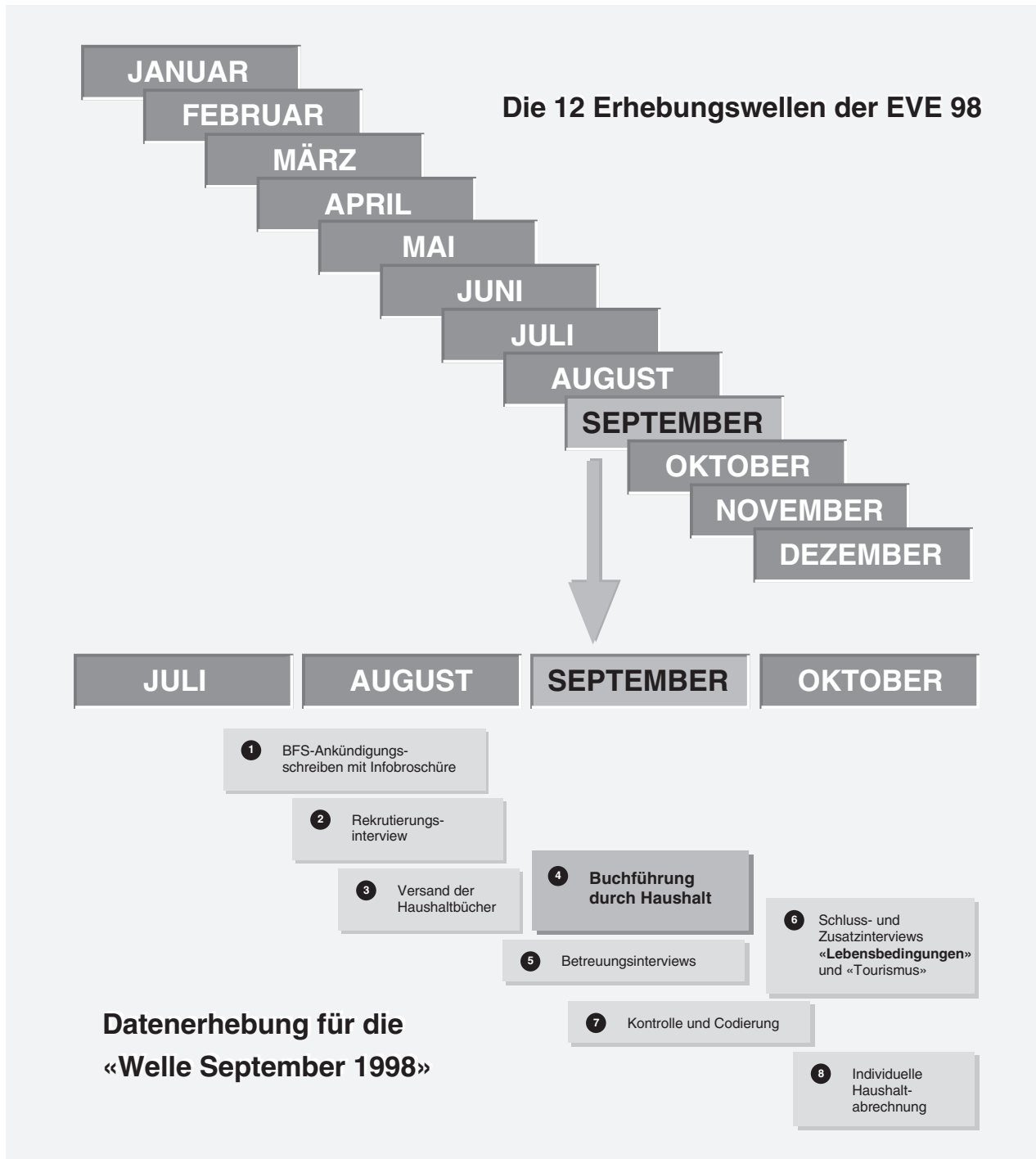
Das Zusatzmodul Lebensbedingungen enthält Daten zu Themen wie formale Bildung und berufliche Qualifikationen, berufliche Aktivität und Arbeitsbedingungen, unbezahlte Arbeit, Wohnsituation, persönliche Sicherheit, Freizeit, Gesundheit, soziale Sicherheit, soziale Integration sowie Teilnahme am kulturellen und politischen Leben. Durch die Möglichkeit der Verknüpfung des Moduls mit den Grunddaten der EVE98 werden die Analysemöglichkeiten in Bezug auf die Lebensbedingungen verschiedener sozialer Gruppen stark erweitert.

Durch das Gewichtungungsverfahren, das hier nicht im Detail dargestellt wird (vgl. dazu Bundesamt für Statistik 2000), konnten Verzerrungen ausgeglichen werden, so dass die Ergebnisse der EVE 98 auf einer Haushaltsstruktur beruhen, welche die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz realistisch repräsentiert.

Im Hinblick auf die neuen Informationsbedürfnisse der Politik (Sozial- und Steuersystem, Einkommen) und im Bereich des Landesindexes der Konsumentenpreise wurde entschieden, die EVE ab dem Jahr 2000 auf einer reduzierten Stichprobenbasis von etwa 3000 bis 4000 Haushalten jährlich durchzuführen. Das Zusatzmodul zu den Lebensbedingungen wird nicht jährlich, im laufenden Jahr 2002 jedoch zum zweiten Mal erhoben.

³³ Vgl. BFS 1999: Die dortigen Ausführungen zum Erhebungsablauf wurden weitgehend übernommen und unseren Bedürfnissen entsprechend ergänzt.

G6 Die zwölf Erhebungswellen und die Datenerhebung für die «Welle September 1998»



© Bundesamt für Statistik, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Bemerkungen zur Stichprobe

Das folgende Schema verdeutlicht den Ablauf der Gesamtstichprobe. Es zeigt die verschiedenen Ausfälle auf, die in der Abarbeitung der Stichprobe zu verzeichnen sind.

Ein Grossteil der dem vorliegenden Bericht zugrunde liegenden Informationen sind dem Zusatzmodul Lebensbedingungen entnommen. Deshalb basieren die meisten der verwendeten Indikatoren auf der entsprechenden Teilstichprobe, welche 4369 befragte Personen umfasst. Den Analysen zu Einkommen und Ausgaben liegt hingegen i.d.R die ganze Stichprobe der 9295 Haushalte zugrunde (Kapitel 1.1, 1.3, 1.4 sowie die Wohnkosten im Kapitel 5.2 des deskriptiven Teils).

Ausschöpfung der Stichprobe der EVE 98 und des Zusatzmoduls Lebensbedingungen

A1*	Anzahl Haushalte	in Prozent	Erläuterungen
Stichprobe (aktivierte Adressen)	30 920	100,0	
Adressprobleme:	- 3 924	12,7	Ein kleiner Teil der gezogenen Adressen ist nicht mehr gültig; in der Regel geben die Adressen keine Hinweise, ob es sich um einen Privathaushalt handelt.
– Verstorben oder weggezogen ohne Angaben	568	1,9	
– kein Privathaushalt oder Ferienhaus/-wohnung	1 805	5,9	
– andere Adressprobleme	1 551	5,0	
In der Rekrutierungsphase nicht erreichte Haushalte	- 2 163	7,0	Während 3 Wochen wurden mindestens 11 Kontaktversuche realisiert.
Erreichte Haushalte	24 833	80,3	Bei diesen Haushalten wurde die Teilnahme-fähigkeit und -willigkeit abgeklärt.
Nicht teilnahmefähige Haushalte:	- 4 071	13,2	Die Befragung wurde in den Sprachen deutsch, französisch und italienisch durchgeführt.
– Sprachprobleme	1 077	3,5	
– Alters- und Gesundheitsprobleme	1 968	6,4	
– andere Ausfallgründe	1 026	3,3	
Nicht teilnahmefähige Haushalte (Verweigerungen)	- 7 958	25,7	Zahlreiche Verweigerungsgründe wurden erfasst.
Rekutierte Haushalte	12 804	41,4	Diese Haushalte erklärten sich zum Zeitpunkt der Rekrutierung bereit, an der Befragung mitzumachen.
Ausfälle während der Erhebung	- 3 509	11,3	Etwa ein Drittel der Ausfälle begründen sich damit, dass die Haushalte nicht mehr mitmachen konnten; die übrigen Haushalte waren nicht mehr bereit, die Befragung weiterzuführen.
Auswertbare Haushalte	9 295	30,1	Diese Haushalte haben die ausgefüllten Tage- und Haushaltbücher zurückgeschickt und die abschliessenden Interviews absolviert.
Modul Lebensbedingungen			
Stichprobe	4 655	100,0	Die Zusatzinterviews zu den Lebensbedingungen wurden mit der Hälfte der auswertbaren Haushalte durchgeführt.
Nicht teilnahmewillige Haushalte (Verweigerungen)	- 268	5,8	
Weitere Ausfälle	- 18	0,4	
Auswertbare Haushalte	4 369	93,8	

Anhang B: Validierung der Datengrundlage

Die EVE ist mit einem mehrteiligen, zeitaufwändigen Erhebungsprozedere verbunden, das in verschiedener Hinsicht hohe Ansprüche an die Beteiligten stellt (vgl. Anhang A). Es erstaunt von daher nicht, dass die Stichprobenausschöpfung (Anteil der befragten Haushalte am Total in Ausgangsstichprobe, vgl. Tabelle A1) markant niedriger ist als in weniger aufwändigen Erhebungen. Damit stellt sich fast zwangsläufig die Frage nach der Repräsentativität der erhobenen Daten (vgl. Burri 1998). Diesbezüglich ausschlaggebend ist allerdings weniger die Ausschöpfungsquote als vielmehr die Frage, ob die Ausfälle gehäuft bei bestimmten Teilpopulationen vorkommen. Solche systematischen Ausfälle sind insbesondere dann problematisch, wenn sie Populationen betreffen, die im Zentrum einer Untersuchung stehen. Gemünzt auf den vorliegenden Bericht wäre es beispielsweise schlecht, wenn die Teilnahmequote von einkommensschwachen Haushalten massiv unter jener von materiell besser gestellten Haushalten läge. In einem eingeschränkten Rahmen sind solche Verzerrungen beinahe unvermeidbar. So ist bekannt, dass extreme Formen der Armut und sozialer Ausgrenzung mit den gängigen Umfragemethoden kaum erfasst werden können, da diese beispielsweise eine minimale Infrastruktur und Erreichbarkeit voraussetzen.

Eine eigentliche Nonresponse-Studie würde den Rahmen dieses Bereichs sprengen. Stattdessen soll überprüft werden, ob bezüglich der Verteilung einiger zentraler Merkmale

nische Mehrthemenbefragung. 1999 wurden 5074 Haushalte und 7799 Personen zu ihren Lebensbedingungen befragt.³⁴ Das SHP ist als Vergleichsbasis zur EVE insofern speziell geeignet, als die beiden Erhebungen zeitlich nahe beieinander liegen und auf einem ähnlichen Stichprobenplan basieren, aber eine sehr unterschiedliche Ausschöpfungsquote aufweisen (EVE: 31%, SHP 61%).

Als Schlüsselvariable drängt sich zunächst das verfügbare Haushaltseinkommen auf. Einem direkten Vergleich stellen sich allerdings zahlreiche Hindernisse in den Weg, die höchstens mit grossem Aufwand aus dem Weg geräumt werden könnten. Während in der EVE das Einkommen schriftlich und mit hohem Detaillierungsgrad erhoben wird, werden im SHP die Einkommensangaben im Rahmen eines telefonischen Interviews erfasst und beschränken sich auf die wichtigsten Komponenten. Zudem waren gewisse für die Berechnung des verfügbaren Einkommens wichtige Abzüge wie Steuern und Krankenkassenprämien zum Zeitpunkt der Validierung nicht verfügbar. Immerhin darf das SHP für sich in Anspruch nehmen, dass pro Haushalt jeweils sämtliche mindestens 14-jährigen Personen direkt befragt werden, was der Ermittlung des gesamthaften Haushaltseinkommens natürlich förderlich ist. Diesbezüglich ist das SHP den meisten andern telefonischen Haushaltsbefragungen der Schweiz überlegen. Trotz dieser Vorzüge sind die methodischen und definitorischen Differenzen zwischen EVE und SHP zu gross, als dass Kennzahlen der Einkommensverteilung wie Mittelwert oder Dezile direkt miteinander vergleichbar wären. Wir beschränken uns deshalb

Armuts- und Wohlstandsquoten im Vergleich ¹

B1*	Ungewichtet (Basis: Stichprobe)		Gewichtet (Basis: Hochrechnung) ²	
	EVE 98	SHP 99	EVE 98	SHP 99
Relative Armutsquoten				
< 50% des Median-Äquivalenzeinkommens	6,5	7,6	7,1	8,1
< 60% des Median-Äquivalenzeinkommens	13,0	15,9	13,9	16,6
< 70% des Median-Äquivalenzeinkommens	21,6	24,5	23,0	25,3
Relative Wohlstandsquoten				
>150% des Median-Äquivalenzeinkommens	19,1	19,8	18,4	19,6
>200% des Median-Äquivalenzeinkommens	7,1	8,2	7,2	8,3

¹ Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Quoten der EVE weichen leicht von jenen im Haupttext ab, weil das verfügbare Einkommen hier wie im SHP definiert ist (Total des Haushaltseinkommens abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, aber inklusive Steuern und obligatorische Krankenkassenbeiträge).

² Die Gewichtungsfaktoren erlauben die Hochrechnung von der Stichprobenpopulation auf die Grundgesamtheit. Dabei wird die Einschliessungswahrscheinlichkeit der Befragten auf Grund verschiedener Kriterien (z.B. Haushaltsgrösse) berücksichtigt und erfolgt eine Korrektur der Antwortausfälle anhand von bekannten Eckwerten aus der Bevölkerungsstatistik (z.B. Einwohnerzahl pro Grossregion).

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 und Schweizerisches Haushaltspanel 1999

wesentliche Unterschiede zwischen der EVE 1998 und dem Schweizerischen Haushaltspanel 1999 (SHP) zu beobachten sind. Das SHP ist eine seit 1999 jährlich stattfindende telefo-

darum festzustellen, ob die Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens (vgl. Kap. 0.4) in den beiden Erhebungen eine ähnliche Ungleichheitsstruktur aufweist.

³⁴ Das SHP ist als Panel angelegt: Die 1999 erfassten Haushalte sollen während 10 bis 15 Jahren in jährlichem Abstand befragt werden. Zumindest im ersten Jahr hat dies jedoch keine Auswirkungen auf die Repräsentativität der Daten im Querschnitt.

Wie aus Tabelle B1 hervorgeht, weisen die verschiedenen relativen Armuts- und Wohlstandsquoten auf keine gravierenden Differenzen zwischen EVE und SHP hin. Würde die Vermutung zutreffen, dass in der EVE der Mittelstand massiv übervertreten ist, wären deutlich tiefere Armuts- und Wohlstandsquoten zu erwarten.

In einem zweiten Schritt sollen die beiden Stichproben anhand weiterer Merkmale auf strukturelle Differenzen untersucht werden. Dabei gilt das Augenmerk auf den im analytischen Teil des Berichts thematisierten Problemgruppen. Sind beispielsweise einkommensschwache Ausländerinnen und Ausländer in der EVE-Stichprobe prozentual schlechter vertreten als im SHP?

Die Anteile der verschiedenen Bevölkerungsgruppen am Stichprobentotal (vgl. ungewichtete Anteile) stimmen sowohl bezogen auf die Gesamtbevölkerung als auch innerhalb der drei Einkommensgruppen gut überein. Der Vergleich mit dem SHP ergibt keinen Anhaltspunkt, der darauf schliessen liesse, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in der EVE systematisch untervertreten wären.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Vergleich zwischen der EVE und dem SHP keine nennenswerten Verzerrungen aufgedeckt hat. Die EVE kann als taugliche Datenbasis für die in der vorliegenden Untersuchung behandelten Fragestellungen angesehen werden.

Anteil ausgewählter Gruppen am Bevölkerungstotal nach Einkommenslagen ¹

B2*	Ungewichtet (Basis: Stichprobe)		Gewichtet (Basis: Hochrechnung) ²	
	EVE 98	SHP 99	EVE 98	SHP 99
Gesamtbevölkerung				
Ausländer/innen	11,5	11,8	18,8	19,1
Alleinerziehende	2,7	3,0	2,0	2,5
Partner/innen mit 3+ Kindern	6,0	8,1	5,5	7,1
Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss	20,2	22,5	25,0	23,8
Personen mit tertiärem Bildungsabschluss	20,9	22,2	19,5	22,5
Personen im Rentenalter	15,9	13,9	20,4	17,3
Einkommensschwach				
Ausländer/innen	15,3	14,3	24,1	22,7
Alleinerziehende	5,9	5,6	4,0	4,3
Partner/innen mit 3+ Kindern	13,0	14,8	11,2	13,2
Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss	33,5	37,1	38,9	39,3
Personen mit tertiärem Bildungsabschluss	11,9	11,1	11,6	11,1
Personen im Rentenalter	19,8	22,4	23,7	26,9
Mittlere Einkommenslage				
Ausländer/innen	11,0	11,8	18,2	19,2
Alleinerziehende	2,1	2,8	1,6	2,4
Partner/innen mit 3+ Kindern	4,9	7,5	4,4	6,5
Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss	19,4	20,5	24,7	21,7
Personen mit tertiärem Bildungsabschluss	18,5	21,0	16,7	21,2
Personen im Rentenalter	15,1	11,8	19,4	14,9
Wohlhabend				
Ausländer/innen	8,8	8,6	14,1	14,3
Alleinerziehende				
Partner/innen mit 3+ Kindern				
Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss	7,6	10,1	8,6	10,0
Personen mit tertiärem Bildungsabschluss	38,5	39,4	38,5	40,7
Personen im Rentenalter	13,8	9,1	19,2	11,5

¹ Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Anteile der EVE weichen leicht von jenen im Haupttext ab, weil das verfügbare Einkommen hier wie im SHP definiert ist (Total des Haushaltseinkommens abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, aber inklusive Steuern und obligatorische Krankenkassenbeiträge).

² Die Gewichtungsfaktoren erlauben die Hochrechnung von der Stichprobenpopulation auf die Grundgesamtheit. Dabei wird die Einschlusswahrscheinlichkeit der Befragten auf Grund verschiedener Kriterien (z.B. Haushaltsgrösse) berücksichtigt und erfolgt eine Korrektur der Antwortausfälle anhand von bekannten Eckwerten aus der Bevölkerungsstatistik (z.B. Einwohnerzahl pro Grossregion).

Lesebeispiel: 15,3% der Einkommensschwachen in der EVE-Stichprobe sind Ausländer/innen. Gewichtet beträgt der entsprechende Anteil 24,1%.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 und Schweizerisches Haushaltspanel 1999

Anhang C: Problemlagen

Objektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in % und dazugehörige Vertrauensintervalle

C1*	Mindestens 1-mal erwerbslos in letzten 5 Jahren		Hohe Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit		Unterversorgung mit dauerhaften Konsumgütern		Finanziell bedingter Verzicht auf Ferien, Zahnbehandlung oder Weiterbildungskurs		Passives Freizeitverhalten	
	%	±	%	±	%	±	%	±	%	±
Gesamtbevölkerung	12,7	1,2	20,0	1,4	18,9	1,4	19,4	1,4	17,9	1,4
Einkommenslage										
Einkommensschwach	17,4	2,9	20,8	2,8	31,6	3,3	31,1	3,3	27,4	2,9
Mittlere Einkommenslage	11,5	1,4	20,4	1,7	17,0	1,5	18,2	1,7	17,4	1,8
Wohlhabend	10,0	2,3	17,6	2,8	8,5	2,0	7,7	1,9	6,8	1,8
Bildungsstand										
Obligatorische Schule	12,1	2,5	12,0	2,2	27,5	3,2	21,5	2,9	27,5	3,3
Sekundarstufe II	13,4	1,5	20,7	1,6	17,9	1,8	20,1	1,8	16,1	1,7
Tertiärstufe	11,5	2,1	28,1	3,1	11,0	2,1	14,9	2,5	10,6	2,3
Berufshauptgruppen nach ISCO88										
Nicht erwerbstätig, keine Angabe	9,7	1,6	9,9	1,5	29,5	2,5	17,6	2,2	21,9	2,3
Führungskräfte	7,3	4,1	30,4	6,6	7,3	3,9	10,2	4,5	10,8	5,2
Akademische Berufe	16,4	4	27,8	4,1	11,5	3,1	16,4	4,0	6,9	2,6
Techniker und gleichrangige Berufe	11,6	2,7	29,4	3,9	8,8	2,1	18,7	3,2	7,8	2,3
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	17,1	4,0	17,5	4,2	7,5	2,4	16,3	3,7	13,7	3,8
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	20,3	4,9	26,2	4,8	18,3	4,5	31,2	5,3	22,2	5,3
Fachkräfte in der Landwirtschaft	3,5	2,8	43,3	10,9	30,6	10,9	13,1	7,3	30,4	10,1
Handwerks- und verwandte Berufe	11,5	3,2	23,3	4,7	11,6	3,6	25,6	5,1	20,7	4,8
Anlagen- und Maschinenbediener	19,4	8,3	24,0	8,1	9,9	5,7	27,0	8,6	29,6	9,0
Hilfsarbeitskräfte	18,1	7,8	25,2	8,0	20,6	7,2	21,5	6,8	26,7	7,6
Hauptaktivität										
Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter	17,7	5,7	37,7	7,5	12,6	5,2	25,7	6,9	13,9	5,4
Berufstätig: übrige	15,7	1,8	27,8	2,2	10,8	1,4	21,2	1,8	14,7	1,7
Auf Arbeitssuche	100,0	0,0	7,4	6,5	25,0	10,4	46,4	12,2	15,7	8,5
In Ausbildung	5,2	2,3	4,2	2,5	10,0	3,8	16,2	5,1	1,8	1,8
Haus- und Familienarbeit	8,4	2,5	29,1	3,9	9,8	2,5	22,3	3,6	19,1	3,3
Rentenalter	0,9	0,7	1,9	1,1	48,2	4,0	10,8	2,4	31,8	3,7
Anderes	12,1	6,2	1,6	1,8	21,0	7,7	16,2	6,4	19,4	7,6
Alter										
15 – 24	17,2	3,7	5,9	2,5	9,6	2,7	16,8	3,8	3,7	1,9
25 – 39	18,4	2,1	33,4	2,7	12,1	1,8	25,2	2,4	13,7	1,9
40 – 54	13,2	2,4	29,0	3,0	9,5	1,8	23,7	3,0	15,8	2,5
55 – 61/64	10,8	3,1	11,5	3,5	16,1	3,8	12,2	3,4	25,8	4,5
62/65 – 74	1,2	0,9	2,4	1,5	41,0	4,4	12,7	3,0	28,9	4,3
75 oder älter	0,0	0,0	0,6	1,2	68,9	7,4	5,3	3,2	40,3	8,1
Geschlecht										
Männer	13,4	1,7	19,9	2,0	14,7	1,6	18,4	1,8	18,0	1,9
Frauen	12,0	1,5	20,1	1,8	23,0	2,0	20,3	1,7	17,7	1,8
Familiensituation										
Alleinlebende	13,9	2,0	7,8	1,6	43,1	3,1	19,8	2,5	14,0	2,3
Partner/Partnerinnen in 2-Personen-haushalten	10,9	1,8	9,7	1,6	20,6	2,4	14,1	2,0	20,7	2,5
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	13,4	4,4	44,7	5,4	7,1	3,3	24,8	5,0	19,6	4,1
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	8,5	4,1	48,4	7,1	6,3	3,4	31,3	5,9	16,1	4,9
Alleinerziehende	26,8	8,9	45,6	10,3	12,7	6,4	52,0	11,2	16,1	8,2
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	11,3	4,5	2,7	2,9	4,4	2,9	12,0	4,8	1,6	1,7
Andere Situation	15,7	6,1	12,9	7,9	15,0	7,1	16,3	7,3	27,7	10,7
Staatsangehörigkeit										
Schweizer/innen	10,5	1,1	19,0	1,3	19,0	1,4	17,7	1,3	17,6	1,4
Ausländer/innen	22,1	3,8	24,3	3,9	18,7	3,2	26,8	4,0	19,0	3,7
Sprachregion										
Deutsche und rätoromanische Schweiz	11,1	1,2	20,5	1,6	19,9	1,6	16,4	1,4	18,3	1,5
Französische Schweiz	16,7	2,8	18,1	2,7	15,7	2,8	26,8	3,4	14,3	2,6
Italienische Schweiz	18,2	5,1	20,9	5,0	19,5	5,5	30,2	5,9	29,5	5,9

Grau unterlegt: Abweichung gegenüber dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung $\geq 30\%$

N bezeichnet die Anzahl Beobachtungen in der Stichprobe.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Objektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in % und dazugehörige Vertrauensintervalle

Zu wenig frei verfügbare Zeit		Gesundheitszustand mittelmässig, schlecht oder sehr schlecht		Interesse an Politik schwach und seltene Teilnahme an eidg. Abstimmungen		Weniger als 1-mal pro Woche Ausgehen oder mit Freunden zusammen sein		Kleine Wohnfläche pro Person		N	
%	±	%	±	%	±	%	±	%	±		
34,2	1,6	15,1	1,2	24,0	1,4	17,6	1,4	21,5	1,4	4 369	Gesamtbevölkerung
29,6	3,2	17,9	2,9	28,1	3,1	20,8	2,9	31,5	3,4	969	Einkommenslage
34,9	2,0	14,9	1,5	24,5	2,0	17,2	1,6	22,1	1,7	2 566	Einkommensschwach
38,3	3,6	12,1	2,4	16,9	3,1	14,7	2,9	6,4	2,0	834	Mittlere Einkommenslage
											Wohlhabend
25,9	3,2	21,6	2,9	31,6	3,4	18,2	2,6	27,6	3,3	882	Bildungsstand
33,5	2,0	14,1	1,5	24,5	1,9	17,8	1,7	21,3	1,8	2 575	Obligatorische Schule
47,0	3,3	9,9	2,2	12,7	2,7	16,2	2,8	14,4	2,7	912	Sekundarstufe II
											Tertiärstufe
20,3	2,2	21,7	2,3	20,5	2,2	17,7	2,1	18,2	2,2	1 469	Berufshauptgruppen nach ISCO88
48,6	7,4	6,2	3,7	14,9	5,7	21,0	6,4	16,8	5,5	191	Nicht erwerbstätig, keine Angabe
52,4	4,7	7,6	2,5	11,5	3,5	15,9	3,6	20,0	4,3	503	Führungskräfte
44,6	4,6	12,4	2,9	24,3	3,7	15,2	3,0	18,2	3,1	670	Akademische Berufe
39,3	4,8	10,2	3,2	33,7	5,2	15,0	3,7	19,4	4,7	418	Techniker und gleichrangige Berufe
39,0	5,5	12,0	3,3	38,8	5,6	19,4	4,8	28,7	5,5	389	Bürokräfte, kaufmännische Angestellte
48,8	11,1	13,0	7,2	15,7	7,1	21,7	9,0	23,6	9,5	99	Dienstleistungs- und Verkaufsbetriebe
40,1	5,5	12,2	4,1	27,2	5,3	16,8	4,5	30,6	5,3	355	Fachkräfte in der Landwirtschaft
37,4	9,9	13,0	6,3	25,3	9,8	22,5	7,6	26,5	9,0	122	Handwerks- und verwandte Berufe
29,1	8,1	15,2	7,1	45,9	9,7	23,5	7,5	39,6	8,5	153	Anlagen- und Maschinenbediener
											Hilfsarbeitskräfte
42,5	7,8	10,3	4,7	24,7	7,1	12,5	4,8	25,9	7,0	196	Hauptaktivität
46,7	2,2	10,6	1,4	28,5	2,1	18,1	1,8	23,1	2,1	2 361	Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter
19,5	9,0	16,0	8,4	43,6	13,2	14,2	8,7	33,7	11,9	88	Berufstätig: übrige
32,8	6,0	11,8	4,1	16,4	5,1	4,3	2,6	34,8	6,4	254	Auf Arbeitssuche
31,7	3,9	16,4	3,4	26,5	3,9	21,3	3,4	30,2	3,9	655	In Ausbildung
9,8	2,4	23,8	3,4	13,5	2,8	21,3	3,4	4,7	1,8	693	Haus- und Familienarbeit
12,8	6,3	38,8	9,6	17,4	7,1	12,9	6,4	21,5	10,0	122	Rentenalter
											Anderes
28,4	4,5	10,0	2,9	28,3	4,8	4,3	2,0	35,0	5,3	429	Alter
49,2	2,8	10,1	1,7	33,6	2,6	16,2	2,0	29,6	2,4	1 728	15 – 24
42,2	3,3	15,1	2,4	21,2	2,9	21,0	2,8	25,4	3,1	1 105	25 – 39
25,3	4,7	20,4	4,3	15,5	3,8	23,7	4,6	4,3	2,7	414	40 – 54
11,4	2,9	21,9	3,9	14,2	3,3	20,3	3,8	4,7	2,1	513	55 – 61/64
5,2	4,0	29,3	6,9	11,3	6,2	24,4	7,0	4,8	4,1	180	62/65 – 74
											75 oder älter
35,7	2,3	11,8	1,6	20,3	2,0	18,3	2,0	23,0	2,1	2 009	Geschlecht
32,9	2,2	18,2	1,8	27,4	2,0	16,9	1,7	20,1	1,8	2 360	Männer
											Frauen
27,3	2,7	19,8	2,6	22,7	2,6	9,4	1,9	3,2	1,2	1 179	Familiensituation
27,3	2,7	17,0	2,2	22,4	2,3	18,9	2,2	6,0	1,5	1 301	Alleinlebende
46,6	5,6	12,1	4,2	29,7	5,0	24,1	4,5	43,3	5,2	1 057	Partner/Partnerinnen in 2-Personen-haushalten
59,3	6,6	7,6	3,8	17,6	5,1	24,6	5,7	58,6	6,8	262	Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)
50,5	10,4	19,8	9,1	31,9	10,1	23,9	10,2	16,1	7,6	119	Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)
24,7	5,9	9,0	4,0	18,7	5,6	2,6	2,3	40,2	7,0	204	Alleinerziehende
32,5	9,8	15,7	8,7	24,8	8,2	21,3	9,7	23,1	9,0	247	Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)
											Andere Situation
32,6	1,6	14,7	1,3	18,9	1,4	17,5	1,4	18,7	1,3	3 867	Staatsangehörigkeit
41,4	4,4	17,1	3,5	45,9	4,7	18,0	3,5	33,9	4,4	502	Schweizer/innen
											Ausländer/innen
32,2	1,8	14,2	1,4	21,7	1,7	18,9	1,6	19,9	1,5	3 133	Sprachregion
41,2	3,4	17,0	2,8	28,7	3,4	13,7	2,4	25,5	3,3	913	Deutsche und rätoromanische Schweiz
31,3	5,9	20,3	5,3	36,1	6,7	16,3	4,9	27,4	6,3	323	Französische Schweiz
											Italienische Schweiz

Lesebeispiel: 17,4% der Einkommensschwachen waren in den letzten 5 Jahren mind. 1-mal erwerbslos. Das Vertrauensintervall beträgt $\pm 2,9$, d.h. der «wahre» Anteil liegt mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit zwischen 14,5 und 20,3%.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Subjektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in % und dazugehörige Vertrauensintervalle

C2*	Nicht zufrieden mit Leben		Hohe subjektive Belastung durch Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit		Nicht zufrieden mit Berufsleben		Nicht zufrieden mit finanzieller Situation		Nicht zufrieden mit Freizeit	
	%	±	%	±	%	±	%	±	%	±
Gesamtbevölkerung	4,3	0,7	17,3	1,2	9,9	1,2	17,4	1,3	14,8	1,2
Einkommenslage										
Einkommensschwach	8,0	2,2	13,1	2,3	12,0	3,0	29,8	1,6	17,5	2,7
Mittlere Einkommenslage	3,5	0,8	16,6	1,6	10,1	1,5	15,8	0,9	13,9	1,5
Wohlhabend	1,7	0,9	25,2	3,2	7,2	2,1	6,1	1,0	14,0	2,5
Bildungsstand										
Obligatorische Schule	6,5	1,9	10,2	2,3	12,3	3,3	22,4	3,2	13,6	2,8
Sekundarstufe II	3,9	0,9	17,1	1,5	10,5	1,5	17,3	1,8	13,5	1,5
Tertiärstufe	2,4	1,0	26,9	3,1	6,4	1,9	11,3	2,3	19,9	2,8
Berufshauptgruppen nach ISCO88										
Nicht erwerbstätig, keine Angabe	4,7	1,2	9,6	1,4	11,1	3,6	17,4	2,2	9,3	1,7
Führungskräfte	3,3	3,1	27,8	7,0	5,8	4,0	9,2	4,3	22,6	6,5
Akademische Berufe	2,0	1,1	31,3	4,3	4,5	2,2	15,0	3,8	18,3	3,6
Techniker und gleichrangige Berufe	3,4	1,6	26,2	3,6	10,0	2,7	15,0	3,0	18,4	3,1
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	2,4	1,4	18,7	4,4	12,9	3,6	13,1	3,5	13,7	3,4
Dienstleistungs- und Verkaufsberufe	7,2	3,3	20,9	4,5	13,8	4,1	23,4	5,1	19,8	4,7
Fachkräfte in der Landwirtschaft	3,7	4,6	18,2	8,6	3,1	3,8	13,2	6,6	27,0	10,1
Handwerks- und verwandte Berufe	5,1	3,1	11,9	3,7	9,5	3,5	24,0	5,3	17,3	4,7
Anlagen- und Maschinenbediener	4,0	3,2	21,4	8,2	12,1	6,2	25,0	9,0	22,0	9,1
Hilfsarbeitskräfte	6,8	4,5	13,2	5,8	15,8	6,8	18,1	6,4	12,5	5,7
Hauptaktivität										
Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter	3,3	2,4	16,6	5,8	9,9	4,4	26,6	7,1	21,3	6,4
Berufstätig: übrige	4,6	1,1	26,1	2,0	10,5	1,4	17,1	1,8	19,5	1,8
Auf Arbeitssuche	8,9	5,8	10,4	9,2	0,0	0,0	55,9	11,5	14,6	7,8
In Ausbildung	2,7	2,5	5,8	2,5	4,2	3,4	21,9	5,5	13,3	4,1
Haus- und Familienarbeit	4,1	1,8	14,9	2,9	11,5	4,3	16,3	3,3	14,7	3,3
Rententalter	3,2	1,3	4,5	1,6	5,4	4,5	10,8	2,6	3,3	1,5
Anderes	8,7	5,8	9,9	5,9	0,0	0,0	19,2	7,1	10,6	5,6
Alter										
15 – 24	4,3	2,2	9,3	3,0	11,0	3,6	21,3	4,4	10,6	3,0
25 – 39	4,5	1,2	25,6	2,3	10,8	1,9	21,2	2,5	20,9	2,3
40 – 54	4,7	2	25,0	2,8	10,0	2,2	18,0	2,6	19,7	2,7
55 – 61/64	4,8	2,3	10,1	3,0	6,9	3,0	12,4	3,9	12,4	3,6
62/65 – 74	2,8	1,4	3,8	1,7	6,5	5,5	11,2	3,0	3,4	1,9
75 oder älter	4,2	3,2	6,4	3,6	0,0	0,0	9,7	4,7	3,1	2,7
Geschlecht										
Männer	4,3	1,1	17,1	1,6	8,3	1,7	18,5	1,9	15,1	1,8
Frauen	4,2	0,9	17,6	1,7	11,9	1,8	16,4	1,7	14,5	1,5
Familiensituation										
Alleinlebende	6,4	1,5	18,4	2,3	12,2	2,5	22,6	2,6	10,6	1,8
Partner/Partnerinnen in 2-Personen-haushalten	2,7	1,0	14,2	1,8	10,0	2,4	11,7	2,0	11,2	1,9
Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)	4,0	2,8	20,5	4,3	8,7	3,4	18,0	4,9	21,5	4,5
Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)	2,5	1,9	28,9	6,5	7,8	5,2	19,1	5,0	25,7	6,2
Alleinerziehende	15,9	7,1	34,6	9,9	21,9	10,0	40,0	10,5	29,6	9,6
Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)	3,2	2,9	6,2	3,5	7,7	5,0	19,3	6,0	8,0	4,1
Anderer Situation	5,8	2,7	17,8	7,2	9,7	6,3	18,1	7,1	15,6	7,5
Staatsangehörigkeit										
Schweizer/innen	3,6	0,6	16,3	1,2	8,8	1,1	14,9	0,6	13,0	1,1
Ausländer/innen	7,1	2,5	21,7	3,9	14,2	3,6	28,3	2,3	22,3	3,9
Sprachregion										
Deutsche und rätoromanische Schweiz	3,8	0,8	16,0	1,4	9,4	1,4	15,6	1,4	12,5	1,3
Französische Schweiz	5,8	1,9	23,2	3,0	11,6	2,9	22,6	3,2	20,9	2,8
Italienische Schweiz	3,6	2,1	8,9	3,8	10,8	4,3	20,9	5,4	20,1	5,1

Grau unterlegt: Abweichung gegenüber dem entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung $\geq 30\%$

N bezeichnet die Anzahl Beobachtungen in der Stichprobe.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Subjektive Problemlagen von ausgewählten Gruppen, Anteil Betroffene in % und dazugehörige Vertrauensintervalle

Nicht zufrieden mit Gesundheit		Nicht zufrieden mit Schutz vor Kriminalität und körperlicher Gewalt		Nicht zufrieden mit Familienleben		Nicht zufrieden mit sozialen Kontakten		Nicht zufrieden mit Wohnsituation		N	
%	±	%	±	%	±	%	±	%	±		
8,4	1,0	13,5	1,2	5,5	0,8	8,0	0,9	6,4	0,9	4 369	Gesamtbevölkerung
11,1	2,5	16,8	2,7	8,0	2,1	11,0	2,2	8,9	2,1	969	Einkommenslage
8,0	1,3	12,8	1,5	5,0	0,9	7,5	1,2	5,6	1,0	2 566	Einkommenschwach
6,0	1,8	11,3	2,4	4,1	1,3	5,7	1,6	5,6	1,6	834	Mittlere Einkommenslage
											Wohlhabend
11,2	2,3	16,7	2,9	6,7	1,9	8,3	2,0	6,6	1,9	882	Bildungsstand
8,2	1,3	13,9	1,5	5,3	0,9	7,0	1,1	6,8	1,1	2 575	Obligatorische Schule
5,2	1,5	8,4	2,0	4,6	1,4	10,2	2,1	4,9	1,7	912	Sekundarstufe II
											Tertiärstufe
12,1	1,8	13,7	2,1	6,2	1,5	6,3	1,3	5,2	1,2	1 469	Berufshauptgruppen nach ISCO88
4,3	3,2	12,2	5,1	5,1	3,3	10,7	4,6	5,8	3,8	191	Nicht erwerbstätig, keine Angabe
2,7	1,4	9,1	3,0	6,8	2,6	9,2	3,0	7,1	3,0	503	Führungskräfte
6,5	2,2	11,1	2,8	5,2	1,9	7,2	2,2	7,4	2,4	670	Akademische Berufe
7,7	2,9	12,2	3,5	4,5	2,2	6,6	2,3	6,6	2,8	418	Techniker und gleichrangige Berufe
7,1	2,7	19,6	4,9	6,6	2,8	13,8	4,3	6,0	2,5	389	Bürokräfte, kaufmännische Angestellte
4,4	4,1	19,8	9,8	1,5	1,7	15,1	9,2	4,4	4,4	99	Dienstleistungs- und Verkaufsberufe
6,9	3,5	13,5	4,0	4,1	2,1	7,4	3,1	6,6	3,0	355	Fachkräfte in der Landwirtschaft
7,1	5,4	14,6	7,8	3,7	2,9	11,9	6,0	13,4	7,0	122	Handwerks- und verwandte Berufe
8,3	6,2	17,9	7,0	3,1	2,6	5,2	3,5	9,8	5,4	153	Anlagen- und Maschinenbediener
											Hilfsarbeitskräfte
6,7	3,7	13,6	5,4	7,0	3,9	12,8	5,8	7,3	4,0	196	Hauptaktivität
5,9	1,2	12,9	1,6	5,7	1,0	10,2	1,4	7,3	1,2	2 361	Berufstätig: Selbständigerwerbend ohne Mitarbeiter
10,9	7,4	12,0	6,8	6,5	4,3	11,4	7,2	13,7	8,0	88	Berufstätig: übrige
5,1	2,6	9,8	3,9	5,5	3,4	4,6	2,8	6,2	3,1	254	Auf Arbeitssuche
8,7	2,5	17,1	3,2	3,1	1,6	6,7	2,1	5,7	2,2	655	In Ausbildung
12,1	2,6	14,3	2,8	6,0	1,8	3,3	1,5	3,3	1,4	693	Haus- und Familienarbeit
29,7	8,9	13,3	6,8	7,4	5,3	9,1	5,2	9,2	5,1	122	Rententalter
											Anderes
4,2	1,8	11,3	3,2	6,6	2,7	4,6	2,2	7,7	2,6	429	Alter
5,5	1,2	13,6	1,9	5,3	1,3	10,6	1,8	8,9	1,6	1 728	15 – 24
9,7	2,3	14,6	2,5	5,3	1,5	11,6	2,2	6,0	1,7	1 105	25 – 39
12,3	3,6	12,2	3,7	4,4	2,2	5,3	2,1	3,6	2,1	414	40 – 54
10,7	2,8	13,1	3,1	6,4	2,1	2,7	1,6	3,6	1,8	513	55 – 61/64
16,1	5,7	18,0	6,4	5,0	3,3	5,0	3,3	2,4	2,3	180	62/65 – 74
											75 oder älter
7,1	1,4	11,2	1,6	6,0	1,2	7,9	1,2	6,5	1,3	2 009	Geschlecht
9,6	1,4	15,6	1,6	5,1	0,9	8,0	1,3	6,3	1,2	2 360	Männer
											Frauen
10,7	1,9	13,7	2,3	15,0	2,2	6,8	1,6	8,2	1,6	1 179	Familiensituation
8,6	1,7	12,0	2,0	2,6	1,0	5,8	1,4	4,6	1,3	1 301	Alleinlebende
6,9	4,0	14,8	4,2	2,0	2,9	11,8	3,6	7,2	3,4	1 057	Partner/Partnerinnen in 2-Personen-haushalten
6,4	3,7	12,9	4,6	0,7	1,0	13,6	4,7	7,7	3,7	262	Partner/Partnerinnen (1 – 2 Kinder)
13,0	6,7	21,2	7,6	19,6	8,8	14,7	6,9	11,2	7,2	119	Partner/Partnerinnen (3 und mehr Kinder)
											Alleinerziehende
3,4	2,5	9,5	4,2	6,5	4,0	3,0	2,7	4,9	3,4	204	Bei Eltern lebende Söhne/Töchter (15 – 24-jährig)
11,1	7,9	17,6	9,2	4,4	1,7	8,5	6,2	6,4	5,4	247	Andere Situation
7,8	1,0	12,9	1,2	4,7	0,6	6,8	0,8	5,4	0,8	3 867	Staatsangehörigkeit
10,7	3,1	16,1	3,5	9,2	2,7	13,2	3,3	10,4	2,9	502	Schweizer/innen
											Ausländer/innen
8,2	1,2	14,0	1,4	5,3	0,8	7,4	1,0	6,6	1,0	3 133	Sprachregion
7,9	2,1	12,2	2,4	6,5	1,7	9,2	2,2	6,2	1,6	913	Deutsche und rätoromanische Schweiz
12,6	4,8	12,4	4,4	4,8	3,2	10,7	3,9	3,3	2,0	323	Französische Schweiz
											Italienische Schweiz

Lesebeispiel: 8% der Einkommenschwachen sind mit dem Leben allgemein nicht zufrieden. Das Vertrauensintervall beträgt $\pm 2,2$, d.h. der «wahre» Anteil liegt mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit zwischen 5,8% und 10,2%.

BFS, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998

Literaturauswahl

Böhnke, Petra; Delhey Jan (1999): Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland. Arbeitspapier des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Bundesamt für Statistik (1999): BFS-Aktuell, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 (EVE 98). Grundlagen. Neuchâtel, Mai 1999.

Bundesamt für Statistik (2000): BFS-Aktuell, Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 (EVE 98). Erste Ergebnisse. Neuchâtel, Januar 2000.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Burri, Stefan (1998): Einkommens- und Vermögensdaten für eine Armutsberichterstattung. Evaluation von Datenquellen. Neuchâtel: BFS.

Eurostat (2000): European social statistics. Income poverty and social exclusion. Luxemburg.

Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang (Hg.), (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Habich, Roland; Noll, Heinz-Herbert (1994): Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung. Internationale Erfahrungen und gegenwärtiger Forschungsstand. BFS: Bern.

Leu, Robert E.; Burri, Stefan; Priester, Tom (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz. Bern: Paul Haupt Verlag.

Paugam, Serge (2000): Le salarié de la précarité, Paris: puf.

Streuli, Elisa; Bauer, Tobias (2002): Working Poor in der Schweiz. Neuchâtel: BFS.

Streuli, Elisa; Bauer, Tobias, (2001): Working poor in der Schweiz. Eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlagen, in info: social Nr. 5.

Veenhoven, Ruut (1999): Quality-of-life in individualistic society. A comparison of 43 nations in the early 1990's, in: Social Indicators Research, vol. 48, 157-186.

Zapf, Wolfgang; Habich, Roland (Hg.), (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: sigma.

Publikationsprogramm BFS

Programme des publications de l'OFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

En sa qualité de service central de statistique de la Confédération, l'Office fédéral de la statistique (OFS) a pour tâche de rendre les informations statistiques accessibles à un large public.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

L'information statistique est diffusée par domaine (cf. verso de la première page de couverture); elle emprunte diverses voies:

<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt N° à composer</i>	<i>Moyen de diffusion</i>
Individuelle Auskünfte	032 7136011	Service de renseignements individuels
Das BFS im Internet	http://www.statistik.admin.ch	L'OFS sur Internet
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	032 7136011	Communiqués de presse: information rapide concernant les résultats les plus récents
Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette)	032 7136060	Publications: information approfondie (certaines sont disponibles sur disquette)
Online-Datenbank	032 7136086	Banque de données (accessible en ligne)

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das alle 2 Jahre nachgeführte **Publikationsverzeichnis**. Es ist auf dem Internet abzurufen oder kann gratis über Tel. 032 7136060 bezogen werden.

La **Liste des publications**, qui est mise à jour tous les deux ans, donne davantage de détails sur les divers moyens de diffusion. Elle est proposée sur Internet et peut être obtenue gratuitement en téléphonant au n° 032 7136060.

Hinweis auf Publikationen

Choix de titres

Eine Auswahl von Publikationen aus dem Bereich 16 Kultur und Lebensbedingungen:

Un choix de publications ayant trait au domaine 16 Culture et conditions de vie:

Soziale Ungleichheiten bei Beschäftigung und Einkommen in der Schweiz. Ein Beitrag zur Sozialberichterstattung Schweiz, Bern 1998, Bestell-Nr. 247-9800

Les inégalités sociales d'emploi et de revenu en Suisse. Une contribution à la statistique sociale suisse, Berne 1998, numéro de commande 247-9800

Ältere Menschen in der Schweiz. Sozialberichterstattung Schweiz, Neuchâtel 2000, Bestell-Nr. 368-0000

Les personnes âgées en Suisse. Données sociales – Suisse, Neuchâtel 2000, numéro de commande 392-0000

Jugendliche – Trendsetter oder Ausgeschlossene?
Ein statistisches Porträt der Jugend in der Schweiz,
Bern 1997, Bestell-Nr. 225-9700

Les jeunes donnent-ils le ton ou sont-ils des exclus?
Un portrait statistique des jeunes en Suisse, Berne 1997,
numéro de commande 225-9700

Langue et différentiels de statut socio-économique en Suisse,
Bern 1997, Bestell-Nr. 235-9700

Langue et différentiels de statut socio-économique en Suisse,
Berne 1997, numéro de commande 235-9700

Monitoring Multicultural Societies, A Siena Group Report,
Neuchâtel 1998, Bestell-Nr. 278-9800

Monitoring Multicultural Societies, A Siena Group Report,
Neuchâtel 1998, numéro de commande 278-9800

Einstellungen, Werthaltungen und Wahrnehmungen in der
Bevölkerung, Neuchâtel 1999, Bestell-Nr. 293-9900

Einstellungen, Werthaltungen und Wahrnehmungen in der
Bevölkerung, Neuchâtel 1999,
numéro de commande 293-9900

Auf dem Weg zur Gleichstellung? Frauen und Männer
in der Schweiz. Zweiter statistischer Bericht, Bern 1996,
Bestell-Nr. 084-9600

Vers l'égalité? La situation des femmes et des hommes
en Suisse. Deuxième rapport statistique, Berne 1996,
numéro de commande 085-9600

Faltblatt «Auf dem Weg zur Gleichstellung?»,
Neuchâtel/Bern 1998

Dépliant «Vers l'égalité?», Neuchâtel/Berne 1998

Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit, Neuchâtel 1999,
Bestell-Nr. 302-9900

Du travail, mais pas de salaire, Neuchâtel 1999,
numéro de commande 303-9900

Monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit, Neuchâtel 1999,
Bestell-Nr. 306-9900

Evaluation monétaire du travail non rémunéré, Neuchâtel 1999,
numéro de commande 307-9900

Die Bildungsmobilität in der Schweiz, Bern 1997,
Bestell-Nr. 236-9700

La mobilité scolaire en Suisse, Berne 1997,
numéro de commande 236-9700

Der vorliegende Bericht vergleicht die soziale Lage von Personen aus Haushalten mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen. Zunächst werden die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden in den Bereichen materielle Ressourcen und Lebensstandard, Erwerbsleben, soziale Sicherheit, Familie, Wohnen, Gesundheit, Freizeit, soziale und politische Partizipation sowie persönliche Sicherheit beschrieben. Anschliessend stehen die materiell und sozial besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Vordergrund: Analysiert werden ihre spezifischen Problemlagen und auftretende Problemkumulationen. Ein vertiefter Blick auf die berufliche Integration der drei Einkommensgruppen rundet das Bild ab.

Die Reihe «Sozialberichterstattung Schweiz»

Sozialberichterstattung hat zum Ziel, den Zustand und die Veränderungen der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bevölkerung zu messen, zu beschreiben und zu analysieren. Das Augenmerk richtet sich in den Publikationen dieser Reihe insbesondere auf die ungleichen Lebensbedingungen von Bevölkerungsgruppen. Mit einem regelmässigen und umfassenden „Monitoring“ der Gesellschaft durch die Sozialberichterstattung wird ein Beitrag zur Orientierung der interessierten Öffentlichkeit geleistet und zugleich entscheidungsrelevante Information für die Gesellschaftspolitik bereitgestellt.